Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

4. Dezember 1978
Jg. 6 Nr. 497

Bezirksausgabe für Kiel/Holstein. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
D 21060 C

Ghana: Erzeugerpreise für Kaffee um 133% erhöht

z.jon. Die Regierung von Ghana hat beschlossen, den Erzeugerpreis für Kaffee um 133% von 15$ pro 30kg auf 35$ zu erhöhen. Damit wird die Produktion gefördert und zugleich der Schmuggel bekämpft, durch den die Imperialisten Ghana bisher einen großen Teil seiner Kaffeeeinnahmen raubten. – Acht Kaffee produzierende Staaten in Lateinamerika sind am 24.11. zusammengekommen, „um über Mittel zu beraten, die Spekulation auf den Weltkaffeemärkten zu bekämpfen". Sie wollen dabei den 140-Mio-$-Fonds einsetzen, den sie im August in Bogota zur Preisstabilisierung beschlossen haben. Am 22.11. gelang es ihnen durch gemeinsames Auftreten, den Kaffeepreis um fast 100 Pfund St. pro Tonne gegenüber dem 17.11. zu heben, nachdem er von Spekulanten auf den niedrigsten Stand seit drei Monaten gedrückt worden war.

VR China: Eisen- und Stahlproduktion gesteigert

z.krk. Der Jahresplan für Stahl- und Walzstahlproduktion ist in der VR China vorzeitig am 15. November erfüllt worden. Es sind 28 Mio. Tonnen Stahl produziert worden, 4 Mio. Tonnen mehr als im vergangenen Jahr. Die Walzstahlproduktion betrug 19 Mio. Tonnen, 3 Mio. Tonnen mehr als 1977. – In der Eisenproduktion ist der Jahresplan bereits am 5. November erfüllt worden mit 29,5 Mio. Tonnen. Die jetzige ist die bisher höchste jährliche Wachstumsrate in der Geschichte der Volksrepublik. Die Qualität der Produkte ist verbessert, neue Produkte sind entwickelt und hergestellt worden. Gleichzeitig ist es gelungen, die Produktionskosten zu senken, allerdings keineswegs über die Lohnkosten, denn gerade dieses Jahr gab es allgemeine Lohnerhöhungen. In großem Maße ist zum Beispiel der Verbrauch an Koks in den großen Stahlwerken des Landes gesenkt worden.

Laos und Thailand unterzeichnen Abkommen

z.krk. Am 11. November unterzeichneten Laos und Thailand ein Abkommen zur Beschleunigung des Verkehrs auf dem Mekong-Fluß und brachten ihren Wunsch zum Ausdruck, den Mekong zum Fluß des Friedens zu machen. Gleichzeitig beschloß die thailändische Regierung, 1000 Tonnen Salz an Laos zu liefern. Die gemeinsame Nutzung des Mekong und die Verbes-

naten gedrückt worden war.

VR China: Eisen- und Stahlproduktion gesteigert

z.krk. Der Jahresplan für Stahl- und Walzstahlproduktion ist in der VR China vorzeitig am 15. November erfüllt worden. Es sind 28 Mio. Tonnen Stahl produziert worden, 4 Mio. Tonnen mehr als im vergangenen Jahr. Die Walzstahlproduktion betrug 19 Mio. Tonnen, 3 Mio. Tonnen mehr als 1977. – In der Eisenproduktion ist der Jahresplan bereits am 5. November erfüllt worden mit 29,5 Mio. Tonnen. Die jetzige ist die bisher höchste jährliche Wachstumsrate in der Geschichte der Volksrepublik. Die Qualität der Produkte ist verbessert, neue Produkte sind entwickelt und hergestellt worden. Gleichzeitig ist es gelungen, die Produktionskosten zu senken, allerdings keineswegs über die Lohnkosten, denn gerade dieses Jahr gab es allgemeine Lohnerhöhungen. In großem Maße ist zum Beispiel der Verbrauch an Koks in den großen Stahlwerken des Landes gesenkt worden.

Laos und Thailand unterzeichnen Abkommen

z.krk. Am 11. November unterzeichneten Laos und Thailand ein Abkommen zur Beschleunigung des Verkehrs auf dem Mekong-Fluß und brachten ihren Wunsch zum Ausdruck, den Mekong zum Fluß des Friedens zu machen. Gleichzeitig beschloß die thailändische Regierung, 1000 Tonnen Salz an Laos zu liefern. Die gemeinsame Nutzung des Mekong und die Verbes-

serung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern ist für die ganze Region von großer Bedeutung. Nach seiner Niederlage hat der US-Imperialismus über Thailand entlang des Mekong reaktionäre Umtriebe gegen die laotische Regierung gefördert und Grenzzwischenfälle provoziert. Seit 1976 wurden praktisch alle Lieferungen von und nach Laos über Thailand blockiert, so daß Laos seinen gesamten Handel über Danang in Vietnam abwickeln mußte. Die thailändische Blockade wurde seit 1977 schrittweise gelockert und dann ganz aufgehoben.

Internationaler Tag der Solidarität mit dem palästinensischen Volk

z.gab. Am 29. November 1947 beschloß der Völkerbund auf Betreiben der US-Imperialisten und der britischen Mandatsregierung die Teilung Palästinas. 54% des palästinensischen Bodens schenkte der Teilungsplan den kolonialistischen Einwanderern, 81% der Gesamtfläche Palästinas wurden besetzt. Am 13. November 1974 sprach Yassir Arafat, Führer der palästinensichen Befreiungsorganisation PLO, vor der UNO. Gegen den erbitterten Widerstand der Imperialisten wird der Kampf des palästinensischen Volkes unter Führung der PLO für die Befreiung Palästinas in der UNO international anerkannt und unterstützt. Am 2.Dezember 1977 beschloß die 91. Plenarsitzung der UNO, den 29. November, den Tag, an dem der Vorläufer der Vereinten Nationen die Besetzung Palästinas beschloß, zum Internationalen Tag der Solidarität mit dem palästinensischen Volk zu machen.

Tarifkampf der Stahlarbeiter bringt Kapitalisten zum Toben

„Marktanteile" in Gefahr / „Europapolitische Ziele" gestört / Börse in Unruhe

z.ere. Vollbeschäftigung durch Wachstum heißt es jedesmal, wenn die Kapitalisten und ihre Sachverständigenmeute den Planungsrahmen ihrer Expansionspolitik abstecken. In seinem Gutachten vom November letzten Jahres hatte der Sachverständigenrat klargestellt, „worauf es ankommt". Bringe es die Lohnpolitik zuwege, das Lohnkostenniveau nicht steigen zu lassen, so verbessere sich nicht nur die Rentabilität der bestehenden Anlagen, sondern auch neue Investitionsobjekte würden profitabel. Wenn schon kein „Nullwachstum" bei den Löhnen durchgesetzt werden könne, sei es aber in jedem Fall wünschenswert, die tariflichen Stundenlöhne nur um soviel zu erhöhen, wie das Produktionsergebnis je Stunde steigen würde. Dadurch, so versprach der Rat, sollte es der Finanzbourgeoisie möglich sein, der Arbeiterklasse runde 6 Mrd. DM, auf's Jahr gesehen, vom Lohn abzustreichen.

Noch druckfrisch war das Gutachten, da streikten im Januar 20000 Hafenarbeiter. Gestützt auf die Solidarität aus allen Teilen der Arbeiterklasse, setzten sie 7% durch. Die Bourgeoisie fürchtet die wirtschaftlichen und politischen Kämpfe der Volksmassen. „Vierter Streik in diesem Jahr", meldete Boenisch in der „Welt" seine Besorgnis an. Nach den Kämpfen in der Metallindustrie vom März, der Drucker und Setzer im Februar sei nun die Tarifstreikaktion der Belegschaften der Stahlwerke der vierte Streik. Vielleicht sollen wir erst noch auf Boenisch's Sonntagskommentar warten, bis er gezwungen sein wird, den VW-Arbeiter-Streik zu erwähnen, abgesehen von den vielfältigen Streikaktionen, die das Jahr über in den verschiedenen Gewerken geführt wurden. „Der offene Kampf hat begonnen", ZDF-Reporter Michael Haskerl verleiht den schlimmsten Befürchtungen der Kapitalisten Ausdruck, „Klassenkampf, der anknüpft an die Tradition vor 50 oder 100 Jahren." Dumpf schwant es diesem Bourgeoisgesindel, daß auch „Sprüche aus Karlsruhe" die Kampfaktionen der Volksmassen nicht verhindern können.

Der Start der „Wirtschaft in das Jahr 1978 war so unbefriedigend, daß das für dieses Jahr zu erwartende gesamtwirtschaftliche Wachstum erheblich vorbelastet wurde", und früher gehegte Erwartungen auf die Scheffelung von Extraprofiten „gedämpft worden sind". Die Bourgeois toben und ihr schmarotzender Anhang tobt mit, an vorderster Front Werner Mühlbrad vom ZDF. Mühlbrad sah die „volkswirtschaftliche Vernunft", repräsentiert durch den Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung, ernstlich durch die „englische Krankheit" bedroht. Das war im letzten April. „Haltet ein mit dem allmählich grausam werdenden Spiel", erging während des Druckerstreiks sein verzweifelter Ruf, als die Setzer sich weigerten, Hetzanzeigen der Kapitalisten in den Winkelhaken zu packen.

Weiterführung des Rationalisierungsprogramms, Entlassungen und gleichzeitige Steigerung der Tonnenleistungen, das sieht der von Mühlbrad beschworene Wirtschaftsbericht der Regierung vor. Durch vermehrte Überstundenleistung der Belegschaft, die sich auch im kommenden Jahr auf „erhöhte Flexibilität einstellen muß", erzielten die Thyssen-Kapitalisten in diesem Jahr allein im Bochumer Edelstahlwerk eine Umsatzsteigerung von 20 Mio. auf 25 Mio. DM. Für das nächste Jahr visieren diese Blutsauger 31 Mio. an. „Jedes Belegschaftsmitglied hat damit 75000 DM Umsatz erwirtschaftet im Gegensatz zu 52000 DM im Vorjahr, was zu wenig war",

Fortsetzung Seite 2

Normalarbeitstag zur Normalzeit!



Die Belegschaften der Stahlwerke finden in ihrem Kampf nicht nur die Unterstützung der anderen Industriebranchen. – Gegenwärtig findet im ganzen Lande kaum eine politische Versammlung statt, sei es wo es wolle, die nicht ihre Solidarität mit diesem Kampf ausdrückt. – Dies, obgleich die Sozialdemokratie den Kampf unter Forderungen eingeleitet hat, die zweimal eine Richtung gegen das wesentliche haben. Sie fordern die 35-Stundenwoche, um die überall verhaßte Arbeit bei Nacht und in Schichten zu retten, und sie fordern 5%, um die überall verhaßte Lohngruppenspalterei zu retten. – Vermutlich unterschätzen die führenden Sozialdemokraten die Fähigkeit der Bewegung, ihre Ziele selber zu bestimmen, erheblich. Die Kapitalisten jedenfalls spüren schon, daß hieraus noch allerhand entstehen wird. (Bericht S. 14/15)

Anhaltende Streikbewegung im Iran

erhöhen, wie das Produktionsergebnis je Stunde steigen würde. Dadurch, so versprach der Rat, sollte es der Finanzbourgeoisie möglich sein, der Arbeiterklasse runde 6 Mrd. DM, auf's Jahr gesehen, vom Lohn abzustreichen.

Noch druckfrisch war das Gutachten, da streikten im Januar 20000 Hafenarbeiter. Gestützt auf die Solidarität aus allen Teilen der Arbeiterklasse, setzten sie 7% durch. Die Bourgeoisie fürchtet die wirtschaftlichen und politischen Kämpfe der Volksmassen. „Vierter Streik in diesem Jahr", meldete Boenisch in der „Welt" seine Besorgnis an. Nach den Kämpfen in der Metallindustrie vom März, der Drucker und Setzer im Februar sei nun die Tarifstreikaktion der Belegschaften der Stahlwerke der vierte Streik. Vielleicht sollen wir erst noch auf Boenisch's Sonntagskommentar warten, bis er gezwungen sein wird, den VW-Arbeiter-Streik zu erwähnen, abgesehen von den vielfältigen Streikaktionen, die das Jahr über in den verschiedenen Gewerken geführt wurden. „Der offene Kampf hat begonnen", ZDF-Reporter Michael Haskerl verleiht den schlimmsten Befürchtungen der Kapitalisten Ausdruck, „Klassenkampf, der anknüpft an die Tradition vor 50 oder 100 Jahren." Dumpf schwant es diesem Bourgeoisgesindel, daß auch „Sprüche aus Karlsruhe" die Kampfaktionen der Volksmassen nicht verhindern können.



Die Belegschaften der Stahlwerke finden in ihrem Kampf nicht nur die Unterstützung der anderen Industriebranchen. – Gegenwärtig findet im ganzen Lande kaum eine politische Versammlung statt, sei es wo es wolle, die nicht ihre Solidarität mit diesem Kampf ausdrückt. – Dies, obgleich die Sozialdemokratie den Kampf unter Forderungen eingeleitet hat, die zweimal eine Richtung gegen das wesentliche haben. Sie fordern die 35-Stundenwoche, um die überall verhaßte Arbeit bei Nacht und in Schichten zu retten, und sie fordern 5%, um die überall verhaßte Lohngruppenspalterei zu retten. – Vermutlich unterschätzen die führenden Sozialdemokraten die Fähigkeit der Bewegung, ihre Ziele selber zu bestimmen, erheblich. Die Kapitalisten jedenfalls spüren schon, daß hieraus noch allerhand entstehen wird. (Bericht S. 14/15)

Anhaltende Streikbewegung im Iran

Die Arbeiterklasse ist die führende Kraft im Kampf für Unabhängigkeit und Demokratie

z.ulg. Breschnew machte den Anfang: „Jede Einmischung im Iran, besonders eine militärische Intervention, würde von der Sowjetunion als ein Tatbestand betrachtet, der ihre Sicherheitsinteressen berührt", Interessen – am Iran. Die US-Imperialisten antworteten prompt. 30000 bis 35000 Mann haben sie bereits als „Berater" im Iran stationiert, und US-Außenminister Vance erklärt, die USA hätten „nicht die Absicht, sich in die inneren Angelegenheiten irgendeines anderen Landes einzumischen". (Süddeutsche Zeitung, 21.11.) Die „Frankfurter Allgemeine" erläutert am 30.11. aus Washington:

„Der Verlust Irans als Partner", also die Beendigung der ungezügelten Plünderung des Landes durch die Imperialisten, „gar der Übergang des Landes in sowjetischen Machtbereich, bedeuteten eine untragbare Veränderung der gesamten strategischen Lage, die schwere Folgen für den Nahen Osten und für Europa, aber auch für die Vereinigten Staaten haben müßten."

NATO-Generalsekretär Luns macht die Runde komplett. Eine Intervention der NATO im Iran sei „völlig ausgeschlossen", aber natürlich stünden „die Partner wegen der Lage im Iran miteinander in Konsultationen". (Süddeutsche Zeitung, 29.11.) Während die Imperialisten laut Frieden und Nichteinmischung brüllen, bereiten sie in Wirklichkeit allesamt bewaffnete Interventionen gegen die kämpfenden iranischen Volksmassen vor, nicht ohne giftige Warnungen an die jeweilige Konkurrenz auszustoßen, ja nicht ihrerseits das gleiche zu versuchen.

Mitte November hat der religiöse Führer Ajatollah Khomeyni die Ölarbeiter aufgerufen, bei einer Intervention der US-Imperialisten notfalls die nationalen Reichtümer des Landes durch Zerstörung der Bohranlagen zu schützen. Wenige Tage vorher hatte die imperialistische Presse jubelnd verkündet, endlich sei es der Militärregierung gelungen, den seit Wochen anhaltenden Streik der Ölarbeiter niederzuschlagen. Die Lüge wird dadurch nicht wahrer, daß sie seitdem alle zwei Tage wiederholt wird. In Wirklichkeit hat sich die Streikbewegung weiter ausgedehnt. Seit letzter Woche wird auch die große Raffinerie von Schiraz bestreikt. Die Angestellten der Hauptverwaltung der iranischen Ölgesellschaft NIOC sind ebenfalls in einen 15tägigen Streik für die Freilassung aller verhafteten Ölarbeiter getreten, nachdem Militäreinheiten während des Generalstreiks am letzten Sonntag in das Hauptverwaltungsgebäude eingedrungen waren, um sie gewaltsam an die Arbeit zu treiben.

Mit nach offiziellen Angaben 37% der Erwerbsbevölkerung ist die iranische Arbeiterklasse im Vergleich zu vielen anderen Ländern der Dritten Welt relativ zahlreich. Seitdem die 35000 Ölarbeiter ihren Streik begonnen haben, ist sie auch sichtbar an die Spitze der Volksbewegung für den Sturz des Schah und die Errichtung einer antiimperialistischen Republik getreten.

Der Generalstreik am 26.11., nachdem die Armee am Dienstag zuvor in Maschad eine in einer schiitischen Moschee versammelte Menschenmenge angegriffen und zwei getötet hatte, ist vollständig gelungen. In allen großen Städten haben Massendemonstrationen stattgefunden, die die Armee, obwohl sie neue Gemetzel unter den Demonstranten anzurichten versuchte, nicht unterdrücken konnte.

Von den Zentren der Industrieproduktion, vor allem den Ölfeldern und Raffinerien, hat sich die Streikbewegung in den letzten Wochen in immer größere Teile des öffentlichen Dienstes ausgedehnt. Die Regierung hatte Anfang Oktober versucht, mit einer Lohnerhöhung von 13,5% die Lohnabhängigen im Staatsapparat von der Massenbewegung abzuspalten. Aber die Forderungen der Streikenden sind politisch und nicht erledigt: Sturz des Schah, Vertreibung der Imperialisten, Errichtung der Republik. Seit Wochen streiken die Zollbeamten, die Angestellten des Finanz- und Justizministeriums, der staatlichen Fluggesellschaft und der Zentralbank. Anfang letzter Woche haben die streikenden Angestellten der Zentralbank eine Liste veröffentlicht über die Unsummen, die die Imperialisten von Mitte August bis Mitte Oktober durch Angehörige der kaiserlichen Familie, hohe Beamte und Offiziere außer Landes und auf US- und Schweizer Banken haben schaffen lassen, insgesamt 2,4 Mrd. $, ein Fünftel des jährlichen Erlöses aus den Erdölexporten.

Auf einer Pressekonferenz in Rom haben am vorletzten Wochenende Mitarbeiter des Ajatollah Khomeyni über das Programm der „islamischen Republik" berichtet. Statt Rohöl zu exportieren, soll die nationale Petrochemie entwickelt werden. Die von den Imperialisten für den Baumwollexport zugrundegerichtete Landwirtschaft soll wieder Getreide und Fleisch produzieren. Und: „Es ist ein großer Fehler, sich im Kampf gegen die eine Supermacht auf die andere zu stützen." (Corriere della Sera, 26.11.)

In Frankfurt hat die Polizei am vorletzten Samstag eine Demonstration der CISNU in der Nähe des amerikanischen Generalkonsulats angegriffen. Die Demonstranten haben sich gewehrt. „Hinaus mit ihnen!", schnaubt die FAZ und fordert das Verbot der Organisationen der iranischen Studenten und die Ausweisung ihrer Mitglieder. Die CDU hat eine Verschärfung des Demonstrationsrechts vorgeschlagen. Das Verbot der Demonstration der iranischen Studenten in Köln war vor fünf Jahren der Auftakt zu umfassenden Notstandsmaßnahmen, mit denen sich die westdeutschen Imperialisten „kriegsfähig" machen wollten.

Tarifkampf der Stahlarbeiter bringt Kapitalisten zum Toben

Fortsetzung von Seite 1
erklärte Vorstandsvorsitzender Dr. Heide. Solange aber in der ,,Wirtschaft der Eindruck" herrsche, daß im Zuge eines ,,aufkeimenden Wachstums Gewinnverbesserungen durch Tariferhöhungen kompensiert" würden, sei es verständlich, wenn die Kapitalisten die verdienten Abschreibungen in festverzinsliche Wertpapiere und nicht in ,,riskante Neuinvestitionen" anlegten.

Die Finanzbourgeoisie gräbt sich erneut Startlöcher im Kampf um Weltmarktanteile. Dieser Kurs war, wie dem Sachverständigengutachten vom Juni zu entnehmen ist, ,,auf ein stärkeres Mitziehen der Lohnpolitik abgestellt, als sich dann als realistisch erwies". Endlich müsse die Lohnpolitik auf die ,,Herausforderung, die von den Devisenmärkten ausgeht", antworten, wenn nicht ,,die internationale Wettbewerbsfähigkeit leiden soll."

Noch im Juli klagten die Kapitalisten über ein Defizit in der Leistungsbilanz, dem zusammengefaßten Ergebnis des Außenhandels sowie den Dienstleistungs- und Übertragungstransaktionen, von rund 2 Mrd. DM. Bereits im September wies diese Bilanz einen Überschuß von 1,2 Mrd. DM aus. H. Schmidt erklärte sich für ,,ziemlich zuversichtlich", da im Laufe des Sommers eine Reihe von Maßnahmen ins Parlament eingebracht worden seien, die ,,Garantien" für aussichtsreiche Positionen in der Konkurrenzschlacht auf dem Weltmarkt liefern würden. ,,Für was hält man mich eigentlich", hatte er, zum Rapport bestellt, die Jahreshauptversammlung öffentlicher Banken gefragt. ,,Neuerliche Korrektur in der Einkommensverteilung" stellte er den Finanzhaien sein groß angelegtes Lohnraubprogramm vor. Am 1. Juli trat das Wohnungsmodernisierungsgesetz in Kraft, das den Kapitalisten 4,35 Mrd. DM ,,langfristig garantieren" soll. Drei Wochen später tagte der Arbeitskreis Steuerschätzung, und der Finanzplanungsrat beriet am 25. Juli finanzpolitische Maßnahmen zur ,,Konjunkturbelebung", was sich dann am 28. Juli als ein ,,Paket von Steuererleichterungen für die Arbeitnehmer und die Wirtschaft" entpuppte. Es ist ein Programm, das auf der Linie liegt, die Volksmassen zu betrügen, zu spalten und einen größeren Lohnteil unter staatliche Verwaltung zu stellen, den Kapitalisten weitere Steuern zu ersparen und Gelder in den Rachen zu schieben. Das ganze Paket ist berechnet auf die jetzt beginnenden Tarifkämpfe. Eine Vielzahl von Belegschaften hat daraus den Schluß gezogen, wie schädlich es ist, im Tarifkampf die Forderungen nach Streichung der indirekten Steuern und 1500 DM lohnsteuerfrei *nicht* aufzunehmen. Zusammen mit dem Steuerpaket beschloß die Bundesregierung den Entwurf des Bundeshaushalts, der eine Nettokreditaufnahme von 35,5 Mrd. DM vorsieht. Die Staatsverschuldung ist den Kapitalisten eine willkommene und sichere Form der Kapitalvermehrung durch Anlage beim Staat und Bezahlung der Zinsen aus den Arbeitern und Volksmassen abgepreßten Steuern.

Der Stau von Kapital in Händen der Profitschinder, der bereits beachtlich ist, schwillt weiter an. Das Kapital wird wagemutig ins Ausland befördert, um noch gewaltigere Extraprofite hereinzuholen. Nicht tatenlos wollen Giscard und Callaghan dabei zusehen, wie ihnen die westdeutschen Imperialisten die dicksten Brocken vor der Nase wegschnappen. Frankreich hat letzte Woche einen neuen Außenminister eingesetzt, einen Mann ,,aus der Bourgeoisie", in Berlin aufgewachsen, mit dem ,,Blick nach Europa". Und man darf, wie Peter Scholl-Latour im ZDF auch noch sagte, nicht vergessen, ,,daß für Frankreich Europapolitik in erster Linie Deutschlandpolitik ist". Die Konkurrenzschlacht ist in vollem Gange. Es geht um das geplante Europäische Währungssystem EWS, das trotz der bestehenden wirtschaftlichen Disparitäten zwischen den voraussichtlichen Teilnehmerstaaten ab 1. Januar funktionieren soll. Schmidt forderte von den Mitgliedsländern ,,eiserne Disziplin", auch wenn er für die ,,Wünsche Italiens oder Großbritanniens Verständnis" zeige. Mit Blick auf die US-Imperialisten: ,,Carter hätte sein geplantes Stützungspaket frühzeitig nach dem Bonner Gipfel ,enthüllen' müssen". – Jeder sollte eben sehen, daß sein eigener Stall in Ordnung ist. – Und so will es Callaghan nicht zulassen, daß ,,Britanniens Fortschritt zunichte gemacht wird". Wie BBC meldete, appellierte der Premierminister, es gäbe keine ,,individuelle Last oder die Last einer Gruppe in Britannien, die so unerträglich sei, daß das nationale Interesse dafür zur Seite gestoßen werden sollte, als ob es von geringerer Bedeutung wäre".

Wohlwissend, daß im Gezerre der imperialistischen Mächte die keinen Erfolg haben werden, die nicht die Arbeiterklasse im eigenen Land unter eiserner Knute hält, haben die Sozialimperialisten Änderungen in ihrem Politbüro vorgenommen, deutliches Zeichen dafür, daß eine Verschärfung der Klassenkämpfe in der UdSSR bevorsteht.

Der Beginn einer politischen Bewegung der westdeutschen Arbeiterklasse gegen die dauernden Lohnsenkungen ist bereits zu einer deutlichen Stütze für die Kämpfe ihrer Klassengenossen in den konkurrierenden imperialistischen Ländern geworden.

Jeweils in einer Lage, in der sich die Klassenkämpfe schwungvoll entfalten, werden etliche reformistische Betrüger, wie neuerlich der Hamburger Bürgermeister Klose, die Gelegenheit ergreifen und herumposaunen, daß es dem Arbeiter von Nutzen sei, wenn ,,wir dann ein System der gelenkten Marktwirtschaft haben". All diese Rezepte dienen zu nichts anderem als der Bereicherung der Bourgeoisie. Und mit dem Charakter, sich unendlich bereichern zu müssen, machen sie sich auch unendlich verhaßt bei den Volksmassen.

Risse in den imperialistischen Militärbündnissen
Die Forderung nach Auflösung von NATO und Warschauer Pakt gewinnt an Kraft
z.pek. Gleich zweimal innerhalb von drei Tagen lieferte Adelbert Weinstein, sattsam bekannter Militärstratege der ,,Frankfurter Allgemeinen Zeitung" einen Kommentar zum ,,überraschenden Rücktritt unseres ersten Soldaten", des Generalinspekteurs Harald Wust. ,,Zwei dynamische Chefs sind zuviel für das Verteidigungsministerium", konstatiert er. Neben geheuchelter Verwunderung ein kleiner Stachel für den Ehrgeizling Apel; es kann nie schaden, ihn mit den Ambitionen der westdeutschen Finanzbourgeoisie ein wenig zu reizen.
Damit die Ausrichtung der Bundeswehr als imperialistische Armee, die auf ihre Einsatzfähigkeit getrimmt wird, vorankommt, so räsoniert Weinstein, muß der Nachfolger des Generals der ,,alten Schule" von anderem Kaliber sein. ,,NATO-minded" soll er sein – und Englisch sprechen, das sei bei den ,,Eierköpfen" von US-Militärs unabdingbar. Bekannte Töne. Die Einmischung der Supermacht USA im eigenen Haus sind hin und wieder Anlaß für Rotzigkeiten. Kassieren, ohne zu zahlen, gibt es halt nicht. Trotzdem muß der ,,oberste Truppenvorgesetzte" in jedem Fall ,,übernational" denken, alles andere ist ,,gerade für die Bundeswehr" Humbug.
Und Apel? Der kann jetzt nach Brüssel zur NATO-Konferenz gehen mit dem AWACS-System in der Tasche – und der Bürgschaft der westdeutschen Arbeiterklasse über 1,2 Mrd. DM Lohngelder an weiterer Plünderung dafür. Mißstimmungen treten zurück angesichts der wirklich ernsten Probleme für die NATO. Wenn die norwegischen Volksmassen die Verstärkung der westdeutschen NATO-Truppe in Norwegen als einen Schritt zu weit betrachten, wenn sie ,,Großmanöver" als Probe der Besatzung ihres Landes ,,mißverstehen", wenn die Südflanke nicht willens ist und ansehnliche Geldmittel als ,,milde Gabe" über wirtschaftliche Erpressungen bereitgestellt werden müssen, um sie – hoffentlich – doch noch zu ,,gewinnen", dann ziemt es sich nicht, bockig zu werden. ,,Ohne die NATO kein Europa", so ungefähr hat sich SPD-Geschäftsführer Bahr in Washington geäußert. Unter dieser Kurzformel lassen die BRD-Imperialisten der Supermacht USA den Kriegsaufmarsch gegen die sozialimperialistische Sowjetunion im Ringen um Europa durchgehen, einschließlich der US-Besatzerbefugnisse gegen die westdeutsche Arbeiterklasse.
Den Widerstand der norwegischen Volksmassen gegen das imperialistische NATO-Bündnis greift die andere Supermacht begierig auf und versucht, ihn in eine freundschaftlich ausgestreckte Hand in ihrer eigenen Richtung umzulügen. Mit ihren wiederholten Aggressionsakten gegen die Souveränität Norwegens nimmt die Sowjetunion das gleich wörtlich.
Um die Friedfertigkeit ihres eigenen Militärbündnisses vor aller Welt aufs Neue zu beteuern, haben die Sozialimperialisten mit der Tagung des Warschauer Pakts die gleichzeitige Auflösung von NATO und Warschauer Pakt angeboten. Daß Rumänien ausgerechnet diesem Punkt des Abschlußdokuments besondere Bedeutung beimißt
gungspotentials der Warschauer Pakt Streitkräfte notwendig".
An dieser Einsicht in die höhere Notwendigkeit größerer Tributzahlungen für die Kriegsvorbereitungen der neuen Zaren fehlt es dem rumänischen Volk. Präsident Ceaucescu ist der sozialimperialistischen Ausplünderungs- und Unterwerfungspolitik entgegengetreten und erklärte, daß ,,die Maßnahmen zur Erhaltung der Verteidigungsfähigkeit das Volk und das Land nicht belasten und die Programme zum Aufbau der Wirtschaft nicht hemmen oder verhindern dürfen" und daß ,,Rumänien niemals der Unterordnung seiner Streitkräfte unter übernationale Organe zustimmen und keine militärischen Aktionen ohne die Zustimmung des ganzen Volkes unternehmen werde". Die neuen Zaren tragen schwer an der Bürde der alten, weil dem rumänischen Volk in jahrhundertelangem Kampf um nationale Unabhängigkeit die ,,Einsicht" zur Unterwerfung abhandengekommen ist.
Den US-Imperialisten und ihren Verbündeten bereiten solche Risse im Lager des Gegners nur halbe Freude. Daß Rumänien beide imperialistische Militärbündnisse gleichermaßen
Positionen in der Konkurrenzschlacht auf dem Weltmarkt liefern würden. und sichere Form der Kapitalvermehrung durch Anlage beim Staat und Be- – Und so will es Callaghan nicht zulassen, daß ,,Britanniens Fortschritt zunichte gemacht wird". Wie BBC zu müssen, machen sie sich auch unendlich verhaßt bei den Volksmassen.

Risse in den imperialistischen Militärbündnissen

Die Forderung nach Auflösung von NATO und Warschauer Pakt gewinnt an Kraft

z.pek. Gleich zweimal innerhalb von drei Tagen lieferte Adelbert Weinstein, sattsam bekannter Militärstratege der ,,Frankfurter Allgemeinen Zeitung" einen Kommentar zum ,,überraschenden Rücktritt unseres ersten Soldaten", des Generalinspekteurs Harald Wust. ,,Zwei dynamische Chefs sind zuviel für das Verteidigungsministerium", konstatiert er. Neben geheuchelter Verwunderung ein kleiner Stachel für den Ehrgeizling Apel; es kann nie schaden, ihn mit den Ambitionen der westdeutschen Finanzbourgeoisie ein wenig zu reizen.

Damit die Ausrichtung der Bundeswehr als imperialistische Armee, die auf ihre *Einsatzfähigkeit* getrimmt wird, vorankommt, so räsoniert Weinstein, muß der Nachfolger des Generals der ,,alten Schule" von anderem Kaliber sein. ,,NATO-minded" soll er sein – und Englisch sprechen, das sei bei den ,,Eierköpfen" von US-Militärs unabdingbar. Bekannte Töne. Die Einmischung der Supermacht USA im eigenen Haus sind hin und wieder Anlaß für Rotzigkeiten. Kassieren, ohne zu zahlen, gibt es halt nicht. Trotzdem muß der ,,oberste Truppenvorgesetzte" in jedem Fall ,,übernational" denken, alles andere ist ,,gerade für die Bundeswehr" Humbug.

Und Apel? Der kann jetzt nach Brüssel zur NATO-Konferenz gehen mit dem AWACS-System in der Tasche – und der Bürgschaft der westdeutschen Arbeiterklasse über 1,2 Mrd. DM Lohngelder an weiterer Plünderung dafür. Mißstimmungen treten zurück angesichts der wirklich *ernsten* Probleme für die NATO. Wenn die norwegischen Volksmassen die Verstärkung der westdeutschen NATO-Truppe in Norwegen als einen Schritt zu weit betrachten, wenn sie ,,Großmanöver" als Probe der Besatzung ihres Landes ,,mißverstehen", wenn die Südflanke nicht willens ist und ansehnliche Geldmittel als ,,milde Gabe" über wirtschaftliche Erpressungen bereitgestellt werden müssen, um sie – hoffentlich – doch noch zu ,,gewinnen", dann ziemt es sich nicht, bockig zu werden. ,,Ohne die NATO kein Europa", so ungefähr hat sich SPD-Geschäftsführer Bahr in Washington geäußert. Unter dieser Kurzformel lassen die BRD-Imperialisten der Supermacht USA den Kriegsaufmarsch gegen die sozialimperialistische Sowjetunion im Ringen um Europa durchgehen, einschließlich der US-Besatzerbefugnisse gegen die westdeutsche Arbeiterklasse.

Den Widerstand der norwegischen Volksmassen gegen das imperialistische NATO-Bündnis greift die andere Supermacht begierig auf und versucht, ihn in eine freundschaftlich ausgestreckte Hand in ihrer eigenen Richtung umzulügen. Mit ihren wiederholten Aggressionsakten gegen die Souveränität Norwegens nimmt die Sowjetunion das gleich wörtlich.

Um die Friedfertigkeit ihres eigenen Militärbündnisses vor aller Welt aufs Neue zu beteuern, haben die Sozialimperialisten mit der Tagung des Warschauer Pakts die gleichzeitige Auflösung von NATO und Warschauer Pakt angeboten. Daß Rumänien ausgerechnet *diesem* Punkt des Abschlußdokuments besondere Bedeutung beimißt und daran festhält, daß ,,die rumänischen Streitkräfte ausschließlich der Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit und Souveränität dienen", haben die Sozialimperialisten wütend zur Kenntnis genommen. Offensichtlich hat Rumänien ihren Vorschlag ,,mißverstanden", wenn es so leichtfertig ,,die Einheit des Vertragsbündnisses schwächt". Schließlich sind es die US-Imperialisten, die auf die gutgemeinten Vorschläge nicht eingehen wollen – folglich ist für die Sowjetunion ,,angesichts des durch die NATO verstärkten Wettrüstens die Stärkung des Verteidigungspotentials der Warschauer Pakt Streitkräfte notwendig".

An dieser Einsicht in die höhere Notwendigkeit größerer Tributzahlungen für die Kriegsvorbereitungen der neuen Zaren fehlt es dem rumänischen Volk. Präsident Ceaucescu ist der sozialimperialistischen Ausplünderungs- und Unterwerfungspolitik entgegengetreten und erklärte, daß ,,die Maßnahmen zur Erhaltung der Verteidigungsfähigkeit das Volk und das Land nicht belasten und die Programme zum Aufbau der Wirtschaft nicht hemmen oder verhindern dürfen" und daß ,,Rumänien niemals der Unterordnung seiner Streitkräfte unter übernationale Organe zustimmen und keine militärischen Aktionen ohne die Zustimmung des ganzen Volkes unternehmen werde". Die neuen Zaren tragen schwer an der Bürde der alten, weil dem rumänischen Volk in jahrhundertelangem Kampf um nationale Unabhängigkeit die ,,Einsicht" zur Unterwerfung abhandengekommen ist.

Den US-Imperialisten und ihren Verbündeten bereiten solche Risse im Lager des Gegners nur halbe Freude. Daß Rumänien beide imperialistische Militärbündnisse gleichermaßen angreift und sich auf der Grundlage der ,,Liquidierung der Blockpolitik" unter den Forderungen ,,Abzug aller ausländischen Truppen von fremden Territorien!", ,,Auflösung der Militärstützpunkte!" mit den Ländern der dritten Welt zusammenschließt, ist für sie Anlaß für eine deutliche Warnung: Ceaucescu solle es mit seiner ,,Sonderrolle" nicht zu weit treiben. Die Stärkung der Einheit der Völker gegen die Aggression und die Kriegsvorbereitungen der NATO und des Warschauer Pakts ist für *beide* Supermächte eine unerfreuliche Entwicklung.



Während der Herbstmanöver der NATO im September / Oktober 1978 in Norwegen. Die Forderung: Norwegen raus aus der NATO!

Europäisches Währungssystem und ,,Währungskorb"

z.gek.Brüssel. Am 4./5.Dezember wird der Rat der Europäischen Gemeinschaften, in Gestalt der diversen Präsidenten und Premiers samt dem ,,Kanzler", über das neue Europäische Währungssystem beschließen. Am 1.Januar soll es bereits in Kraft treten. Eine von der EG-Kommission ausgearbeitete Beschlußvorlage sieht vor, ,,die bestehenden Vereinbarungen und Institutionen innerhalb von zwei Jahren nach Einführung des Systems in einem Europäischen Währungsfonds (zu) vereinigen". (EG-Dokument 436/78) In diesem Zeitraum sollen nach und nach 20% der Währungsreserven der teilnehmenden Länder in den Fonds eingezahlt werden, so daß mit der Ausgabe der ECU, der neuen ,,Europäischen Währungseinheit", begonnen werden kann. Diese werden zunächst jedoch nur im Verkehr zwischen den verschiedenen Zentralbanken und Fonds verwendet.

Der Wert eines ECU wird nach dem Prinzip des ,,Währungskorbs" errechnet, d.h. die Währungen der einzelnen Länder gehen darin je nach ihrem ,,spezifischen Gewicht", der Wertmasse, die sie repräsentieren, ein. Errechnet wird das anhand des Bruttosozialproduktes, also der den Arbeitern ausgepumpten Produktenmasse des jeweiligen Landes, und seines Anteils am EG-Handel. Der ECU wird sich danach zusammensetzen aus: 0,82 D-Mark; 1,15 französischen Francs; 9 britischen Pence; 109 italienischen Lira, usw. Insgesamt wird 1 ECU = 2,65 D-Mark wert sein. Rechnet man nach, dann beträgt der Anteil der D-Mark am Wert des ECU allein *31,5%*. Der französische Francs geht mit *20,5%* ein, das britische Pfund nur noch mit *13,5%*, die italienische Lira mit *10,8%*, die anderen entsprechend geringer.

Der Europäische Währungsfonds, der sich mit Währungsreserven, einschließlich Dollar und Gold, im Gesamtwert von 120 Mrd. DM vollsaugen wird, soll über ein System obligatorischer Kreditaufnahmen die Währungen der EG-Länder innerhalb einer bestimmten Spanne (der ,,Schlange") zueinander stabil halten. Mit ihrem ,,spezifischen Gewicht" werden die Finanzbourgeois der BRD sich in noch ganz anderem Maßstab als bisher zu Gläubigern und Zinseintreibern über die Völker aufschwingen können. Noch mehr: in direkter Anlehnung an die entsprechenden Satzungen des IWF wird der geplante Europäische Währungsfonds EWF auf ,,die schrittweise Ausgleichung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedsstaaten und das einwandfreie Funktionieren des Gemeinsamen Marktes" hinwirken, d.h. es den Gläubigerstaaten ermöglichen, den Schuldnerstaaten ihre Wirtschaftspolitik zu diktieren. Als Ziel ist in dem Entwurfstext der EG-Kommission die volle ,,Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungs*union*" anvisiert. Mit der Schweiz und Norwegen wird bereits

britischen Pence; 109 italienischen Lira, usw. Insgesamt wird 1 ECU = 2,65 D-Mark wert sein. Rechnet man nach, dann beträgt der Anteil der D-Mark am Wert des ECU allein 31,5%. Der französische Francs geht mit 20,5% ein, das britische Pfund nur noch mit 13,5%, die italienische Lira mit 10,8%, die anderen entsprechend geringer.
Der Europäische Währungsfonds, der sich mit Währungsreserven, einschließlich Dollar und Gold, im Gesamtwert von 120 Mrd. DM vollsaugen wird, soll über ein System obligatorischer Kreditaufnahmen die Währungen der EG-Länder innerhalb einer bestimmten Spanne (der ,,Schlange") zueinander stabil halten. Mit ihrem ,,spezifischen Gewicht" werden die Finanzbourgeois der BRD sich in noch ganz anderem Maßstab als bisher zu Gläubigern und Zinseintreibern über die Völker aufschwingen können. Noch mehr: in direkter Anlehnung an die entsprechenden Satzungen des IWF wird der geplante Europäische Währungsfonds EWF auf ,,die schrittweise Ausgleichung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedsstaaten und das einwandfreie Funktionieren des Gemeinsamen Marktes" hinwirken, d.h. es den Gläubigerstaaten ermöglichen, den Schuldnerstaaten ihre Wirtschaftspolitik zu diktieren. Als Ziel ist in dem Entwurfstext der EG-Kommission die volle ,,Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion" anvisiert. Mit der Schweiz und Norwegen wird bereits
über Assoziierung verhandelt. Markt frei und Grenzbäume hoch für deutsches Kapital, Ausbeutung nach deutschem Modell... – ,,Schmidts Husarenritt" bejubelt verhalten der Kommentator der Frankfurter Allgemeinen des Finanzkapitals, auf die Meldung hin, daß auch die britische Regierung weichgeklopft sei, und nimmt einen tiefen Zug aus der Pulle: ,,... der Kern Europas erhielte mehr Gewicht in der Welt und eine eigene politische Identität – neben den Vereinigten Staaten und dem Ostblock." (FAZ, 30.11.)

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon: 0611/730231, Telex 413080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer / Redaktion: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 1, Telefon 0611/730238 / Redakteur: Martin Fochler

Zu beziehen ist die Kommunistische Volkszeitung im Vierteljahresabonnement, incl. Porto 10,– DM, bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730234

Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 49: 32000

Regionalredaktion Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Telefon 0511/814045, Redakteur: Helga Rosenbaum

Regionalredaktion Köln: Neusser Straße 27-29, 5000 Köln 1, Telefon 0221/720876-77, Redakteur: Willi Geike

Regionalredaktion München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Telefon 089/531348, Redakteur: Matthias Stab

Internationale Nachrichtenverbindungen

Agence d'informations et de nouvelles internationales SPRL · a.i.n. – agence de presse · 437 Av. Louise · B-1050 Bruxelles

a.i.n. Roma · Via C. Magni, 49/B · I-00147 Roma

K.V.Z. News Agency Ltd. · 291, Gray's Inn Road · GB-London, WC1X 8OF

Korrespondenzunternehmen für Nachrichten und Informationen des Zeitgeschehens Ges.m.b.H. · Rienößlgasse 17 · A-1040 Wien ·

Verbreitungsgebiete und Liste der Bezirksausgaben der Kommunistischen Volkszeitung · Bezugsadressen

Bezirksausgaben: Flensburg (01), Flensburg-Westküste · Kiel (02), Holstein · Hamburg (03), Hamburg-Unterelbe

Bezirksausgaben: Bremen (04), Bremen-Unterweser · Oldenburg (05), Weser-Ems · Münster (06), Münsterland-Emsland

Bezirksausgabe: Westberlin (07)

Bezirksausgaben: Hannover (08), Hannover · Braunschweig (09), Südostniedersachsen · Bielefeld (10), Ostwestfalen

Bezirksausgaben: Dortmund (11), Dortmund/Westliches Westfalen · Essen (12), Essen-Ruhr · Duisburg (13), Duisburg/Niederrhein · Düsseldorf (14), Düsseldorf/Rhein · Wuppertal (15), Wuppertal/Bergisches Land

Bezirksausgaben: Kassel (16), Kassel/Nordhessen · Gießen (17), Gießen/Sieg-Lahn · Frankfurt (18), Frankfurt/Südhessen · Mainz (19), Mainz/Rheinhessen-Taunus

Bezirksausgaben: Köln (20), Köln/Rhein-Sieg · Aachen (21), Aachen/Grenzland · Koblenz (22), Koblenz/Mittelrhein · Trier (23), Trier/Eifel-Hunsrück · Saarbrücken (24)

Bezirksausgaben: Mannheim (25), Rhein-Neckar-Pfalz · Heilbronn (26), Franken · Würzburg (27), Unterfranken · Nürnberg (28), Mittelfranken · Bayreuth (29), Oberfranken

Bezirksausgaben: Karlsruhe (30), Mittlerer Oberrhein/Nordschwarzwald · Stuttgart (31), Mittlerer Neckar · Freiburg, Südbaden · Konstanz (32), Konstanz-Südschwarzwald · Ulm (33), Ulm-Bodensee

Bezirksausgaben: Regensburg (35), Mittlere Donau · Landshut (36), Niederbayern · München (37), München-Oberbayern · Augsburg (38), Schwaben

Geschäftsstelle Hamburg: Chemnitzstraße 73, 2000 Hamburg 50, Telefon 040/382168

Geschäftsstelle Bremen: Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Telefon 0421/6160455

Geschäftsstelle Westberlin: Oranienstraße 159, 1000 Westberlin 61, Telefon 030/6145099

Geschäftsstelle Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Telefon 0511/814045

Geschäftsstelle Essen: Sybillastraße 15, 4300 Essen, Telefon 0201/252353

Geschäftsstelle Frankfurt: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Telefon 0611/730241

Geschäftsstelle Köln: Neusser Straße 27-29, 5000 Köln 1, Telefon 0221/720876-77

Geschäftsstelle Mannheim: J7, 14, 6800 Mannheim, Telefon 0621/16279

Geschäftsstelle Stuttgart: Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Telefon 0711/611805

Geschäftsstelle München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Telefon 089/531348

Kommunismus und Klassenkampf

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Herausgeber: Zentrales Komitee des KBW · Sekretariat: Mainzer Landstr. 147, Postf. 119151, 6000 Frankfurt 2, Tel.: 0611/730231, Telex 413080 kuehl d · Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer · Redaktion: Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt, Tel.: 0611/730231 · Redakteur: Jürgen Klocke · Erscheint einmal im Monat im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt · Preis des Einzelheftes: 2 DM, Jahresabonnement (12 Nummern incl. Porto): 24 DM

Kommunistische Volkszeitung – Spezialnachrichtendienste –

Heft 01: Registerdienst: a) Titelliste der gesamten KVZ-Ausgaben; b) Titelliste der Spezialnachrichtendienste; c) vollständiger Text der ZDF-19-Uhr-Nachrichten; d) Äußerungen der Landesregierungen in den Regionalschauen; e) Äußerungen von Regierungsmitgliedern im ausländischen Fernsehen, übersetzt, sowie Äußerungen von Gewerkschaftssprechern; f) Titelliste der im laufenden Jahr erschienenen Ausgaben von Kommunismus und Klassenkampf; g) Verzeichnis der im Laufe des Jahres hergestellten Bücher und Broschüren · *Heft 02:* Landwirtschaft / Ernährung · *Heft 03:* A) Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft // B) Chemische Industrie // C) Stahl // D) Bau · *Heft 04:* A) Maschinenbau // B) Elektrotechnik // C) Fahrzeugbau // D) Schiffbau · *Heft 05:* A) Druck // B) Textil, Bekleidung // C) Handel · *Heft 06:* A) Ausbildung, Schulen, Schüler // B) Staatliche und kirchliche Fürsorgeeinrichtungen sowie Gefängnisse · *Heft 07:* Ausbildung, Hochschulen, Studenten · *Heft 08:* Öffentliche Dienste, Transport, Nachrichtenübermittlung · *Heft 09:* Militär, Soldaten und Reservisten, Zivildienstleistende, Polizisten

„Wir haben unsere Initiative: Das ist der bewaffnete Kampf"

Interview mit Genossen Edgar Tekere, Generalsekretär der ZANU

Genosse Tekere, Du kommst gerade von einer Versammlung der Vereinten Nationen. Welche Ergebnisse hatte diese Versammlung und gegen wen hat sie dabei kämpfen müssen?

Ich habe an den Sitzungen des 4. Komitees der Vollversammlung der Vereinten Nationen teilgenommen. Diese begannen mit den Eingangsreden, wie es üblich ist. Eine große Zahl von Ländern hat gesprochen. Mehr als 75, nicht mehr als 80, denke ich. Die meisten der Länder, die sprachen, sprachen mit großer Sympathie für unsere Sache und für den Kampf des Volkes von Zimbabwe gegen Imperialismus und Kolonialismus. Sie betonten, daß Britannien in seiner Eigenschaft als Kolonialmacht nicht genug getan hat, um die Übertragung der Macht von dem rassistischen Regime in Salisbury auf das Volk von Zimbabwe zu bewerkstelligen. Sie betonten auch, daß Britannien sich offensichtlich widerstrebend verhält. Wie man erwarten konnte, redeten natürlich Britannien selbst und die USA und andere westliche Länder, und, wie man wiederum erwarten konnte, sagten besonders Britannien und die USA, daß sie getan hätten, was sie könnten. Der Fortschritt sei langsam und sie würden weitermachen, das zu tun, was ihrer Ansicht nach möglich sei. Zur Zeit würden sie an einer Allparteienkonferenz arbeiten zur „friedlichen Lösung des Problems", wie sie es nennen.

Die britischen Imperialisten haben gerade einen anderen Sonderbeauftragten nach Zimbabwe, in die Frontstaaten und nach Azania geschickt. Welche Auffassung hat die ZANU zu dieser Mission?

Ich war gerade heute nachmittag im Außenministerium, um über diese Angelegenheit zu sprechen. Da kommen wir gerade her. Sie baten mich, zu ihnen zu kommen. Sie wollten wissen, ob es möglich sei, mit unserem Präsidenten, Genosse Mugabe, und seiner Delegation zusammenzutreffen. Und welche Zeitplanung für uns in Maputo passend sei. Nun, ich habe ihnen gesagt, daß wir wie sonst auch niemals eine unvernünftige Haltung eingenommen haben. Wir haben niemals die Haltung eingenommen, daß wir nicht mit ihnen zusammentreffen wollen, wenn sie mit uns zusammentreffen wollen. Wenn sie etwas haben, worüber sie reden wollen, wir sind immer gute Zuhörer gewesen. Aber ich habe auch genau die Frage gestellt, warum Cledwyn Hughes im Zusammenhang der Zimbabwe-Frage ins südliche Afrika fährt. Ich erwähnte ihnen gegenüber, daß mir so kurz nach den Vereinten Nationen und nachdem ich mit dem State Department in Washington gesprochen hatte, nicht so recht klar sei, was Cledwyn Hughes uns bringen würde. Denn in Washington und bei den Vereinten Nationen sah ich nicht, daß den Briten und Amerikanern sehr klar ist, was sie als nächstes tun sollen. Einmal haben sie mir sogar die Frage gestellt, was sie als nächstes tun sollen. Sie sagten auch, sie seien verwirrt. Deshalb fragen wir uns, was Cledwyn Hughes tun wird. Vielleicht ist es auch nur ein Mittel, um Popularität unter ihren Wählern hier zu gewinnen, es ist schwer zu sagen. Und dann fragen wir uns natürlich, ob die anglo-amerikanischen Vorschläge noch auf dem Tisch sind. Sie haben sehr zweideutig über die ursprünglichen anglo-amerikanischen Vorschläge geredet. Wir glauben nicht, daß sie ihre eigenen Vorschläge noch ernst nehmen. Wie auch immer, es kommt wirklich nicht darauf an, ob irgend etwas aus diesen Gesprächen herauskommt oder nicht. Denn es ist einzig und allein Sache der Anglo-Amerikaner. Es ist ihre Initiative. Wir haben unsere. Unsere ist der bewaffnete Kampf. Und solange sie nicht den bewaffneten Kampf behindert, verlieren wir keinen Schlag.

Kannst Du uns über die militärische Lage in Eurem Land berichten? Wie ist der Fortschritt in Eurer Taktik der Einschließung der Städte?

Ja, wir haben in diesem Jahr eine Menge bezeichnender Fortschritte gemacht. Wir haben jetzt fest errichtete befreite Gebiete im Land, vor allem in den ländlichen Gebieten, Wir haben nicht sehr viel in den Städten und Cities gemacht. Aber weil wir in allen Landesteilen so konzentriert sind, führt das zu buchstäblicher Einkreisung der städtischen Gebiete. In einiger Zeit werden wir das Problem anpacken.

Wie entwickelt sich die internationale Unterstützung vor allem der Länder der Dritten Welt für die ZANU und die Patriotische Front? Welchen Prinzipien folgt die ZANU in diesen Beziehungen?

Unser Leitprinzip ist sehr klar, was die internationalen Beziehungen betrifft. Gegenüber allen sozialistischen und fortschrittlichen Ländern haben wir uns immer sehr bemüht, ihre Unterstützung zu bekommen. Und nicht nur von Ländern, also Regierungen, auch von Organisationen und anderen Parteien, ob sie in der Regierung sind oder nicht. Ein gutes Beispiel ist der KBW selbst. Wir haben nun seit langem ausgezeichnete Beziehungen. Und so ist es mit verschiedenen Organisationen. Ich will besonders erwähnen, daß wir der Ansicht sind, in den letzten Monaten bedeutende Fortschritte dabei gemacht zu haben, mehr Freunde zu gewinnen und dabei die Zahl derjenigen zu verringern, die beiseite stehen, wo wir doch für dieselbe Sache kämpfen, der sie schon immer verpflichtet sind. Es ist klar, es gibt natürlich die traditionellen Feinde unserer Interessen und unseres Kampfes. Wir haben keine guten Beziehungen mit ihnen aufgenommen. Das ist klar, daß wir keine guten Beziehungen zu unseren Feinden haben können, weil sie diejenigen sind, gegen die wir kämpfen. Aber es gibt eine andere Kategorie: diejenigen, die gegen uns sind, aber nicht in direktem Kontakt mit uns, die aber natürlich nicht gerne haben, was wir tun. Wir arbeiten sehr hart daran, daß sie nicht zu schärferen Feinden werden. Natürlich ist es in vielen Fällen so, in den Fällen unserer Feinde, daß wir zu kämpfen haben und sie zu schärferen und schärferen Feinden werden. (...) Wir werden unsere eigenen Befreier sein. Wie wir immer gesagt haben, wollen wir nicht, daß Nicht-Zimbabwer physisch an unserem Kampf auf dem Boden Zimbabwes beteiligt sind. Das würde unser Prinzip, unsere eigenen Befreier zu sein, verletzen.

Genosse Tekere, im Moment sammelt unsere Organisation Geld für eine Druckeinrichtung für die ZANU. Ist es möglich, daß Du uns etwas darüber sagst, wie und wie dringend sie gebraucht wird?

Eine Druckmaschine, das ist etwas, was wir sehr, sehr dringend brauchen. Nun, Ihr seid Euch dessen bewußt, Ihr seid vertraut mit dem Problem, weil Ihr uns viel geholfen habt in dieser Hinsicht. Ihr habt uns geholfen, daß eine Reihe der Ausgaben unserer Zimbabwe News in Eurem Hauptquartier in Frankfurt gedruckt wurde. Ihr seid auch damit vertraut, wie schwierig es ist, so weit von unserem Hauptquartier entfernt zu drucken. Dazu kommt noch, was Euch ebenfalls bekannt ist, wie problematisch es für uns ist, nach Westdeutschland hineinzukommen, und dies besonders, weil wir sehr gute Beziehungen mit Euch haben. Die westdeutsche Regierung hat sich umgedreht und gesagt: Nein, wir dürften keine guten Beziehungen mit Euch haben. Darum gibt es eine Auseinandersetzung zwischen uns: Sie sagen, gut, ihr könnt Beziehungen mit der westdeutschen Regierung haben, vorausgesetzt, ihr stellt eure Beziehungen zum KBW ein. Wir sagen: Nein, ihr solltet vorsichtig sein, uns nicht unsere Feinde vorschreiben zu wollen, weil ihr gute Aussichten habt, ganz oben auf der Liste unserer Feinde zu landen. Aber die westdeutsche Regierung scheint ziemlich halsstarrig zu sein, und es scheint, wir sind nicht verstanden worden. Das also zwingt uns, selbständig zu werden, was den Druck angeht, damit wir nicht in Schwierigkeiten kommen, wie es uns jetzt so oft passiert, wenn wir nach Westdeutschland einreisen wollen, um zum KBW, unseren Freunden, zu kommen, die uns in dieser Hinsicht helfen. Jetzt, da Ihr diese Kampagne für eine Druckmaschine für uns durchführt, möchten wir sagen, daß wir sehr dankbar sind, daß der KBW wiederum seine Solidarität mit uns zeigt, äußerst interessiert daran ist, was wir wirklich brauchen, und erneut eine Kampagne durchführt, um das Geld für den Kauf dieser Druckmaschine zu sammeln. Wie frühere Kampagnen, die der KBW unternommen hat, um uns zu helfen, sehen wir diese bereits als einen Erfolg. Ihr scheint zu wissen, wie es gemacht werden muß. Ihr versteht unsere Probleme sehr gut, und wir glauben nicht, daß Ihr irgendwelche Probleme haben werdet, die Kampagne durchzuführen und Leute davon zu überzeugen, sich daran zu beteiligen.



R. Mugabe, Präsident der ZANU, spricht vor der OAU





Massenversammlung der ZANU. – ZANLA-Basis in den befreiten Gebieten Zimbabwes.

„Sofortige Beendigung der Aggression gegen das Demokratische Kampuchea"

Brief des Leiters der Delegation des Demokratischen Kampuchea auf der 33. Generalversammlung der Vereinten Nationen

An
Herrn Leon N'Dong, Präsident des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen.

New York, 8. November 1978

Herr Präsident,

Unter Bezug auf das Dokument S12911 möchte die Delegation der Regierung des Demokratischen Kampuchea folgendes bekräftigen:

I.

Wie die Regierung des Demokratischen Kampuchea mehrmals unterstrichen hat, ist die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika in ihrem mehr als 5jährigen Krieg gegen Kampuchea verantwortlich für das Massaker an mehr als einer Million Einwohner Kampucheas und für die 80%ige Zerstörung Kampucheas. Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika ist daher nicht befugt, das sog. Problem „Menschenrechte" in Kampuchea aufzuwerfen. Die Regierung des Demokratischen Kampuchea widersetzt sich standhaft jeder Einmischung in die inneren Angelegenheiten ihres Landes.

II.

1. Wenn die Probleme, die durch die Akte der Aggression und verbrecherischen Annexion durch Vietnam gegen das Demokratische Kampuchea hervorgerufen sind, bis heute nicht gelöst sind, so liegt das nicht am Mangel an Verhandlungen oder Fehlen von Vermittlung oder Eingreifen internationaler Organisationen. In der Vergangenheit hat Kampuchea im Geist der friedlichen Lösung der Probleme mit Vietnam mit ihm rund hundert Verhandlungen geführt. Im Juni 1975 hat es Vietnam vorgeschlagen, einen Freundschafts- und Nicht-Angriffs-Vertrag zu unterzeichnen. Am 27. September 1978 hat Kampuchea seinen Vorschlag zu diesem Vertrag wiederholt. Aber Vietnam hat jedesmal diesen vernünftigen Vorschlag abgelehnt. Um den Konflikt zwischen Kampuchea und Vietnam zu lösen, muß man seine Wurzel beseitigen.

2. Die Wurzel des Konflikts zwischen Kampuchea und Vietnam besteht in der Absicht Vietnams, sich Kampuchea im Rahmen seiner Strategie einer „indochinesischen Föderation" einzuverleiben. Vietnam möchte sich Kampucheas bemächtigen, um sich seiner als Sprungbrett für seine Expansion nach Südostasien zu bedienen. Diese regionalen Expansionsbestrebungen stimmen überein mit den weltweiten Expansionsbestrebungen der expansionistischen Supermacht. Deshalb bedroht die vietnamesische Aggression gegen das Demokratische Kampuchea die Sicherheit und Unabhängigkeit der Länder Südostasiens und die Interessen verschiedener Länder Asiens und der Welt. Der Konflikt zwischen Kampuchea und Vietnam wird nicht gelöst werden können, der Friede und die Stabilität der südostasiatischen Region werden nicht gesichert werden können, solange Vietnam nicht vollständig und entgültig seine Absicht, sich Kampuchea einzuverleiben, seine Strategie der „indochinesischen Föderation" und seine regionalen Expansionsbestrebungen aufgibt.

3. Wenn jetzt Vietnam seine Aggression gegen Kampuchea stoppt und durch konkrete Handlungen die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität Kampucheas respektiert, wird die Regierung des Demokratischen Kampuchea auf's Neue die Frage eines Freundschafts- und Nicht-Angriffs-Vertrages mit Vietnam aufwerfen.

4. Aber Vietnam und die expansionistische Supermacht bestehen halsstarrig auf ihrer Strategie der Expansion. Der von beiden gerade geschlossene Freundschafts- und Kooperationsvertrag zeigt klar, daß sie ihre Politik der Aggression und Annexion gegen das Demokratische Kampuchea, ihre Strategie der regionalen und weltweiten Vorherrschaft und ihre Drohung gegen die Unabhängigkeit und den Frieden der Länder Südostasiens, Asiens und der Welt fortsetzen wollen. In dieser Lage müssen das Volk und die Revolutionäre Armee Kampucheas daran festhalten, ständig ihre Wachsamkeit zu erhöhen. Sie sind entschlossen, zu kämpfen, um das Demokratische Kampuchea als unabhängiges, neutrales und blockfreies Land zu verteidigen und auf immer zu bewahren, in der Überzeugung, daß sie dadurch gleichermaßen zur Sache der Verteidigung der Unabhängigkeit und des Friedens in Südostasien, in Asien und der Welt beitragen.

Die Völker und Staaten Südostasiens und Asiens sehen vollkommen, daß Vietnam und die expansionistische Supermacht Kampuchea angreifen. Sie sind beunruhigt über die Bedrohung, die diese Aggression für sie bedeutet und fordern, daß der Konflikt durch die Beendigung der Aggression geregelt wird.

Also ist die einzige Lösung des Konflikts zwischen Kampuchea und Vietnam die sofortige Beendigung der von Vietnam und der expansionistischen Supermacht betriebenen Aggression gegen das Demokratische Kampuchea.

Die Delegation des Demokratischen Kampuchea bittet Sie, Herr Präsident, diesen Brief als offizielles Dokument des Sicherheitsrates zirkulieren zu lassen.

(eigene Übersetzung aus dem Französischen)

sicht nach möglich sei. Zur Zeit würden sie an einer Allparteienkonferenz arbeiten zur „friedlichen Lösung des Problems", wie sie es nennen.

Die britischen Imperialisten haben gerade einen anderen Sonderbeauftragten nach Zimbabwe, in die Frontstaaten und nach Azania geschickt. Welche Auffassung hat die ZANU zu dieser Mission?

Ich war gerade heute nachmittag im Außenministerium, um über diese Angelegenheit zu sprechen. Da kommen wir gerade her. Sie baten mich, zu ihnen zu kommen. Sie wollten wissen, ob es möglich sei, mit unserem Präsidenten, Genosse Mugabe, und seiner Delegation zusammenzutreffen. Und welche Zeitplanung für uns in Maputo passend sei. Nun, ich habe ihnen gesagt, daß wir wie sonst auch niemals eine unvernünftige Haltung eingenommen haben. Wir haben niemals die Haltung eingenommen, daß wir nicht mit ihnen zusammentreffen wollen, wenn sie mit uns zusammentreffen wollen. Wenn sie etwas haben, worüber sie reden wollen, wir sind immer gute Zuhörer gewesen. Aber ich habe auch genau die Frage gestellt, warum Cledwyn Hughes im Zusammenhang der Zimbabwe-Frage ins südliche Afrika fährt. Ich erwähnte ihnen gegenüber, daß mir so kurz nach den Vereinten Nationen und nachdem ich mit dem State Department in Washington gesprochen hatte, nicht so recht klar sei, was Cledwyn Hughes uns bringen

ties gemacht. Aber weil wir in allen Landesteilen so konzentriert sind, führt das zu buchstäblicher Einkreisung der städtischen Gebiete. In einiger Zeit werden wir das Problem anpacken.

Wie entwickelt sich die internationale Unterstützung vor allem der Länder der Dritten Welt für die ZANU und die Patriotische Front? Welchen Prinzipien folgt die ZANU in diesen Beziehungen?

Unser Leitprinzip ist sehr klar, was die internationalen Beziehungen betrifft. Gegenüber allen sozialistischen und fortschrittlichen Ländern haben wir uns immer sehr bemüht, ihre Unterstützung zu bekommen. Und nicht nur von Ländern, also Regierungen, auch von Organisationen und anderen Parteien, ob sie in der Regierung sind oder nicht. Ein gutes Beispiel ist der KBW selbst. Wir haben nun seit langem ausgezeichnete Beziehungen. Und so ist es mit verschiedenen Organisationen. Ich will besonders erwähnen, daß wir der Ansicht sind, in den letzten Monaten bedeutende Fortschritte dabei gemacht zu haben, mehr Freunde zu gewinnen und dabei die Zahl derjenigen zu verringern, die beiseite stehen, wo wir doch für dieselbe Sache kämpfen, der sie schon immer verpflichtet sind. Es ist klar, es gibt natürlich die traditionellen Feinde unserer Interessen und unseres Kampfes. Wir haben keine guten Beziehungen mit ihnen aufgenommen. Das ist klar, daß wir keine guten Beziehungen zu unseren

noch, was Euch ebenfalls bekannt ist, wie problematisch es für uns ist, nach Westdeutschland hineinzukommen, und dies besonders, weil wir sehr gute Beziehungen mit Euch haben. Die westdeutsche Regierung hat sich umgedreht und gesagt: Nein, wir dürften keine guten Beziehungen mit Euch haben. Darum gibt es eine Auseinandersetzung zwischen uns: Sie sagen, gut, ihr könnt Beziehungen mit der westdeutschen Regierung haben, vorausgesetzt, ihr stellt eure Beziehungen zum KBW ein. Wir sagen: Nein, ihr solltet vorsichtig sein, uns nicht unsere Feinde vorschreiben zu wollen, weil ihr gute Aussichten habt, ganz oben auf der Liste unserer Feinde zu landen. Aber die westdeutsche Regierung scheint ziemlich halsstarrig zu sein, und es scheint, wir sind nicht verstanden worden. Das also zwingt uns, selbständig zu werden, was den Druck angeht, damit wir nicht in Schwierigkeiten kommen, wie es uns jetzt so oft passiert, wenn wir nach Westdeutschland einreisen wollen, um zum KBW, unseren Freunden, zu kommen, die uns in dieser Hinsicht helfen. Jetzt, da Ihr diese Kampagne für eine Druckmaschine für uns durchführt, möchten wir sagen, daß wir sehr dankbar sind, daß der KBW wiederum seine Solidarität mit uns zeigt, äußerst interessiert daran ist, was wir wirklich brauchen, und erneut eine Kampagne durchführt, um das Geld für den Kauf dieser Druckmaschine zu sammeln. Wie frühere Kampagnen, die der KBW unternommen hat, um uns zu helfen, sehen wir diese bereits als einen Erfolg. Ihr scheint zu wissen, wie es gemacht

Zimbabwes.

„Sofortige Beendigung der Aggression gegen das Demokratische Kampuchea"

Brief des Leiters der Delegation des Demokratischen Kampuchea auf der 33. Generalversammlung der Vereinten Nationen

An
Herrn Leon N'Dong, Präsident des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen.
New York, 8. November 1978
Herr Präsident,
Unter Bezug auf das Dokument S12911 möchte die Delegation der Regierung des Demokratischen Kampuchea folgendes bekräftigen:
I.
Wie die Regierung des Demokratischen Kampuchea mehrmals unterstrichen hat, ist die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika in ihrem mehr als 5jährigen Krieg gegen Kampuchea verantwortlich für das Massaker an mehr als einer Million Einwohner Kampucheas und für die 80%ige Zerstörung Kampucheas. Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika ist daher nicht befugt, das sog. Problem „Menschenrechte" in Kampuchea aufzuwerfen. Die Regierung des Demokratischen Kampuchea widersetzt sich standhaft jeder Einmischung in die inneren Angelegenheiten ihres Landes.
II.
1. Wenn die Probleme, die durch die Akte der Aggression und verbrecherischen Annexion durch Vietnam gegen das Demokratische Kampuchea hervorgerufen sind, bis heute nicht gelöst sind, so liegt das nicht am Mangel an Verhandlungen oder Fehlen von Vermittlung oder Eingreifen internationaler Organisationen. In der Vergangenheit hat Kampuchea im Geist der friedlichen Lösung der Probleme mit Vietnam mit ihm rund hundert Verhandlungen geführt. Im Juni 1975 hat es Vietnam vorgeschlagen, einen Freundschafts- und Nicht-Angriffs-Vertrag zu unterzeichnen. Am 27. September 1978 hat Kampuchea seinen Vorschlag zu diesem Vertrag wiederholt. Aber Vietnam hat jedesmal diesen vernünftigen Vorschlag abgelehnt. Um den Konflikt zwischen Kampuchea und Vietnam zu lösen, muß man seine Wurzel beseitigen.
2. Die Wurzel des Konflikts zwischen Kampuchea und Vietnam besteht in der Absicht Vietnams, sich Kampuchea im Rahmen seiner Strategie einer „indochinesischen Föderation" einzuverleiben. Vietnam möchte sich Kampucheas bemächtigen, um sich seiner als Sprungbrett für seine Expansion nach Süd-

Wust: Noch *vor* der ersten Tornado abgestürzt

z.maf. Mit klatschendem Watschenkampf haben sich der Verteidigungsminister und sein Generalinspekteur voneinander verabschiedet. Vielleicht steht der Rücktritt im Zusammenhang mit den folgenden Problemen? – „Kanada entscheidet gegen Anschaffung von Tornado“ und „Schon vor zwei Wochen hatte Australien seinen Auftrag zurückgezogen“. – Während die US-Imperialisten die Tornado-Absatzversprechen, die sie reichlich gegeben hatten, in einen Fußtritt gegen die willfährigen Beschaffer des horrend teuren Luftüberwachungssystems AWACS umwandeln und gegen wo auch immer geplante Tornado-Beschaffungen Druck ausüben, muß sich der deutsche Bundestag auch noch technische Sorgen machen. Frau Krohne-Apphun fragt in der 111. Sitzung des deutschen Bundestages bang: „Herr Staatssekretär, trifft es zu, daß das Triebwerk, das von Rolls-Royce in Zusammenarbeit mit MTU entwickelt worden ist, noch nicht zuverlässig ist?“ Von Bülow tröstet: „Sie wissen ja, Frau Kollegin, daß beim Tornado zum erstenmal der Weg beschritten wurde, die drei wichtigsten Komponenten, – die Zelle, die Avionik und das Triebwerk – gleichzeitig nach neuester Technologie zu entwickeln. Das brachte eine gewisse Problematik mit sich.“ Es scheint, als ob die Wunderwaffe sich weder sonderlich verkaufen ließe, noch etwa *fliegt*. Aber irgendwie werden sie das Ding schon doch noch steigen lassen.

Innenminister Baum, Bespitzelung durch Meldebehörden verbessern!

z.haw. Am 20.11.78 begann in Bonn ein zweitägiges Hearing zum Datenschutz im Meldewesen. Nachdem es der Bundesregierung in zehn Jahren nicht gelungen ist, ein Bundesrahmengesetz für das Meldewesen zustandezubringen, soll es jetzt unter Innenminister Baum bis 1980 unter Dach und Fach gebracht werden. Geplant ist, die Kommunen mehr in die staatliche Bespitzelung der Massen einzubeziehen. Das Rahmengesetz soll dabei dazu dienen, die Aufgaben der Meldestellen zu präzisieren. – Ein Vertreter der Kommunen dazu im ZDF: „Es geht primär darum, für die Aufgaben, die nun das Meldeamt in der Kommune zu erledigen hat, dafür konkrete eindeutige rechtliche Bestimmungen zu schaffen ...“ – Die Zeit, die bis 1980 verbleibt, soll dazu genutzt werden, dem Rahmengesetz einen „bürgerfreundlichen“ Anstrich zu verpassen.

Berlin-Werbung zieht nicht – Weniger Arbeiter nach Westberlin

z.mes. Mit Bus-Einsätzen in 251 Städten und 13000 „intensiven und konkreten Beratungsgesprächen“, mit „Hunderttausenden von Informationsschriften“ und Anzeigenkampagnen hat der Westberliner Senator für Arbeit und Soziales, Sund, in diesem Jahr versucht, westdeutsche Arbeiter

gendwie werden sie das Ding schon doch noch steigen lassen.

Innenminister Baum, Bespitzelung durch Meldebehörden verbessern!

z.haw. Am 20.11.78 begann in Bonn ein zweitägiges Hearing zum Datenschutz im Meldewesen. Nachdem es der Bundesregierung in zehn Jahren nicht gelungen ist, ein Bundesrahmengesetz für das Meldewesen zustandezubringen, soll es jetzt unter Innenminister Baum bis 1980 unter Dach und Fach gebracht werden. Geplant ist, die Kommunen mehr in die staatliche Bespitzelung der Massen einzubeziehen. Das Rahmengesetz soll dabei dazu dienen, die Aufgaben der Meldestellen zu präzisieren. – Ein Vertreter der Kommunen dazu im ZDF: „Es geht primär darum, für die Aufgaben, die nun das Meldeamt in der Kommune zu erledigen hat, dafür konkrete eindeutige rechtliche Bestimmungen zu schaffen ...“ – Die Zeit, die bis 1980 verbleibt, soll dazu genutzt werden, dem Rahmengesetz einen „bürgerfreundlichen“ Anstrich zu verpassen.

Berlin-Werbung zieht nicht – Weniger Arbeiter nach Westberlin

z.mes. Mit Bus-Einsätzen in 251 Städten und 13000 „intensiven und konkreten Beratungsgesprächen“, mit „Hunderttausenden von Informationsschriften“ und Anzeigenkampagnen hat der Westberliner Senator für Arbeit und Soziales, Sund, in diesem Jahr versucht, westdeutsche Arbeiter
nach Westberlin zu locken. – Das Werbeprogramm des Senats zieht nicht: Seit 1973 ist die Zahl der westdeutschen Lohnabhängigen, die in Westberlin eine Arbeit aufgenommen haben, um über die Hälfte gesunken, und diese rückläufige Entwicklung hält an.

Arbeitsaufnahme westdeutscher Lohnabhängiger in Westberlin (Monatsdurchschnitt)

1973	1974	1975	1976	1977	1978
741	1175	820	824	777	739

Dabei zieht ein Drittel dieser Arbeiter wieder fort. 1977 sind (im Monatsdurchschnitt) 1414 „deutsche Erwerbspersonen“ nach Westberlin gezogen, 1789 sind weggezogen, das Defizit von 375 wurde durch die Anwerbung ausländischer „Erwerbspersonen“ um 100 gemindert. Der Grund für diese Entwicklung: Die Kapitalisten haben in Westberlin die Ausbeutung zügig verschärft und das Lohnniveau gesenkt. Nach einer Untersuchung der Industriekreditbank hätten die Kapitalisten in Westberlin in den letzten Jahren einen „erkennbaren Vorsprung der Ertragskraft“ gegenüber Westdeutschland erreicht. – Wer in Westdeutschland arbeitslos ist und dann die Versprechungen des Senats vom Arbeiten und Leben in Westberlin hört, zieht vielleicht schon einen Umzug in Erwägung; hört er aber Genaueres über die Arbeitsbedingungen und über die Lohnhöhe, dann läßt er den Gedanken schnell fallen, wenn das Arbeitsamt nicht den Umzug erzwingt. – Die Kapitalisten jammern über einen „Facharbeitermangel“. Sie wollen mehr Reserven, um auch in bestimmten Facharbeiterberufen das Lohnniveau zu drücken, was ihnen bisher nicht im gewünschten Ausmaß gelungen ist. Prompt hat der Senat „eine Palette von speziellen Förderungsmaßnahmen mit dem Ziel... die Facharbeiterlücke zu schließen“ (Sund), erlassen. Seit 1. Juli 1978 sind neue „Richtlinien zur Förderung der Arbeitsaufnahme im Land Berlin“ in Kraft. Die Bourgeoisie fürchtet, daß ihr die nötigen Truppen beim Ausbau Westberlins zum imperialistischen Brückenkopf fehlen. Mit den „Förderungsmaßnahmen“ des Senats sollen die Arbeiter nach Westberlin gelockt und soll gleichzeitig den Kapitalisten weitere Lohnsenkung ermöglicht werden.

Bekleidungsindustrie: Lohnabzug bei „nichtfehlerfreier“ Arbeit

z.kiu. Die westdeutschen Bekleidungskapitalisten haben seit Anfang der 70er Jahre in großem Umfang Kapital in Niedriglohnländer exportiert und ihre Produktion in diese Länder verlagert. Kräftig haben sie diese Lage genutzt zur Steigerung der Ausbeutung der westdeutschen Arbeiter und Arbeiterinnen. Seit 1960 gibt es keinen Manteltarifvertrag in der Bekleidungsindustrie, indem u.a. die Bedingungen der Nacht- und Schichtarbeit sowie der Akkordarbeit geregelt sind. Wohl gibt es Lohntarife, in denen die Akkord richtsätze festgelegt sind, bis jetzt gibt es keinerlei Schranken für die Kapitalisten, wann, wo und wie sie im Akkord arbeiten lassen können. – Im Tarifbereich Minden-Lippe der Gewerkschaft Textil Bekleidung (GTB) z.B. gibt es kaum eine Frau, die nicht in irgendeinem Akkord- oder Prämienlohnsystem entlohnt wird. Die Kapitalisten geben an, daß 86% aller Lohnabhängigen in der Bekleidungsindustrie Frauen sind. Das beides wollen sie nutzen, um im zukünftigen Manteltarif alle Begrenzungen der Akkordarbeit einzureißen. Der Entwurf der GTB für den Manteltarif setzt dem keinerlei Grenzen. Im Gegenteil, dort heißt es: „Akkordfähige Arbeiten sind im Akkord zu vergeben.“ Die Forderung des Hauptvorstandes: Drei bezahlte Pausen am Tag, die insgesamt 30 Min. umfassen, Mindestsätze für Erhol- und Verteilzeit. – Die Kapitalisten haben das als Auffor-



derung genommen, nachzustoßen. Kleinlichst lehnen sie selbst die Forderung der Textilarbeiter ab nach „Lohnfortzahlung bei Vorladung vor

sten, wann, wo und wie sie im Akkord arbeiten lassen können. – Im Tarifbereich Minden-Lippe der Gewerkschaft Textil Bekleidung (GTB) z.B. gibt es kaum eine Frau, die nicht in irgendeinem Akkord- oder Prämienlohnsystem entlohnt wird. Die Kapitalisten geben an, daß 86% aller Lohnabhängigen in der Bekleidungsindustrie Frauen sind. Das beides wollen sie nutzen, um im zukünftigen Manteltarif alle Begrenzungen der Akkordarbeit einzureißen. Der Entwurf der GTB für den Manteltarif setzt dem keinerlei Grenzen. Im Gegenteil, dort heißt es: „Akkordfähige Arbeiten sind im Akkord zu vergeben.“ Die Forderung des Hauptvorstandes: Drei bezahlte Pausen am Tag, die insgesamt 30 Min. umfassen, Mindestsätze für Erhol- und Verteilzeit. – Die Kapitalisten haben das als Auffor-



derung genommen, nachzustoßen. Kleinlichst lehnen sie selbst die Forderung der Textilarbeiter ab nach „Lohnfortzahlung bei Vorladung vor
Behörden, ärztlicher Behandlung, etc. Bezahlung von freien Tagen bei Hochzeit, Umzug usw.“ Ihren Hauptangriff richten sie auf die Akkordarbeit. Auf die Forderungen der GTB gehen sie gleich nicht ein. Stattdessen wollen sie im Tarifvertrag verankert haben, daß sie berechtigt sind, Lohnkürzungen vorzunehmen, d.h. den Akkordzuschlag nicht zu zahlen, wenn sie den Arbeiterinnen und Arbeitern „nichtfehlerfreie Arbeit“ nachweisen können. Die GTB ruft auf, über den Manteltarif zu diskutieren und den Kapitalisten in den Betrieben Stellungnahmen abzufordern.

Feuerfeste Industrie: Neuer Manteltarif für NRW und Hessen

z.mac. Anfang November ist zwischen der IG Chemie und dem Kapitalistenverband Steine und Erden der Manteltarif für die feuerfeste Industrie in NRW und Hessen vereinbart worden. Die Arbeiter haben den Kapitalisten einige Zugeständnisse abgezwungen, die die wilde Lohndrückerei und Vernutzung der Arbeitskraft einschränken. Im wesentlichen enthält der Vertrag folgende Vereinbarungen: – Akkord und Prämienarbeiter über 50 Jahre, die auf Arbeitsplätze mit ‚geringeren Anforderungen‘ umgesetzt werden, erhalten in Zukunft eine Zulage von 1,20 DM bzw. 0,80 DM statt dem niedrigeren Akkord- und Prämienrichtsatz. So erhält ein Arbeiter, der von Akkordlohngruppe 4 in Zeitlohngruppe 2 umgesetzt wird, jetzt mit 10,52 DM 14 Pfennig mehr als früher. – Akkord- und Prämienarbeiter, die vorübergehend in Zeitlohnarbeit umgesetzt werden, erhalten Tariflohn plus 12 bzw. 6% statt bisher nur 14 Tage den Akkord- und Prämienrichtsatz. Die Kapitalisten wollten die Jahressondervergütung nur aus den tatsächlich gearbeiteten Stunden berechnen und jede Fehlminute abziehen; jetzt müssen sie die Jahressondervergütung an jeden Arbeiter zahlen, auch in Fällen von Krankheit und Kündigung. Bei der Urlaubsregelung wurde die Staffel für das Eintrittsjahr gestrichen. Der Tarif tritt ab 1.1. 1979 in Kraft.

„Sicherheitssymposium“ der BASF

z.mil. Als „Trutzburg gegen das Risiko der Chemie“ haben die BASF-Kapitalisten auf ihrem „Sicherheitssymposium“ Ludwigshafen bezeichnet. Daß das frech gelogen ist, wissen sie selbst. Peine, der „Umweltschutzverantwortliche“ der BASF, räumt ein: „Der TÜV macht die Störfallanalyse einer chemischen Substanz, mit der auch in der BASF umgegangen wird. Die veröffentlichte Studie – mit der Berechnung von ‚Soforttoten‘ im Umkreis von hundert Metern und mit Lebensgefahr für Tausende in der Umgebung – stellt Seveso weit in den Schatten; „hier und da“ hätten sich „immer wieder einmal Explosionen ereignet, deren Ursache nur sehr schwer oder in einigen Fällen überhaupt nicht ergründet werden konnte.“ Die Wirklichkeit sieht so aus: Am 18.9.78 war im Stadtteil Edigheim hochexplosive Salpetersäure aus einem Tankzug ausgelaufen, die zu Verätzungen der Atemwege führt. Die Bevölkerung mußte die Fenster schließen, bevor die BASF-Werksfeuerwehr die Säure in die Kanalisation spülte. Bis 1969 hat die BASF den Krebserreger Dichlordimethyläther produzieren lassen; 15 von 30 Arbeitern, die damit zu tun hatten, sind an Krebs gestorben.

„Sind Sie ein Unfaller?“

Mehr Arbeitsunfälle / Propagandakampagne des Hamburger Senats

r.sug. In Hamburger Krankenhäusern läßt der Dienstherr z.Zt. „Stopp den Unfall“ Plakate aufhängen. Da ist z.B. eine Schwester mit einem Berg Wäsche, Stöckelschuhen und in großer Eile abgebildet. Unvernunft ist also Schuld an den Arbeitsunfällen oder – laut Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Unfallforschung – „sicherheitswidrige Arbeitsgewohnheiten,“ mit denen die Arbeiter „sich die Arbeit bequemer zu machen versuchen, oder durch die sie schneller voranzukommen meinen“. Die Berufsgenossenschaft (BG) für Gesundheitsdienst hat im Mitteilungsblatt 9/78 den „Unfaller“ ausgemacht: „Anfällig“ seien vor allem „der Neue, ...der Überstundenschieber, ...der Umgesetzte.“ Gegen diese meist „selbstsicheren, aggressiven und übertrieben rechthaberischen“ Typen „muß im Interesse aller sofort etwas unternommen werden ... Wichtig ist die gute Zusammenarbeit von Arbeitern und Geschäftsleitung.“ So hätten es die Ausbeuter gern: die Arbeiter erst zu Überstunden zwingen, sich dann darüber lustig machen und die Arbeiter zur gegenseitigen Bespitzelung auffordern, um dem Ausbeuter Geld zu sparen.

Die wirklichen Ursachen der Unfallzahlen liegen in der steigenden Arbeitshetze, in der schädlichen Nacht- und Schichtarbeit, im Zwang zur Überstundenschinderei. Im AK Bergedorf z.B. sollen wegen „gesunkener Bettenauslastung“ zum 1.1.79 Betten und Pflegepersonal gestrichen werden. Trotzdem



ist die Krankenzahl durch Verkürzung der Liegezeiten gleichmäßig angestiegen. Die gynäkologische Station mit 26 Betten hat im letzten Jahr ca. 1000 Patienten gehabt, diese Zahl wurde jetzt bereits Mitte November erreicht.

Die Berufsgenossenschaft für den Gesundheitsdienst gibt für ihre Versicherten (ein Teil der staatlichen und fast alle privaten und konfessionellen Krankenhäuser) eine ständig gestiegene Zahl der Arbeitsunfälle an: *1950:* 9528, *1960:* 17386, *1970:* 17434, *1975:* 24389, *1976:* 26174. (aus „Arbeitsunfallstatistik für die Praxis“, Hauptvorstand der gewerblichen Berufsgenossenschaften, Bonn 77). Nach dem Bergbau hält der Gesundheitsdienst die Spitze der angezeigten Berufskrankheiten. Die Entwicklung zwischen 1970 und 76: *1970:* 2645 (2,8%), *1975:* 3883 (2,9%) und *1976:* 4234 (3,4%).

Anerkannt und entschädigt wurden von diesen angezeigten Berufskrankheiten höchstens ein Fünftel: *1970:* 407, *1975:* 556, *1976:* 677. Für die Kapitalisten genügt es nicht, daß einem die Arbeitsbedingungen krankgemacht haben; man muß nachweisen, daß man in erheblich höherem Grad als die übrige Bevölkerung besonderen Einwirkungen ausgesetzt war. Schlafstörungen durch Schichtarbeit, Verschleiß der Wirbelsäule bei Krankenschwestern durch ständiges Heben, werden also nicht als Berufskrankheiten anerkannt. Die Zahl der allen Berufsgenossenschaften angezeigten Infektionskrankheiten stieg schnell an: *1970:* 1360, *1975:* 1724, *1976:* 1853. Hat man sich jedoch als Krankenschwester an einem Tbc-Kranken infiziert, so muß man erst vier Tbc-Kranke, die man in einem Jahr gepflegt hat, nachweisen, um als Berufskranker anerkannt zu werden.

Für die Arbeiterklasse ist die Unterscheidung zwischen „Berufs“- und „normalen“ Unfällen völlig sinnlos. Das Betriebsgesundheitswesen und der Arbeitsschutz dürfen nicht dem Staat überlassen werden, darüber müssen der Betriebsrat und die Arbeiter entscheiden.

Schichtarbeit, im Zwang zur Überstundenschinderei. Im AK Bergedorf z.B. sollen wegen „gesunkener Bettenauslastung“ zum 1.1.79 Betten und Pflegepersonal gestrichen werden. Trotzdem

Krankenhäuser) eine ständig gestiegene Zahl der Arbeitsunfälle an: 1950: 9528, 1960: 17386, 1970: 17434, 1975: 24389, 1976: 26174. (aus „Arbeitsunfallstatistik für die Praxis“, Hauptvorstand der gewerblichen Berufsgenos-

„normalen“ Unfällen völlig sinnlos. Das Betriebsgesundheitswesen und der Arbeitsschutz dürfen nicht dem Staat überlassen werden, darüber müssen der Betriebsrat und die Arbeiter entscheiden.

Lohnniveausenkung mittels Akkord

Manöver zur Durchsetzung von Akkordlohn bei den HÜLSTA-Möbelwerken

r.gör. Die folgende Tabelle zeigt deutlich die enormen Umsatzsteigerungen in der holzverarbeitenden Industrie, dementsprechend steigende Profite, berücksichtigt man nämlich den dauernd gesunkenen Anteil der Löhne und Gehälter am Umsatz. Einerseits wur-

Holzverarbeitende Industrie

	1975	1976	1977
Umsatz (Mio. DM)	16424	18095	21509
Löhne u. Gehälter, Anteil am Umsatz (%)	25,8	25,5	23,6
Arbeitsstunden*	277	284	292
– jährl. pro Arbeiter (Mio.)	1822	1868	1860
Arbeitsproduktivität (1970 = 100)	130,3	140,4	(149)

* ohne Fehlzeiten, Krankzeiten u.ä.
Quelle: Stat. Jahrbuch 1978

den aus jedem Arbeiter mehr Arbeitsstunden gezwungen. 1977 rd. 6 Mio.

werden. Die Masse der hier noch nicht im Akkord beschäftigten Arbeiter ist im wesentlichen in drei Lohngruppen (LG): LG 3 (Hilfsarbeiter), LG 4 (Angelernte), LG 5 (Facharbeiter). Im Schaubild haben wir die Veränderungen in Höhe und Zusammensetzung des Lohns dargestellt, wie sie durch Einführung des Akkordlohnsystems beabsichtigt sind.

Während der *maximale* Akkordlohn (13% vom Akkordgrundlohn) um knapp 7% über dem bisherigen Lohn liegt, hat man bereits bei Berücksichtigung der Spannbreite der Akkordbestandteile (100-130%) großenteils niedrige Löhne, zugleich größere Lohnspaltung. Wo in diesem Betrieb der Akkord schon eingeführt ist, liegt der Durchschnitt bei 120-130% Akkordsatz. Bei 125% ergäbe sich ein nomineller Lohnzuwachs von 2,5%, 30 Pfennig pro Stunde. Selbst beim derzeit niedrigen Lohnstand reicht das nicht, um die Einführung der Akkor-

Stundenlohn / Lohngruppe 4
DM 13 12 11 10 9 8 7 6 5
Bisher: Grundlohn; feste tarifliche Zulage
Akkord: Grundlohn; feste Akkordzulage; veränderliche Akkordbestandteile

Lohnniveausenkung mittels Akkord

Manöver zur Durchsetzung von Akkordlohn bei den HÜLSTA-Möbelwerken

r.gör. Die folgende Tabelle zeigt deutlich die enormen Umsatzsteigerungen in der holzverarbeitenden Industrie, dementsprechend steigende Profite, berücksichtigt man nämlich den dauernd gesunkenen Anteil der Löhne und Gehälter am Umsatz. Einerseits wur-

Holzverarbeitende Industrie

	1975	1976	1977
Umsatz (Mio. DM)	16424	18095	21509
Löhne u. Gehälter, Anteil am Umsatz (%)	25,8	25,5	23,6
Arbeitsstunden*	277	284	292
– jährl. pro Arbeiter (Mio.)	1822	1868	1860
Arbeitsproduktivität (1970 = 100)	130,3	140,4	(149)

* ohne Fehlzeiten, Krankzeiten u.ä.
Quelle: Stat. Jahrbuch 1978

den aus jedem Arbeiter mehr Arbeitsstunden gezwungen. 1977 rd. 6 Mio.

werden. Die Masse der hier noch nicht im Akkord beschäftigten Arbeiter ist im wesentlichen in drei Lohngruppen (LG): LG 3 (Hilfsarbeiter), LG 4 (Angelernte), LG 5 (Facharbeiter). Im Schaubild haben wir die Veränderungen in Höhe und Zusammensetzung des Lohns dargestellt, wie sie durch Einführung des Akkordlohnsystems beabsichtigt sind.

Während der maximale Akkordlohn (13% vom Akkordgrundlohn) um knapp 7% über dem bisherigen Lohn liegt, hat man bereits bei Berücksichtigung der Spannbreite der Akkordbestandteile (100-130%) großenteils niedrige Löhne, zugleich größere Lohnspaltung. Wo in diesem Betrieb der Akkord schon eingeführt ist, liegt der Durchschnitt bei 120-130% Akkordsatz. Bei 125% ergäbe sich ein nomineller Lohnzuwachs von 2,5%, 30 Pfennig pro Stunde. Selbst beim derzeit niedrigen Lohnstand reicht das nicht, um die Einführung der Akkor-

Stundenlohn / Lohngruppe 4
DM 13 12 11 10 9 8 7 6 5
Bisher: Grundlohn; feste tarifliche Zulage
Akkord: Grundlohn; feste Akkordzulage; veränderliche Akkordbestandteile

den aus jedem Arbeiter mehr Arbeitsstunden gezwungen. 1977 rd. 6 Mio.
Arbeitsstunden mehr als 1975, auf eine gleiche Arbeiterzahl bezogen! Andererseits wird aus jedem einzelnen Arbeiter in derselben Zeit mehr Arbeitsleistung gepreßt. Die rasch steigende Arbeitsproduktivität (Produktionsergebnis pro Arbeitsstunde) drückt das aus.

Neben neuer Maschinerie ist der Akkordlohn den Kapitalisten dabei entscheidendes Mittel. Der Akkordlohn ist in der holzverarbeitenden Industrie bereits vorherrschend. Bei den HÜLSTA-Möbelwerken (Coesfeld) soll er jetzt umfassend durchgesetzt werden.

darbeit zu erzwingen. Daher das Manöver des Kapitalisten: Die (tarifvertraglich) gewöhnlich nach einem Jahr stattfindende Höhergruppierung von LG 3 in LG 4 zu verzögern und stattdessen den Arbeitern eine sofortige Eingruppierung in *Akkord*lohngruppe 4 anzubieten; das wären immerhin Bruttolohnzuwächse von 130 bis 170 DM monatlich!

In der Abteilung Lattenroste, wo es schon Akkord gibt, haben *vorher* neun Arbeiter 260 Lattenroste gefertigt, jetzt sollen es 380 Roste bei zehn Arbeitern sein. 32% gesteigerte Arbeitsauspressung! Daran gemessen bedeutet der Akkordlohn *selbst bei maximalem Satz* eine enorme Lohnsenkung. Der Kampf der Arbeiter hat diese Akkordvorgaben zurückgeschlagen; aber die Absichten des Kapitalisten sind unverändert geblieben. Gegen sein Manöver muß man ihm die Gegenrechnung aufmachen.

Conti-Kapitalisten versuchen es mit Schund

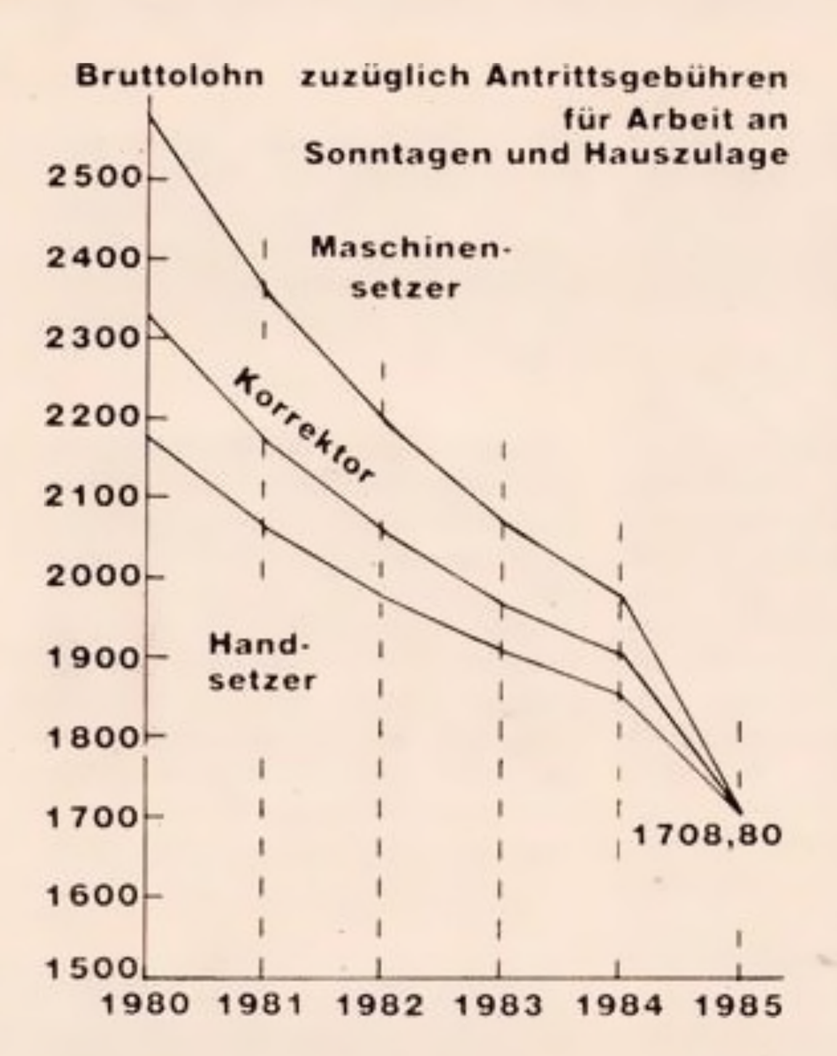
z.heh. „Der Markt für Reifen ist weltweit umkämpft“, schreibt die Fachzeitschrift „Gummi – Asbest – Kautschuk“ in ihrer Oktober-Ausgabe. Während Michelin weitere Werke in den USA eröffnet, macht Metzeler in München dicht. Die Conti reagiert auf ihre Weise: mehr als 10000 Conti-Hochgeschwindigkeitsreifen („HR“ bis 210 km/h, „VR“ über 210 km/h), Ausschußware, sind mit herausgeschliffenem Sicherheitskürzel und Herstellungsdatum in der BRD als „Sonderangebote“ aufgetaucht. Der Conti-Vorstand windet sich: es seien ja „nur etwa 8000“, und ungefährlich seien sie auch, sie entsprächen nur nicht ganz dem „Komfort-Standard.“ Was gelogen ist: „Diese Reifen weisen Höhen- und Seitenschläge auf. Beim Fahren kann das Lenkrad flattern und bei hohem Tempo sogar das Fahrwerk zu tanzen beginnen“ (der Sprecher des

Handsetzer der ,,Kieler Nachrichten" verweigern Überstunden

r.uws. Die ,,Kieler Nachrichten" (KN) bereiten die Einführung des rechnergesteuerten Textsystems vor. Seit Juni 78 besteht eine Betriebsvereinbarung, nach der während der Laufzeit des Vertrages bis Ende 83 ,,aus Anlaß der technischen Umstellung" keine Kündigung erfolgen darf. In den Abteilungen wurden Bogen rumgereicht, in denen jeder seinen zukünftigen Berufswunsch eintragen konnte. Bei einigen Arbeitern wurde das schon festgelegt, die anderen vertröstet.

Der Vertrag wurde in langen Verhandlungen mit den KN-Kapitalisten ausgehandelt. Eine ,,volle Besitzstandssicherung" konnte der Betriebsrat nicht durchsetzen. Gemeint ist, daß die Forderung nach Maschinensetzerlohn für alle nicht durchgesetzt wurde.

Ansonsten sei ,,optimale soziale Sicherheit für alle" gewährleistet. Der wesentliche Angriff auf die Arbeiter der KN ist die Festlegung der stufenweisen Streichung der tariflichen Zulagen, sowie der Hauszulage innerhalb von 5 Jahren. *Danach* werden die Arbeiter im Lichtsatz nach dem Angestelltentarif bezahlt. Den Krach um die Zulagen gibt es schon länger. Der Betrieb zahlt den Arbeitern nicht nur die Hauszulage von 37 DM im Monat. Für einige Setzer gibt es noch eine ,,Funktionszulage" von bis zu 20%. Vor kurzem hat eine Schicht der Handsetzer die Überstunden verweigert, weil sie nach Maschinensetzerlohn bezahlt werden wollen und alle die ,,Funktionszulage" kriegen sollen. Nicht nur, daß die Arbeiter über die verschiedenen Lohntarife gespalten werden. Die ,,Funktionszulage" soll ihr weiteres tun, um den Kampf der Arbeiter um Lohnerhöhung zu zersetzen.



Das Schaubild zeigt die stufenweise Kürzung der tariflichen Zulagen (für 2 Sonntage) und der Hauszulage bei den Kieler Nachrichten, Jahr für Jahr um 25% bei der Inbetriebnahme des Lichtsatzes. Nach dem 5. Jahr entfällt sie ganz. Übrig bleibt in diesem Schaubild der Facharbeiterlohn des Handsetzers (10,68 DM). Allerdings werden die Kapitalisten den Arbeitern keinen einheitlichen Lohn zahlen, sondern die Aufspaltung der Gehaltsgruppen im Angestelltentarif durchzusetzen versuchen, der bislang noch nicht bekannt ist.

Die Verweigerung der Überstunden ist ein Recht der Arbeiter und zugleich ein entscheidendes Mittel, um ihre Forderungen gegen die Kapitalisten durchzusetzen und die Rücknahme des Überstundentarifvertrages zu erzwingen. Die Arbeiter in der Druckindustrie werden nach drei verschiedenen Lohngruppen bezahlt: Facharbeiter-, Korrektoren- und Maschinensetzerlohn sollen eine Spaltung zwischen den Arbeitern bewirken, um ihren Kampf um Lohn und um die Einhaltung des Normalarbeitstages zu behindern. Die ,,Funktionszulage", die die KN-Kapitalisten einzelnen Arbeitern zahlen, soll ihr übrges tun, mittels Bestechung.

Da ist es richtig, wenn die Arbeiter den Maschinensetzerlohn verlangen. Die KN-Kapitalisten hoffen, saß dich die Arbeiter über die Lohngruppen und ,,Funktionszulage" in die Haare kriegen, damit sie nachher für Facharbeiterlohn oder niedriger als Angestellte ohne Zulagen und als billige Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Den Angestelltentarifvertrag, den die Kapitalisten für die Arbeiter an den Lichtsatzgeräten aushandeln wollen, stellen sie sich ähnlich vor, wie für die kaufmännischen Angestellten, also zwischen 1129 und 1846 DM (K1 bis K3).

Im Lohnkampf muß den Kapitalisten ein Strich durch die Rechnung gemacht werden, indem die Arbeiter spalterische Forderungen in Prozent, die die Lohngruppen noch weiter auseinanderreißen, verhindern und stattdessen eine einheitliche Erhöhung von 150 DM mehr für alle fordern und im Angestelltentarifvertrag für die Arbeiter im rechnergesteuerten Textsystem einen einheitlichen Tarif mindestens in der Höhe vom Maschinensetzerlohn durchsetzen.

Bundesregierung subventioniert Exportoffensive von Siemens

z.mac. Die Siemens-Kapitalisten unternehmen gegenwärtig größte Anstrengungen, um sich auf dem ,,zukunftsträchtigen Markt" der elektronischen Datenverarbeitung die Stellung des Weltmonopols zu erkämpfen. Strategisches Ziel ist die Vernichtung des Hauptkonkurrenten IBM; dieser beherrscht den Weltmarkt mit einem Umsatz von 18,1 Mrd. DM zu 60-70% und ist bereits länger Zielscheibe US-imperialistischer Monopole wie Andahl und Itel. Mit Herausgabe 8 neuer Großcomputer- und Basisdatensysteme und der Lieferung billigster Rechnerkerne durch das japanische Monopol Fujitsu wollen die Siemens-Kapitalisten den westeuropäischen Markt als Ausgangsbasis für den Großangriff erobern. Hier schmerzt die Überlegenheit des Gegners besonders: Mit 6 Mrd. DM liegt das Volumen installierter Siemensanlagen um ein Achtfaches unter dem von IBM. Verschärfte Ausbeutung der Arbeiter ist die Methode, mit der die Kapitalisten ihr ,,Grundproblem" der Profitmacherei, die Eroberung zusätzlicher Marktanteile, hier vorübergehend im Verein mit der japanischen Konkurrenz, zu lösen gedenken. Die Bundesregierung hat mit 45 Mio. DM ihren Teil dazu beigetragen, damit der ,,deutsch-japanische Angriff auf IBM" Fortschritte für die Weltherrschaftsbestrebungen der westdeutschen Bourgeoisie zeitigt; ca. 11,5 Mio. DM gehen ein in den Ausbau der Methoden der Schweißausspressung.

15000 Entlassungen sollen Britanniens Größe auf dem Meer sichern

Staatskonzern British Shipbuilders plant Rationalisierungsprogramm

z.mat.Liverpool. 15000 Entlassungen will British Shipbuilders in den nächsten zwei Jahren vornehmen. 12300 davon im Bereich des Handelsschiffbaus, der dadurch auf 21000 Beschäftigte schrumpfen soll. Einige Werften sollen gänzlich geschlossen werden, andere zu Reparaturwerften umgeändert. Der staatliche Werftkonzern British Shipbuilders ist vor wenig mehr als einem Jahr durch Übernahme von 23 Privatwerften gegründet worden. Die Zusammenfassung in einem Staatskonzern soll die Durchführung eines gigantischen Rationalisierungsprogramms ermöglichen, zu dem die einzelnen Privatkapitalisten nicht in der Lage gewesen wären.

86000 Arbeiter werden heute von British Shipbuilders ausgebeutet. Nur 33000 davon sind mit dem Bau von Handelsschiffen beschäftigt, der größere Teil mit dem Bau von Kriegsschiffen. Eine weltweit einsatzfähige Kriegsflotte war ein entscheidendes Mittel, wodurch die britischen Imperialisten ihren Interessen in der Welt nachdrücklich zum Erfolg verhelfen

einige Setzer gibt es noch eine ,,Funktionszulage" von bis zu 20%. Vor kurzem hat eine Schicht der Handsetzer

untereinander, die eigene Werftindustrie zu erhalten und durchzurationalisieren. 300 Mio. Pfund hat die britische Regierung den Werftkapitalisten an Subventionen gezahlt, bevor sie den Schiffsbau unter staatliche Regie gebracht hat. Weitere 100 Mio. Pfund an Entschädigungszahlungen stehen noch aus. 60 Mio. Pfund hat British Shipbuilders seit Juli 1977 an Subventionen für das Rationalisierungsprogramm erhalten. Die erste Folge der Verstaatlichung, die lange vorbereitet worden war, spüren die Arbeiter bereits an ihrem Lohn: Von 1975 bis 1977 sind die Löhne der Werftarbeiter hinter die Löhne in der Chemieindustrie, der Metall-, Kohleprodukte- und Erdölindustrie zurückgefallen. Gleichzeitig kann British Shipbuilders erfreut verkünden, daß ihr Anteil am Weltmarkt bei Handelsschiffen wieder geringfügig auf 4,4% gestiegen ist. Unzufrieden stellen sie fest, daß in den letzten 16 Monaten nur 2000 Arbeiter dazu gebracht werden konnten, vorzeitig ,,freiwillig" auf Rente zu gehen, und verlangen eine Erhöhung der Staatssubventionen um mit ,,Abfindungszahlungen" der Freiwilligkeit nachzu-

,,Funktionszulage" soll ihr weiteres tun, um den Kampf der Arbeiter um Lohnerhöhung zu zersetzen.

nicht in staatliche Regie genommen worden, dann wären sie heute bankrott und hätten dicht gemacht. Was sind dagegen schon 15000 Entlassungen?" Sie wurden von Chalmers als notwendig bezeichnet. Als einen Weg zur Verringerung der Entlassungen nannte er den Ausbau der Kriegsschiffproduktion. Die Bourgeoisie wird es ihm zu danken wissen.

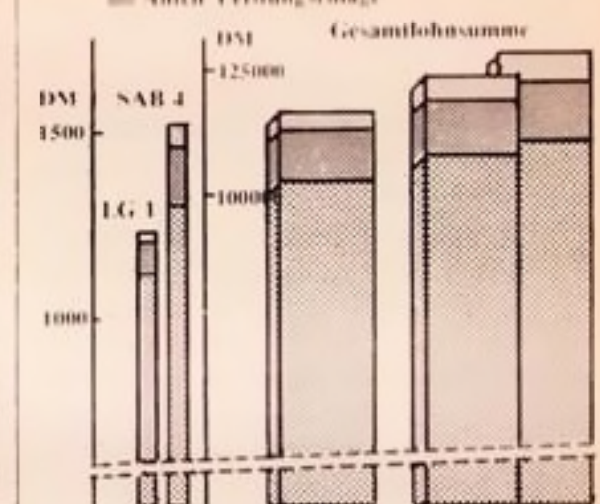
Was die Durchführung betrifft, hat sie allerdings profitablere Methoden im Auge: Ein Untersuchungsbericht der Regierung schlägt vor, den Bau von Kriegsschiffen in den Werften der Kriegsmarine, die seit längerem nur noch Reparaturen durchführen, wieder aufzunehmen. Dort steht zumindest ein Teil der Arbeitskraft zu militärischem Sold zur Verfügung, unter dem Prinzip von Befehl und Gehorsam.

Bei den 340 Delegierten fand Chalmers mit seinen Vorschlägen keine Gegenliebe. Gegen das Rationalisierungsprogramm wurde ein Überstundenstreik ab Januar beschlossen. Die Werftarbeiter haben auch unter dem staatlichen Kommando von British Shipbuilders machtvolle Kämpfe gegen Überstunden und Schichtarbeit durchgefochten. Bei Swan Hunter in Newcastle haben die Arbeiter durch monatelange Überstundenverweigerung die Angleichung ihrer Löhne an die anderen Werften erreicht. Die technischen Zeichner der Haverton Hill Werft weigern sich, technische Zeichnungen an die Kapitalisten zu geben, die sie angefertigt haben. Die Werft soll geschlossen, das Schiff auf einer anderen Werft gebaut werden. Das Rationalisierungsprogramm von British Shipbuilders ist noch lange nicht durchgesetzt.

gen. Die Arbeiter in der Druckindustrie werden nach drei verschiedenen Lohngruppen bezahlt: Facharbeiter-, einen einheitlichen Tarif mindestens in der Höhe vom Maschinensetzerlohn durchsetzen.

Lohndrücker für Siemens

z.hal. Bis zu 300 DM weniger Lohn im Vergleich zu Siemens zahlt der Zulieferbetrieb Heinzinger, Rosenheim, bei gleicher Tätigkeit: Bestücken und Verdrahten – im Siemens-Haustarif eingestuft nach ,,SAB" 3 bis ,,SAB" 4 – bei Heinzinger nach Lohngruppe 1 bis 3. Der Hungerlohn von 1220 DM zwingt zu dauernden Überstunden und Samstagsarbeit. Pausenräume gibt es nicht, gegessen wird am Arbeitstisch. Die Herstellung der Stromversorgungsgeräte, die Heinzinger bauen läßt, lohnt für Siemens nicht. 123000 DM in ,,SAB" 3 oder 127000 DM in ,,SAB" 4 müßte er den sieben Arbeiterinnen einer Abteilung im Jahr zahlen, die



Heinzinger mit 116000 DM abspeist.

schen Bourgeoisie zeitigt; ca. 11,5 Mio. DM gehen ein in den Ausbau der Methoden der Schweißausspressung.

15000 Entlassungen sollen Britanniens Größe auf dem Meer sichern

Staatskonzern British Shipbuilders plant Rationalisierungsprogramm

z.mat.Liverpool. 15000 Entlassungen will British Shipbuilders in den nächsten zwei Jahren vornehmen. 12300 davon im Bereich des Handelsschiffbaus, der dadurch auf 21000 Beschäftigte schrumpfen soll. Einige Werften sollen gänzlich geschlossen werden, andere zu Reparaturwerften umgeändert. Der staatliche Werftkonzern British Shipbuilders ist vor wenig mehr als einem Jahr durch Übernahme von 23 Privatwerften gegründet worden. Die Zusammenfassung in einem Staatskonzern soll die Durchführung eines gigantischen Rationalisierungsprogramms ermöglichen, zu dem die einzelnen Privatkapitalisten nicht in der Lage gewesen wären.

86000 Arbeiter werden heute von British Shipbuilders ausgebeutet. Nur 33000 davon sind mit dem Bau von Handelsschiffen beschäftigt, der größere Teil mit dem Bau von Kriegsschiffen. Eine weltweit einsatzfähige Kriegsflotte war ein entscheidendes Mittel, wodurch die britischen Imperialisten ihren Interessen in der Welt nachdrücklich zum Erfolg verhelfen konnten. Und so soll es bleiben. Dazu kommt der finanziell und politisch profitable Kriegsschiffexport.

In allen imperialistischen Ländern ist der Schiffsbau einer der Industriebereiche, der in den Kriegsvorbereitungen und bei der Organisierung der Plünderung der Dritten Welt eine Schlüsselstellung einnimmt. Die Imperialisten verwenden Unsummen an Steuergeldern darauf, angesichts der in der Krise stagnierenden Nachfrage nach Transportraum und der dadurch ungeheuer verschärften Konkurrenz untereinander, die eigene Werftindustrie zu erhalten und durchzurationalisieren. 300 Mio. Pfund hat die britische Regierung den Werftkapitalisten an Subventionen gezahlt, bevor sie den Schiffsbau unter staatliche Regie gebracht hat. Weitere 100 Mio. Pfund an Entschädigungszahlungen stehen noch aus. 60 Mio. Pfund hat British Shipbuilders seit Juli 1977 an Subventionen für das Rationalisierungsprogramm erhalten. Die erste Folge der Verstaatlichung, die lange vorbereitet worden war, spüren die Arbeiter bereits an ihrem Lohn: Von 1975 bis 1977 sind die Löhne der Werftarbeiter hinter die Löhne in der Chemieindustrie, der Metall-, Kohleprodukte- und Erdölindustrie zurückgefallen. Gleichzeitig kann British Shipbuilders erfreut verkünden, daß ihr Anteil am Weltmarkt bei Handelsschiffen wieder geringfügig auf 4,4% gestiegen ist. Unzufrieden stellen sie fest, daß in den letzten 16 Monaten nur 2000 Arbeiter dazu gebracht werden konnten, vorzeitig ,,freiwillig" auf Rente zu gehen, und verlangen eine Erhöhung der Staatssubventionen um mit ,,Abfindungszahlungen" der Freiwilligkeit nachzuhelfen.

Die Reformisten der Gewerkschaftsführung tun ihr Bestes, dem geschwächten britischen Imperialismus aus dem Schweiß der Arbeiter neue Stärkung zukommen zu lassen. Beim Kongreß aller Gewerkschaften, die in der Schiffbauindustrie arbeiten, über das Rationalisierungsprogramm verkündete John Chalmers, Vorsitzender der Verhandlungskommission der Gewerkschaften: ,,Wären die Werften nicht in staatliche Regie genommen worden, dann wären sie heute bankrott und hätten dicht gemacht. Was sind dagegen schon 15000 Entlassungen?" Sie wurden von Chalmers als notwendig bezeichnet. Als einen Weg zur Verringerung der Entlassungen nannte er den Ausbau der Kriegsschiffproduktion. Die Bourgeoisie wird es ihm zu danken wissen.

Was die Durchführung betrifft, hat sie allerdings profitablere Methoden im Auge: Ein Untersuchungsbericht der Regierung schlägt vor, den Bau von Kriegsschiffen in den Werften der Kriegsmarine, die seit längerem nur noch Reparaturen durchführen, wieder aufzunehmen. Dort steht zumindest ein Teil der Arbeitskraft zu militärischem Sold zur Verfügung, unter dem Prinzip von Befehl und Gehorsam.

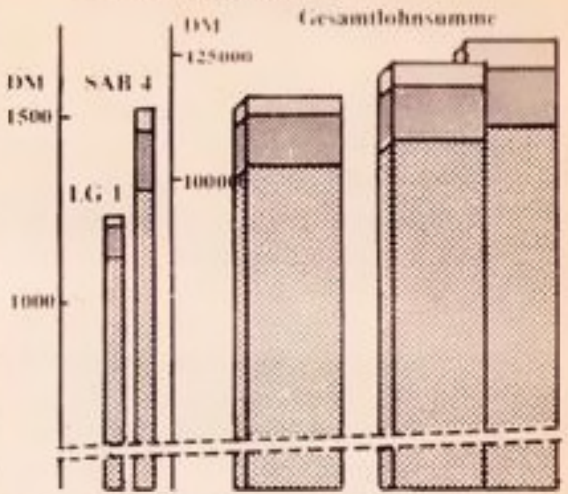
Bei den 340 Delegierten fand Chalmers mit seinen Vorschlägen keine Gegenliebe. Gegen das Rationalisierungsprogramm wurde ein Überstundenstreik ab Januar beschlossen. Die Werftarbeiter haben auch unter dem staatlichen Kommando von British Shipbuilders machtvolle Kämpfe gegen Überstunden und Schichtarbeit durchgefochten. Bei Swan Hunter in Newcastle haben die Arbeiter durch monatelange Überstundenverweigerung die Angleichung ihrer Löhne an die anderen Werften erreicht. Die technischen Zeichner der Haverton Hill Werft weigern sich, technische Zeichnungen an die Kapitalisten zu geben, die sie angefertigt haben. Die Werft soll geschlossen, das Schiff auf einer anderen Werft gebaut werden. Das Rationalisierungsprogramm von British Shipbuilders ist noch lange nicht durchgesetzt.



100 Mio. Pfund erhalten die Werftkapitalisten für veraltete Anlagen in über zehn Häfen aus Steuergeldern als ,,Entschädigung" für die Übernahme in staatliche Regie. Damit ist der Weg frei für ein Rationalisierungsprogramm in wirklich großem Maßstab. – Im Bild die Anlagen im Fluß Clyde bei Glasgow/Schottland.

Lohndrücker für Siemens

z.hal. Bis zu 300 DM weniger Lohn im Vergleich zu Siemens zahlt der Zulieferbetrieb Heinzinger, Rosenheim, bei gleicher Tätigkeit: Bestücken und Verdrahten – im Siemens-Haustarif eingestuft nach ,,SAB" 3 bis ,,SAB" 4 – bei Heinzinger nach Lohngruppe 1 bis 3. Der Hungerlohn von 1220 DM zwingt zu dauernden Überstunden und Samstagsarbeit. Pausenräume gibt es nicht, gegessen wird am Arbeitstisch. Die Herstellung der Stromversorgungsgeräte, die Heinzinger bauen läßt, lohnt für Siemens nicht. 123000 DM in ,,SAB" 3 oder 127000 DM in ,,SAB" 4 müßte er den sieben Arbeiterinnen einer Abteilung im Jahr zahlen, die



Heinzinger mit 116000 DM abspeist. 40 Arbeiter beutet Heinzinger, der nicht im Arbeitgeberverband ist und an Tarifverträge nicht gebunden ist, aus.

135 Mark 6 Wochen Urlaub müssen dieses Jahr sein

z.hah. Bei Siemens Augsburg haben die Vertrauensleute 7%, mind. 100 DM als Forderung vorgeschlagen. Auf der letzten Vertrauensleuteversammlung von Siemens Braunschweig haben sich mehrere Vertrauensleute für Festgeld bzw. Mindestforderungen ausgesprochen – keiner für reine Prozente weil, ,,die doch versuchen die mittleren Lohngruppen leer zu räumen und nach unten zu drücken". Tatsächlich haben die Siemens-Kapitalisten bereits ein Drittel der Belegschaft in die unteren Lohngruppen gedrückt, unter den Arbeitern sogar die Hälfte. Deshalb ist auch die Meinung vieler Kollegen in den Abteilungen, 6% in der Summe aber als Festgeld (= 135 DM) wie auch die 6 Wochen Urlaub müssen dieses Jahr sein. – Festgeld ließe sich nicht auf den Akkordsatz umrechnen und außerdem sind sowieso zu wenig organisiert, damit konnte ein Vertreter der Ortsverwaltung Braunschweig einen Beschluß noch verhindern. Diese Verdrehung wird nicht lange gut gehen, sind doch schon beim letzten Tarifabschluß in Niedersachsen die unteren Akkordlöhne durch einfache Umrechnung auf den Grundlohn um einen kleinen Mindestbetrag angehoben worden. Die Einheit muß noch gefestigt werden und der Beschluß der Vertreterversammlung Braunschweig, eine Demonstration zur Unterstützung der Stahlarbeiter zeigt, daß Kampfwillen da ist.

Reifenhändler-Verbandes). Kommentar der Conti: eigentlich würden diese Schundreifen nur auf ,,Märkten außerhalb Westeuropas" (und der USA) verkloppt.

Vorboten der großen KFZ-Steuer-Reform

z.hku. ,,. . . daß die für viele höhere Steuervorauszahlung, . . . sie zunächst einmal hart ankommen und ihnen ein stärkeres Maß von vorsorglichem Umgang mit den verfügbaren Mitteln abverlangen wird." Der Berichterstatter vorm Bundestag meint die Umstellung der KFZ-Steuereintreibung auf *jährliche* Vorauszahlung. Sie wird dem Staat runde 95 Mio. DM Zinsgewinn bringen. Zinsen, die der Arbeiter für den Bankkredit tatsächlich *zahlen* muß. Ausgenommen sind die Kapitalisten mit mehr als 1000 DM KFZ-Steuer im Jahr. Mit dem Gesetz würden ,,weitergehende Reformüberlegungen" nicht blockiert – ,,wie die Besteuerung der Masse der Fahrzeuge allein oder neben einer einmaligen Zulassungssteuer über eine erhöhte Mineralölsteuer" (wie es England einführt) oder ein ,,Plakettenverfahren" (Drucksache 8/2285).

,,Finanziell Mögliches" gegen Lärmschädigung

z.rer. Unter dem Thema ,,Lärmschäden des Ohres – Begutachtung und Prophylaxe" fand an der Universität Erlangen ein Fortbildungsseminar für Hals-, Nasen-, Ohrenärzte und Betriebsärzte statt. Bei der Debatte über die Prophylaxe, der vorbeugenden Verhinderung von Lärmschäden, kam heraus, daß in vielen Industriezweigen, z.B. dem Bergbau, und in vielen kleineren Unternehmen die staatliche Gewerbeaufsicht so gut wie keine Überwachung durchführt. Die Unfallverhütungsvorschrift ,,Lärm" vom 1.12.74 verpflichtet die Unternehmer ohnehin nur zur Lärmminderung, ,,soweit dies organisatorisch und finanziell möglich ist". – Und für welchen Kapitalisten trifft das wohl zu?

Baukapitalisten für Gleichberechtigung

z.elb. Auf Anfrage des Abgeordneten Schöfberger (SPD) im Bundestag am 15.11. teilte Buschfort, Parlamentarischer Staatssekretär im Ehrenbergministerium, mit, daß geprüft werde, ob sich der § 16 Arbeitszeitordnung von 1938, der das Arbeiten von Frauen auf dem Bau verbietet, nicht abschaffen lasse. ,,Es zeichnet sich jedoch heute schon ab, daß es auf Grund der technischen Entwicklung im Baugewerbe nicht mehr notwendig erscheint, Frauen aus Gründen des Arbeitsschutzes den Zugang zu allen Bauhaupt- und Baunebenberufen unmöglich zu machen." Die ,,technische Entwicklung" besteht in hohen Steigerungsraten von neu eingeführter großer Maschinerie 1976/77, z.B. luftbereifte Hydraulikbagger, Lastwagen vor allem über 12 t, und in der Umstellung auf große Mengen billigeren Transportbeton. Die Zahl der Facharbeiter im Bauhauptgewerbe ist von 1975 bis 1977 um 81500 gesunken. Was liegt näher als den ,,Grundsatz der Gleichbehandlung von Frauen und Männern" zu bemühen, um den Kapitalisten ausreichend Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen.

Erhöhung der Feuerschutzsteuer um 30%

z.chk. Im Bundestag wird im Moment die Erhöhung der Feuerschutzsteuer beraten. Die Erhöhung soll 30% betragen. Das sind ca. 60 Mio. DM, die über die Hausratversicherungen zusätzlich pro Jahr geplündert werden sollen. Finanziert wird damit die bessere Ausrüstung der Feuerwehren für den Schutz des Eigentums der Kapitalisten vor den Folgen ihrer eigenen Profitgier, z.B. Fabrikbränden. Veraltete Fahrzeuge, nicht zuverlässige Aggregate, zu wenig Leitern, beeinträchtigten insbesondere eine effektive Großbrandbekämpfung, heißt es in der Gesetzeserläuterung.

Barmherziger Albrecht will 1000 Vietnamesen einfliegen

z.chs. Es sei „ihm sehr nahe gegangen, daß angesichts des vietnamesischen Flüchtlingselends ‚für diese Leute keine Lobby vorhanden ist'", und daß „Flüchtlinge aus anderen Ländern, z.B. Chile, rascher Unterstützung in der Bundesrepublik fänden". (Hannoversche Allgemeine, 25.11.) Albrecht hat als erster erkannt, daß hier „Hilfe" eine ganz gute Manöverlage schafft, den imperialistischen Apparat zum Einsatz zu bringen. – Albrecht in seiner Regierungserklärung vom 29.11.: „‚Die Würde des Menschen ist unantastbar.' Mit dieser verpflichtenden Feststellung leitet das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland sein Kapitel über die Grundrechte ein. Die Würde des Menschen ist keine Eigenschaft, die auf das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland beschränkt werden kann. Sie gehört allen Menschen; ihre Verletzung berührt uns alle, gerade uns Deutsche." Da versteht es sich von selbst, daß bundesdeutsche Behörden die Sache selbst in die Hand nehmen. Donnerstag flog Hasselmann, niedersächsischer Minister für Bundesangelegenheiten, nach Malaysia, während ein „Vorauskommando" und Angehörige der deutschen Botschaft in Malaysia die Lage schon auskundschaftet haben. – Hier im Lande wird die Opferbereitschaft der Massen und die Verfügbarkeit über verschiedene Organisationen und Einrichtungen auf die Probe gestellt: Notunterkünfte für zwei bis drei Monate im überfüllten Grenzdurchgangslager Friedland, in zwei Jugendherbergen und der Polizeiverwaltungsschule Hannoversch-Münden; Aufruf, ein Spendenkonto zu füllen. Die „Friedlandhilfe" und das DRK jedenfalls schienen überrascht, daß sie in die Hilfsaktion einbezogen sind. – Das Regionalfernsehen recherchierte: „Die Flüchtlinge... sollen vor allem im Zwischen- und Einzelhandel gearbeitet haben, der... vor einem halben Jahr verstaatlicht" wurde. In Westdeutschland erwarten sie, wie man hört, massenhaft Stellenangebote als Nachtwächter und Pförtner.

Die „Deutsche Frage" – ein „Anspruch an die Zukunft"

z.anb. Am 5. November zollte Bundesbildungsminister Schmude der Synode der Evangelischen Kirche seinen Respekt. Dankbar würdigte er ihr „Engagement" in der Erziehungs- und Bildungsarbeit. „In der Tat stellt uns auch die schmerzlich nachgewiesene Mißbrauchbarkeit mancher Tugenden nicht von der Notwendigkeit frei, sie gerade in unserem besonders freiheitlichen Zusammenleben zu praktizieren." *Welche* „Tugenden" er damit meinte, behielt er für sich. Helmut Schmidt, der 50 Jahre alt werden mußte, um die Frage der „deutschen Nation", von allem Mythos befreit, nüchtern und sachlich betrachten zu können – so seine Beichte auf dem Historikertag im Oktober – zieht den vorsichtigen Umschreibungen Schmudes klarere Worte vor: „Einheit der Nation bedeutet einen Anspruch an die Zukunft, den wir stellen, der uns aber auch selbst verpflichtet." Vor allem dem Beamten, der die Köpfe der Jugend bearbeiten soll, ihr nicht etwa „Verhaltensmuster einprägen", sondern „Wertüberzeugungen aus Einsicht" vermitteln soll. Offensichtlich genügt *nicht*, daß das Grundgesetz nach wie vor von dem „Fortbestand der deutschen Staatlichkeit" ausgeht. Am 24. November haben die vereinigten Kultusminister der Länder eine zentrale Richtlinie veröffentlicht. Irgendwo hört eben das Föderalismus-Gerangel auf, spätestens bei Fragen von „nationaler Bedeutung". Die „Richtlinien für die Behandlung der Deutschen Frage im Unterricht" ist eine solche. Unterdessen ist nämlich der „Osthandel" aus der Schlappe des Jahres 1977 heraus, das Geschäft läuft, und besser als erwartet. Die Verschuldung der RGW-Staaten bei der westdeutschen Finanzbourgeoisie ist auf 50 Mrd Dollar angewachsen, allein die DDR – sie zählt natürlich zum „innerdeutschen Handel" – steht mit 6 Mrd Dollar in der Kreide. Historische Beschlüsse wie die „Ostverträge" und der „Grundlagenvertrag" müssen folglich in den Schulen ihren angemessenen Platz finden. Denn daraus ergeben sich schließlich „unsere Ansprüche an die Zukunft".

5. Arbeitsförderungsgesetz vorgelegt

„Vermittlungsfähigkeit" erhöht / Zumutbar ist alles / Haushaltsführung je nach Arbeitsmarkt

z.mif. Zwei von drei Arbeitslosen, die Arbeit finden, finden sie nicht durch Vermittlung des Arbeitsamts, sondern auf eigene Faust. Jedem Arbeitslosen macht das Arbeitsamt 1,7 Stellenangebote; selbst bewirbt er sich fünfmal. Die Bundesanstalt für Arbeit ist kein Instrument zur Vermittlung von Arbeit und Auszahlung von Beitragsgeldern an Arbeitslose, sondern ein Instrument der „Arbeitsmarktpolitik" der Bourgeoisie, der gewaltsamen Zurichtung des Arbeiterkörpers. Das Ministerium für Arbeit und Sozialordnung hat am 21. November den Entwurf der 5. Novelle des Arbeitsförderungsgesetzes ins Kabinett eingebracht. Von den 242 Paragraphen des Gesetzes will Ehrenberg 64 ändern. Zielsetzung des Gesetzes ist der „Abbau von Ausgleichsschwierigkeiten zwischen Arbeitskräfteangebot und Nachfrage nach Arbeitskräften durch Fortentwicklung der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen nach dem AFG". Die Lösung besteht in der „Förderung der beruflichen Bildung", der Verbesserung der „Vermittlungsfähigkeit von Arbeitslosen", sowie dem Abbau von „Möglichkeiten zu einem Mißbrauch von Leistungen".

Ehrenberg und Stingl betrachten es als ihre Pflicht, die industrielle Reservearmee so zu formieren, daß jederzeit Reservetruppen für alle Wechselfälle der Profitschlachten bereitstehen. Nur dann übt die Reservearmee den kapitalseitig erwünschten Druck auf das Lohnniveau aus. Nur dann können die Kapitalisten im erforderlichen Ausmaß verbrauchte Arbeiter aufs Pflaster werfen und durch frisches Blut ersetzen. Damit gibt Ehrenberg sich nicht zufrieden. Er will außerdem die Bildungskosten, die in den Wert der Ware Arbeitskraft eingehen, aus der Arbeitslosenkasse bezahlen, also aus Lohn, und so die Voraussetzung für weitere Lohnsenkung schaffen. Daher die „Förderung der beruflichen Bildung". Denn „die Anforderungen von Unternehmen und Verwaltungen" bezüglich der „Qualifikation" seien „gestiegen"; „demgegenüber setzt sich der Personenkreis der Arbeitslosen ... aus Erwerbspersonen zusammen, die diesen geänderten Anforderungen nicht entsprechen ... Offene Stellen, insbesondere für einige Facharbeitertätigkeiten, sind nicht besetzbar ... In einigen Bezirken (herrscht) Arbeitskräfteknappheit".

Versteht sich, daß unter „beruflicher Bildung" in erster Linie Förderung der bedingungslosen Unterwerfung unter die Ausbeutung verstanden wird. Ein neuer § 53a wird aufgenommen:

„(1) Die Bundesanstalt führt für Arbeitslose Maßnahmen zur Verbesserung ihrer Vermittlungsaussichten durch, um insbesondere 1. über Fragen der Wahl von Arbeitsplätzen und die Möglichkeiten der beruflichen Bildung zu unterrichten oder 2. zur Erhaltung oder Verbesserung der Fähigkeit beizutragen, Arbeit aufzunehmen oder an beruflichen Bildungsmaßnahmen teilzunehmen ..." Diese Kurse sind schlichte *Strafkompanien*. Wer sich weigert, daran teilzunehmen, bekommt eine Sperrzeit bis zu vier Wochen (§ 119).

Bezüglich der „*Zumutbarkeit*" von niedrigerem Lohn, Wechsel von Beruf, Branche, Ort und Wohnsitz hat Ehrenberg sich für eine Generalklausel entschieden: § 103, „Bei der Beurteilung der Zumutbarkeit sind die Interessen der Arbeitslosen und die der Gesamtheit der Beitragszahler gegeneinander abzuwägen. Dabei sind alle Umstände des Einzelfalles, insbesondere die bisherige berufliche Tätigkeit und die beruflichen Kenntnisse und Fähigkeiten des Arbeitslosen, seine familiären und sonstigen persönlichen Verhältnisse, die Lage und Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt sowie die Dauer der Arbeitslosigkeit zu berücksichtigen." Da kann man Gift drauf nehmen, daß die Arbeitsamtsleiter darauf drängen werden, „alle Umstände des Einzelfalls" zu „berücksichtigen", persönliche Einzelheiten auszuschnüffeln, um alsdann in Ansehung des Arbeitsmarkts die Zumutbarkeit festzustellen. Das Instrument zur Durchsetzung dieses Paragraphen ist wiederum die Sperrzeit.

Einen weiteren Hebel zur Lohnsenkung ergreift die Bundesregierung über die „*Gleichberechtigung*": „Förderung auch in Berufe, die bisher traditionell von Männern bzw. Frauen ausgeübt wurden" (Begründung zu § 36).

Nach § 132 kann das Arbeitsamt „auch anordnen, daß sich der Arbeitslose vorübergehend in kurzen Zeitabständen meldet", um „Leistungsmißbrauch" vorzubeugen; der Arbeitslose muß in der Lage sein, täglich auf's Amt zu kommen, die „Voraussetzungen für eine leistungsunschädliche, vorübergehende – vielfach als Urlaub bezeichnete – Ortsabwesenheit" werden durch Anordnung bestimmt (§ 103).

Weiter steigern will Ehrenberg die „Vermittlungsfähigkeit" der Arbeitslosen durch höhere Zahlung von Lohngeldern an die Kapitalisten. Der „Einarbeitungszuschuß" beträgt jetzt bis zu 80% (bisher 60%, § 49). Auch bei Ausbeutung älterer Arbeiter und Angestellter werden jetzt bis 80% des Lohns aus der Arbeitslosenkasse gezahlt (§ 97), desgleichen bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (§ 91).

Mit der *Teilzeitarbeit* hat die Bourgeoisie zwei Manöver vor: wer Teilzeitarbeit sucht, wird gezwungen, auch Vollzeitarbeit anzunehmen; wer Vollzeitarbeit sucht, kann auf Teilzeitarbeit gesetzt werden. So haben die Kapitalisten freie Hand für die Verdichtung des Arbeitstages und die Lohnsenkung.

Ehrenberg wünscht den Eindruck zu erwecken, er sei nur der Vollstrecker des Willens der Sozialversicherten: „Die Versichertengemeinschaft muß erwarten können, daß der Arbeitslose bei seiner Haushaltsführung den Erfordernissen des Arbeitsmarktes Rechnung trägt" (Begründung zu § 103). Umgekehrt trägt die Arbeiterbewegung den Erfordernissen der Haushaltsführung Rechnung, was auch sonst!

Arbeitsbeschaffung – „europäisch" subventioniert

z.rua.Brüssel. Im Oktober 1978 waren in der EG 6019000 Arbeitslose registriert, 71000 mehr als im Vorjahr. Der Anteil der Arbeitslosen unter 25 Jahren erhöhte sich im Durchschnitt von 37,4% auf 40%.

Seit Oktober vergangenen Jahres liegen sich die EG-Staaten in den Haaren, wie sie mit gemeinschaftlicher Subventionierung ihrer einzelstaatlichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen möglichst viele unverbrauchte Jugendliche vernutzen, dabei das Arbeitslosengeld sparen und die Kosten für „Lohnzuschüsse" aus dem EG-Topf kassieren können.

Am 27.11.78 haben die Sozialminister der EG unter Vorsitz Ehrenbergs einen Verordnungsvorschlag der EG-Kommission vom April über „Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit" mit einigen Veränderungen gebilligt. Aus dem Europäischen Sozialfonds werden 79Mio. ERE (249Mio. DM) gezahlt. Am 1.1.79 tritt die Verordnung in Kraft. Gezahlt werden sollen auf Antrag:

a) Prämien an Privatkapitalisten bei Einstellung zusätzlicher Arbeitskräfte,

b) Zuschüsse für die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze, die „gemeinnützigen Interessen entsprechen".

100000 bis 150000 Jugendlichen sollen diese Maßnahmen „zugute" kommen, hat die EG-Kommission erklärt. Den Jugendlichen schon gar nicht. Wer von den EG-Imperialisten am meisten absahnt, wird sich zeigen. Belgien hat bereits angekündigt, daß 85% seines Arbeitsbeschaffungsprogramms „Plan Spitaels" berührt sind und erwartet entsprechende Zahlung. Italien hat ebenfalls für Arbeitsbeschaffungsprogramme in Süditalien Ansprüche angemeldet. Um die Aufteilung des Topfs werden sich die Imperialisten weiter zanken. Einig sind sie sich, daß er noch viel zu klein ist.

Innere Mission seit 130 Jahren Arbeitsbeschaffungs- und Unterdrückungsprogramm im Auftrag der Bourgeoisie

Organisationen und Einrichtungen auf die Probe gestellt: Notunterkünfte für zwei bis drei Monate im überfüllten Grenzdurchgangslager Friedland, in zwei Jugendherbergen und der Polizeiverwaltungsschule Hannoversch-Münden; Aufruf, ein Spendenkonto zu füllen. Die „Friedlandhilfe" und das DRK jedenfalls schienen überrascht, daß sie in die Hilfsaktion einbezogen sind. – Das Regionalfernsehen recherchierte: „Die Flüchtlinge... sollen vor allem im Zwischen- und Einzelhandel gearbeitet haben, der... vor einem halben Jahr verstaatlicht" wurde. In Westdeutschland erwarten sie, wie man hört, massenhaft Stellenangebote als Nachtwächter und Pförtner.

Die „Deutsche Frage" – ein „Anspruch an die Zukunft"

z.anb. Am 5. November zollte Bundesbildungsminister Schmude der Synode der Evangelischen Kirche seinen Respekt. Dankbar würdigte er ihr „Engagement" in der Erziehungs- und Bildungsarbeit. „In der Tat stellt uns auch die schmerzlich nachgewiesene Mißbrauchbarkeit mancher Tugenden nicht von der Notwendigkeit frei, sie gerade in unserem besonders freiheitlichen Zusammenleben zu praktizieren." Welche „Tugenden" er damit

vearmee so zu formieren, daß jederzeit Reservetruppen für alle Wechselfälle der Profitschlachten bereitstehen. Nur dann übt die Reservearmee den kapitalseitig erwünschten Druck auf das Lohnniveau aus. Nur dann können die Kapitalisten im erforderlichen Ausmaß verbrauchte Arbeiter aufs Pflaster werfen und durch frisches Blut ersetzen. Damit gibt Ehrenberg sich nicht zufrieden. Er will außerdem die Bildungskosten, die in den Wert der Ware Arbeitskraft eingehen, aus der Arbeitslosenkasse bezahlen, also aus Lohn, und so die Voraussetzung für weitere Lohnsenkung schaffen. Daher die „Förderung der beruflichen Bildung". Denn „die Anforderungen von Unternehmen und Verwaltungen" bezüglich der „Qualifikation" seien „gestiegen"; „demgegenüber setzt sich der Personenkreis der Arbeitslosen ... aus Erwerbspersonen zusammen, die diesen geänderten Anforderungen nicht entsprechen ... Offene Stellen, insbesondere für einige Facharbeitertätigkeiten, sind nicht besetzbar ... In einigen Bezirken (herrscht) Arbeitskräfteknappheit".

herige berufliche Tätigkeit und die beruflichen Kenntnisse und Fähigkeiten des Arbeitslosen, seine familiären und sonstigen persönlichen Verhältnisse, die Lage und Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt sowie die Dauer der Arbeitslosigkeit zu berücksichtigen." Da kann man Gift drauf nehmen, daß die Arbeitsamtsleiter darauf drängen werden, „alle Umstände des Einzelfalls" zu „berücksichtigen", persönliche Einzelheiten auszuschnüffeln, um alsdann in Ansehung des Arbeitsmarkts die Zumutbarkeit festzustellen. Das Instrument zur Durchsetzung dieses Paragraphen ist wiederum die Sperrzeit.

Einen weiteren Hebel zur Lohnsenkung ergreift die Bundesregierung über die „Gleichberechtigung": „Förderung auch in Berufe, die bisher traditionell von Männern bzw. Frauen ausgeübt wurden" (Begründung zu § 36).

Nach § 132 kann das Arbeitsamt „auch anordnen, daß sich der Arbeitslose vorübergehend in kurzen Zeitabständen meldet", um „Leistungsmißbrauch" vorzubeugen; der Arbeitslose

Seit Oktober vergangenen Jahres liegen sich die EG-Staaten in den Haaren, wie sie mit gemeinschaftlicher Subventionierung ihrer einzelstaatlichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen möglichst viele unverbrauchte Jugendliche vernutzen, dabei das Arbeitslosengeld sparen und die Kosten für „Lohnzuschüsse" aus dem EG-Topf kassieren können.

Am 27.11.78 haben die Sozialminister der EG unter Vorsitz Ehrenbergs einen Verordnungsvorschlag der EG-Kommission vom April über „Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit" mit einigen Veränderungen gebilligt. Aus dem Europäischen Sozialfonds werden 79Mio. ERE (249Mio. DM) gezahlt. Am 1.1.79 tritt die Verordnung in Kraft. Gezahlt werden sollen auf Antrag:

a) Prämien an Privatkapitalisten bei Einstellung zusätzlicher Arbeitskräfte,

b) Zuschüsse für die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze, die „gemeinnützigen Interessen entsprechen".

100000 bis 150000 Jugendlichen sollen diese Maßnahmen „zugute" kommen, hat die EG-Kommission erklärt. Den Jugendlichen schon gar nicht. Wer von den EG-Imperialisten am meisten absahnt, wird sich zeigen. Belgien hat bereits angekündigt, daß 85% seines Arbeitsbeschaffungsprogramms „Plan Spitaels" berührt sind und erwartet entsprechende Zahlung. Italien hat ebenfalls für Arbeitsbeschaffungsprogramme in Süditalien Ansprüche angemeldet. Um die Aufteilung des Topfs werden sich die Imperialisten weiter zanken. Einig sind sie sich, daß er noch viel zu klein ist.

Innere Mission seit 130 Jahren Arbeitsbeschaffungs- und Unterdrückungsprogramm im Auftrag der Bourgeoisie

z.sib/mkr. „Dienet einander, ein jeglicher mit der Gabe, die er empfangen hat, als die guten Haushalter der vielfältigen Gnade Gottes." Dieser Bibelvers ist zentral im „Rahmenprogramm der Diakonie in Hessen und Nassau" vom Februar 1977. Als nicht nur „gute Haushalter Gottes", sondern auch als gute Haushalter des Staatsapparates der Bourgeoisie haben sich die Einrichtungen der Evangelischen Kirche Deutschlands bei der Anwendung des Strafparagraphen 218 erwiesen.

„Als Dienst am Leben versteht sich die Mütterhilfe und mit ihr zusammen hat der Deutsche Evangelische Frauendienst eine Abwehrfront gegen die Mißachtung des Lebens aufgebaut. Gerade um den Abtreibungsgedanken garnicht erst aufkommen zu lassen, gibt man den lebendigen Mädchen und Frauen Gelegenheit, sehr früh die Heime aufzusuchen. Während der Wartezeit auf das oft bis zum Tage der Geburt noch abgelehnte Kind versuchen die Schwestern und Seelsorgerinnen die Bereitschaft zur Mutterliebe in die Seele der meist sehr verzweifelten und verstörten Frauen zu senken...", heißt es im Jahrbuch der Inneren Mission über die Tätigkeit des Deutschen Evangelischen Frauenhilfe. Wer zur Abtreibung gezwungen ist, ist „verstört" und bedarf der „inneren Mission". Darüber wacht der bürgerliche Staat. Bereits 1974 wurden „flankierende Maßnahmen zum § 218" ausdrücklich in das Programm der Deutschen Evangelischen Frauenhilfe aufgenommen. Allein in Nordrhein-Westfalen unterhalten „Innere Mission" und „Diakonie" an die 20 Beratungsstellen aufgrund des § 218. Die Zusammenarbeit zwischen den Pfaffen und dem Netz der sozialen Sicherheit ist perfekt. So brüstet sich die Dekanatstelle Bad Königzell in Odenwald: „Auch die gegebene Zusammenarbeit mit allen sonstigen Einrichtungen wie z.B. Jugendamt, Jugendpflege, Sozialamt, Jugendgericht, Bewährungshilfe, kirchlich institutionalisierte Jugendarbeit (Dekantatsjugendwart), Erziehungsberatung, Schulamt, Arbeitsamt, freier psychologischer Dienst u.ä. ermöglicht und erleichert eine effektive Arbeit."

Besonders, was Arbeitsbeschaffung angeht, sind die „Innere Mission" und die Diakonie äußerst rege. So unterhält die Diakonie in Hessen u.a. 281 Anstalten und Heime mit 16199 Plätzen, 2 Sonderschulen und 26 Ausbildungs- und Fortbildungsstätten. In den Ausbildungs- und Fortbildungsstätten ist besonders die Evangelische Frauenhilfe tätig. Im Handbuch der Frauenhilfe" von 1912 heißt es: „Ihre Aufgabe ist eine dreifache: Sie bringen einen großen Teil der Mittel für den Unterhalt der Stationen... auf ...; sie bilden aus ihrer Mitte Arbeits- und Nähvereine; sie stellen freiwillige Helferinnen, welche einzelne Dienste bei den Pflegebefohlenen übernehmen." 1974 schreibt der Landesverband der Evangelischen Frauenhilfe in Hessen und Nassau dazu: „Der Auftrag hat sich seit der Gründung nicht geändert." Das stimmt. Ambulante Krankenpflege z.B. spart Kosten, sprich Versicherungsgelder der Lohnabhängigen. Aber erweitert hat sich das Tätigkeitsfeld, z.B. hinsichtlich der Strafanfälligen und „Nichtsesshaftenhilfe", bei der Hilfe für Ausländer und „Spätaussiedler". Da heißt es im Diakoniebericht für 1977 „Weltweite Hilfe":



Arbeitsraum im „Rauhen Haus" Hamburg. Das „Rauhe Haus" wurde 1833 von Wichern, dem Gründer der Inneren Mission, als „Rettungsanstalt für gefährdete Kinder" eröffnet

„Hilfe bei der Vermittlung von Arbeitsplatz und Wohnung..., Vermittlung der Kinder und Jugendlichen in Förderkurse, Vermittlung eines Arbeitsplatzes."

Die Haushalter Gottes werden zu Haushaltern des Ehrenbergministeriums. Im Jahresbericht des Diakonischen Werks 1977 heißt es: „Die Diskussion um das schrittweise Vordringen des Sozialstaates in den Bereich der sozialen Arbeit freier Träger dauert an.

Sie erhält jedoch durch die Kostenexplosion im Gesundheitswesen und die Situation der Renten wie der Arbeitslosenversicherung eine neue Komponente: die Frage nach der inhaltlichen Bestimmung dessen, was soziales Handeln teils im Rahmen teils im Gegenüber zu volkswirtschaftlichen Daten bedeutet."

Vorsorglich haben sie in ihrer Statistik schon die Rubrik „Lehrwerkstätten" aufgeführt, auch wenn diese noch leer ist. Damit sie nicht nur im 19. Jahrhundert ihre Erfahrungen gemacht, um den Sturm, der das Volk bis in die Tiefen aufwühlte... kommunistischen Ideen und den Wetterwolken der Sozialen Frage zu begegnen." Lobend wird in „Weltweite Hilfe" vom Februar 1978 die Lehrwerkstatt und Feinmechanikfabarik in Riesi (Sizilien) erwähnt, wo durch „Kurzarbeit" und Wechselschichten" die Lasten gleichmäßig verteilt werden". Vorab bleibt die Rubrik „Lehrwerkstatt" noch leerer als die Zwangsberatungsstelle in Groß-Umstadt, Hessen, die 1978 5 „Beratungen" vermelden konnte. Es wird von der Entwicklung des Kampfs gegen die Ehrenbergmaßnahmen wie auch gegen den § 218 abhängen, ob sie mit diesem Programm durchkommen.

H. Schmidt: „Die Verfassung steht über uns allen“

Die Bourgeoisie will die Früchte ihrer „Radikalendebatte“ ernten / Aufspaltung des Vorbereitungsdienstes

z.hku. Im Juni hatte die Koschnick-Kommission der SPD ihren Bericht über die bisherigen Erfolge in der Säuberung und Ausrichtung des Staatsapparates vorgelegt. Die Bilanz: die politischen Kosten sind hoch, das Ergebnis selbst mager. Der öffentliche Dienst ist keineswegs gesäubert, die demokratische Bewegung ist keineswegs zerschlagen, sondern hat sich gefestigt; große Teile der Beamtenschaft sind dabei, sich das Streikrecht zu erkämpfen, und die Ausrichtung auf die Zwecke des imperialistischen Staatsapparates stockt überall. Als Konsequenz aus dieser Lage, die für die Bourgeoisie unhaltbar ist, hat die Koschnick-Kommission die Aufgabe formuliert: das „Vertrauen“ in die „Liberalität des Staates“ muß wiedergewonnen werden, um die Unterdrückung verschärfen zu können. Eine Bewegung, die vom Gegensatz zum Dienstherrn ausgeht und kämpft, ist nicht zu unterdrücken; innerhalb der Bewegung muß erst die Vorstellung von Versöhnung verbreitet werden, bevor man mit Erfolg zuschlagen kann.

Also haben die Sozialdemokraten ihr Unternehmen begonnen mit einer weitschweifigen Kritik an Anfrage- und Untersuchungsverfahren, begleitet von ausdrücklichen Angeboten an Revisionisten und Opportunisten, doch lieber in Umarmung mit der Sozialdemokratie ihr Dasein zu fristen. Eine schier endlose Debatte wird inszeniert und wälzt sich durch Presse und über Parteitage: auf der einen Seite die Streiter für „Lockerung“, die den starken Druck der demokratischen Bewegung als Argument für ihre Winkelzüge anführen, auf der anderen Seite die offene Reaktion. So posierten Klose und Schmidt auf dem Hamburger Parteitag der SPD. Nie angetastete Gemeinsamkeit bei dem Spektakel: *Rechte* haben die Beamten, Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst keine, allenfalls über ihre *Behandlung* streitet man. Die Forderungen, die währenddessen auf Jugendkonferenzen und von Gewerkschaftsgruppen erhoben werden: vollständige Aufhebung des „Radikalenerlasses“, politische und gewerkschaftliche Freiheiten im öffentlichen Dienst, werden jedenfalls gegenüber Schmidt *und* Klose erhoben.

Unter dieser Diskussion reift für die Bourgeoisie die Zeit für Taten heran. Am 8.11. hat das Bundeskabinett die Angelegenheit auf den festen Boden des Bundesverfassungsgerichts gestellt, zu dem „verdammt die Pflicht des unbedingten Gehorsams“ besteht (H. Schmidt auf dem Hamburger SPD-Parteitag). Die Liebe des Beamten zur westdeutschen Ausbeuterordnung ist jedenfalls Verfassungsgebot; nur ihre Prüfung muß *individuell* geschehen – vielleicht gibt es ja „tätige Reue“ auch innerhalb revolutionärer Organisationen? Überprüfung der Verfassungstreue muß sein, aber die billigste und reibungsloseste Methode, „den Bewerber kennenzulernen, ihn zu beobachten und sich schließlich ein Urteil über seine Persönlichkeit zu bilden“ ist nicht immer der Verfassungschutz, sondern eher der Vorbereitungsdienst. (Bulletin der Bundesregierung Nr.131)

Beim Vorbereitungsdienst – bei Lehrern und Juristen die Zeit von 1-2 Jahren zwischen Studium und Aufnahme der vollen Berufstätigkeit – wollen die Sozialdemokraten die ersten praktischen Schritte ihrer „Lockerung“ einleiten. Zu Recht betrachtet die Bourgeoisie den Vorbereitungsdienst als wichtiges Kettenglied in der Ausrichtung des Staatsapparates. Im Augenblick ist er aber überhaupt nicht so, wie die Bourgeoisie ihn will. Haben nicht die Referendare gerade in Einheit mit dem gesamten öffentlichen Dienst die Kürzung ihrer Bezüge verhindert?

Das Land Nordrhein-Westfalen wird einen Gesetzentwurf in den Bundesrat einbringen, der den Ländern die Möglichkeit geben soll, den Vorbereitungsdienst zweizuteilen: der Bewerber kann ihn dann wahlweise im Beamtenverhältnis auf Widerruf oder in einem „öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis außerhalb des Beamtenverhältnisses“ ableisten. Der Unterschied? Die Beamten auf Widerruf müssen jederzeit *aktiv* für die Verfassung eintreten – die angestellten Referendare dürfen sich „lediglich nicht verfassungsfeindlich betätigen“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.11.). Die sich für das Beamtenverhältnis entscheiden, „verzichten“ damit scheinbar von vornherein auf alle Rechte; der Angestellte hat die „Freiheit“, sich den einen oder anderen Gedanken zu machen, *äußern* soll er ihn nicht können. So zieht die „Lockerung“ der Sozialdemokraten Spaltungslinie um Spaltungslinie, um den Kampf um *Rechte*, der ihr im Wege ist, zerschlagen zu können.

Ökonomischer Druck ist dabei ebenso eingeplant wie die vage Aussicht auf einen leidlich dotierten Posten im Unterdrückungsapparat. Die Gewißheit, daß der Dienstherr sich gegenwärtig die benötigte Arbeitskraft nach dem Vorbereitungsdienst aus großem Überangebot aussuchen kann, soll ebenso wirken wie die Tatsache, daß der Staat sich bei den angestellten Referendaren von der Zahlung der Versicherungsbeiträge „befreit“. Das paßt sich gut in die sonstigen Pläne aus dem Hause Baum: wer politisch nicht zuverlässig ist, ist nicht fähig; wer nicht fähig ist, dessen Arbeitskraft ist *billiger*, sie kann herabgestuft werden. Das sieht die neue Laufbahnordnung vor.

Als nächste große Aufgabe peilen die Sozialdemokraten die „Lockerung“ der Disziplinarordnung an. Ministerpräsident Rau hat bereits ihre „Schwerfälligkeit“ beklagt. Schließlich hat die Koschnick-Kommission als Zielmarke eine Regelung angegeben, die eine „unverzügliche Entlassung aus dem öffentlichen Dienst ermöglicht.“ Schritt für Schritt wollen sie ihrem Ziel näherkommen.



Wie auf diesem Bild von einer Kundgebung der IG-Metall in Siegen, unterstützen die Beschäftigten zahlreicher Betriebe des öffentlichen Dienstes den Kampf der Stahlarbeiter. Der Hauptvorstand der ÖTV will am 4. Dezember eine Lohnforderung als Vorschlag an die Arbeiter und Angestellten der öffentlichen Dienste bekanntgeben. Eine Prozentforderung etwas über der Inflationsrate und als Ausgleich für die Nichtaufstellung einer Festgeldforderung ein Urlaubsgeld für alle gleich, diese Vorstellung entwickelte der ÖTV-Vorsitzende Kluncker letzte Woche in Hamburg. Unter den Forderungen nach Aufnahme der Einmannzuschläge in den Monatstabellenlohn, Bewährungsaufstieg und Eingruppierung der Straßenbahnfahrer in die Lohngruppe F108 (bisher 106) streikten in der vergangenen Woche für eine halbe Stunde die Omnibus- und Straßenbahnfahrer in etlichen Städten Baden-Württembergs.

Wie auf diesem Bild von einer Kundgebung der IG-Metall in Siegen, unterstützen die Beschäftigten zahlreicher Betriebe des öffentlichen Dienstes den Kampf der Stahlarbeiter. Der Hauptvorstand der ÖTV will am 4. Dezember eine Lohnforderung als Vorschlag an die Arbeiter und Angestellten der öffentlichen Dienste bekanntgeben. Eine Prozentforderung etwas über der Inflationsrate und als Ausgleich für die Nichtaufstellung einer Festgeldforderung ein Urlaubsgeld für alle gleich, diese Vorstellung entwickelte der ÖTV-Vorsitzende Kluncker letzte Woche in Hamburg. Unter den Forderungen nach Aufnahme der Einmannzuschläge in den Monatstabellenlohn, Bewährungsaufstieg und Eingruppierung der Straßenbahnfahrer in die Lohngruppe F108 (bisher 106) streikten in der vergangenen Woche für eine halbe Stunde die Omnibus- und Straßenbahnfahrer in etlichen Städten Baden-Württembergs.

Referendare gegen Lohnsenkung und Mehrarbeit

„Der Ministerpräsidentenbeschluß muß für null und nichtig erklärt werden“/Unterstützung der Stahlarbeiter

Referendare gegen Lohnsenkung und Mehrarbeit

„Der Ministerpräsidentenbeschluß muß für null und nichtig erklärt werden“/Unterstützung der Stahlarbeiter

r.pel. 13450 Lehrer stehen 1978 auf der Warteliste, d.h. sind nicht in den Vorbereitungsdienst bzw. in den Schuldienst übernommen worden. Die Bourgeoisie hat das mit einer gewissen Genugtuung vermerkt. Bei ihrem Versuch die Anwärterbezüge drastisch zu senken, war ihr dieses Faktum willkommenes Argument, die Lohnsenkung bei den Referendaren unter der Flagge der Gleichheit durchzudrücken... Niedersachsens Herrenfahrer Finanzminister Leisler-Kiep dazu im September in einem Brief an den Vorsitzenden der niedersächsischen GEW: „Ich bin jedoch auch der Auffassung, daß alle Anstrengungen unternommen werden müssen, um im öffentlichen Dienst für die Bereiche der Monopolausbildung zusätzliche Ausbildungsplätze zu schaffen.“

Dieser Versuch der direkten Lohnsenkung ist von den Referendaren gemeinsam mit allen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zurückgekämpft worden. Permanent jedoch setzt der Dienstherr das Druckmittel der Arbeitslosigkeit ein, um Mehrarbeit zu erpressen, wird die Schikane und Kontrolle gesteigert. Im September mußte der niedersächsische Kultusminister Remmers erklären, „er werde aufgrund der negativen Erfahrungen bei der Regelung des Vertretungsunterrichts durch sog. 'Feuerwehrlehrer' (Pressemitteilung 6.9.) Neuregelungen treffen.“ „Grundsätzlich seien zwei Modelle denkbar. Zum einen könnten den Bezirksregierungen Mittel zur Verfügung gestellt werden, die sowohl für befristete BAT-Verträge mit unterschiedlicher Stundenanzahl als auch für stundenweise Beschäftigungen und Mehrarbeit eingesetzt werden. Andererseits könnte auch überlegt werden, ob der Einsatz von Springern zweckmäßig sein könnte.“ „Entscheidend sei, daß nach all den Ärgernissen mit den Personalräten ein Verfahren entwickelt wird, das eine kurzfristige und schnelle Einstellung und Beauftragung zuläßt.“

Bei den Referendaren zum Beispiel. Am Studienseminar Braunschweig I wird ein „Politikseminar“ zusätzlich als Pflichtveranstaltung angesetzt. Zunächst findet es *an Stelle* des Pädagogikseminars statt. Die Referendare riechen den Braten. Der Seminarleiter, ein Studienrat der Jungen Union, sieht sich sofort aufgefordert, die vorgesehene Verarbeitung der Erlasse des Dienstherrn selbst zu leisten. Als dann das Seminar *zusätzlich* angesetzt wird, findet er zum festgelegten Termin niemanden vor. Die Referendare sprechen sich gegen jegliche Mehrarbeit aus und der Zusammenschluß auf der niedersächsischen Referendarskonferenz führt zu dem Erfolg, daß diese Veranstaltung im Studienseminar Hannover ebenfalls abgesetzt werden muß.

Zäh sind die Auseinandersetzungen und wo der Dienstherr einen Vorstoß macht, erhält er in der Regel sofort die gebührende Antwort. In Hamburg ist die Erhöhung der Hospitationen zurückgeschlagen worden. In Meppen kämpfen die Referendare gegen die Verpflichtung zu zusätzlichen Hausaufgaben per Beamtenrecht; die Abschaffung der Noten und der Hausarbeit wird in einer ganzen Reihe von Seminaren gefordert. Der Dienstherr setzt heute an einer vermeintlich schwachen Stelle bei den Referendaren an, um sie herauszubrechen aus der Front gegen Rationalisierung und Lohnsenkung. Er setzt auf Beamtenrecht und Notenknüppel. Der christliche Remmers treibt es besonders doll. Jetzt hat er für das Lehramt an Berufsbildenden Schulen eine Ausbildungs- und Prüfungsordnung erlassen, die er auch an den Gymnasien durchsetzen will. Darin heißt es: Über den „Unterricht in eigener Verantwortung“ hinaus soll „dem Referendar die Verantwortung für Pausenaufsichten, Betriebsbesichtigungen ... und andere Schulveranstaltungen im beschränkten Maße übertragen werden. Zu Vertretungsstunden darf der Referendar in Klassen / Lerngruppen, in denen er Unterricht erteilt, herangezogen werden.“ (§ 9 Die Prüfungsnoten sollen auf eine Dezimalstelle hinter dem Komma berechnet werden, d.h. mit 4,1 ist man durchgefallen. (§21/2)

Gegen die Einschränkung der gewerkschaftlichen und politischen Freiheiten im öffentlichen Dienst haben auf einer Veranstaltung des Ausbildungspersonalrats der Referendare in Bremen die 250 Teilnehmer die Aktionseinheit hergestellt unter den Forderungen: „Der Ministerpräsidentenbeschluß muß für null und nichtig erklärt werden! Vernichtung aller Unterlagen des Verfassungsschutzes aus den Personalakten! Die Personalversammlung der Westberliner Referendare hat den gleichen Beschluß gefaßt.

„Die Tatsache, daß der Radikalenerlaß ins Wanken geraten ist, ermutigt uns, den Kampf gegen ihn verstärkt zu führen“, hat die Bremer Versammlung erklärt. Für den bevorstehenden Lohnkampf wird die gewonnene Einheit nützlich sein, wie es nützlich ist, daß die Verbindung mit der Arbeiterklasse gesucht wird. Beendet die dauernden Lohnsenkungen! „Wir möchten euch mitteilen, daß wir eure Forderungen für voll berechtigt halten und ... wünschen euch vollen Erfolg“, hat die Personalversammlung der Westberliner Studienreferendare den streikenden Stahlarbeitern versichert.

Krankenpflegeschüler erkämpfen Arbeitskittel



r.mam. Seit 1974 fordern die Krankengymnastikschülerinnen am Universitätskrankenhaus Eppendorf in Hamburg vom Dienstherren die Stellung und Reinigung von Berufskleidung. Am 8. November – bewaffnet mit Transparenten und Flugblättern – informierten alle 100 Schüler während der Dienstzeit in weißen Kitteln Patienten, Besucher und Kollegen des UKE über ihre Forderungen. Die Unterstützung war groß. Eine Woche Ultimatum stellten die Schüler der Krankenhausleitung. Ohne Kittel zum Dienst zu erscheinen – wenn dann nicht sofort Kittel verteilt würden, würden sie auch nicht arbeiten. Die Streikdrohung angesichts der anstehenden Tarifrunde fuhr dem Dienstherren in die Knochen. 5 Minuten vor 12 kam die Zusage des Verwaltungsleiters Stucke. Inzwischen sind 240 Kittel verteilt. Kittel, Hosen und Schuhe für die Schüler sind im Haushaltsplan 79 aufgenommen.

4000 unterschreiben gegen Schülerstatus für Krankenpflegeschüler

z.jol. Gegen die Einführung des Schülerstatus, damit Beseitigung des Tarifs, der gewerkschaftlichen und politischen Rechte der Beschäftigten im öffentlichen Dienst, Bezahlung nach BAFöG und die Zuchthausordnung der Allgemeinen Schulordnung an den Krankenpflegeschulen sind in Bayern 4000 Unterschriften gesammelt worden. Der Kultusminister schreibt mit Datum vom 7.11.1978 zurück an die Schüler (einzeln und numeriert), man solle sich durch die ÖTV nicht irre machen lassen, denn rechtlich bestehe der Schülerstatus eh schon seit 1974, in Arbeit sei nur der „Zuschnitt“ der ASchO für die Krankenpflegeschulen. Das schreibt Maier, obwohl bekanntlich ein Tarifvertrag existiert. Der Bundesregierung bei der Beseitigung der Koalitionsrechte Zunder zu geben, traut er sich, weil die Sozialdemokraten in der Gewerkschaft ÖTV die Kampagne gegen das Kultusministerium führen auf der Linie: Übernahme des Berufsbildungsgesetzes. Damit werden die positiven Ziele: Tarifvertrag, Ausbildungsvertrag, Streikrecht, Jugendvertretung weggewaschen. Dem von der Bundesregierung im September 1978 vorgelegten Gesetzentwurf, mit dem die schrankenlose Vernutzung der Arbeitskraft der Krankenpflegeschüler festgeschrieben und vorangetrieben werden soll, wird der Weg bereitet.

ÖTV bildet Tarifkommission für Beschäftigte bei den Kirchen

ÖTV bildet Tarifkommission für Beschäftigte bei den Kirchen

z.chk. Der Vorstand der Fachgruppe kirchliche Mitarbeiter der Gewerkschaft ÖTV hat auf seiner letzen Sitzung die Bildung einer Tarifkommission für die Beschäftigten bei den Kirchen beschlossen. Die Kommission ist beauftragt, einen Tarifvertrag für die Beschäftigten aller Landeskirchen auszuarbeiten. – Seit langem führen die Beschäftigten bei den Kirchen einen hartnäckigen Kampf gegen den Dienstherren, der über Lohndrückerei und Intensivierung der Arbeit die Schweißauspressung heftig vorangetrieben hat. Im Kampf für einen ausreichenden Lohn auf den Normalarbeitstag und gegen kapitalistische Rationalisierung wird insbesondere die ersatzlose Streichung des Tendenzschutzparagraphen des Betriebsverfassungsgesetzes gefordert, der die Beschäftigten unter Berufung auf „gemeinsame, höhere Interessen“ an die Interessen des Dienstherren fesseln soll. Dagegen steht die Forderung der Beschäftigten nach umfassenden politischen und gewerkschaftlichen Interessen gegenüber den Kirchenleitungen. Auf dieser Grundlage ist die Bildung einer Tarifkommission durch die ÖTV ein Schritt, die Forderungen der Beschäftigten in einem Tarifvertrag gegen die Landeskirchen durchzusetzen, und so die Absichten der Kirchenleitungen zu durchkreuzen, die 500000 Beschäftigten bei den Kirchen zwecks weiterer Lohndrückerei von der Bewegung der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst abzuspalten.

„Mein Kind kriegt keine Mark für die Arbeit“

z.scd. Schnipkoweit, Niedersachsens Sozialminister, wird, wo er sich auch in der letzten Zeit blicken ließ, von den Arbeitern, deren Eltern und den Betreuern zur Rede gestellt. – Grund dafür ist der neueste Erlaß „Personalausstattung der Werkstätten für Behinderte“. Der Erlaß sieht vor, daß die Löhne für die Angestellten der Werkstätten rigoros zusammengestrichen werden (der Staat zahlt die Löhne an die Träger der Werkstätten). Ein genau vorgeschriebener Personalschlüssel soll zu Kürzungen bis zu 30% der jetzigen Stellen führen. Jeder zehnte soll Refafachmann werden, Ärzte, Therapeuten stundenweise eingestellt und wo es geht durch Helfer des „freiwilligen sozialen Jahres“ ersetzt werden. – Die Werkstätten baut die Landesregierung zielstrebig zu Arbeitshäusern aus. Die Lebenshilfe Wolfsburg unterhält so ein Arbeitshaus für VW. Sitzbezüge, Bremsrohrleitungen und Verpackungsmaterial werden hier seit 1963 für VW produziert. Die Arbeiter bekommen Taschengeld oder Akkord zwischen 20 und 300 DM. Immer mehr werden solche als Behinderte eingestellt, die geringe Sprachstörungen oder körperliche Versehrtheiten haben und voll in der Profitproduktion eingesetzt werden können. – Am 29.11. haben alle Werkstätten Niedersachsens für 1 Stunde gestreikt. Täglich finden Versammlungen und Protestveranstaltungen statt, auf denen die Zurücknahme des Erlasses gefordert wird.

Energiebevorratung für den „Krisenfall"

z.brp. Zum 1. Dezember wird erstmals eine „Abgabe zur gesetzlichen Bevorratung für den Krisenfall" erhoben. Gemeint ist – gegen die Ölwaffe der OPEC gerichtet. Heizöl und Benzin werden sie um einen weiteren Pfennig mindestens verteuern, kündigen die Mineralölkonzerne an – bereits im letzten Monat hatten sie das Heizöl um 3 bis 4 DM pro 100 Liter heraufgesetzt und die Erhöhung der Heizölsteuer um 1 Pfennig pro Liter auch für Benzinpreiserhöhungen genutzt. Die Abgabe zur gesetzlichen Bevorratung ist Bestandteil des Erdölbevorratungsgesetzes, das die Bundesregierung am 27.7.78 verkündet hat. Alle Mineralölgesellschaften sowie Importeure von leichtem und schwerem Heizöl und den verschiedenen Arten von Benzin bilden eine Art Zwangskörperschaft, die für die Bevorratung zu sorgen hat. Bevorratet wird eine Menge in der Höhe, „in der die genannten Erzeugnisse im letzten Kalenderjahr durchschnittlich von 65 Tagen eingeführt oder hergestellt worden sind". Die Mineralölgesellschaften müssen darüber hinaus selbst noch eine Menge lagern, die den Erzeugnissen von 25 Tagen entspricht.

Anteil der Energieträger am Gesamtverbrauch in %

Jahr	Kohle	Mineralöl	Gas	Kernenergie
1955	86,6	8,5	0,2	–
1960	74,5	21,0	0,4	–
1965	54,6	40,8	1,2	–
1970	37,9	53,1	5,4	0,6
1975	29,0	52,1	14,2	2,0
1976	29,3	52,9	14,1	2,1

Quelle: Statistik der Energiewirtschaft 1976/77, VDI

1964 wird im Außenwirtschaftsgesetz noch ein Genehmigungsvorbehalt für die Einfuhr von Mineralölerzeugnissen erteilt, eine Schutzmaßnahme gegenüber der Kohle, die aber nie zur Anwendung kommt.

neralöl, der Dauer von 65 Tagen entsprechend. 1. Verstromungsgesetz, das Ausgleichszahlungen zwischen den Stromerzeugern auf Kohlebasis und auf Ölbasis regelt. Die Ausgleichszahlungen werden auf den Strompreis aufgeschlagen.

1966: 2. Verstromungsgesetz – Die Steinkohleförderung wird dem Absatz angepaßt, bisher wurden jährlich 140 Mio. t gefördert und subventioniert. Die Subventionen gehen außer an die Elektrizitätskapitalisten an die Stahlkapitalisten, die in dem Jahr allein 150 Mio. DM Zuschüsse für die Verwendung von Steinkohle erhalten.

Zwangsarbeit für drogensüchtige Jugendliche

r.ine. Ca. 100000 Jugendliche sind nach Schätzung der Bourgeoisie alkohol- oder drogenabhängig. Durch Flucht in die Droge rebellieren sie gegen die Ausbeuterordnung. Die Bourgeoisie reagiert mit Verstärkung der Unterdrückung: „Nunmehr muß das eintreten, was seinerzeit schon das Amtsgericht Berlin-Tiergarten erörtert hat, nämlich auf die ‚zwangstherapierende mögliche Wirkung des Strafvollzuges' zu hoffen. Dabei spielt ebenfalls eine Rolle, daß es für die Angeklagte mit Sicherheit besser ist, sie für eine längere Zeit auf diesem Zwangswege zu therapieren und am Leben zu halten, als sie dem früher oder später zu erwartenden Tod auf der Rauschgiftszene auszusetzen. Weil diese Angeklagte eigene Vorstellungen nur solange durchzusetzen vermag, wie ihr keinerlei Widerstand entgegengesetzt wird und wie an sie keinerlei Anforderungen gestellt werden, muß nunmehr der Weg beschritten werden, daß diese Angeklagte Widerstand spürt und daß an sie Anforderungen gestellt werden... Nunmehr bleibt nur noch als letzte Möglichkeit, die Angeklagte ‚zwangsweise' solange zu therapieren, solange nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit die Einweisung in eine Strafanstalt auf Grund des Schuldvorwurfes vertretbar erscheint. 2 Jahre und 6 Monate waren unter Einbeziehung der Vorverurteilung von 1 Jahr die Zeit, die verhältnismäßig im Hinblick auf den Schuldvorwurf, die aber auch notwendig im Hinblick auf eine mögliche Therapie sind", so das Amtsgericht Hannover in einem neueren Urteil. In einem anderen Urteil heißt es zur Begründung, daß die Freiheitsstrafe nicht zur Bewährung ausgesetzt wird: „Im übrigen ist davon auszugehen, daß der Angeklagte heroinsüchtig ist und daß auch insoweit davon auszugehen ist, daß er bei einer Haftentlassung sofort wieder mit dem Erwerb von Betäubungsmitteln beginnt."

Die Bourgeoisie weiß, daß sie keine Perspektive für die Jugend bieten kann, die im Interesse der Jugend liegt. Die Perspektive – Ausbeutung und verstärkte Unterdrückung jugendlicher Drogenabhängiger – läßt sie ihren Prof.Dr.jur.Dr.med. Amir Arbab-Zadeh in der „Neuen Juristischen Wochenschrift" Nr. 46/78 wissenschaftlich begründen. Er schlägt vor, „zu prüfen, ob nicht eine ‚Kasernierung' der Drogenabhängigen unter Beanspruchung der Einrichtungen, des Personals und der Möglichkeiten der Bundeswehr und des zivilen Ersatzdienstes in Frage kommt. Eine vornehmliche Aufgabe der Bundeswehr ist ihr Einsatz bei Katastrophen geworden. Ist das, was die große Zahl der Drogenabhängigen heute erwartet, nicht eine Katastrophe größten Ausmaßes?" Für die Bourgeoisie liegt diese große Katastrophe darin, daß die drogen- bzw. alkoholabhängigen Jugendlichen nicht ausgebeutet werden können. Darauf ist die Antwort des gut geschmierten Professors: das Arbeitslager.

Denn: Nichts anderes scheint ihm „mit der demokratischen und sozialen Ordnung unseres Staates vereinbar." Auch schmerzt es ihn für seine Klasse, daß „Jugendrichter... heute... keine Milieuänderung durch eine längere Haftstrafe anordnen (kann), wo sie im Hinblick auf die Drogenabhängigkeit erfolgreich sein kann, nämlich bereits bei der ersten Straffälligkeit", obwohl „unbestritten ist, daß eine Isolierung der jungen Drogenabhängigen selbst dann eine positive Wirkung haben kann, wenn damit keine Therapie verbunden ist. Die jugendlichen Drogenabhängigen bis zum Abschluß des natürlichen Reifungsprozesses der Persönlichkeit vor weiteren Milieuschäden und tiefergehender Drogenabhängigkeit zu bewahren, ist auch in therapeutischer Hinsicht von Nutzen.... Die rechtlichen Voraussetzungen hierfür zu schaffen, dürfte nicht schwierig sein."

„Lockerung des Vollzugs"? – Zwangsarbeit für Strafgefangene

r.kea. Der niedersächsische Kultusminister Schwind hat jetzt durch Erlaß die „Lockerung des Vollzugs" für Strafgefangene angeordet. Der Erlaß gilt für Gefangene, die nach den „Maßregeln der Besserung und Sicherung" in einem psychiatrischen Krankenhaus oder in einer Entziehungsanstalt untergebracht sind. (§§ 63,64 StGB). Geplante Festlegungen des in Vorbereitung befindlichen „Maßregelvollzugsgesetzes" werden vorweggenommen: „Als Lockerung des Vollzugs kann namentlich angeordnet werden, daß der Untergebrachte außerhalb des Landeskrankenhauses regelmäßig einer Beschäftigung unter Aufsicht (Außenbeschäftigung)... oder im Rahmen der Arbeitstherapie in den Göttinger Werkstätten für Behinderte... tätig sein darf, wenn eine Gefährdung der Allgemeinheit nicht zu befürchten ist." (Erlaß des niedersächsichen Justizministers). Minister Schwind in diesem Zusammenhang: „Ich bin nicht für einen Hotelvollzug, sondern für einen Eingliederungsvollzug." (Der Weg 2/78). Unter die Paragraphen 63 und 64 StGB fallen etwa 5% von rund 40000 Strafgefangenen in der BRD. Die gesetzliche Grundlage für die Gefangenenzwangsarbeit bildet bereits das Strafvollzugsgesetz (StVollzG):

„Der Gefangene ist verpflichtet, eine ihm zugewiesene, seinen Fähigkeiten angemessene Arbeit, arbeitstherapeutische Beschäftigung auszuüben..." (§41 StVollzG *Arbeitspflicht.)*

Damit die Arbeitspflicht auch erfüllt werden kann, setzt sich der Justizminister ein: „...muß es gelingen, in verstärktem Umfang Produktionsbereiche von Unternehmen in Justizvollzugsanstalten zu verlegen." „Ich werde dafür eintreten, daß die – insbesondere zur Beschaffung von neuen Arbeitsräumen – erforderlichen Mittel im Haushalt bereitgestellt werden." (Schwindt in: Der Weg 2/78)

2,8 Mio. DM sind bereits bewilligt für den Neubau der Anstalt Lingen II. Gefangene erhalten für ihre Arbeit 5% des durchschnittlichen Arbeitsentgelts aller rentenversicherten Arbeiter und Angestellten. Gefangene der JVA Lingen II arbeiten beispielsweise für 4,67 DM pro Tag bei der Firma Müller KG. Sie bilden ein Drittel der Belegschaft und stellen Heftklammermaschinen, Fußmatten und Abluftschachtgitter her. Mit der Drohung der Entziehung der Außenbeschäftigung werden sie angetrieben. Das wirkt, weil die Gefangenen nicht die Arbeit, sondern die Isolierung hinter Gefängnismauern fürchten. Die Bourgeoisie will sich diese Tatsache zunutze machen, um gemeine Zwangsarbeit als „Lockerung des Vollzugs" zu verkaufen.

Rohstoff-Debatte im Bundestag: „Risikoabsicherung" deutscher Bergbau-Investitionen im Ausland

z.bil. In den letzten drei Wochen haben die bürgerlichen Parlamentarier ein heftiges Schauspiel, die Rohstoffdebatte, im Bundestag und Bundeskabinett inszeniert. Der Verlust von Millionen Arbeitsplätzen sei sicher, wenn es nicht der „heldenhaften" Bundesregierung gelinge, die Rohstoffversorgung zu wahren. Dies gelte insbesondere für die Stahl- und Metallindustrie. Das ist chauvinistische Begleitmusik zu den Verhandlungen der UNCTAD um die Errichtung eines gemeinsamen Rohstoff-Fonds. Diese Verhandlungen wurden vergangenen Freitag in Genf vorerst beendet. Die BRD-Imperialisten haben wenig eigene Rohstoffe. Die Importabhängigkeit bei den wich-

gehört." Letzteres ist von erfreulicher Richtigkeit. Die „Bedienung" ist durch die Siege im Befreiungskampf der Länder der Dritten Welt gehindert.

Studien der BRD-Imperialisten sind zu dem Ergebnis gekommen, daß die „Sensibilität" der Rohstoffe in dem „politischen Ausfallrisiko" besteht. „Der gefährdetste Rohstoff ist Chrom, da hier eine hohe Förderkonzentration in politisch zum Teil unsicheren Ländern zusammentrifft", berichtet die Welt am 14.11.78. „Sensibel" getroffen sind sie durch die einfache Tatsache, daß sich diese Reichtümer nicht in ihren Klauen befinden, sondern die

sten auf der Rohstoffabhängigkeit von einem Land zu lösen versuchen, indem sie versuchen, aus vielen Ländern die Rohstoffe zu beziehen. Nicht umsonst haben sich die Politiker jetzt verstärkt in Australien herumgetrieben, das reiche Bauxitvorkommen hat. Sieben „Erkundungsprojekte" haben sie dort stationiert, ebenso, wie sie über die „Forschung" im Tiefseebergbau eine Chance sehen, an die Ausplünderung der Manganvorkommen des Meeresbodens heranzukommen. Die Manganknolle enthält die kostbaren Rohstoffe Mangan, Nickel, Kupfer, Kobalt, Molybdän, Zink und Titan.

men Rohstoffonds der UNCTAD nicht mehr verhindern können, diesen zu einer Institution ihrer Kreditvergabe zu machen, um so die Länder der Dritten Welt in neue Schuldknechtschaft zu zwingen. Die Länder der Dritten Welt verlangen, daß der gemeinsame Fonds mit eigenem Kapital ausgestattet wird, um nicht nur Ausgleichszahlungen zu leisten, sondern auch den Aufbau von eigenen nationalen Industrien zu unterstützen. Lambsdorff formuliert die Interessen des Finanzkapitals: „Aufgabe des gemeinsamen Fonds kann es sein, die Finanzierung zu erleichtern, nicht aber sie zu übernehmen." Verständlich, daß die Länder

Jahr	Kohle	Mineralöl	Gas	Kernenergie
1955	86,6	8,5	0,2	–
1960	74,5	21,0	0,4	–
1965	54,6	40,8	1,2	–
1970	37,9	53,1	5,4	0,6
1975	29,0	52,1	14,2	2,0
1976	29,3	52,9	14,1	2,1

Quelle: Statistik der Energiewirtschaft 1976/77, VDI

1964 wird im Außenwirtschaftsgesetz noch ein Genehmigungsvorbehalt für die Einfuhr von Mineralölerzeugnissen erteilt, eine Schutzmaßnahme gegenüber der Kohle, die aber nie zur Anwendung kommt.

ne Strafanstalt auf Grund des Schuldvorwurfes vertretbar erscheint. 2 Jahre und 6 Monate waren unter Einbeziehung der Vorverurteilung von 1 Jahr die Zeit, die verhältnismäßig im Hinblick auf den Schuldvorwurf, die aber auch notwendig im Hinblick auf eine mögliche Therapie sind", so das Amtsgericht Hannover in einem neueren Urteil. In einem anderen Urteil heißt es zur Begründung, daß die Freiheitsstrafe nicht zur Bewährung ausgesetzt wird: „Im übrigen ist davon auszugehen, daß der Angeklagte heroinsüchtig

Denn: Nichts anderes scheint ihm „mit der demokratischen und sozialen Ordnung unseres Staates vereinbar." Auch schmerzt es ihn für seine Klasse, daß „Jugendrichter... heute... keine Milieuänderung durch eine längere Haftstrafe anordnen (kann), wo sie im Hinblick auf die Drogenabhängigkeit erfolgreich sein kann, nämlich bereits bei der ersten Straffälligkeit", obwohl „unbestritten ist, daß eine Isolierung der jungen Drogenabhängigen selbst dann eine positive Wirkung haben

ein: „...muß es gelingen, in verstärktem Umfang Produktionsbereiche von Unternehmen in Justizvollzugsanstalten zu verlegen." „Ich werde dafür eintreten, daß die – insbesondere zur Beschaffung von neuen Arbeitsräumen – erforderlichen Mittel im Haushalt bereitgestellt werden." (Schwindt in: Der Weg 2/78)

2,8 Mio. DM sind bereits bewilligt für den Neubau der Anstalt Lingen II. Gefangene erhalten für ihre Arbeit 5% des durchschnittlichen Arbeitsentgelts aller rentenversicherten Arbeiter und Angestellten. Gefangene der JVA Lingen II arbeiten beispielsweise für 4,67 DM pro Tag bei der Firma Müller KG. Sie bilden ein Drittel der Belegschaft und stellen Heftklammermaschinen, Fußmatten und Abluftschachtgitter her. Mit der Drohung der Entziehung der Außenbeschäftigung werden sie angetrieben. Das wirkt, weil die Gefangenen nicht die Arbeit, sondern die Isolierung hinter Gefängnismauern fürchten. Die Bourgeoisie will sich diese Tatsache zunutze machen, um gemeine Zwangsarbeit als „Lockerung des Vollzugs" zu verkaufen.

neralöl, der Dauer von 65 Tagen entsprechend. 1. Verstromungsgesetz, das Ausgleichszahlungen zwischen den Stromerzeugern auf Kohlebasis und auf Ölbasis regelt. Die Ausgleichszahlungen werden auf den Strompreis aufgeschlagen.

1966: 2. Verstromungsgesetz – Die Steinkohleförderung wird dem Absatz angepaßt, bisher wurden jährlich 140 Mio. t gefördert und subventioniert. Die Subventionen gehen außer an die Elektrizitätskapitalisten an die Stahlkapitalisten, die in dem Jahr allein 150 Mio. DM Zuschüsse für die Verwendung von Steinkohle erhalten.

1969: „Basisprogramm" für die Mineralölwirtschaft: alle westdeutschen Raffinerie- und Mineralölkonzerne werden in der DEMINEX zusammengeschlossen, die die westdeutsche Rohstoffbasis weltweit erweitern soll. Sofort erwirbt DEMINEX Bohrkonzessionen in 12 Ländern.

1972: Beschluß zum Anlegen einer Bundesrohölreserve in Kavernen in den Salzstöcken Norddeutschlands. Mit dem Ausbau wird gleich begonnen.

1973: Die OPEC-Länder setzten die Ölwaffe ein. Die Bundesregierung verabschiedet das „Energiesicherstellungsgesetz", das u.a. das Sonntagsfahrverbot vom 20.11.73 ermöglichte.

1974: Zusammenschluß der beiden größten westdeutschen Energiegesellschaften VEBA und Gelsenberg AG. – Die ersten 4 Mio t Rohöl von insgesamt 10 Mio. t der Bundesrohölreserve werden eingelagert.

1975: Die Bevorratungspflicht der Mineralölkonzerne wird auf 90 Tage ausgedehnt. – 3. Verstromungsgesetz: Der „Kohlepfennig" wird auf 3,24% des Strompreises erhöht, 1976 auf 4,5%, Plündererertrag zusammen: 2,4 Mrd. DM in den beiden Jahren.

1978: Die Kavernen für die Bundesrohölreserven in den Salzstöcken in Norddeutschland sind fertiggestellt. Von den vorgesehenen 10 Mio. t sind 6 Mio. t eingelagert. Am 29.11.78 beschließt der Bundestag, bis zum April 1979 die Reserven weiter aufzustocken.

Rohstoff-Debatte im Bundestag: „Risikoabsicherung" deutscher Bergbau-Investitionen im Ausland

z.bil. In den letzten drei Wochen haben die bürgerlichen Parlamentarier ein heftiges Schauspiel, die Rohstoffdebatte, im Bundestag und Bundeskabinett inszeniert. Der Verlust von Millionen Arbeitsplätzen sei sicher, wenn es nicht der „heldenhaften" Bundesregierung gelinge, die Rohstoffversorgung zu wahren. Dies gelte insbesondere für die Stahl- und Metallindustrie. Das ist chauvinistische Begleitmusik zu den Verhandlungen der UNCTAD um die Errichtung eines gemeinsamen Rohstoff-Fonds. Diese Verhandlungen wurden vergangenen Freitag in Genf vorerst beendet. Die BRD-Imperialisten haben wenig eigene Rohstoffe. Die Importabhängigkeit bei den wichtigen Rohstoffen wie Zinn, Aluminium (Bauxit), Nickel, Wolfram, Phosphat beträgt nahezu 100%. Metalle wie Chrom, Wolfram, Mangan, Asbest, Kobalt, Niob-Tantal und die Platin-Metalle sehen die BRD-Imperialisten als besonders „gefährdet" an. Ohne diese Rohstoffe können die BRD-Imperialisten die industrielle Produktion nicht fortführen. Chrom ist notwendig für die gesamte Edelstahlindustrie, Mangan für die Stahlindustrie, Maschinenbau, die Transportindustrie; Kobalt wird im Werkzeugmaschinenbau benötigt, Tantal für Reaktorstähle.

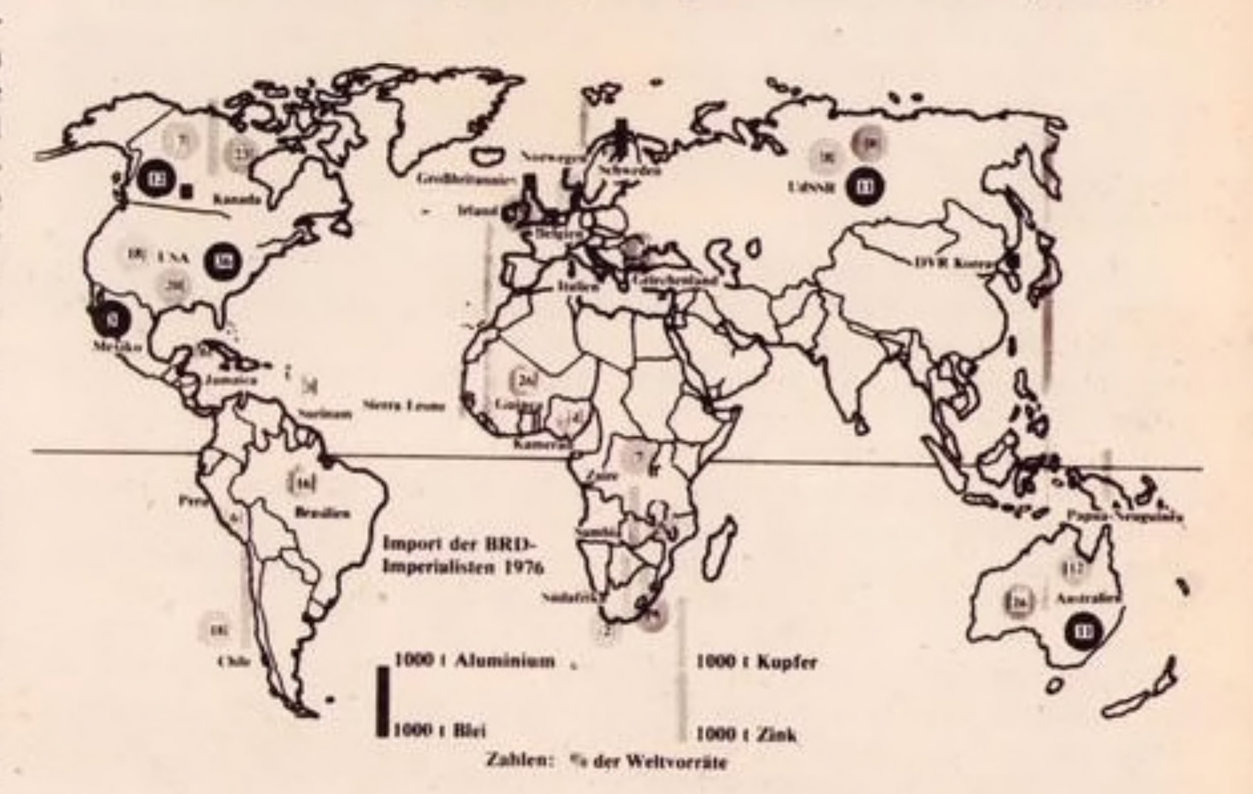
Die BRD-Imperialisten können nur hoffen, über die Politik der Spaltung und Erpressung der Länder der Dritten Welt an die Rohstoffe heranzukommen. Eine unnachgiebige Haltung sei gegenüber den Forderungen der Länder der Dritten Welt auf Errichtung des gemeinsamen Rohstoff-Fonds vonnöten, betont die CDU: „Wir weisen ausdrücklich daraufhin," sagt der Abgeordnete Breidbach (CDU) in der Debatte, „daß die Rohstoffsicherung überhaupt nicht in Problemen der physischen Erschöpfung unserer Rohstoffe liegt. ... es muß uns gelingen, bereits erschlossene Lagerstätten störungsfrei abzubauen und neue Versorgungskapazitäten rechtzeitig einzurichten ... Politische Unruhen in Zaire, in Chile, Streiks in Peru, die gegenwärtigen Schwierigkeiten in Persien und die sich zunehmend verschärfende Diskussion um die Entwicklung im südlichen Afrika zeigen überaus deutlich, daß eine Bedienung auf den Tischen der Welt... in den Bereich der Illusionen gehört." Letzteres ist von erfreulicher Richtigkeit. Die „Bedienung" ist durch die Siege im Befreiungskampf der Länder der Dritten Welt gehindert.

Studien der BRD-Imperialisten sind zu dem Ergebnis gekommen, daß die „Sensibilität" der Rohstoffe in dem „politischen Ausfallrisiko" besteht. „Der gefährdetste Rohstoff ist Chrom, da hier eine hohe Förderkonzentration in politisch zum Teil unsicheren Ländern zusammentrifft", berichtet die Welt am 14.11.78. „Sensibel" getroffen sind sie durch die einfache Tatsache, daß sich diese Reichtümer nicht in *ihren* Klauen befinden, sondern die Länder der Dritten Welt es zunehmend besser verstehen, sich gegen die Ausplünderungsmethoden der BRD-Imperialisten zusammenzuschließen.

Die BRD-Imperialisten haben in ihrem Rohstoffprogramm aus dem Jahr 1976 verschiedene Methoden propagiert, vor allem verstärkte Investitionen im Bergbau. Bislang konzentrieren sich die westdeutschen Kapitalexporte und Direktinvestitionen im Ausland weitgehend in der verarbeitenden Industrie. Für den Bergbau sind große Kapitalinvestitionen notwendig. Die Einzelkapitale sind in berechtigter Sorge, daß sie aus den Ländern möglicherweise nur mit dem Hemd am Leib fliehen können und das, was sie dort „aufgebaut" haben, demnächst enteignet wird. Zweigleisigkeit ist angebracht: Einkauf über Beteiligungen an nationalen Unternehmen, Zurverfügungstellung von „Beratern" und Abschluß von langfristigen Lieferverträgen mit den entsprechenden Ländern gegen Lieferung der notwendigen Maschinerie. Außerdem „Hilfe" beim Aufspüren und der Entwicklung neuer Technologien des Abbaus der Rohstoffe und der Finanzierung. Dazu verlangt das Finanzkapital von der Regierung weitgehende Risikosicherung. Die hat es bekommen über das Entwicklungshilfesteuergesetz, das Kapitalanlagen in Ländern der Dritten Welt als Rücklagen, die 100% zu Lasten des Gewinns gebildet werden, behandelt, und das Gesetz über steuerliche Maßnahmen bei Auslandsinvestitionen, das regelt, daß Gewinn, der im Ausland in Kapitalanlagen investiert wird, nicht versteuert werden muß. Dem entspricht, daß sich die BRD-Imperialisten auf der Rohstoffabhängigkeit von *einem* Land zu lösen versuchen, indem sie versuchen, aus vielen Ländern die Rohstoffe zu beziehen. Nicht umsonst haben sich die Politiker jetzt verstärkt in Australien herumgetrieben, das reiche Bauxitvorkommen hat. Sieben „Erkundungsprojekte" haben sie dort stationiert, ebenso, wie sie über die „Forschung" im Tiefseebergbau eine Chance sehen, an die Ausplünderung der Manganvorkommen des Meeresbodens heranzukommen. Die Manganknolle enthält die kostbaren Rohstoffe Mangan, Nickel, Kupfer, Kobalt, Molybdän, Zink und Titan.

Neben diesen Maßnahmen versuchen die BRD-Imperialisten, gemeinsam mit den US-Imperialisten, nachdem sie die Errichtung eines gemeinsamen Rohstoffonds der UNCTAD nicht mehr verhindern können, diesen zu einer Institution ihrer Kreditvergabe zu machen, um so die Länder der Dritten Welt in neue Schuldknechtschaft zu zwingen. Die Länder der Dritten Welt verlangen, daß der gemeinsame Fonds mit eigenem Kapital ausgestattet wird, um nicht nur Ausgleichszahlungen zu leisten, sondern auch den Aufbau von eigenen nationalen Industrien zu unterstützen. Lambsdorff formuliert die Interessen des Finanzkapitals: „Aufgabe des gemeinsamen Fonds kann es sein, die Finanzierung zu erleichtern, nicht aber sie zu übernehmen." Verständlich, daß die Länder der Dritten Welt auch dieses neuerliche Manöver bekämpfen werden. Dem dient die Vorbereitung auf die V. UNCTAD Konferenz 1979 in Manila.

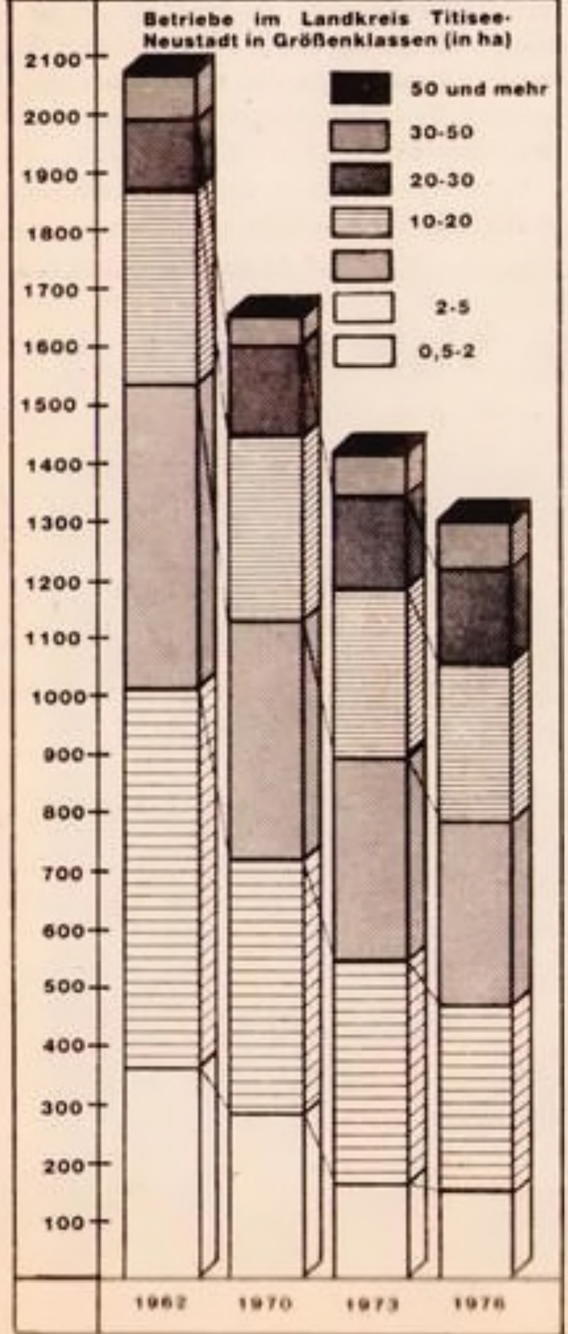
Wichtigste Rohstoffvorkommen und BRD-Importe von Aluminium, Blei, Kupfer und Zink (1976)



Die Karte gibt für vier wichtige Nichteisen(NE)-Metalle die wichtigsten bekannten Weltvorkommen (Kreise) und zum anderen (Säulen) die Rohstoffmengen an, die von den BRD-Imperialisten aus den 5 für sie jeweils bedeutendsten Lieferländern zusammengerafft wurden. Das Verhältnis zwischen Rohstoffvorkommen und Exportmenge mißt den Grad des Raubbaus an den nationalen Resourcen, zu dem es die BRD-Imperialisten im jeweiligen Land gebracht haben: Nichts bei den Supermächten; rücksichtslose Plünderung der Vorkommen Australiens, Guineas; vollständige Beraubung solcher Länder wie Papua-Neuguinea oder Sierra Leone, die mengenmäßig geringe, aber hochkonzentrierte Rohstofflager besitzen. Der schwunghafte Import aus rohstoffarmen europäischen Ländern beweist die anhaltende neokoloniale Plünderung der Länder der Dritten Welt durch die alten Kolonialmächte bzw. den relativen Erfolg des sozialdemokratischen Wegs dabei, wie er von Schweden praktiziert wird.

„Auch Kontrolle muß sein" – Bergbauernvernichtungsprogramm der EG im Schwarzwald

z.mai. „Mißbräuche müssen nach Möglichkeit unterbunden werden... Bei uns kennt der Ratsschreiber jeden Betrieb; ihm wird man so leicht nichts vormachen." So kommentiert die „Badische Bauernzeitung" den „Besuch" von Schnüfflern aus Brüssel, Bonn, Stuttgart und Freiburg auf Bergbauernhöfen im Schwarzwald. Kontrolliert werden sollte die Durchsetzung der EG-Verordnung über die Ausgleichszulage für Bergbauernbetriebe, das sog. „Bergbauernprogramm".



Seit 1975 ist dieses Programm offiziell eingeführt, seit 1972 wurde es als Modell in 15 Gemeinden des Schwarzwalds erprobt. Gefördert wird nur, wer mindestens 3 ha in Berg- oder Kerngebieten landwirtschaftlich nutzt und Rindvieh, Schafe oder Ziegen hält. Berggebiete sind Gebiete über 600 m, Kerngebiete zwischen 400 und 600 m ü.M. Bisher wurden Bergbauern mit 150 DM pro GV (Großvieheinheit) pro ha „gefördert", Bauern in Kerngebieten mit 120 DM pro GV pro ha. Pferde, wichtige Arbeitsmittel für die Bauern auf Almen und in Steillagengebieten, sind von der Förderung ausgenommen. Berechnet werden Milchkühe in Berggebieten als 1 GV, in Kerngebieten als 0,8 GV, sonstiges Rindvieh über 2 Jahre als 1 GV, Rindvieh von 6 Monaten bis zu 2 Jahren als 0,6 GV, Mutterschafe und Mutterziegen als 0,15 GV. Andere Tiere wie Kälber und Lämmer werden nicht angerechnet. Ein Bauer mit 5 ha Weide und 7 Milchkühen bekommt so ganze 1050 DM im Jahr. Vorher muß er sich schriftlich verpflichten, mindestens 5 Jahre den Hof weiter zu betreiben.

Überlegt sich der Bauer also, den Hof weiterzuführen und es nochmals zu versuchen, und nimmt er das Geld in Anspruch, so muß er, da das Geld nicht reicht, Kredit aufnehmen, um Land zuzupachten oder weiteres zu kaufen, d.h. sich an das Finanzkapital zu verkaufen. Gibt er den Hof innerhalb der 5 Jahre auf, oder gibt er einen Teil des Landes wieder ab und bekommt dadurch Landabgaberente bzw. eine Verpachtungsprämie, oder kann er den Hof aus gesundheitlichen oder Altersgründen nicht mehr weiterbetreiben und erhält so Altershilfe (z.Zt. 398 DM), muß er das *gesamte* Geld, das er über das Bergbauernprogramm erhalten hat, zurückzahlen und zwar „vom Zeitpunkt des Empfangs an mit 2 v.H. *über* dem Diskontsatz der Deutschen Bundesbank, der am Auszahlungstag gilt."

50 bis 70% aller Betriebe im Hochschwarzwald sind Nebenerwerbsbetriebe, die durchschnittliche Größe aller Betriebe beträgt 7,1 ha. Um eine Familie ernähren zu können, sind in diesem Gebiet mindestens 35 ha nötig, da die Erträge im Schnitt um etwa die Hälfte niedriger sind als in anderen Gebieten. Das durchschnittliche Betriebseinkommen im Hochschwarzwald liegt bei 608 DM, das sind 30 bis 40% weniger als im Durchschnitt Baden-Württemberg. Wir haben in nebenstehender Tabelle die Ruinierung der Bauern im Landkreis Titisee-Neustadt dargestellt. Daß die Masse der Bauern zwischen 10 und 50 ha sich trotz zunehmender Verelendung und härtester Arbeit halten konnte, zeigt den Widerstand des Bauern gegen den Bauernvernichtungsfeldzug des bürgerlichen Staates.

Dort, wo die Bauern zur Landschaftspflege auch bei „unrentablen" Betrieben nötig sind, versucht der Staat sie mittels Krediten und umfassender Kontrolle unter die Knute zu bekommen. Die Rechnung der Bourgeoisie ist einfach. Allein in Baden-Württemberg stieg die Brachfläche von 1968 bis 1977 von 26000 ha auf 43000 ha. Pro ha pro Jahr kostet die Pflege dieses Landes, Ergebnis der Anarchie der kapitalistischen Produktion, mindestens 100 DM, das waren 1977 allein 2,6 Mio DM. Diese Kosten sollen den kleinen und mittleren Bauern aufgehalst werden. Dies ist ein Ziel des Bergbauernprogramms.

Das direkte Bauernlegen ist einprogrammiert. „Ausgleichszahlungen dürfen nicht bewilligt werden, wenn... erhebliche Erlöse aus der Veräußerung von bebauten oder unbebauten Grundstücken des Antragstellers oder seines Ehegatten erzielt worden sind, erzielt werden oder erzielt werden könnten und die Vermögenswerte oder die Erlöse für den landwirtschaftlichen Betrieb eingesetzt werden könnten und die Verantwortung zumutbar ist." Kann der Bauer, vor allem der kleine Mittelbauer, so gezwungen werden, einen Teil seines Hofs zu verkaufen, will er sich nicht an das Finanzkapital verkaufen, ist seine Ruinierung absehbar, da er dann kaum in der Lage sein wird, den Rest aufrechtzuerhalten.

Die Wirkung dieser Maßnahmen zu überprüfen, war das Ziel des Besuches der Schnüffler. „Unangemeldet nimmt dieser Dienst sich alle Betriebe einer ausgewählten Gemeinde vor und kontrolliert dort jede Kuhzahl, jede Fläche." Voller Neid blicken diese Bauernleger auf die französische Bourgeoisie, die es bei der Spaltung der Bauern schon weit gebracht hat: „Dort werden die Antragsangaben drei Wochen am Schwarzen Brett der Gemeinde ausgehängt. Jeder kann dann nachsehen, ob sich der Nachbar nicht etwa ‚verzählt' hat, und darf Berichtigungen anbringen". Es zeigt zugleich die Marschrichtung für die BRD-Imperialisten an.

Abchasien: Waldnutzungsverbot für die UdSSR

z.mih. Im Frühsommer dieses Jahres sahen sich das ZK der KPdSU und der Ministerrat der UdSSR gezwungen, aufgrund des entschiedenen Kampfes der Volksmassen in Abchasien gegen nationale Unterdrückung und Plünderung ihrer Reichtümer, den dort aufgestellten Forderungen nachzugeben, allerdings mit der Absicht, sie nie in die Tat umzusetzen. Sie mußten sich damit einverstanden erklären, daß auf der Universität in der Hauptstadt Suchumi abchasisch und nicht wie vorgesehen russisch gelehrt wird, daß die Schwarzmeer-Autobahn wieder in Stand gesetzt wird und daß nicht länger die Rohstoffe wie Kohle und Holz, aber auch Tabak und Tee einfach abtransportiert, sondern an Ort und Stelle verarbeitet werden und der Aufbau der örtlichen Industrie in Angriff genommen wird.

Bisher blieb es bei leeren Versprechungen. So halten die Plünderungen von Hölzern in Abchasien durch die Sozialimperialisten für den wachsenden Bedarf an Bauholz, aber auch für die Möbelindustrie zum Beispiel in der holzarmen Ukraine weiter an. Sie haben den Waldbestand, der im wesentlichen Eichen, Rot- und Weißbuchen in höheren Regionen aber auch Nadelhölzer umfaßt und der noch vor 100 Jahren praktisch das gesamte Territorium überzog, auf 40% reduziert. Zusätzlich konnte man kürzlich in der „Prawda" in einem Leitartikel zur sowjetischen Forstwirtschaft und holzverarbeitenden Industrie lesen, daß durch breite Anwendung neuer Technik (gegenwärtig sind 27 neue Maschinen und Ausrüstungstypen in Serienproduktion gegangen) das Hauptinteresse der Kollektive jetzt sein müsse, „von jedem Hektar Wald ein Maximum an Produktion zu erzielen".

Sicherlich war das Geschrei im Kreml groß, als jetzt die politische Führung Abchasiens beschloß, daß alle besagten Beschlüsse, die im Frühsommer in Moskau gebilligt werden mußten, unverzüglich und bedingungslos durchzuführen sind: u.a. ist ein Waldnutzungsverbot für die Sozialimperialisten erlassen worden. Außerdem „nahm Abchasiens Öffentlichkeit mit besonderer Zufriedenheit die Nachricht auf, daß in Suchumi der Bau der Staatsuniversität begonnen hat und daß beschlossen wurde, in möglichst kurzer Zeit die Druckformen auszuarbeiten, um die Werke in der abchasischen Sprache drucken zu können. Alle diese Maßnahmen sollen die Situation in Bildung und Wirtschaft bessern, wo die bisherige Rückständigkeit offensichtlich war". (TANJUG, 21.11.78)

Österreich: „Milchkrisengroschen" fällt

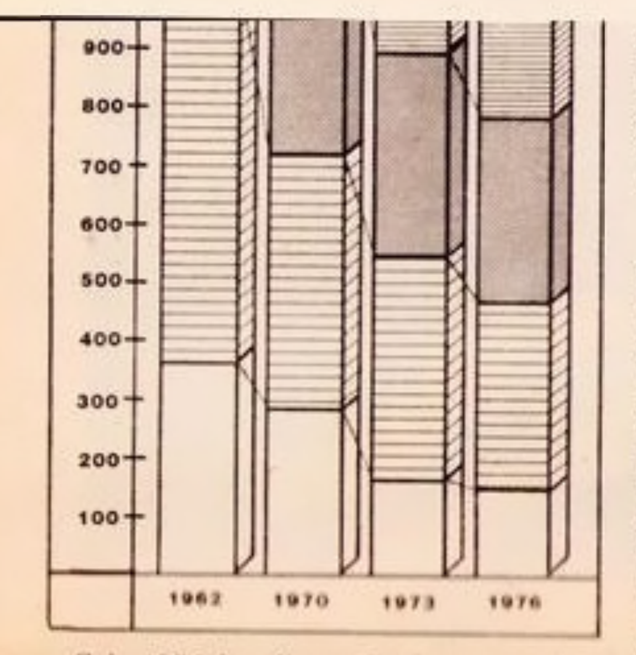
z.pek. Als „Exportförderung" auf dem EG-Agrarmarkt haben die österreichischen Imperialisten im Juni das System der Zwangsabgaben für die Milchbauern neugefaßt. Neben dem bereits seit Jahren erhobenen „Milchkrisengroschen" treiben sie seither von den Bauern einen „zusätzlichen Absatzförderungsbeitrag" ein, wenn die gesetzlich festgelegte Anlieferungsmenge überschritten wird. Damit wollen sie „europäisches Format" im Bauernlegen erreichen. 57000 kleine Milchbauern haben bereits in den ersten drei Monaten der neuen „Milchmarktordnung" bekundet, daß sie weder in der Lage noch willens sind, die Zwangsabgabe zu entrichten. Die niederösterreichischen Bauern haben zur Vorbereitung gemeinsamer Kampfaktionen einen Streikfonds eingerichtet. Am 14. November demonstrierten 50 Bauern vor dem Landwirtschaftsministerium gegen das Milchgesetz. Jetzt mußte der Landwirtschaftsminister eine allgemeine Senkung des „Absatzförderungsbeitrags" um 20 Groschen und die vollständige Aufhebung für die Bergbauern zugestehen, in der Hoffnung, so den Zusammenschluß der Bauern zu hintertreiben. Frech erklärte er gleich danach, daß „die Abgabe nach einiger Zeit wieder angehoben werden könne". Für die Bauern ist die Sache nicht erledigt.

Bauern besetzen Artillerie-Schießplatz

z.ulg.Rom. Um die Schließung eines Artillerie-Schießplatzes zu erzwingen, haben die Bauern von Annifo im mittelitalienischen Umbrien Mitte November für fünf Tage das „Ziel", den längst in eine Kraterwüste verwandelten Pennino-Berg besetzt. Einheiten aus ganz Italien kommen auf den Platz, geschossen wird mindestens zehn Tage im Monat, wodurch die Milchwirtschaft schwer beeinträchtigt wird. Bei der letzten Übung war ein mühsam neu aufgeforsteter Wald in Brand geschossen worden. Weil das Schießen nicht unterbrochen wurde, konnte die Feuerwehr erst eingreifen, als bereits hunderte von Bäumen vernichtet waren. Daraufhin sind die Bauern mit Zelten und Traktoren auf den Berg gezogen. Unten im Tal rollten die Panzer über die Kartoffelfelder – die „roten Kartoffeln" aus dieser Gegend sind weithin berühmt –, und in der Mitte die „linke" Gemeindeverwaltung, die zu vermitteln versuchte. Nachdem die Armee versprochen hatte, den Schießplatz bis zum 31.12. „zu verlegen", sind die Bauern dem Aufruf des Gemeinderats, die Besetzung abzubrechen, schließlich gefolgt. Schweren Herzens, denn kaum einer traut dem Wort der Offiziere. Das Dorfkomitee, das die Besetzung angeführt hat, ist entschlossen, im Frühjahr den Berg erneut zu besetzen, wenn der Schießplatz bis dahin nicht geräumt ist.

2 Mrd. DM Raubzug gegen die Bauern in Vorbereitung

Einführung der Zwangsbuchführungspflicht geplant / 1500 DM Steuerfreibetrag!



gramm erhalten hat, zurückzahlen und zwar „vom Zeitpunkt des Empfangs an mit 2 v.H. *über* dem Diskontsatz der Deutschen Bundesbank, der am Auszahlungstag gilt."

50 bis 70% aller Betriebe im Hochschwarzwald sind Nebenerwerbsbetriebe, die durchschnittliche Größe aller Betriebe beträgt 7,1 ha. Um eine Familie ernähren zu können, sind in diesem Gebiet mindestens 35 ha nötig, da die Erträge im Schnitt um etwa die Hälfte niedriger sind als in anderen Gebieten. Das durchschnittliche Betriebseinkommen im Hochschwarzwald liegt bei 608 DM, das sind 30 bis 40% weniger als im Durchschnitt Baden-Württemberg. Wir haben in nebenstehender Tabelle die Ruinierung der Bauern im Landkreis Titisee-Neustadt dargestellt. Daß die Masse der Bauern zwischen 10 und 50 ha sich trotz zunehmender Verelendung und härtester Arbeit halten konnte, zeigt den Widerstand des Bauern gegen den Bauernvernichtungsfeldzug des bürgerlichen Staates.

Seit 1975 ist dieses Programm offiziell eingeführt, seit 1972 wurde es als Modell in 15 Gemeinden des Schwarzwalds erprobt. Gefördert wird nur, wer mindestens 3 ha in Berg- oder Kerngebieten landwirtschaftlich nutzt und Rindvieh, Schafe oder Ziegen hält. Berggebiete sind Gebiete über 600 m, Kerngebiete zwischen 400 und 600 m ü.M. Bisher wurden Bergbauern mit 150 DM pro GV (Großvieheinheit) pro ha „gefördert", Bauern in Kerngebie-

Dort, wo die Bauern zur Landschaftspflege auch bei „unrentablen" Betrieben nötig sind, versucht der

nationale Unterdrückung und Plünderung ihrer Reichtümer, den dort aufgestellten Forderungen nachzugeben, allerdings mit der Absicht, sie nie in die Tat umzusetzen. Sie mußten sich damit einverstanden erklären, daß auf der Universität in der Hauptstadt Suchumi abchasisch und nicht wie vorgesehen russisch gelehrt wird, daß die Schwarzmeer-Autobahn wieder in Stand gesetzt wird und daß nicht länger die Rohstoffe wie Kohle und Holz, aber auch Tabak und Tee einfach abtransportiert, sondern an Ort und Stelle verarbeitet werden und der Aufbau der örtlichen Industrie in Angriff genommen wird.

Bisher blieb es bei leeren Versprechungen. So halten die Plünderungen von Hölzern in Abchasien durch die Sozialimperialisten für den wachsenden Bedarf an Bauholz, aber auch für die Möbelindustrie zum Beispiel in der holzarmen Ukraine weiter an. Sie haben den Waldbestand, der im wesentlichen Eichen, Rot- und Weißbuchen in höheren Regionen aber auch Nadelhölzer umfaßt und der noch vor 100 Jahren praktisch das gesamte Territorium

durch breite Anwendung neuer Technik (gegenwärtig sind 27 neue Maschinen und Ausrüstungstypen in Serienproduktion gegangen) das Hauptinteresse der Kollektive jetzt sein müsse, „von jedem Hektar Wald ein Maximum an Produktion zu erzielen".

Sicherlich war das Geschrei im Kreml groß, als jetzt die politische Führung Abchasiens beschloß, daß alle besagten Beschlüsse, die im Frühsommer in Moskau gebilligt werden mußten, unverzüglich und bedingungslos durchzuführen sind: u.a. ist ein Waldnutzungsverbot für die Sozialimperialisten erlassen worden. Außerdem „nahm Abchasiens Öffentlichkeit mit besonderer Zufriedenheit die Nachricht auf, daß in Suchumi der Bau der Staatsuniversität begonnen hat und daß beschlossen wurde, in möglichst kurzer Zeit die Druckformen auszuarbeiten, um die Werke in der abchasischen Sprache drucken zu können. Alle diese Maßnahmen sollen die Situation in Bildung und Wirtschaft bessern, wo die bisherige Rückständigkeit offensichtlich war". (TANJUG, 21.11.78)

Bauern besetzen Artillerie-Schießplatz

z.ulg.Rom. Um die Schließung eines Artillerie-Schießplatzes zu erzwingen, haben die Bauern von Annifo im mittelitalienischen Umbrien Mitte November für fünf Tage das „Ziel", den längst in eine Kraterwüste verwandelten Pennino-Berg besetzt. Einheiten aus ganz Italien kommen auf den Platz, geschossen wird mindestens zehn Tage im Monat, wodurch die Milchwirtschaft schwer beeinträchtigt wird. Bei der letzten Übung war ein mühsam neu aufgeforsteter Wald in Brand geschossen worden. Weil das Schießen nicht unterbrochen wurde, konnte die Feuerwehr erst eingreifen, als bereits hunderte von Bäumen vernichtet waren. Daraufhin sind die Bauern mit Zelten und Traktoren auf den Berg gezogen. Unten im Tal rollten die Panzer über die Kartoffelfelder – die „roten Kartoffeln" aus dieser Gegend sind weithin berühmt –, und in der Mitte die „linke" Gemeindeverwaltung, die zu vermitteln versuchte. Nachdem die Armee versprochen hatte, den Schießplatz bis zum 31.12. „zu verlegen", sind die Bauern dem Aufruf des Gemeinderats, die Besetzung abzubrechen, schließlich gefolgt. Schweren Herzens, denn kaum einer traut dem Wort der Offiziere. Das Dorfkomitee, das die Besetzung angeführt hat, ist entschlossen, im Frühjahr den Berg erneut zu besetzen, wenn der Schießplatz bis dahin nicht geräumt ist.

2 Mrd. DM Raubzug gegen die Bauern in Vorbereitung

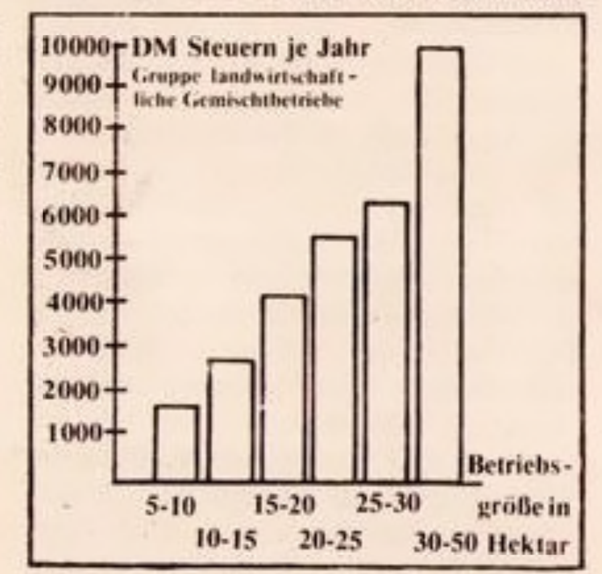
Einführung der Zwangsbuchführungspflicht geplant / 1500 DM Steuerfreibetrag!

z.ham. In seiner ersten Rede als neuer Finanzminister kündigte Matthöfer im Februar das Ziel an: „Steuergerechtigkeit" auch für die kleinen und mittleren Bauern. Grundlage war ihm eine vom Ertl- und Finanzministerium eingesetzte Professoren-Kommission, die „ausrechnete", daß den Bauern mindestens 2 Mrd. DM mehr an Steuern abgenommen werden müsse.

Am 17.2.78 gab sich das „Handelsblatt" noch forsch: „... Bauern werden bald zur Kasse gebeten". Matthöfer und Ertl äußerten sich aber erst einmal nicht mehr. Im August hat die Bundesregierung dann das Steuerpaket geschnürt, das hört sich zwar „komplett" an, aber die 2 Mrd. DM waren nicht mit dabei, die wollen sie jetzt extra nachziehen.

Bislang zahlen die Bauern 1,4 Mrd. DM indirekte Steuern und 406 Mio. DM Einkommenssteuer und 438 Mio. Grundsteuer (1976/77). Die Wirkung des jetzt geplanten Raubzuges kann man errechnen: Es gibt noch 900000 Höfe. 52000 sind bereits buchführungspflichtig, die kapitalistischen Großbetriebe fallen hierunter, aber die zahlen kaum Steuern, sondern investieren ihr „Einkommen", d.h. Profit, wieder weg, um noch mehr menschliche Arbeitskraft auszubeuten. Aber die übrigen 848000 hat die Bundesregierung im Auge, und 2 Mrd. DM Tribut von ihnen macht für jeden 2315 DM im Durchschnitt aus. Auf sie sollen nach dem Professorenvorschlag die Einkommenssteuergesetze, die für Kapitalisten gelten, angewandt werden. Das, was der Bauer erarbeitet, wovon er leben muß, wie der Arbeiter vom Lohn, wird zu Profit erklärt. Dieses erarbeitete Einkommen kann er auch nicht investieren wie ein Kapitalist, denn dann hätte er folglich nichts mehr zum Leben. Aber für die Herren Professoren ist der Bauer notfalls Kapitalist, wenn es auch nur zur Ausbeutung der eigenen Arbeitskraft und zur Ruinierung der bäuerlichen Existenz reicht.

Plünderungsvorschlag der Professorenbande: Die Klein- und Mittelbauern sollen zahlen!



Am 3.11.78 hat nun der SPD-Bundestagsabgeordnete Gobrecht, von Beruf Steuerberater, einen neuen Vorstoß unternommen und die Regierung befragt: „Wann wird die Bundesregierung Schlußfolgerungen aus dem Professorengutachten zur Einkommensbesteuerung der Landwirte ziehen und einen dementsprechenden Gesetzentwurf vorlegen, der die Aufzeichnungspflicht ausdehnt und insgesamt eine gerechtere Besteuerung im Verhältnis zueinander und im Verhältnis zu anderen Steuerzahlern möglich macht?" Die Bundesregierung hat noch nicht geantwortet. Aber Gobrecht selbst hat im September im „Spiegel" bereits erklärt: Bei 12000 DM versteuerbarem Einkommen solle die Buchführungspflicht beginnen – das ist gnädig, – nur davon kann sowieso keine Bauernfamilie leben, geschweige denn die Produktionsmittel erhalten, sie muß bereits zusätzlich oder überwiegend für Lohn bei einem Kapitalisten arbeiten.

Die Vollerwerbsbauern sollen der Kontrolle durch das Finanzamt unterworfen werden: von 12000 bis 24000 DM Einkommen an sollen sie ihre Ein- und Ausgabenbelege sammeln als Vorstufe zur vollen Buchführungspflicht, die ab 24000 DM einsetzt. Die Kosten der Buchführung belaufen sich noch einmal auf 1600 bis 2000 DM je Betriebsgröße, die will der Herr Gobrecht direkt für sich und seinesgleichen kassieren.

Die Bundesregierung hat offiziell noch nicht geantwortet, sie schickt das Bundesverfassungsgericht vor, um gleich ein Grundsatzurteil zu haben und um so den Kampf gegen die Besteuerung der Bauern von vornherein in „legale" Bahnen zu verweisen.

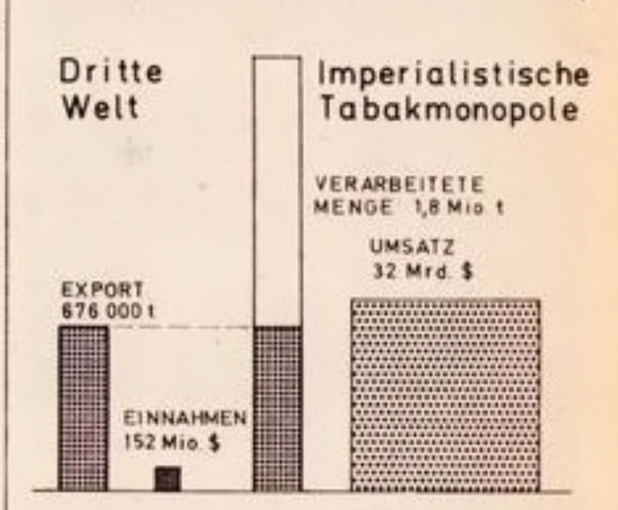
Das Finanzgericht Hannover hat in der vergangenen Woche beschlossen, in dem Prozeß eines Bauern gegen das Finanzamt Sulingen über die Besteuerung das Bundesverfassungsgericht anzurufen. Der Gleichheitssatz des Art. 3 des Grundgesetzes sei nicht vereinbar mit der Ermittlung der Gewinne aus Land- und Forstwirtschaft. (Süddeutsche Zeitung, 25.11.78)

Ebenfalls am 3. November meldet sich der SPD-Abgeordnete Dr. Spöri zu Wort: „Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, möglichst alle Hinterziehungsfälle dieser Art aufzudecken, bzw. was wird sie unternehmen, um die Steuerehrlichkeit der Landwirtschaft dahingehend durchzusetzen, daß ähnliche Fälle für die Zukunft möglichst ausgeschlossen werden?" – Anlaß waren angebliche Verstöße von bereits buchführungspflichtigen Bauern. Die Antwort der Bundesregierung: „Da die Durchführung der Besteuerung und der steuerstrafrechtlichen Ermittlungen den Landesfinanzverwaltungen obliegt, sieht die Bundesregierung keine Notwendigkeit, sich in deren Ermittlungen einzuschalten. Die vorhandenen gesetzlichen Möglichkeiten reichen aus, um derartige Fälle aufdecken zu können. Nachdem diese Steuerhinterziehungspraktiken bekanntgeworden sind, ist damit zu rechnen, daß die finanzbehördlichen Prüfungsdienste künftig hierauf besonders achten und dadurch potentielle Täter von einer Nachahmung abhalten werden." Her mit der Zwangsbuchführung – damit die „finanzbehördlichen Prüfungsdienste" freie Bahn bekommen.

Vor vier Wochen hat der schleswig-holsteinische Landwirtschaftsminister Flessner (CDU) im Rundfunk gesagt, daß die Schwierigkeit bei der Besteuerung der Bauern sei, daß diese kein Verständnis über die Vorzüge der Buchführung hätten. Sie müßten für die Buchführung das gleiche Ehrgefühl aufbringen wie für eine gerade Furche!

Tabakmonopole zahlen für Rohtabak fast nichts

z.pek. Sieben Tabakmonopole der britischen und der US-Imperialisten kontrollieren 85 bis 90% der Produktion und des Handels von Tabak in den Ländern der dritten Welt: British American Tobacco, Imperial Tobacco Company, Philip Morris, Reynolds, Gulfvan Western, die Rupert-Rembrandt-Rothmans Gruppe und American Blends. Über ihre Niederlassungen in den wichtigsten tabakproduzierenden Ländern, insbesondere Malawi,



Brasilien, Indien und der Türkei eignen sie sich den Rohtabak für gegenwärtig 254 Dollar pro Tonne an. Ihre Riesenprofite kann man daran ermessen, daß sie 1976 zusammen einen Umsatz von 32 Mrd. Dollar machten, während sie für ihre gesamten Tabakimporte aus den Ländern der dritten Welt gerade 152 Mio. Dollar bezahlten, weniger als 0,5% ihres Umsatzes.

Studenten fordern Lehrmittelfreiheit

z.rik.Kiel. Prof. Scheper, der am Fachbereich Agrarwissenschaften die Grundvorlesung in Volkswirtschaftslehre hält, ist seit langem verhaßt als einer der größten Unterdrücker der besitzlosen Studenten. Er ist verantwortlich für die höchsten Aussiebe- und Abbruchquoten. Die Studenten erhoben zunächst die Forderung nach Herausgabe eines Skriptes, um nicht mehr auf den Samuelson (2 Bände, zusammen ca. 90 DM) angewiesen zu sein. Um nicht selber in die Schußlinie zu geraten, schickte Scheper seinen Assistenten Schmidt vor. Der witterte seine große Chance: schrieb im wesentlichen von Samuelson ab und bot das Skript im letzten Studienjahr für 13 DM zum Verkauf an. Gegen diese Plünderung erhoben die Studenten die Forderung nach kostenlosem prüfungsrelevantem Skript und druckten es zunächst selber nach. Dagegen führen die Assistenten jetzt einen Prozeß, um die fehlenden 2 600 DM plus 4% Zinsen von drei bekannten Mitgliedern der Fachschaftsgruppe einzutreiben.

Der Versuch ist im ersten Anlauf fehlgeschlagen, vor ca. 120 Kommilitonen logen die Zeugen so schlecht, daß ein zweiter Termin anberaumt werden mußte. Nun ist Scheper wieder für die Assistenten in die Bresche gesprungen und begann diesmal die Vorlesung mit dem letzten Kapitel des Skriptes, das wegen seiner Schwierigkeit bei den Studenten verhaßt ist. Dabei setzt er auf die Rechenkunststückchen, die die Aussagen verschleiern und für die Studenten zwingend eine schriftliche Vorlage erforderlich machen, wollen sie überhaupt durchsteigen. Gleichzeitig wollten die Assistenten das Skript zum alten Preis wieder verkaufen. Daraufhin wurde Scheper in der Vorlesung letzte Woche angegriffen als Verantwortlicher – zudem hatte er zu Beginn des Semesters Umdrucke zusichern müssen, aber bislang seine Zusage nicht eingehalten. Als er in den Stoff einsteigen wollte, wurde er von 300 Erstsemestlern niedergebrüllt.

Der Erstsemesterarbeitskreis will in der nächsten Vorlesung bei Scheper den BAFöG-Beschluß der Bundesregierung diskutieren; die Fachschaft führt zur Zeit eine Umfrage zur sozialen Lage durch und unterstützt die Durchführung einer bundesweiten Demonstration in Bonn gegen die Hochschulgesetzgebung von Bund und Ländern.

Die Studentenbewegung nutzt Aktionstage zur Herstellung ihrer Einheit gegen die Regierung

z.bew. Die Studentenbewegung hat die Aktionstage in der letzten Woche genutzt, um voranzukommen im Zusammenschluß gegen die Maßnahmen der Bourgeoisie. In Hessen führt die Landesregierung mit der Verabschiedung des Hessischen Hochschulgesetzes landesweit den Angriff auf die Vertretungsorgane der Studenten: Aussetzen der Wahlen zu den Vertretungsorganen bis zum Sommer 79, Ausarbeitung einer neuen Satzung durch die Hochschulpräsidenten, Einsetzen eines Vermögensbeirates – bestehend aus 6 Professoren und 2 Studenten – die auf dem Vermögen der Studentenschaft in Form ihrer Beiträge hocken und z.B. bei Herausgabe unliebsamer Flugblätter einen entsprechenden Teil einbehalten. Dagegen haben sich in der letzten Woche an der Universität Frankfurt die Fachbereichs- und Institutsgruppen von 10 Fachbereichen auf die Durchführung einheitlicher Fachschaftswahlen noch in diesem Semester auf einem Kampfprogramm geeinigt.

Am 1. Tag der Aktionswoche hat der Wohnheimrat der Frankfurter Studentenwohnheime mit Unterstützung des AStA ein Tribunal gegen das Studentenschaftsgesetz durchgeführt. Beschlossen wurde, für alle Erstsemester beim BAFöG-Amt sich gemeinsam die Überbrückungsgelder zu holen, ein Wochenendseminar zur Untersuchung des Haushalts- und Wirtschaftsberichtes des Studentenwerks durchzuführen, ein landesweites Treffen aller Wohnheimräte einzuberufen zwecks Beratung gemeinsamen Vorgehens. Das Tribunal ist Teil der landesweiten Bewegung gegen die Verschärfung der Ausplünderung der Studentenmassen durch die staatlichen Studentenwerke.

In NRW ist die Landesregierung an der Mehrheit der Hochschulen gezwungen worden, die für Ende November festgelegten Wahlen nach Studentenschaftsgesetz zu verschieben auf Januar. Seine schärfste Zuspitzung hat die Auseinandersetzung um die Vertretungsorgane an der Sporthochschule Köln erfahren, wo die Studenten zwei Wochen lang gestreikt haben für die Anerkennung des AStA. Die landesweite Bewegung gegen die PH-Integration, die die Konkurrenz unter den Studenten ungeheuer steigern und die Studenten freigeben soll zur Verschickung quer durchs Land, hat ihre Bastion an der PH Dortmund, wo 50 Seminare Beschlüsse gefaßt haben gegen die PH-Integration und für Einspruchsrecht der Vertretungsorgane.

Die landesweite Demonstration letzten Freitag in Düsseldorf als Abschluß und Zusammenfassung der Aktionswoche in NRW mit ca. 1000 Teilnehmern ist Ausdruck dieser Bewegung.

Die Sozialdemokraten reagieren auf die Verschärfung der Widersprüche an den Hochschulen mit verstärkten An-

Wochenendseminar zur Untersuchung des Haushalts- und Wirtschaftsberichtes des Studentenwerks durchzuführen, ein landesweites Treffen aller Wohnheimräte einzuberufen zwecks Beratung gemeinsamen Vorgehens. Das Tribunal ist Teil der landesweiten Bewegung gegen die Verschärfung der Ausplünderung der Studentenmassen durch die staatlichen Studentenwerke.

In NRW ist die Landesregierung an der Mehrheit der Hochschulen gezwungen worden, die für Ende November festgelegten Wahlen nach Studentenschaftsgesetz zu verschieben auf Januar. Seine schärfste Zuspitzung hat die Auseinandersetzung um die Vertretungsorgane an der Sporthochschule Köln erfahren, wo die Studenten zwei Wochen lang gestreikt haben für die Anerkennung des AStA. Die landesweite Bewegung gegen die PH-Integration, die die Konkurrenz unter den Studenten ungeheuer steigern und die Studenten freigeben soll zur Verschickung quer durchs Land, hat ihre Bastion an der PH Dortmund, wo 50 Seminare Beschlüsse gefaßt haben gegen die PH-Integration und für Einspruchsrecht der Vertretungsorgane.

Die landesweite Demonstration letzten Freitag in Düsseldorf als Abschluß und Zusammenfassung der Aktionswoche in NRW mit ca. 1000 Teilnehmern ist Ausdruck dieser Bewegung.

Die Sozialdemokraten reagieren auf die Verschärfung der Widersprüche an den Hochschulen mit verstärkten An-
strengungen zur Unterwerfung der Studentenmassen unter die Regierung: Absetzung der Aktionstage als VDS-Aktionstage, Austritt des AStA der Universität Köln aus der Landesastenkonferenz. Im Wahlkampf an der Universität Köln sind die Jusos offen unter Regierungsflagge – schwarz-rot-gold – gesegelt.

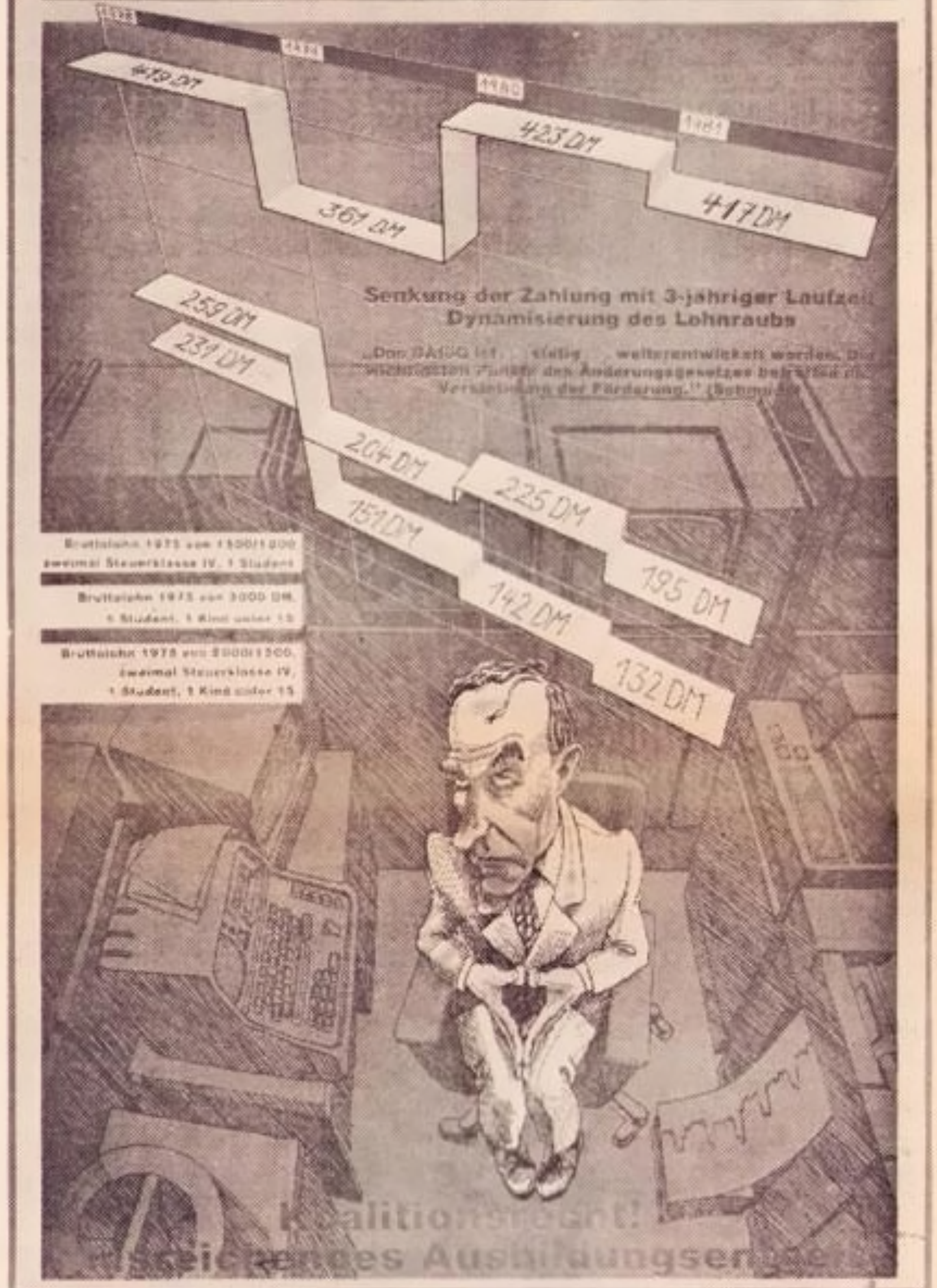
Der Punkt, an dem die Kräfte der Studentenbewegung in bundesweiten Aktionen zusammengefaßt werden können und müssen, ist das BAFöG. Zahlreiche Beschlüsse sind von Fachschaften und Vollversammlungen gefaßt worden gegen die Regierungsbeschlüsse zum BAFöG, für die Untersuchung der materiellen Lage der Studenten, für die Durchführung einer bundesweiten Demonstration gegen die Regierungsbeschlüsse. Der Juso-AStA der Universität Trier sieht sich genötigt, sich einzusetzen für Organisierung einer zentralen Demonstration durch die VDS.

Die Kämpfe gegen die Landesregierungen, gegen die Zerschlagung der Vertretungsorgane, gegen die PH-Integration, gegen die Ausrichtung der Studentenwerke auf verschärfte Ausplünderung und Unterdrückung können von der Studentenbewegung nur erfolgreich geführt werden, wenn sie die Aktionseinheit herstellt für Kampfmaßnahmen gegen die Regierungsbeschlüsse in der grundlegenden Frage der Bezahlung. Die Unterstützung der Lohnkämpfe der Arbeiterklasse und die Herstellung der Einheit mit der Arbeiterklasse gegen die Politik der dauernden Lohnsenkungen und gegen das spalterische BAFöG-Gesetz wird der Studentenbewegung dabei den nötigen Rückhalt verschaffen.



Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung



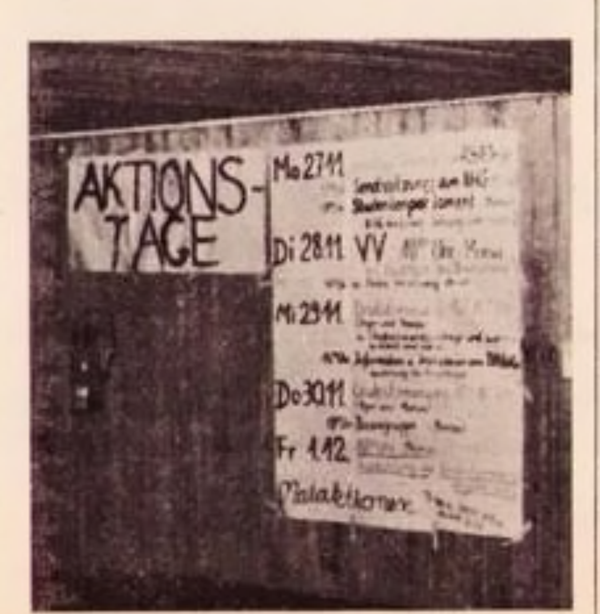


Musikhochschule Hannover Aktionstage gegen das NHG

r.uld. Auf Empfehlung der VdS hin hatte die Vollversammlung der Hochschule für Musik und Theater Hannover zu Beginn des Semesters Aktionstage gegen das NHG beschlossen, die in der vergangenen Woche genutzt wurden, den Ausplünderungsabsichten des Studentenwerks zu begegnen. Entsprechend den Bestimmungen des NHG soll die Musikhochschule an das Studentenwerk angeschlossen und rückwirkend für dieses Semester Beiträge in Höhe von 12,- DM gezahlt werden. Auf der Vollversammlung am Dienstag wurde der Vorschlag, die Gelder zu bezahlen, falls die noch privat betriebene Mensa vom Studentenwerk übernommen würde, als spalterischer Kompromiß mit großer Mehrheit abgelehnt.

Die Beiträge sollten vom Staat bezahlt werden, war die Meinung der Studenten, und der AStA rief zum Boykott der Zahlungen auf. Das Urabstimmungsergebnis der folgenden Tage von 81,8% der Stimmen für Boykott bei einer Wahlbeteiligung von 51,6% bekräftigte, daß nicht gezahlt wird! In der Beteiligung an Senat und Konzil sehen einige Studenten noch Chancen, ihre Interessen durchzusetzen, und so stimmten dort noch 50,0% für Boykott.

Eine vom AStA unterstützte Fragebogenaktion zur materiellen Lage der Musikhochschulstudenten, an der sich



fast 15% der Studenten beteiligt haben, zeigte, daß sie sich die verschärfte Ausplünderung auch gar nicht leisten können. Nur 31,3% der befragten Studenten bekommen BAFöG, durchschnittlich 384,50 DM pro Monat. 55,3% der befragten Studenten sind gezwungen, neben ihrem Studium zu arbeiten und sich damit 28,2% ihres Gesamteinkommens selbst zu verdienen; 58,2% müssen die Eltern zahlen, und nur 12,2% kommen vom Staat.

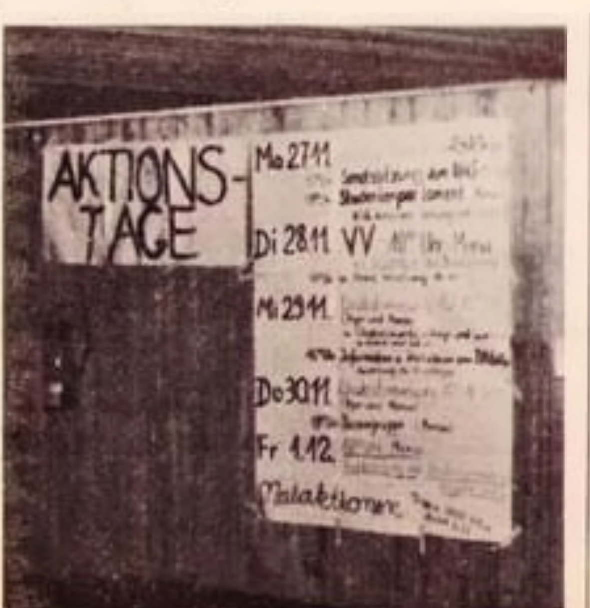
Die durchgeführte Erhebung kann den Aufbau einer Front gegen die BAFöG-Regierungsbeschlüsse sowie die Debatte um die Forderung nach 100 DM mehr und 1500 DM Elternfreibetrag unterstützen.

Burschenschaftler für das imperialistische

r.uld. Auf Empfehlung der VdS hin hatte die Vollversammlung der Hochschule für Musik und Theater Hannover zu Beginn des Semesters Aktionstage gegen das NHG beschlossen, die in der vergangenen Woche genutzt wurden, den Ausplünderungsabsichten des Studentenwerks zu begegnen. Entsprechend den Bestimmungen des NHG soll die Musikhochschule an das Studentenwerk angeschlossen und rückwirkend für dieses Semester Beiträge in Höhe von 12,- DM gezahlt werden. Auf der Vollversammlung am Dienstag wurde der Vorschlag, die Gelder zu bezahlen, falls die noch privat betriebene Mensa vom Studentenwerk übernommen würde, als spalterischer Kompromiß mit großer Mehrheit abgelehnt.

Die Beiträge sollten vom Staat bezahlt werden, war die Meinung der Studenten, und der AStA rief zum Boykott der Zahlungen auf. Das Urabstimmungsergebnis der folgenden Tage von 81,8% der Stimmen für Boykott bei einer Wahlbeteiligung von 51,6% bekräftigte, daß nicht gezahlt wird! In der Beteiligung an Senat und Konzil sehen einige Studenten noch Chancen, ihre Interessen durchzusetzen, und so stimmten dort noch 50,0% für Boykott.

Eine vom AStA unterstützte Fragebogenaktion zur materiellen Lage der Musikhochschulstudenten, an der sich



fast 15% der Studenten beteiligt haben, zeigte, daß sie sich die verschärfte Ausplünderung auch gar nicht leisten können. Nur 31,3% der befragten Studenten bekommen BAFöG, durchschnittlich 384,50 DM pro Monat. 55,3% der befragten Studenten sind gezwungen, neben ihrem Studium zu arbeiten und sich damit 28,2% ihres Gesamteinkommens selbst zu verdienen; 58,2% müssen die Eltern zahlen, und nur 12,2% kommen vom Staat.

Die durchgeführte Erhebung kann den Aufbau einer Front gegen die BAFöG-Regierungsbeschlüsse sowie die Debatte um die Forderung nach 100 DM mehr und 1500 DM Elternfreibetrag unterstützen.

Burschenschaftler für das imperialistische Energieprogramm

z.hom.Braunschweig. Die Burschenschaften dürfen nicht „den Brüllaffen die Straße überlassen“, so fief Ratsherr Kohl in Vertretung des Oberbürgermeisters 400 Burschenschaftler bei einem Festkommers in Braunschweig auf. Neben Ehrengast Professor Henze waren erschienen Regierungsdirektor Randl vom Bundesminister für Forschung und Technologie und Oberregierungsrat Jacob vom Bundesinnenministerium. Sie alle waren nicht nur zusammengekommen, um sich beim



gemeinsamen Singen des Deutschlandliedes zu erwärmen. „Die Entsorgung von Atommüll“ war das Thema der Festvorträge, in denen sie den schnellen Bau der Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben forderten.

Braunschweig soll zu einem der wichtigsten Stützpunkte für entsprechende Forschungen ausgebaut werden. Die physikalisch-technische Bundesanstalt (PTB) erhält 1979 allein aus dem Bundeshaushalt 116 Mio. DM, wovon der Hauptteil in den Bereich „Sicherung der Endlagerung von Atommüll“ fließt. In Zusammenarbeit mit den Instituten der Technischen Universität sind hier wesentliche Forschungsprojekte abgewickelt. Professor Henn vom „Institut für Baukonstruktion und Industriebau“ z.B. hat im Auftrag der PTB eine Planung der Bauten für die Wiederaufbereitungsanlage Gorleben und deren Umgebung erstellt. Das ist von Studenten aufgedeckt und angegriffen worden. Ebenso wie Professor Kärner, der in seiner Vorlesung „Hochspannungstechnik und Energieumwandlung“ die Ausplünderung der Volksmassen über die Strompreise begründet mit Lügen und gefälschten Zahlenangaben.

Die Architekturstudenten sind jetzt aufgerufen worden, bei Professor Henn keine Diplomarbeiten mehr zu machen, die dieser für seine Forschungen nutzt. Die Burschenschaften sollen hier nun einspringen. Ihre Politik „Ja zum NHG“ greift so nicht. Auf der letzten Vollversammlung bekam ein Antrag der Germania knapp 30 Stimmen. „Wissenschaftliche Auseinandersetzung“ ist jetzt die Richtung, die eingeschlagen werden soll. Mit Veranstaltungen zu Wiederaufbereitungsanlagen oder „Industrieroboter bei VW“, eine Antwort der Brunonia auf die Bewegung in den naturwissenschaftlichen Fachbereichen gegen die Rationalisierung durch Mikroprozessoren. Dazu hatten Asta und Fachbereichsgruppen Veranstaltungen durchgeführt und Infos herausgegeben.

Streik der PJ-Studenten zur Durchsetzung des Studientages

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Herausg. von der Kommunistischen Hochschulgruppe Rhein-Neckar-Pfalz, Ausgabe für die Universität Mannheim, Fachhochschule für Technik, Fachhochschule für Sozialwesen, Fachhochschule für Gestaltung und Musikhochschule Mannheim-Heidelberg
27. Nov. 1978 Jg. 1 / Nr. 19

z.dow.Heidelberg. Am Freitag haben die PJ-Studenten der medizinischen und der chirurgischen Universitätskliniken in Heidelberg geschlossen gestreikt. Seit Wochen werden die Forderungen erhoben:

40-Stundenwoche bei 15 Stunden Prüfungsvorbereitung! Ein Studientag am Freitag jede Woche! Keine Verpflichtung zu Nacht- und Wochenenddiensten! Seit Wochen weigern sich die Klinikchefs Schettler und Linder, die Forderungen zu erfüllen. Es wurde ihnen in einer Unterschriftenliste von fast allen PJ-lern das Ultimatum gestellt:

„Falls bis Donnerstag der Studientag nicht gewährt ist, gehen wir ab Freitag, den 24.11.1978, freitags nicht ins PJ.“

Gemeinsam erschienen die streikenden PJ-ler am Freitag beim Studiendekan, um mit ihm über die Forderungen zu verhandeln. Der versuchte sich herauszuwinden, als hätte er nichts zu entscheiden und stammte der Studienplan nicht aus seiner Feder, in dem es heißt: „Der Einbezug in die Routine des Stationsbetriebs ist der wesentliche Anteil der Ausbildung im Praktischen Jahr“. Daß diese „Ausbildung“ im Praktischen Jahr im wesentlichen kostenlose Vernutzung der Arbeitskraft ist, die möglichst bis auf 60 oder 70 Stunden in der Woche ausgedehnt werden soll, haben die PJ-ler auf einer Streikversammlung in einem „Beschwerdekatalog an die Fakultätskonferenz“ als Anlage zu ihrem Antrag auf Erfüllung der Forderungen an zahlreichen praktischen Beispielen bewiesen. Dort heißt es: „Auf der Wachstation der Medizinischen Klinik wird erwartet, daß ein PJ-Absolvent und ein Medizinalassistent in Wechselschicht von 8 bis 20 Uhr tätig sind, das gilt auch am Wochenende... Besonders in der Allgemeinchirurgie kommt es vor, daß PJ-ler von 8 bis 17 Uhr ohne Unterbrechung im Operationssaal stehen und Haken halten müssen. Während der Operation wird in den seltensten Fällen demonstriert. Typisch ist das Zitat: ‚Kopf weg! Hier operiere ich und nicht Sie. Bei Operationen geht Haken halten vor Fortbildung‘...“

Offen erklärte Schettler in Verhandlungen mit den PJ-lern, worauf er hinaus will: „Sie haben ja auch noch das Wochenende zum Lernen“, war seine Rechtfertigung dafür, die PJ-ler 40 Stunden in der Woche und möglichst mehr zu Routinearbeiten in seiner Klinik einzusetzen, für deren Verrichtung Arbeitskräfte wegrationalisiert worden sind. Um die Arbeitskraft der Studenten noch länger kostenlos an den Kliniken vernutzen zu können, hat er sich dem Wehgesang der „konzertierten Aktion Gesundheitswesen“ angeschlossen, darüber, „wie wenig die jungen Ärzte nach dem Praktischen Jahr können, wie unverantwortlich, sie so auf die Patienten loszulassen.“

Gegen diesen Angriff hat die PJ-Gruppe in Heidelberg einen Aufruf an alle PJ-Vollversammlungen in der BRD verabschiedet, in der ein bundesweiter Warnstreik im Januar vorgeschlagen wird zur Bekräftigung der Forderung nach einem Ausbildungs- und Tarifvertrag in der Forderung nach Studientag und zur Durchsetzung der Forderung nach der 40-Stundenwoche und gegen die Nacht- und Wochenenddienste.

Weitere Kampfschritte zur Durchsetzung des Studientages haben sich die PJ-ler vorbehalten, sollte die Fakultätskonferenz am Montag ihre Forderungen nicht erfüllen.

DRK 9

z.hku. Die Funktionäre des ,,Technischen Hilfswerkes" (THW) sollen Rangabzeichen erhalten, die denen des Bundesgrenzschutzes entsprechen. Vor gut zwei Jahren hatte die Führung des THW schon versucht, das Grüßen einzuführen. Sie hat es angesichts der eisigen Ablehnung schnell wieder aufgegeben. Die Bourgeoisie nimmt gegenwärtig das politische Risiko solcher Maßnahmen in Kauf; sie *muß* in der Militarisierung der ,,zivilen Verteidigung" vorankommen, will sie für ihre imperialistischen Abenteuer ausreichend gerüstet sein.

In den Monaten September bis November haben die Herbstmanöver des ,,Katastrophenschutzes" stattgefunden. Mehrere hundert, in einigen Übungen auch über tausend Mann wurden unter einheitlichem Kommando zusammengefaßt, Einheiten der Freiwilligen Feuerwehren, des THW, des Deutschen Roten Kreuzes, des Arbeiter-Samariterbundes, des Malteser Hilfsdienstes wurden gemeinsam mit Truppen der Polizei, der Armee oder der Besatzertruppen ins Feld geführt. In verschiedenen Manövern wurden Ärzte und Schwesternhelferinnen des Deutschen Roten Kreuzes eingezogen.

Meisterung von ,,Katastrophen" wie ,,Schwerer Unfall auf der Autobahn", ,,Erdbeben in Ratzeburg", ,,Waldbrand" war das Manöverziel. Die meisten ,,Katastrophen" allerdings waren Unglücksfälle auf Fabrik- oder Grubengelände: Explosionen, Brände, Vergiftungen. Für die Bourgeoisie liegt es nahe, alles als die größte Katastrophe zu betrachten, was ihre Produktionsmittel als sachliche Voraussetzungen der Mehrwertauspressung bedroht. Sei das die gewaltsame Expansion ihrer imperialistischen Konkurrenten oder schlimmer noch die Übernahme der Fabriken durch den bewaffneten Aufstand der Arbeiter. Für solche Katastrophen will die Bourgeoisie gerüstet sein.

Man darf sich nicht täuschen lassen: die in den Manöverübungen der ,,Zivilverteidigung" angenommenen Unfälle sind nie und nimmer ,,Katastrophen", die gemeinsam zu meistern seien. Fliegt eine Fabrik in die Luft, dann ist das – solange die Arbeiterklasse nicht den bewaffneten Aufstand organisiert – Folge der kapitalistischen Profitproduktion oder ihrer Fortführung im imperialistischen Krieg – in jedem Fall ein *Verbrechen* der herrschenden Finanzbourgeoisie. Es wird als ,,Katastrophe" inszeniert, um die Arbeiterklasse und das Volk zumindest zur Duldung solcher Verbrechen zu zwingen.

Die Aufgaben der paramilitärischen Verbände im Rahmen der ,,zivilen Verteidigung" sind: ,,Aufrechterhaltung der Staatsgewalt, Aufrechterhaltung der Verteidigungsbereitschaft und des Verteidigungswillens; Unterstützung der Streitkräfte durch personelle und materielle Hilfsquellen aus dem Lande sowie die Ausschöpfung des nationalen Kräftepotentials" (Interner Zivilschutzbericht Tübingen). Also Mobilisierung *aller* produktiven Fähigkeiten der Arbeiter und des ganzen Volkes zum Zweck der Vorbereitung und Führung des imperialistischen Krieges. Die westdeutsche Bourgeoisie hat immer wieder die bittere Erfahrung machen müssen, daß dafür die ,,psychologischen Voraussetzungen", wie sie sagt, elend sind. Die Menschen vergessen die Erfahrungen zweier Weltkriege nicht. Die Bourgeoisie hat deswegen zielstrebig einen Umweg eingeschlagen, um ihre Absicht erreichen zu können: ,,Die Bereitschaft einer großen Zahl von Freiwilligen, sich den verschiedenen Hilfsorganisationen und Einrichtungen unter persönlichen Opfern zur Verfügung zu stellen, ist umso höher zu bewerten." (Weißbuch zur zivilen Verteidigung, 1972)

Es geht niemand zum Roten Kreuz, um den ,,Verteidigungswillen zu stärken"; es gibt das Interesse der Arbeiter an gegenseitiger Hilfe und Unterstützung, das will die Bourgeoisie nutzen, um ihr Ziel zu erreichen. Die Katastrophenschutzverbände wie die ,,humanitären Hilfsorganisationen" sind der Hebel, mit dem sie große Menschenmassen in die Vorbereitung ihrer Verbrechen hineinziehen und die Verhinderung dieser Verbrechen erschweren will. In der Anwendung sieht das allerdings für die Bourgeoisie betrüblich aus: ,,... THW-Männer legten während des Zusammensteckens der Ölsperren Brotzeit ein, ... Funkfrequenzen waren vollständig verstopft, weil einige Katastrophenschützer einander zu belehren suchten oder andere unnötige Gespräche führten" (Waldeckische Allgemeine, 2.10.). Die militärische Ausrichtung ist unaufschiebbar.

Die Flagge ,,Katastrophenschutz" wird auch aufgezogen, wenn der BRD-Imperialismus Einmischung in die Souveränität anderer Staaten vorbereitet und durchführt. Der erste Erfolgsbericht ist als ,,Humanitäre Auslandshilfe" vor kurzem dem Bundestag erstattet worden. Jüngste Konsequenz ist der Beschluß, eine ,,Soforthilfe-Mannschaft" des DRK für Katastrophenfälle im Ausland aufzustellen, um schnell und ohne bürokratische Behinderungen – durch das betreffende Land – ,,helfen" zu können. Die Mannschaft soll die Bezeichnung DRK 9 erhalten.

Unterstützung des gerechten Krieges gegen das rhodesische Siedlerregime bis zum vollständigen Sieg

Musiktage der Soldaten-und Reservistenkomitees in Westberlin

26. Dezember:

16.00 Uhr Kundgebung und Demonstration, Westberlin, Kurfürstendamm

19.30 Uhr Veranstaltung, Westberlin, Festzelt

Die Bundesregierung hat von Anfang an die ungerechten Kriege unterstützt und die gerechten bekämpft.

27. Dezember:

19.30 Uhr Veranstaltung, Westberlin, Festzelt

Revolutionen sind der Motor der Geschichte. Aus der Geschichte der Arbeiterklasse und der Volksmassen lernen.

Musikaufführungen aus den verschiedenen Revolutionen seit 1789.

28. Dezember:

19.30 Uhr Veranstaltung, Westberlin, Festzelt

Unterstützung des gerechten Krieges gegen das rhodesische Kolonialregime bis zum vollständigen Sieg

29. Dezember:

14.00 Uhr Demonstration und Abschlußkundgebung Westberlin, Kurfürstendamm

30. Dezember:

10.00 Uhr Kundgebungen in Flensburg, Kiel, Hamburg, Bremen, Oldenburg, Münster, Osnabrück, Braunschweig, Göttingen, Wolfsburg, Goslar, Bielefeld, Hannover, Hildesheim, Celle, Westberlin

31. Dezember:

20.00 Uhr Theateraufführung: ,,Panzerzug 14-69"

in Flensburg, Kiel, Hamburg, Bremen, Oldenburg, Münster, Osnabrück, Braunschweig, Göttingen, Bielefeld, Hannover, Westberlin

24.00 Uhr Demonstrationen

in Flensburg, Kiel, Hamburg, Bremen, Oldenburg, Münster, Osnabrück, Braunschweig, Göttingen, Bielefeld, Hannover, Westberlin

Die Musiktage werden öffentlich vorbereitet

z.bes. Wie schon im letzten Jahr, finden auch dieses Jahr zwischen Weihnachten und Neujahr wieder Musiktage der Soldaten- und Reservistenkomitees statt. Für die Region Mitte werden sie vom 26. bis 31. Dezember in Mainz durchgeführt. Sie sollen insbesondere der Unterstützung des gerechten Krieges des Volkes von Zimbabwe bis zum vollständigen Sieg dienen, den es gegen das rhodesische Siedlerregime führt. Gleichzeitig soll damit die Sammlung für eine Druckausrüstung der ZANU abgeschlossen werden.

Die Musiktage werden in den Bezirken öffentlich vorbereitet und werden am Sylvesterabend durch Kundgebungen und durch die Aufführung des revolutionären Theaterstücks ,,Panzerzug 14-69" in den jeweiligen Bezirken abgeschlossen.

Frankfurt. Das Hauptgewicht der Vorbereitung liegt beim Erlernen der Musikstücke und bei dem Einüben des Theaterstücks. Es wurden verschiedene Arbeitsgruppen gebildet, z.B. bearbeitet eine Gruppe des Musikzugs die im Theaterstück enthaltenen Lieder, während die Plakatgruppe die verschiedenen Bühnenbilder erstellt. Jetzt, nach der vierten Probe, werden die einzelnen Akte jeweils für sich geprobt, um die Auseinandersetzung um die politische Aussage des Stücks zu verbessern, die insbesondere in der Propagierung des proletarischen Internationalismus liegt.

Bei den Propagandaeinsätzen, die an den kommenden Samstagen durchgeführt werden, soll an diesem Samstag eine Szene aus dem Theaterstück aufgeführt werden.

Eine Arbeitsgruppe des Musikzuges beschäftigt sich mit der Ausarbeitung neuer Musikstücke, insbesondere werden Lieder und Stücke des chinesischen Volkes erarbeitet.

Köln. Die Samstagspropagandaeinsätze werden in Köln, Bonn und Leverkusen durchgeführt. Neben der Aufführung einer Szene wird ein Sprechgesang eingeübt zur Entwicklung des Befreiungskampfes in Zimbabwe.

In verschiedenen Jugendhäusern in Köln und Leverkusen sollen Aktionstage durchgeführt werden, wo ebenfalls Theaterszenen aufgeführt werden sollen.

Der Musikzug führt einen Kurs mit 20 Flöten und je zwei Trompeten und Posaunen durch.

Dortmund. Der Musikzug hat mittlerweile 24 Lieder und Stücke einstudiert. Ein Teil davon soll, wie schon letzten Samstag in Dortmund, an diesem und den darauffolgenden Samstagen in Hamm und Hagen bei den Propagandaaktionen eingesetzt werden. Es sind dies insbesondere Lieder des proletarischen Internationalismus und Lieder aus der Geschichte der Arbeiterbewegung.

An diesem Samstag soll in Dortmund die zweite Szene aus dem ersten Bild des Theaterstücks bei den Propagandaaktionen aufgeführt werden. In dieser Szene wird insbesondere die Notwendigkeit des revolutionären Bündnisses der Arbeiterklasse mit den Bauern herausgearbeitet, die die übergroße Mehrheit der Völker der Dritten Welt ausmachen. Z.B. nutzt der Streik der Stahlarbeiter den kämpfenden Massen in Zimbabwe und umgekehrt.

Kräftemessen der Supermächte in der Karibik

der Streitkräfte durch personelle und materielle Hilfsquellen aus dem Lande sowie die Ausschöpfung des nationalen Kräftepotentials" (Interner Zivilschutzbericht Tübingen). Also Mobilisierung *aller* produktiven Fähigkeiten der Arbeiter und des ganzen Volkes zum Zweck der Vorbereitung und Führung des imperialistischen Krieges. Die westdeutsche Bourgeoisie hat immer wieder die bittere Erfahrung machen müssen, daß dafür die ,,psychologischen Voraussetzungen", wie sie sagt, elend sind. Die Menschen vergessen die Erfahrungen zweier Weltkriege nicht. Die Bourgeoisie hat deswegen zielstrebig einen Umweg eingeschlagen, um ihre Absicht erreichen zu können: ,,Die Bereitschaft einer großen Zahl von Freiwilligen, sich den verschiedenen Hilfsorganisationen und Einrichtungen unter persönlichen Opfern zur Verfügung zu stellen, ist umso höher zu bewerten." (Weißbuch zur zivilen Verteidigung, 1972)

Es geht niemand zum Roten Kreuz, um den ,,Verteidigungswillen zu stärken"; es gibt das Interesse der Arbeiter an gegenseitiger Hilfe und Unterstützung, das will die Bourgeoisie nutzen, um ihr Ziel zu erreichen. Die Katastrophenschutzverbände wie die ,,humanitären Hilfsorganisationen" sind der Hebel, mit dem sie große Menschenmassen in die Vorbereitung ihrer Verbrechen hineinziehen und die Verhinderung dieser Verbrechen erschweren will. In der Anwendung sieht das allerdings für die Bourgeoisie betrüblich aus: ,,... THW-Männer legten während des Zusammensteckens der Ölsperren Brotzeit ein, ... Funkfrequenzen waren vollständig verstopft, weil einige Katastrophenschützer einander zu belehren suchten oder andere unnötige Gespräche führten" (Waldeckische Allgemeine, 2.10.). Die militärische Ausrichtung ist unaufschiebbar.

Die Flagge ,,Katastrophenschutz" wird auch aufgezogen, wenn der BRD-Imperialismus Einmischung in die Souveränität anderer Staaten vorbereitet und durchführt. Der erste Erfolgsbericht ist als ,,Humanitäre Auslandshilfe" vor kurzem dem Bundestag erstattet worden. Jüngste Konsequenz ist der Beschluß, eine ,,Soforthilfe-Mannschaft" des DRK für Katastrophenfälle im Ausland aufzustellen, um schnell und ohne bürokratische Behinderungen – durch das betreffende Land – ,,helfen" zu können. Die Mannschaft soll die Bezeichnung DRK 9 erhalten.

Die Musiktage werden öffentlich vorbereitet

z.bes. Wie schon im letzten Jahr, finden auch dieses Jahr zwischen Weihnachten und Neujahr wieder Musiktage der Soldaten- und Reservistenkomitees statt. Für die Region Mitte werden sie vom 26. bis 31. Dezember in Mainz durchgeführt. Sie sollen insbesondere der Unterstützung des gerechten Krieges des Volkes von Zimbabwe bis zum vollständigen Sieg dienen, den es gegen das rhodesische Siedlerregime führt. Gleichzeitig soll damit die Sammlung für eine Druckausrüstung der ZANU abgeschlossen werden.

Die Musiktage werden in den Bezirken öffentlich vorbereitet und werden am Sylvesterabend durch Kundgebungen und durch die Aufführung des revolutionären Theaterstücks ,,Panzerzug 14-69" in den jeweiligen Bezirken abgeschlossen.

Frankfurt. Das Hauptgewicht der Vorbereitung liegt beim Erlernen der Musikstücke und bei dem Einüben des Theaterstücks. Es wurden verschiedene Arbeitsgruppen gebildet, z.B. bearbeitet eine Gruppe des Musikzugs die im Theaterstück enthaltenen Lieder, während die Plakatgruppe die verschiedenen Bühnenbilder erstellt. Jetzt, nach der vierten Probe, werden die einzelnen Akte jeweils für sich geprobt, um die Auseinandersetzung um die politische Aussage des Stücks zu verbessern, die insbesondere in der Propagierung des proletarischen Internationalismus liegt.

Bei den Propagandaeinsätzen, die an den kommenden Samstagen durchgeführt werden, soll an diesem Samstag eine Szene aus dem Theaterstück aufgeführt werden.

Eine Arbeitsgruppe des Musikzuges beschäftigt sich mit der Ausarbeitung neuer Musikstücke, insbesondere werden Lieder und Stücke des chinesischen Volkes erarbeitet.

Köln. Die Samstagspropagandaeinsätze werden in Köln, Bonn und Leverkusen durchgeführt. Neben der Aufführung einer Szene wird ein Sprechgesang eingeübt zur Entwicklung des Befreiungskampfes in Zimbabwe.

In verschiedenen Jugendhäusern in Köln und Leverkusen sollen Aktionstage durchgeführt werden, wo ebenfalls Theaterszenen aufgeführt werden sollen.

Der Musikzug führt einen Kurs mit 20 Flöten und je zwei Trompeten und Posaunen durch.

Dortmund. Der Musikzug hat mittlerweile 24 Lieder und Stücke einstudiert. Ein Teil davon soll, wie schon letzten Samstag in Dortmund, an diesem und den darauffolgenden Samstagen in Hamm und Hagen bei den Propagandaaktionen eingesetzt werden. Es sind dies insbesondere Lieder des proletarischen Internationalismus und Lieder aus der Geschichte der Arbeiterbewegung.

An diesem Samstag soll in Dortmund die zweite Szene aus dem ersten Bild des Theaterstücks bei den Propagandaaktionen aufgeführt werden. In dieser Szene wird insbesondere die Notwendigkeit des revolutionären Bündnisses der Arbeiterklasse mit den Bauern herausgearbeitet, die die übergroße Mehrheit der Völker der Dritten Welt ausmachen. Z.B. nutzt der Streik der Stahlarbeiter den kämpfenden Massen in Zimbabwe und umgekehrt.

Kräftemessen der Supermächte in der Karibik

Größtes Manöver der USA seit 1962 vor Kuba / UdSSR baut Militärpotential aus

z.rua. Die auf Kuba stationierten MiG-23-Kampfflugzeuge seien selbstverständlich defensiver Natur und Kubas gutes Recht, herrschte Kossygin in Moskau weilende US-Senatoren an. Sie hatten die Sozialimperialisten bezichtigt, mit der Lieferung von Nuklearwaffen tragenden MiGs das 1962 von Kennedy und Chruschtschow geschlossene Abkommen über die Nichtlieferung von Offensivwaffen nach Kuba zu brechen.

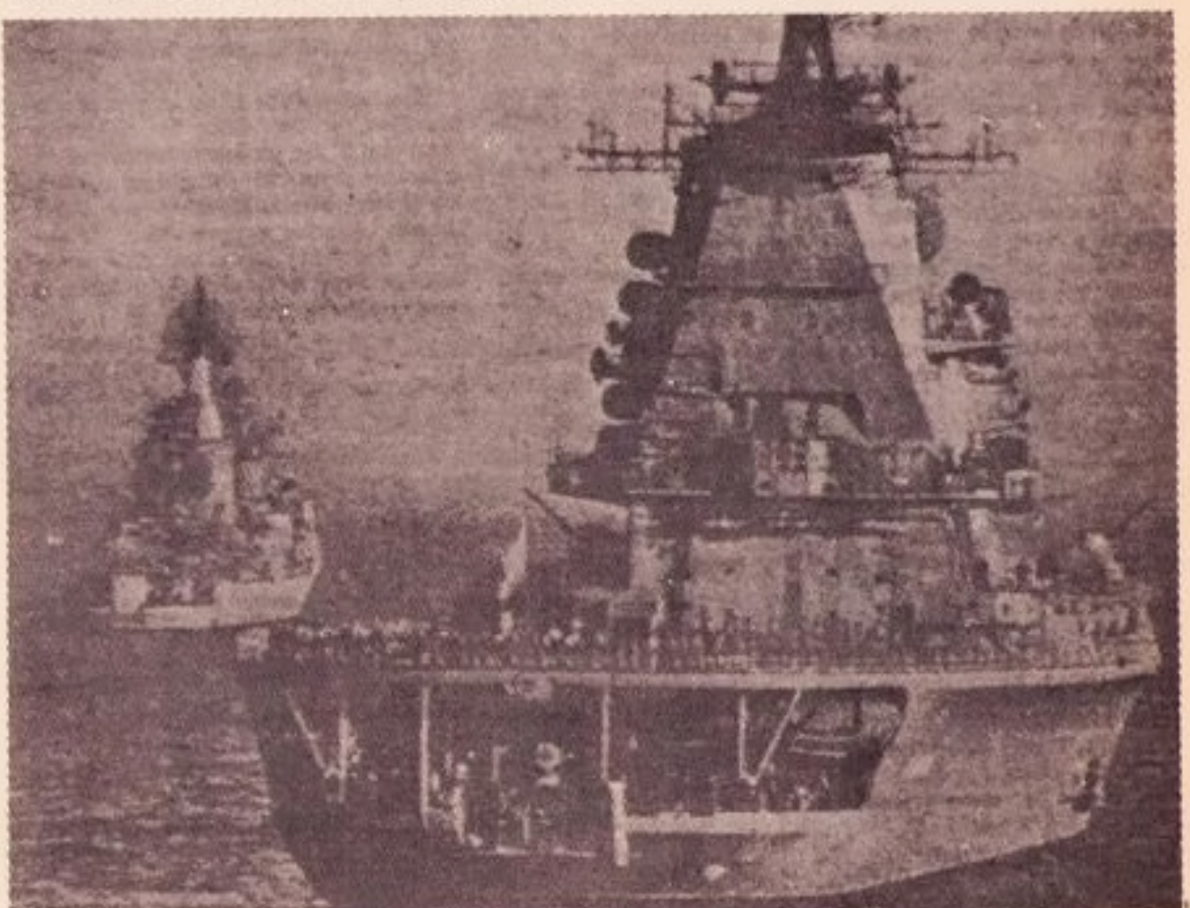
Die Sozialimperialisten haben seit Beginn der 60er Jahre Kuba zum Militärstützpunkt ausgebaut. Gleichzeitig versuchen sie, auch über das ,,progressive" Kuba als Sprungbrett, sich in den Ländern der Karibik und Südamerikas – dem ,,Hinterhof" der US-Imperialisten – festzusetzen. Für den Kriegsfall wollen sie sich eine Basis schaffen, von der aus sie die US-Imperialisten von ihrem Hinterland abschneiden und an der Nachschubversorgung nach Europa hindern können. Die auf Kuba stationierten MiGs haben eine Reichweite von 1200 Meilen und können weite Teile des Südens der USA und Südamerikas bombardieren. Im Verbund mit dem Einsatz ihrer Kriegsflotte und Bodenraketen von Kuba aus können die Sozialimperialisten den US-Imperialisten in ihrem strategischen Aufmarschgebiet einen Schuß vor den Bug setzen und Teile der US-Truppen in Kämpfe im eigenen Machtbereich binden.

Die Supermächte reizen ihre Karten. 1962 hat die aufkommende sozialimperialistische Supermacht in dem Versuch, Offensivwaffen nach Kuba zu liefern, von den US-Imperialisten eins auf die Finger bekommen. Mit der Blockade Kubas – Kennedy nannte sie ,,Quarantäne", weil Blockaden nach internationalem Recht Kriegsakte sind – zwangen die US-Imperialisten die UdSSR zur Unterzeichnung des obigen Abkommens. 1970 versuchten die Sozialimperialisten, im kubanischen Hafen Cienfuegos Atom-U-Boote zu installieren. Dieses Vorhaben wurde von der Nixon-Regierung vereitelt. 1977 hielten sie zwei Flottenmanöver im Golf von Mexiko, unweit von New Orleans ab, Anfang 1978 drangen Erkundungsbomber 60 Meilen weit in den Luftraum der US-Imperialisten ein und drehten erst nach Bedrohung durch US-Phantomjäger wieder ab. Die US-Imperialisten nutzen die sowjetische Militärpräsenz als Anlaß für Verletzung der Hoheitsrechte und Bedrohung Kubas. Carter erklärte, er wolle sich selbst von der ,,defensiven Natur" der MiGs überzeugen. Mitte November begannen die US-Imperialisten unter britischer Beteiligung das Luft- und Wassermanöver ,,Gulf Ex 79" vor der kubanischen Küste, das größte seit 1962. Gleichzeitig ordnete Carter erneut Erkundungsflüge durch SR-71-Kampfflugzeuge über Kuba an, die seit Beginn der 60er Jahre durchgeführt und nach seinem Amtsantritt als ,,Beweis guten Willens" im Winter vergangenen Jahres eingestellt wurden. Tatsächlich werden die Erkundungsaufgaben inzwischen durch Satelliten erledigt.

Carter steht in einer Reihe mit seinen Vorgängern. Als sich die Völker Lateinamerikas gegen die spanische Kolonialherrschaft erhoben, erließ Präsident Monroe 1823 die ,,Monroe-Doktrin", die den USA das jederzeitige Interventionsrecht sicherte. Kuba wurde 1898 von den US-Imperialisten besetzt. 1902 wurde es in die ,,Unabhängigkeit" entlassen mit einem Zusatz in der Verfassung, der den US-Imperialisten die Errichtung von Militärstützpunkten und jederzeitiges Interventionsrecht garantierte. Sie pachteten 1903 für 2000 $ jährlich 36000 acres Land an der Südküste Kubas und errichteten dort den Marine-und Luftwaffenstützpunkt Guantánamo. Festgehalten wurde, daß der Vertrag entweder nur von den USA oder im Einvernehmen beider Staaten aufgelöst wird. Obwohl Kuba nach der Revolution die Verträge mit den US-Imperialisten für ungültig erklärt hatte, halten sie noch heute diesen Stützpunkt und bauen ihn aus. 1977 wurden die Truppen von 2800 auf 3100 Mann erweitert.

Nachdem die US-Imperialisten die Revolution des kubanischen Volkes trotz mehrfacher Invasionen nicht verhindern konnten, verhängten sie 1961 ein totales Handelsembargo, um Kuba in die Knie zu zwingen. Die Sozialimperialisten machten sich diese Lage Kubas zunutze, um das Land unter ihre Fuchtel zu bringen. Sie haben die Wirtschaft Kubas zur Zuckermonokultur degradiert und seine Außenwirtschaft fast vollständig in der Hand. Kuba ist mit 5 Mrd. $ bei ihnen verschuldet. Bei den westlichen Imperialisten hat Kuba 1,3 Mrd. $ Schulden.

Daß Castro Kuba an die Sozialimperialisten verschachert hat, und die Widersprüche des kubanischen Volkes gegen die Söldnerrolle nutzen die US-Imperialisten, um das Land zu erpressen. Für die Aufhebung des Handelsembargos fordern sie: Freilassung und Ausreise konterrevolutionärer Gefangener, Inspektion der ,,Menschenrechte", Garantien für ihren Militärstützpunkt und – nicht zuletzt – Entschädigung des 1960 enteigneten US-Kapitals. Sie präsentieren die Rechnung: 1,8 Mrd. $ enteigneter Besitz plus 6% Zinsen per Jahr = insgesamt 3,5 Mrd. $ – ein Drittel des Bruttosozialprodukts Kubas. Castro hat – statt diese Unverschämtheit zurückzuweisen – nur seinerseits Gegenansprüche auf bei der Schweinebuchtinvasion entstandene Schäden angemeldet.



Kriegsschiffe der Sozialimperialisten vor Kuba

Landraubaktion im Westjordanland erfolgreich bekämpft

z.hef. Am 15. November verhinderten die palästinensischen Massen den Versuch zionistischer Truppen, das Haus eines Palästinensers in Dier Hanna in Galiläa im Westjordanland einzureißen. Die Zionisten reißen gerade in den letzten Wochen laufend Häuser ein, um die palästinensischen Bewohner zu verjagen, sich ihr Land anzueignen und darauf ihre Siedlungen zu errichten. In Jerusalem allein rissen sie seit Mitte November vier Häuser ein. In Dier Hanna kämpften die Palästinenser mit Stöcken und Steinen mehrere Stunden erfolgreich gegen die zionistischen Truppen. Bewohner umliegender Orte kamen zu Hilfe. Eine Anzahl feindlicher Soldaten wurde verletzt.



Yassir Arafat

Die Bewohner aller Dörfer in Galiläa haben Vorbereitungen gegen ähnliche Überfälle getroffen. Der Widerstand schlägt den Zionisten im Westjordanland in allen Bereichen entgegen. Die Ärzte führen seit dem 19. November einen Bummelstreik durch, sie fordern höheren Lohn und bereiten den Vollstreik dafür vor.

Die palästinensische Nachrichtenagentur ,,Wafa" meldet erfolgreiche Angriffe der Guerillas gegen die Truppen des Siedlerstaates. Am 19. November z.B. legten sie eine Bombe in den Büros des zionistischen Geheimdienstes in Jaffa, vier Soldaten wurden verwundet. Am 21.11. sprengte ein Kommando erfolgreich einen Tankwagen in einem militärischen Öllager in die Luft, mehrere Soldaten wurden getötet oder verwundet. Mindestens 20 wurden getötet oder verwundet, als die Befreiungskämpfer am 20. November eine Explosion in einem Offizierswohnblock in Tel Aviv auslösten. Eine Reihe von Häusern brannte nieder. Yassir Arafat, Vorsitzender des Exekutivkomitees der PLO, gab am 26. November in Beirut bekannt, daß die Befreiungskämpfer in den letzten fünf Jahren 3965 Aktionen innerhalb Palästinas ausführten, mehr als zwei pro Tag.

Irak und Syrien bauen gemeinsam die Nordfront gegen Israel auf

z.ulg. Zur Wiederherstellung einer einheitlichen arabischen Nordfront gegen den zionistischen Siedlerstaat haben Irak und Syrien am 26.10., kurz vor der Bagdader Gipfelkonferenz der arabischen Liga, beschlossen, ihre Zusammenarbeit mit dem Endziel einer Vereinigung der beiden arabischen Staaten allseitig zu entwickeln. Inzwischen haben die dazu gebildeten gemeinsamen Ausschüsse ihre Tätigkeit aufgenommen.

Vorletzte Woche tagte in Damaskus der Informationsausschuß. Unter anderem wurde der Austausch von Radio- und Fernsehprogrammen sowie Filmen vereinbart. Der gemeinsame Wirtschaftsausschuß prüft gegenwärtig die Möglichkeiten für die Vereinheitlichung der Fünfjahrespläne zur Entwicklung der nationalen Wirtschaft. Über die Frage der Nutzung des Euphrat-Wassers hatten die Sozialimperialisten jahrelang versucht, Zwietracht zwischen Syrien und Irak zu säen. Jetzt sollen unter anderem die Bewässerungsprogramme koordiniert werden.

Die beiden Staaten stellen sich darauf ein, daß die US-Imperialisten den Zionistenstaat Israel zu einem Krieg ermuntern könnten, um Syrien und Jordanien gewaltsam zum Anschluß an das Kapitulationsabkommen von Camp David zu zwingen. Um darauf gerüstet zu sein, haben Irak und Syrien ein gemeinsames Oberkommando gebildet. Zwei Divisionen der irakischen Armee sollen bereits nach Syrien verlegt worden sein, während umgekehrt syrische Luftwaffeneinheiten auf irakischem Territorium stationiert wurden, um sie vor einer überfallartigen Zerstörung am Boden durch die zionistische Luftwaffe zu schützen.

Nachdem es den sowjetischen Sozialimperialisten nicht gelungen ist, die arabische Liga zu spalten und den ,,fortschrittlichen Staaten" einen Verteidigungspakt unter ihrer Hegemonie aufzuzwingen, versuchen sie jetzt, Syrien und Irak durch die Verweigerung von Waffen- und Ersatzteillieferungen zur Unterwerfung zu pressen. Syrien, das allen Erpressungen der US-Imperialisten zum Anschluß an das Camp David-Abkommen standgehalten hat, ist nicht bereit, sich nun der anderen Supermacht zu fügen. Nach der vorzeitigen Rückkehr einer syrischen Delegation aus Moskau erklärte die syrische Regierungszeitung ,,Tischrin" zu der sowjetischen Weigerung, die nötigen Waffen zu liefern: ,,Wie immer die Lage auch sein mag, Syrien ist entschlossen, seinen Kampf auch allein weiterzuführen, um das Komplott gegen die arabische Nation zu vereiteln".

heitlichen arabischen Nordfront gegen den zionistischen Siedlerstaat haben Irak und Syrien am 26.10., kurz vor der Bagdader Gipfelkonferenz der arabischen Liga, beschlossen, ihre Zusammenarbeit mit dem Endziel einer Vereinigung der beiden arabischen Staaten allseitig zu entwickeln. Inzwischen haben die dazu gebildeten gemeinsamen Ausschüsse ihre Tätigkeit aufgenommen.

Vorletzte Woche tagte in Damaskus der Informationsausschuß. Unter anderem wurde der Austausch von Radio- und Fernsehprogrammen sowie Filmen vereinbart. Der gemeinsame Wirtschaftsausschuß prüft gegenwärtig die Möglichkeiten für die Vereinheitlichung der Fünfjahrespläne zur Entwicklung der nationalen Wirtschaft. Über die Frage der Nutzung des Euphrat-Wassers hatten die Sozialimperialisten jahrelang versucht, Zwietracht zwischen Syrien und Irak zu säen. Jetzt sollen unter anderem die Bewässerungsprogramme koordiniert werden.

Die beiden Staaten stellen sich darauf ein, daß die US-Imperialisten den Zionistenstaat Israel zu einem Krieg ermuntern könnten, um Syrien und Jordanien gewaltsam zum Anschluß an das Kapitulationsabkommen von

gerüstet zu sein, haben Irak und Syrien ein gemeinsames Oberkommando gebildet. Zwei Divisionen der irakischen Armee sollen bereits nach Syrien verlegt worden sein, während umgekehrt syrische Luftwaffeneinheiten auf irakischem Territorium stationiert wurden, um sie vor einer überfallartigen Zerstörung am Boden durch die zionistische Luftwaffe zu schützen.

Nachdem es den sowjetischen Sozialimperialisten nicht gelungen ist, die arabische Liga zu spalten und den ,,fortschrittlichen Staaten" einen Verteidigungspakt unter ihrer Hegemonie aufzuzwingen, versuchen sie jetzt, Syrien und Irak durch die Verweigerung von Waffen- und Ersatzteillieferungen zur Unterwerfung zu pressen. Syrien, das allen Erpressungen der US-Imperialisten zum Anschluß an das Camp David-Abkommen standgehalten hat, ist nicht bereit, sich nun der anderen Supermacht zu fügen. Nach der vorzeitigen Rückkehr einer syrischen Delegation aus Moskau erklärte die syrische Regierungszeitung ,,Tischrin" zu der sowjetischen Weigerung, die nötigen Waffen zu liefern: ,,Wie immer die Lage auch sein mag, Syrien ist entschlossen, seinen Kampf auch allein weiterzuführen, um das Komplott gegen die arabische Nation zu vereiteln".

Imperialistische Versuche, Algerien aus der arabischen Einheit herauszubrechen

z.jon. Die Erkrankung des algerischen Staatspräsidenten und Vorsitzenden des Revolutionsrates Houari Boumedienne weckt bei allen Imperialisten die Hoffnung, mit Algerien einen Eckpfeiler der arabischen Einheit wegbrechen zu können.

Alle Mitglieder des Revolutionsrates waren Führer im Befreiungskampf gegen Frankreich. Der Sieg im achtjährigen Volkskrieg 1962 war für den Kampf aller arabischen Völker um Einheit und Unabhängigkeit von entscheidender Bedeutung. – Nach seiner Unabhängigkeit hat Algerien als erstes



arabisches Land seine Erdölvorkommen unter nationale Kontrolle genommen und eine führende Rolle beim Aufbau der OPEC gespielt. 1967 wurden die US-amerikanischen, 1971 die französischen Erdölmonopole enteignet. Heute liegen 77% der Erdölförderung und die gesamte Prospektierung und Verarbeitung des Erdöls in der Hand der staatlichen Gesellschaft Sonatrach. Algerien ist von Anfang an ein führendes Mitglied der Bewegung der Blockfreiheit gewesen. Zuletzt hat es bei der Arabischen Gipfelkonferenz in Bagdad im Oktober '78 dazu beigetragen, die Einheit der arabischen Staaten gegen die beiden Supermächte zu verteidigen. Die US-Imperialisten wollen Ägypten zu einem Separatfrieden mit Israel erpressen, die sowjetischen Sozialimperialisten wollen die PLO und eine Reihe arabischer Staaten zu einem ,,strategischen Bündnis" bringen. Die Konferenz beschloß einmütig, Ägypten nicht zu isolieren und den Kampf gegen die Zionisten zu verstärken.

Im eigenen Land hat Algerien die Versuche der Sozialimperialisten abgewiesen, seine Rohstoffvorkommen zu plündern. Es wickelt nur 5% seines Außenhandels mit der Sowjetunion ab. Die US-Imperialisten versuchen, die großen Industrialisierungsvorhaben Algeriens zu nutzen, um es in Kreditabhängigkeit zu bringen. Aber Algerien bringt 79% der notwendigen Investitionen aus eigenen Mitteln auf. Die alte Kolonialmacht Frankreich schließlich versucht, Algerien über seine Unterstützung der FPolisario in einen Krieg mit Marokko zu verwickeln. Algerien hält daran fest, daß die beteiligten Staaten den Konflikt selbst, ohne Einmischung der Imperialisten und unter Anerkennung der Rechte des saharauischen Volkes lösen.

Schlachtplan der belgischen Stahlbarone

Neue Rationalisierungsoffensive / Reformistischer Betrug mit ,,36-Stunden-Woche"

z.scc.Brüssel. ,,Stahlabkommen in der Mache?", fragte noch am 24.11. scheinheilig das belgische Bourgeoisblatt ,,De Standaard". Tags darauf verabschiedete – nach wochenlangem einschläferndem Stillschweigen – die Regierung des frisch nach ganz vorn gedrängten Vanden Boeynants den seit Monaten vorbereiteten, von den Stahlarbeitern hart bekämpften ,,Restrukturierungsplan" der belgischen Stahlindustrie.

Was ist der Kern der ,,Restrukturierung", die sich die belgische Finanzbourgeoisie in den nächsten fünf Jahren mindestens 23 Mrd. bfr (1,4 Mrd. DM) kosten läßt? Der imperialistische Staatsapparat übernimmt kräftige Minderheitsanteile an allen belgischen Stahlmonopolen. Um nur die wichtigsten zu nennen: Bei Cockerill, dem ältesten und noch immer größten Stahlkonzern mit seinem Schwerpunkt im Stahlbassin von Lüttich, steigt er mit vorerst 25% der Anteile ein. Bei Sidmar/Gent, einem mit hochmodernen Anlagen ausgerüsteten Stahlwerk, das vor kaum mehr als einem Jahrzehnt unter Beteiligung von Arbed aus dem Boden gestampft und ganz auf die Verarbeitung von Erzen aus der Dritten Welt und auf den Export ausgerichtet wurde, 20 – 25%. Bei der Gruppe Frère-Bourgeois, die mit ihren

Export von EGKS-Stahl in die EG, in 1000 t

	BRD	B/L	F	GB	I	NL
1976	5335	8889	3978	782	1778	2901
1977	4679	7584	3886	975	2083	2419



Wirtschaftsminister Claes wirft sich in die Schlacht. Die reformistischen Gewerkschaftsführer verhelfen seinem Stahlplan zum Durchbruch

Stahlbetrieben in Charleroi ein weiteres Zentrum der belgischen Stahlproduktion bildet, 49% der festen Anteile. Im Gegenzug übernimmt der geschäftsführende Ausschuß des belgischen Finanzkapitals den Großteil der Schulden der Stahlkonzerne. Um welche Summen es dabei geht, zeigt eine Zahl: 1977 betrug die langfristige Verschuldung allein von Cockerill über 21 Mrd. bfr, die Gesamtverschuldung 49 Mrd., umgerechnet über 3 Mrd. DM. Die Großbanken, allen voran die Société Générale, selbst größter Anteilseigner von Cockerill, und Bruxelles Lambert, u.a. mit Frère-Bourgeois eng verflochten, sehen sich endlich der Sorge um die Zinseintreibung ledig: Vanden Boeynants verspricht, die verlangten 23 Mrd. zusätzlich aus den Volksmassen herauszupressen. Hat er nicht die Verantwortung übernommen, das ,,Anti-Krisen-Gesetz" durchzusetzen?

Die Aktienkurse der Stahlmonopole reagierten sofort auf den Beschluß der Regierung: raketenartig schossen sie in die Höhe. Die Stahlbarone wittern Morgenluft für ihren Rationalisierungs- und Expansionsfeldzug. Sehen nicht nur endlich freie Bahn für ihre Absicht, einen Teil der in der Konkurrenz nachhinkenden Stahlbetriebe und Werksteile zu schließen und weitere Tausende von Arbeitern hinauszurationalisieren, sondern sich für die nächsten fünf Jahre mit einem hinreichend dicken Finanzpolster für längst geplante Modernisierungen ausgestattet.

Tatsächlich haben sie in der Modernisierung ihrer Anlagen, in der Rationalisierung der Produktion einen gewaltigen Nachholbedarf vor allem gegenüber ihrer westdeutschen Konkurrenz. Und doch schäumt diese gerade deshalb, weil es ihr nicht gelungen ist, diesen Konkurrenzvorteil entsprechend in größere Marktanteile, in bare Münze, in Vernichtung der belgischen Konkurrenz umzumünzen. Trotz veralteter Anlagen und rückständigeren Produktionsverfahren haben die belgischen Stahlkapitalisten ihre Position auf dem Weltmarkt halten, große Profite aus den Arbeitern herausschinden können. Um 13% (von 1976 auf 1977) haben sie die von ihnen ausgebeutete Arbeiterarmee verringert, gegenüber einem Durchschnitt von 5,2% in der EG. Zeitweise die Hälfte der verbliebenen Arbeiter haben sie auf Kurzarbeit gesetzt. Und dabei die Eisen- und Stahlproduktion lediglich um knapp 6% einschränken müssen. Total unterbelegte Schichten und ständig beschleunigte Produktionsrhythmen, das ist der Arbeitsalltag in den belgischen Stahlwerken; dazu die ständigen Versuche der Kapitalisten, die ,,feu continu', ein die Arbeitskraft verzehrendes Schichtsystem – 7 Tage Frühschicht, 1 Tag Pause, 7 Tage Spätschicht, 1 Tag Pause, 7 Tage Nachtschicht, 5 Tage Pause – auszuweiten, Versuche, gegen die die Stahlarbeiter einen jahrelangen, hartnäckigen Kampf führen. Cockerill hat, fast ausschließlich mit den Methoden verschärfter Antreiberei, die Produktionszeit für eine Tonne Stahl im letzten Jahr um 10% senken können. Welche Profite erst winken den Stahlbaronen, gelingt es ihnen, die brutalen Methoden der Antreiberei mit der Anwendung hochmoderner Maschinerie und Produktionsverfahren zu verbinden!

Export, Export!, ist, angesichts eines beschränkten inneren Marktes, der Schrei der belgischen Stahlkapitalisten. Obwohl sich Länder wie Italien, Frankreich, auch Großbritannien, durch Währungsabwertungen Konkurrenzvorteile bei der Expansion ergattert haben, ist die Stellung der belgisch-luxemburgischen Stahlmonopole als Stahlexporteur Nummer 1 auf den Märkten der EG unangetastet.

Aber doch schon erschüttert. Jede Verringerung läßt die belgischen Stahlkonzerne um ihre Existenz zittern, exportieren sie doch 80% ihrer Stahlproduktion und davon wiederum 70% in die EG. Das Gesetz der Konkurrenz zwingt sie zu umfangreichen Neuausrüstungen, zu tiefgreifender Rationalisierung. 350 Tonnen pro Mann, ist ihre Devise – die westdeutschen Stahlkapitalisten konnten 1976 ,,ihren" Arbeitern 225t abzwingen, die französischen 164t. Wirtschaftsminister und Sozialist Claes, Auftragsschreiber des ,,Restrukturierungsplans", rechnet eine Produktivitätssteigerung von 40% bereits fest ein. Und die Stahlarbeiter?

,,Eine Niederlage der belgischen Stahlarbeiter", hatten wir am 3. Juli geschrieben, nach dem achttägigen, von den reformistischen Gewerkschaftsführern so schändlich verratenen Streik. (s. KVZ 27/78) Als es damals darum gegangen war, ihre Kräfte zusammenzufassen in einer großen Schlacht, *alle* Forderungen zu erheben und den Plan Claes zu Fall zu bringen, haben die Reformisten die Bewegung mit der Forderung nach der ,,36-Stunden-Woche" in die Falle geführt, den Kampfwillen gelähmt. Die 36-Stunden-Woche nicht als Schranke gegen die Verschärfung der Ausbeutung zu fordern, sondern zur ,,besseren Verteilung der Arbeit", das heißt, diese gerechte Forderung der Arbeiter auf den Kopf zu stellen. Das Ergebnis? Die Regierung konnte nach einigen Wochen ,,Abkühlungspause" den ,,Restrukturierungsplan" nahezu sang- und klanglos verabschieden. Die Arbeiter erhalten – eine Stunde ,,Arbeitszeitverkürzung" zum 1.11.1978, die zu diesem Zeitpunkt durch Streichung kleiner Pausen, die sie sich erkämpft hatten, längst wieder hereingeholt ist, eine weitere Stunde zum 1.7.79. Die Gewerkschaftsführer haben, nach wortgewaltigem ,,Widerstand", den Plan Claes schließlich unterschrieben – gegen das hinterhältige und zudem vage Versprechen, die Entlassungen bei erfolgreicher ,,Konjunktur", will heißen bei erfolgreicher Expansion, zu begrenzen. Dafür und ,,im Tausch für die Begrenzung der Arbeitszeit stimmen die Gewerkschaftsorganisationen und gewerkschaftlichen Delegierten zu, aktiv mitzuarbeiten an der Zunahme der Produktivität. Dies soll namentlich geschehen durch: Mitarbeit an der Verwirklichung interner Rationalisierungs- und Umstrukturierungsmaßnahmen, Verbesserung des sozialen Klimas, Kampf gegen Abwesenheit...".

Unterschrieben von den reformistischen Gewerkschaftsführern, die ihr Bestes gegeben haben, die Belange der Stahlarbeiter dem Heißhunger der Stahlbarone auf Höchstprofit zu opfern.

1977 4679 7584 3886 975 2083 2419



Wirtschaftsminister Claes wirft sich in die Schlacht. Die reformistischen Gewerkschaftsführer verhelfen seinem Stahlplan zum Durchbruch

Stahlbetrieben in Charleroi ein weiteres Zentrum der belgischen Stahlproduktion bildet, 49% der festen Anteile. Im Gegenzug übernimmt der geschäftsführende Ausschuß des belgischen Finanzkapitals den Großteil der Schulden der Stahlkonzerne. Um welche Summen es dabei geht, zeigt eine Zahl: 1977 betrug die langfristige Verschuldung allein von Cockerill über 21 Mrd. bfr, die Gesamtverschuldung 49 Mrd., umgerechnet über 3 Mrd. DM. Die Großbanken, allen voran die Société Générale, selbst größter Anteilseigner von Cockerill, und Bruxelles Lambert, u.a. mit Frère-Bourgeois eng verflochten, sehen sich endlich der

EG. Zeitweise die Hälfte der verbliebenen Arbeiter haben sie auf Kurzarbeit gesetzt. Und dabei die Eisen- und Stahlproduktion lediglich um knapp 6% einschränken müssen. Total unterbelegte Schichten und ständig beschleunigte Produktionsrhythmen, das ist der Arbeitsalltag in den belgischen Stahlwerken; dazu die ständigen Versuche der Kapitalisten, die ,,feu continu', ein die Arbeitskraft verzehrendes Schichtsystem – 7 Tage Frühschicht, 1 Tag Pause, 7 Tage Spätschicht, 1 Tag Pause, 7 Tage Nachtschicht, 5 Tage Pause – auszuweiten, Versuche, gegen die die Stahlarbeiter einen jahrelangen, hartnäckigen Kampf führen.

haben die Reformisten die Bewegung mit der Forderung nach der ,,36-Stunden-Woche" in die Falle geführt, den Kampfwillen gelähmt. Die 36-Stunden-Woche nicht als Schranke gegen die Verschärfung der Ausbeutung zu fordern, sondern zur ,,besseren Verteilung der Arbeit", das heißt, diese gerechte Forderung der Arbeiter auf den Kopf zu stellen. Das Ergebnis? Die Regierung konnte nach einigen Wochen ,,Abkühlungspause" den ,,Restrukturierungsplan" nahezu sang- und klanglos verabschieden. Die Arbeiter erhalten – eine Stunde ,,Arbeitszeitverkürzung" zum 1.11.1978, die zu diesem Zeitpunkt durch Streichung kleiner Pausen, die sie sich erkämpft hatten, längst wieder hereingeholt ist, eine weitere Stunde zum 1.7.79. Die Gewerkschaftsführer haben, nach wortgewaltigem ,,Widerstand", den Plan Claes schließlich unterschrieben – gegen das hinterhältige und zudem vage Versprechen, die Entlassungen bei erfolgreicher ,,Konjunktur", will heißen bei erfolgreicher Expansion, zu begrenzen. Dafür und ,,im Tausch für die Begrenzung der Arbeitszeit stimmen die Gewerkschaftsorganisationen und gewerkschaftlichen Delegierten zu, aktiv mitzuarbeiten an der Zunahme der Produktivität. Dies soll namentlich geschehen durch: Mitarbeit an der Verwirklichung interner Rationalisierungs- und Umstrukturierungsmaß-

Erscheinen der ,,Times" eingestellt

z.hef.London. Seit dem 1.12. hat der Verlag der ,,Times" und der ,,Sunday Times" das Erscheinen der Zeitungen zumindest vorübergehend eingestellt. Im April hatten die Kapitalisten mit der Schließung zu diesem Termin gedroht, wenn nicht alle 54 getrennt verhandelnden Gruppen der sieben Gewerkschaften bis dahin einem Abkommen über die Einführung der Computer-Satztechnik, die Verringerung der Beschäftigtenzahl, und einem neuen Schlichtungsverfahren zustimmen würden. Kern ist die Rationalisierung, die die Kapitalisten mit dem Computersatz *beginnen* wollen. Die neuen Maschinen sind bereits installiert. Die 4300 Beschäftigten der ,,Times" haben mit zahlreichen einzelnen Streiks gegen die Verschärfung der Ausbeutung gekämpft. Dieser Widerstand soll durch das neue Schlichtungsabkommen gebrochen werden. Profite, wie die bisher im Jahr 1978 bereits eingesteckten 8,5 Mio. DM, sind den hauptsächlich im Ölgeschäft steckenden Kapitalisten der ,,Times" entschieden zu wenig. Die seit 1785 erscheinende Zeitung ist das publizistische Flaggschiff des britischen Imperialismus. Mit dem Hinweis auf die ,,Großartigkeit" und das ,,internationale Ansehen" der Zeitung sollten die Arbeiter dazu gebracht werden, vor Ehrfurcht kniend dem Abkommen zuzustimmen, um die Schließung zu verhindern. Dieser Plan ist schiefgegangen. Nur vier der 54 Gruppen haben zugestimmt. Geplante Entlassungen mußten die Kapitalisten jetzt bereits um 14 Tage aufschieben.

Französische Strafkolonie auf Clipperton/Pazifik geplant

z.jon. Clipperton ist eine flache, felsige, unbewohnte Insel von 6 km², 1500 km vor der mexikanischen Küste im Pazifik. 1858 wurde sie Mexiko von Frankreich geraubt. Das Klima ist regenreich und heiß: Unlängst wurde das leere Eiland von zwei Justizkommissionen besucht. Dem französischen Staatsrat liegt der Antrag vor, Clipperton direkt der Zuständigkeit der Pariser Justizbehörden zu unterstellen. ,,Le Figaro" meldet undementiert: ,,Weil Justizminister Alain Peyrefitte von der Abschaffung der Todesstrafe früher oder später überzeugt ist, läßt er von seiner Behörde den Plan für eine Strafanstalt auf diesem Korallenatoll prüfen... Der Bau einer solchen Strafanstalt auf bewohntem Gebiet käme tatsächlich nicht in Frage. Die Wiederherstellung des Zuchthauses in Cayenne... werde wegen der Vorstellungen, die das erweckt, verworfen." Nach Cayenne (,,Französisch"-Guyana) wurden bis 1942 70000 Gefangene deportiert. ,,La Grande Encyclopédie" schreibt (um 1890): Nach Abschaffung der Sklaverei 1848 sei die Bevölkerung Guyanas rasch gesunken. Napoleon III. habe dem 1852 durch ,,Strafkolonisation" abhelfen wollen. ,,Aber dieser Versuch hatte traurige Ergebnisse. Von 23659 nach Guyana deportierten Häftlingen starben 12000 an Krankheit." Ein großer Teil dieser 23659 waren Kämpfer der Pariser Kommune.

US-Imperialisten lassen Weltgetreidekonferenz platzen

z.jon. Wie schon im März haben die US-Imperialisten die Genfer Verhandlungen über ein Weltgetreideabkommen an der Frage eines Reservefonds

Mexiko hält dem Druck der US-Imperialisten stand

Carters Coup gegen die OPEC gescheitert / Mexikos Unabhängigkeit wird zur revolutionären Gefahr

z.gek. Eigentlich hatte Carter nach Mexiko reisen wollen, *bevor* der mexikanische Präsident Portillo in die VR China und nach Japan reiste, und *vor* dem Treffen der OPEC im Dezember, auf dem definitiv über Preiserhöhungen beraten wird. Bis dahin hoffte Carter einen Vertrag mit Mexiko unter Dach und Fach zu haben, der den USA mehr oder weniger die *gesamte* für den Export bestimmte Erdöl- und Erdgasproduktion Mexikos gesichert hätte, gegen ,,Schuldennachlaß" und neue Kredite. Mit dem exklusiven Zugriff auf das mexikanische Öl und Gas glauben die US-Imperialisten, den Kampf der OPEC-Staaten um den Ölpreis mit einem Schlag zu erledigen wie die Fliege mit der Klatsche. Richtig daran ist: gelänge es den US-Imperialisten, sich in den Besitz der Ölquellen Mexikos zu setzen, wären die Kräfteverhältnisse in der Welt anders. Nach der letzten Mitteilung der Pemex, der staatlichen Ölgesellschaft Mexikos, betragen die Vorkommen an Öl, die als nachgewiesen gelten können, inzwischen etwa 300 Milliarden Barrel, die Naturgasvorkommen 48 Billionen Kubikfuß. Das stellt die Vorkommen Mexikos in ihrer Bedeutung neben die Saudi-Arabiens und der beiden Supermächte selbst.

Im Juli hatte sich einer von Carters Energieberatern im Wall Street Journal ungeniert darüber ausgebreitet, daß mittels Mexiko die OPEC doch noch geknackt werden könnte. Der Direktor der Pemex, Serrano, hat direkt darauf geantwortet und diese Spekulationen scharf zurückgewiesen: ,,Mexiko wird sich zu keinem Zeitpunkt und zu keiner Bedingung dazu hergeben, als Instrument des Drucks oder des Boykotts gegen die OPEC zu dienen." Mexiko gehöre der OPEC nur deshalb nicht an, weil es als erstes Land der Welt, nämlich schon 1938, seine vorher in US-Besitz befindliche Ölindustrie zu 100% verstaatlicht habe und dadurch in der Lage gewesen sei, sein Öl stets über dem Weltmarktpreis zu verkaufen. Dies werde es auch künftig tun, insbesondere im Fall einer Preiserhöhung der OPEC. Serrano hat weiter die Linie, die Mexiko bei der vorgesehenen Steigerung seiner Ölexporte verfolgen werde, umrissen: Diese Steigerung werde zügig erfolgen, aber Mexiko werde diesen nationalen Reichtum nicht verschleudern und keine Konkurrenz gegen die anderen ölexportierenden Länder eröffnen. Es werde strikt nicht mehr als 60% der Exporte in die USA liefern und sich für die restlichen 40% selbständig Abnehmer in Europa, Asien und in der Dritten Welt suchen.

Die mexikanische Regierung hat in den letzten Wochen eine Reihe umsichtiger Initiativen ergriffen, um durch eine enge Kooperation mit verschiedenen Staaten der Dritten und der Zweiten Welt ihre Ölpolitik in die Tat umzusetzen. Mit *Rumänien*, dessen Ölressourcen weitgehend erschöpft sind, ist ein Abkommen in Vorbereitung, wonach das alte Ölzentrum von Ploesti mit seinen Lager-, Transport- und Raffineriekapazitäten zu einem Umschlagplatz für mexikanisches Öl im ganzen Donaugebiet werden soll. Mit *Frankreich* und *Spanien* ist ein Dreiecksgeschäft in Vorbereitung, wonach Mexiko gegen Lieferung von Öl verschiedene Industriewaren und Rohstoffe erhalten würde, darunter aufbereitetes Uran, das die US-Imperialisten bisher nicht zu liefern bereit waren. Drittens ist mit *Japan* ein Abkommen in den Grundzügen ausgehandelt, das ab 1980 für den Gegenwert von 20% des gesamten Ölexports den Ausbau und die technische Modernisierung der Pazifikhäfen Mexikos, weiter die Modernisierung seiner Fischfangflotte und -verarbeitungsindustrie, schließlich seines Eisenbahnnetzes bringen soll, sowie die Lieferung weiterer Industrieausrüstungen. Viertens wird mit der *VR China* über ein Abkommen zum Austausch mexikanischer Öltechnologie gegen die Produktionserfahrungen der chinesischen Revolution auf dem Gebiet der Landwirtschaft, für die Errichtung von Mustergütern und Versuchsfarmen etc., verhandelt.

Man begreift die Gereiztheit der US-Imperialisten. Sie sehen inzwischen weit *mehr* als das große mexikanische Ölgeschäft davonschwimmen. Der jetzt über 150 Jahre dauernde Kampf Mexikos um seine nationale Unabhängigkeit gegenüber dem US-Imperialismus könnte in eine neue Etappe eintreten. Noch kontrollieren die US-Imperialisten mit Investitionen in Höhe von 4 Mrd. Dollar zentrale Bereiche der Industrie, monopolisieren sie 70% des mexikanischen Außenhandels, halten sie das Land unter einer Schuldenlast von 26 Mrd. Dollar, größtenteils an US-Banken zu zahlen, niedergedrückt. Aber auf ihrem Programmparteitag in diesem Sommer hat auch die mexikanische Regierungspartei PRI, wie es die revolutionären Arbeiterorganisationen des Landes seit langem fordern, die Nationalisierung der Grundstoffindustrien, einschließlich der Chemieindustrie, und weiter der Lebensmittelindustrie, die jeweils noch zu 70 – 80% von ausländischem Kapital kontrolliert werden, als Sofortprogramm aufgestellt.

Die schweren Pressionen, die die US-Imperialisten in den letzten Monaten gegen Mexiko ausgeübt haben, haben ihr glattes Gegenteil bewirkt. Zuerst hat das US-Außenministerium verkündet, daß die mexikanischen Ölquellen für die USA ,,ein nationales Sicherheitsproblem" seien, dann hat das Pentagon durch ,,Indiskretion" bekannt gemacht, daß Pläne für eine militärische Besetzung der Ölfelder Mexikos durch die US-Armee fertig vorliegen, da die mexikanische Armee ja bekanntlich nichts wert sei. In Wahrheit ärgert die US-Imperialisten gerade der zügige Aufbau der mexikanischen Armee in den letzten beiden Jahren und ihre Bemühungen, die Abhängigkeit von US-Waffenlieferungen zu durchbrechen.

Als nächstes setzte die Carter-Regierung die ökonomischen Daumenschrauben an: Die Importkontingente für mexikanische Landwirtschaftsprodukte und Textilien in die USA wurden von einem Tag auf den anderen einseitig reduziert. Carter selbst kassierte den schon fertig geschlossenen Vertrag für den Bau einer Erdgaspipeline, weil die US-Gesellschaften Mexiko einen ,,inflationär" hohen Lieferpreis zu zahlen bereit seien. Dies Erpressungsmanöver ist auch gescheitert.

Das brutalste Druckmittel, das die US-Imperialisten anwenden, die Deportation von fast 100000 ,,illegalen" mexikanischen Arbeitern in den USA, Monat für Monat und unter buchstäblich kriegsmäßigen Bedingungen, kann ihnen Sturm ernten. Ganz Mexiko hallte von Demonstrationen und Protesten wider, als im September bekannt wurde, daß die Regierung der USA den Bau eines Grenzzauns entlang der 2000-Meilen-Grenze plant, mit Flutlicht, elektronischen Spürgeräten und messerscharfen Metallgittern, die ganze Hände und Füße bei dem abtrennen können, der sie zu übersteigen versucht; und daß in einer Studie der US-Botschaft in Mexiko die Eröffnung von Büros des CIA und FBI in den mexikanischen Städten vorgeschlagen wurde.

Die US-Imperialisten fürchten, daß der Kampf Mexikos um seine Unabhängigkeit von neuem ausstrahlen wird auf den Kampf der unterdrückten mexikanischen Nationalität in den USA selbst. Dem CIA-Direktor Colby wird die offenherzige Erklärung zugeschrieben, er fürchte, bei Licht besehen, die Anwesenheit von 20 Millionen Mexikanern in den USA wegen der revolutionären Gefahr mehr als die sowjetische Bedrohung.

US-Befriedungsplan zur ,,Rettung" Nicaraguas

z.anb. Die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) kämpft hartnäckig gegen die Erpressungspolitik der US-Supermacht. Carter würde sie gerne in ein willfähriges Instrument seiner ,,Menschenrechtskampagne", der Einmischung und Aggression auf dem lateinamerikanischen Kontinent verwandeln. Um in Nicaragua einen weiteren Meilenstein solcher Verbrechen gegen die Völker zu setzen, hat er die OAS für einen ,,Antrag" mißbraucht, die Lage in Nicaragua durch eine ,,internationale Kommission" untersuchen und einen Vorschlag für eine ,,friedliche Lösung" ausarbeiten zu lassen. Die ,,internationale Kommission" bestand schließlich aus den USA, Guatemala und der Dominikanischen Republik, Ländern, die von den US-Imperialisten schrankenlos geplündert und unterdrückt werden.

Die erste Amtshandlung war eine Definition von Vorwänden für die direkte Intervention in Nicaragua. ,,Die USA befürchten in Nicaragua ein zweites Kuba." Sämtliche Waffenlieferungen an eine der beiden gegnerischen Seiten seien unverzüglich einzustellen, lautete die Anmaßung. Wo nicht überall ,,ein zweites Kuba droht"! Immer dort, wo sich die Völker gegen die Supermächte und die imperialistische Ausbeutung erheben. Damit die Waffenlieferungen der *USA* an Somoza nicht umsonst seien, legte die ,,Kommission" dem Kompradorenknecht – und Besitzer von mehr als einem Drittel des Bodens von Nicaragua als seinem ,,persönlichen Eigentum" – ein ,,Ultimatum" vor:

Das Volk von Nicaragua solle in einem Plebiszit entscheiden, ob er im Amt bleibe oder nicht, angesichts der revolutionären Massenkämpfe der Arbeiter und Bauern unter Führung der Sandinistischen Befreiungsfront ein Befriedungsplan zur Rettung der US-Vorherrschaft. Entsprechend breit war die Ablehnung der Massen. Bis hinein in die bürgerliche Opposition der zahlenmäßig kleinen nationalen Bourgeoisie wurde der ,,Volksentscheid" abgelehnt. Die ,,Kommission" drohte: sie werde ihre Arbeit einstellen, falls nicht bis Donnerstag, den 30. November die Abstimmung akzeptiert werde. Somozas Rolle in dem schmutzigen Spiel bestand darin, sich entrüstet gegen den Plan auszusprechen und Unverschämtheiten von sich zu geben, damit der Betrug nicht auffliege:

,,Ich bin durch Wahlen an die Macht gekommen, und nur nach einer Wahl werde ich die Macht wieder abgeben." ,,Wahlen" bei denen die Stimmzettel in den USA gedruckt werden, über die eine ,,demokratische" Marionettenregierung an die Macht gehievt wird.



Venezuela und Panama liefern seit der letzten Woche verstärkt Waffen an die Guerillakämpfer. Costa Rica unterstützt die Sandinistische Front ebenfalls und weil es selbst wiederholten Überfällen der Somoza-Truppen ausgesetzt ist, hat es von Venezuela, Panama und Kolumbien Kampfflugzeuge und finanzielle Unterstützung zugesagt bekommen.

Die FSNL bereitet eine neue Offensive des Volkskrieges gegen Somoza vor. Auf die Erpressung der USA haben Teile der bürgerlichen Opposition des Landes dem ,,Kompromiß" der Volksabstimmung zugestimmt. Gleichzeitig erklären ihre Politiker: ,,Alles wartet auf die Sandinistas... Sie sind die einzige Gruppe, die mit einem garantierten Rückhalt im Volk rechnen kann."



Im Juli hatte sich einer von Carters Energieberatern im Wall Street Journal ungeniert darüber ausgebreitet, daß mittels Mexiko die OPEC doch noch geknackt werden könnte. Der Direktor der Pemex, Serrano, hat direkt darauf geantwortet und diese Spekulationen scharf zurückgewiesen: ,,Mexiko wird sich zu keinem Zeitpunkt und zu keiner Bedingung dazu hergeben, als Instrument des Drucks oder des Boykotts gegen die OPEC zu dienen." Mexiko gehöre der OPEC nur deshalb nicht an, weil es als erstes Land der Welt, nämlich schon 1938, seine vorher in US-Besitz befindliche Ölindustrie zu 100% verstaatlicht habe und dadurch in der Lage gewesen sei, sein Öl stets über dem Weltmarktpreis zu verkaufen. Dies werde es auch künftig tun,

Uran, das die US-Imperialisten bisher nicht zu liefern bereit waren. Drittens ist mit *Japan* ein Abkommen in den Grundzügen ausgehandelt, das ab 1980 für den Gegenwert von 20% des gesamten Ölexports den Ausbau und die technische Modernisierung der Pazifikhäfen Mexikos, weiter die Modernisierung seiner Fischfangflotte und -verarbeitungsindustrie, schließlich seines Eisenbahnnetzes bringen soll, sowie die Lieferung weiterer Industrieausrüstungen. Viertens wird mit der *VR China* über ein Abkommen zum Austausch mexikanischer Öltechnologie gegen die Produktionserfahrungen der chinesischen Revolution auf dem Gebiet der Landwirtschaft, für die Errichtung von Mustergütern und Versuchsfarmen etc., verhandelt.

kündet, daß die mexikanischen Ölquellen für die USA ,,ein nationales Sicherheitsproblem" seien, dann hat das Pentagon durch ,,Indiskretion" bekannt gemacht, daß Pläne für eine militärische Besetzung der Ölfelder Mexikos durch die US-Armee fertig vorliegen, da die mexikanische Armee ja bekanntlich nichts wert sei. In Wahrheit ärgert die US-Imperialisten gerade der zügige Aufbau der mexikanischen Armee in den letzten beiden Jahren und ihre Bemühungen, die Abhängigkeit von US-Waffenlieferungen zu durchbrechen.

Als nächstes setzte die Carter-Regierung die ökonomischen Daumenschrauben an: Die Importkontingente für mexikanische Landwirtschaftspro-

der Einmischung und Aggression auf dem lateinamerikanischen Kontinent verwandeln. Um in Nicaragua einen weiteren Meilenstein solcher Verbrechen gegen die Völker zu setzen, hat er die OAS für einen ,,Antrag" mißbraucht, die Lage in Nicaragua durch eine ,,internationale Kommission" untersuchen und einen Vorschlag für eine ,,friedliche Lösung" ausarbeiten zu lassen. Die ,,internationale Kommission" bestand schließlich aus den USA, Guatemala und der Dominikanischen Republik, Ländern, die von den US-Imperialisten schrankenlos geplündert und unterdrückt werden.

Die erste Amtshandlung war eine Definition von Vorwänden für die direkte Intervention in Nicaragua. ,,Die USA befürchten in Nicaragua ein zweites Kuba." Sämtliche Waffenlieferungen an eine der beiden gegnerischen Seiten seien unverzüglich einzustellen, lautete die Anmaßung. Wo nicht überall ,,ein zweites Kuba droht"! Immer dort, wo sich die Völker gegen die Supermächte und die imperialistische Ausbeutung erheben. Damit die Waffenlieferungen der *USA* an Somoza nicht umsonst seien, legte die ,,Kommission" dem Kompradorenknecht – und Besitzer von mehr als einem Drittel des Bodens von Nicaragua als seinem ,,persönlichen Eigentum" – ein ,,Ultimatum" vor:

Das Volk von Nicaragua solle in einem Plebiszit entscheiden, ob er im

heiten von sich zu geben, damit der Betrug nicht auffliege:

,,Ich bin durch Wahlen an die Macht gekommen, und nur nach einer Wahl werde ich die Macht wieder abgeben." ,,Wahlen" bei denen die Stimmzettel in den USA gedruckt werden, über die eine ,,demokratische" Marionettenregierung an die Macht gehievt wird.



Venezuela und Panama liefern seit der letzten Woche verstärkt Waffen an die Guerillakämpfer. Costa Rica unterstützt die Sandinistische Front ebenfalls und weil es selbst wiederholten Überfällen der Somoza-Truppen ausgesetzt ist, hat es von Venezuela, Panama und Kolumbien Kampfflugzeuge und finanzielle Unterstützung zugesagt bekommen.



Parade der nationalen und revolutionären Organisationen der ,,Chicanos" in den USA zum Tag der mexikanischen Unabhängigkeit, 16.September 1978 in Los Angeles

für Weizen platzen lassen. Die USA sind der größte Weizenproduzent und -exporteur der Welt. Sie wollen mit dem Fonds vor allem die Weizenpreise hochhalten. Jedesmal, wenn der Preis auf dem Weltmarkt unter 140 $ pro Tonne fällt, soll der Fonds Weizen aufkaufen. Die Importeure, vor allem also die Länder der Dritten Welt, sollen den Fonds finanzieren. Die Länder der Dritten Welt wollen mit dem Fonds vor allem das Vorrats- und Liefermonopol der US-Imperialisten brechen. Sie treten für einen ,,Schwellenpreis" von 100 $ pro Tonne ein. Das würde ihre eigene Produktion schützen und die Importeure gegen die imperialistische Preistreiberei sichern. – Das US-Monopol wurde 1976 und 1977 geschwächt, als mehrere Länder der Dritten Welt nach guten Ernten selbst begannen, Weizen zu exportieren. In Genf fordern auch die EG-Staaten einen niedrigen Schwellenpreis, um ihrer eigenen Agrarproduktion gegen das US-Monopol auf dem Weltmarkt zum Durchbruch zu verhelfen. Die Aussichten der US-Imperialisten in diesem Kampf sind schlecht. Sie haben 1978 ihre eigene Produktion gesenkt und legen weiter Land brach, um das Angebot zu verknappen. Weltweit ist die Jahresweizenproduktion gegenüber 1977 um 30 Mio. t. gestiegen und wird wahrscheinlich die Rekordernte von 1976 mit 417 Mio. t. übertreffen.

Grönland lehnt Fischereiprojekt mit der UdSSR ab

z.bag. Gegen die Bestrebungen Kalatdlit Nunats (Grönland), über seine Fischreichtümer selber zu verfügen, zieht die Sowjetunion zu Felde: das ,,bedeutet in Wirklichkeit, daß die einzelnen Länder innerhalb ihrer Grenzen fischen können, wie es ihnen paßt" (,,Land og Folk", Zentralorgan der dänischen Revisionisten). Ein Plan des sowjetischen Fischereiministers Aleksander Isjkov soll den Zugriff der Sozialimperialisten auf Kalatdlit Nunat ermöglichen; er sieht u.a. vor ,,die Einrichtung einer gemeinsamen grönländisch-sowjetischen Gesellschaft, die die Fischerei im großen Stil betreiben und die Fänge an Fabriken in Grönland liefern soll, die ebenfalls der Gesellschaft gehören sollen". Dabei soll die Kapitalbeteiligung 50 : 50 sein, und die Sowjetunion soll das Alleinverkaufsrecht des Fisches haben. Die Sozialimperialisten wollen nicht nur ihre Raubfischerei ausdehnen, sondern auch die Ausbeutung der grönländischen Arbeiterklasse betreiben und das Handelsmonopol für Fisch an sich reißen. Die grönländischen Unabhängigkeitsparteien haben das ,,Angebot" Isjkovs abgelehnt.

Finnische Fronarbeit für sowjetische Energieimporte

z.mih. ,,Ohnehin ist das Verhältnis beider Länder geeignet, Anschauungsunterricht in Sachen gutnachbarlicher Zusammenarbeit zu geben." (Stimme der DDR, 14.9.78) Anlaß für diese ideologische Rauchbombe war die Grundsteinlegung zu einem weiteren finnisch-sowjetischen ,,Gemeinschafts"projekt im Norden Sowjetkareliens in ,,Kostomuschka" durch Kossygin und Kekkonen. Seit einem Jahr bauen 8000 finnische Arbeiter hier gleich neben den Lagerstätten ein Erzaufbereitungskombinat. Dazu eine Stadt für die Bergbauarbeiter, Transformatorenstationen, Straßen und Schienenwege samt Eisenbahnstation. Ein Teil der Erzeugnisse des Kombinats geht nach seiner Fertigstellung an das finnische Hüttenwerk ,,Raah". Der Löwenanteil bleibt im Land, genauer im Hüttenwerk ,,Tscherpowez". – Mit dem Erzaufbereitungskombinat in ,,Kostomuschka", mit den Wasserkraftwerken im Gebiet Murmansk, mit einem Holzverarbeitungskombinat für 1,3 Mrd.

Finnmark und einem Kupfer-Nickel-Schmelzwerk für 1,8 Mrd. Finnmark muß Finnland seine Energielieferungen aus der Sowjetunion bezahlen, die heute schon über 70% der finnischen Öl-, Gas- und Stromlieferungen ausmachen. Laut dem Handelsrahmenabkommen für 1976 bis 1980 bezieht Finnland für 2 Mrd. Rubel pro Jahr 6500 Tonnen Rohöl, 2000 Tonnen Dieselöl, 1500 Tonnen Heizöl und Treibstoff, 15 Tonnen Schmieröle und andere Produkte aus der Sowjetunion.

Argentinien: Eisenbahner gegen Regierung erfolgreich

z.anb. Trotz Streikverbots und massiven Unterdrückungsmaßnahmen wie Verhaftungen und Polizeieinsätzen haben sich in Argentinien bis zu 100000 Eisenbahnarbeiter an einem Streik für höheren Lohn beteiligt. Die Forderung nach Freilassung der während des Streiks verhafteten Arbeiter wurde zur Aktionslosung des Kampfes. In beiden Punkten haben sich die Arbeiter in der vorigen Woche gegen die Regierung durchgesetzt. Die argentinischen Gewerkschaften hatten den Streik für eine Verdoppelung der Löhne öffentlich unterstützt. Sie forderten für eine Familie mit zwei Kindern 300 Dollar Mindestlohn, wohingegen der durchschnittliche Lohn der Eisenbahner ca. 100 Dollar beträgt (Mindestlohn: 80 Dollar, Höchstlohn nach 25 Dienstjahren: 150 Dollar). Die vom imperialistischen Finanzkapital unter Druck gesetzte Regierung hatte 1977 ein Programm der ,,Sanierung der Staatsfinanzen" eingeleitet, darüber vor allem eine brutale Senkung der Löhne, insbesondere im öffentlichen Dienst. Allein die Teuerungsrate von offiziell 160% im Durchschnitt des Jahres 1977 hat viele Arbeiterfamilien an den Rand des Verhungerns gebracht. Die ,,Dresdner Bank" meldet ,,Erfolge in der marktwirtschaftlichen Sanierung" Argentiniens und fordert die Freigabe des staatlichen Erdölsektors für die imperialistischen Blutsauger.

Verbot der Akkordarbeit, Verbot der Sonn- und Feiertagsarbeit und Verbot der Nachtarbeit
35-Stundenwoche an 5 Werktagen / Für Festgeld, 5% = 120 DM



Nach der Kundgebung und Demonstration in Bochum ist die Streikfront erweitert worden. Am Freitag haben die Kapitalisten ausgesperrt. 80000 Mann. Vor den Werktoren sind Protestkundgebungen durchgeführt worden. Ca. 6000 waren es vor der Hoesch Westfalen Hütte.

z.maf. Die ideologische, politische und auch unmittelbar praktische Wirkung, die die Belegschaften der Stahlwerke mit ihrer Aktion erzielen, ist für die ganze Arbeiterbewegung erheblich und das durchaus nicht nur in Westdeutschland und Westberlin. – Die Stahlindustrie macht ihr Geschäft wie kaum eine andere auf dem Weltmarkt. Daß der Arbeiter durch Niederkonkurrieren der auswärtigen Konkurrenten und Geschäftsausweitung seiner Ausbeuter die Arbeitsmarktlage im eigenen Lande verbessern könne und von den rauschenden Weltmarkterfolgen dann auch was abkriegen würde, erscheint in dieser Industrie besonders plausibel, und das wurde von der Bourgeoispropaganda auch weidlich ausgenutzt. Die jetzigen Aktionen drücken aus, daß sich die Stahlarbeiter der lähmenden Wirkung von chauvinistischer und sozialchauvinistischer Propaganda entziehen und den internationalen Interessenzusammenhang des Proletariats ausnutzen. Ferner: Die Stahlindustrie mit ihren großen Anlagen liefert wie kaum eine andere Industrie ,,technische'' Vorwände für das Bestreben der Kapitalisten, Tag und Nacht, sonn- und feiertags arbeiten zu lassen. Jetzt, da die Kapitalisten im ganzen Lande ihr Heil in der Schichtarbeit suchen, bedeutet die Aktion der Stahlarbeiter, die ganz zweifelsfrei von der Schichtenquälerei ausgelöst ist, einen machtvollen Impuls für die erforderliche politische Bewegung für einen Normalarbeitstag zur Normal*zeit*. Endlich: Unter lauthalsiger Berufung auf die ,,internationale Geschäftslage'' haben die Stahlkapitalisten die Politik der dauernden Lohnsenkungen am brutalsten vorangetrieben. Die Aktion der Stahlarbeiter bekundet die feste Absicht der Arbeiterbewegung, die dauernden Lohnsenkungen zu *beendigen*.



Der Streik ist auf Mannesmann/Mühlheim ausgedehnt worden. 9000 Arbeiter. Er wird insgesamt besser organisiert. Am 2. und 3. Tag gab es z.B. bei Thyssen in Duisburg zu wenig Streikposten. Das wurde geändert. Streikposten wurden pünktlich abgelöst und waren ausreichend vorhanden.



Die ausländischen Arbeiter sind fester Bestandteil der Kampffront. Hier bei Mannesmann/Duisburg. Mannesmann hat schon erhebliche Schwierigkeiten durch den Streik. Die Sozialimperiali-



Der Streik ist auf Mannesmann/Mühlheim ausgedehnt worden. 9000 Arbeiter. Er wird insgesamt besser organisiert. Am 2. und 3. Tag gab es z.B. bei Thyssen in Duisburg zu wenig Streikposten. Das wurde geändert. Streikposten wurden pünktlich abgelöst und waren ausreichend vorhanden.



Die ausländischen Arbeiter sind fester Bestandteil der Kampffront. Hier bei Mannesmann/Duisburg. Mannesmann hat schon erhebliche Schwierigkeiten durch den Streik. Die Sozialimperialisten haben ihnen bereits einen Auftrag gestrichen.



Bei Klöckner Bremen versuchen die Kapitalisten, Stahl rauszubekommen, was sie können. Die Arbeit wird erheblich intensiviert. Überstunden werden verweigert. Eine Vertrauensleutevollversammlung hat gegenüber den Kapitalisten protestiert und erklärt, daß der Betrieb bereit sei zum Streik.



Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Eilnachricht — 29.11.1978

Beendigt die dauernden Lohnsenkungen!

5% gleich 120,- DM für jeden / Nieder mit der Arbeit bei Nacht und in Schichten / Verbot der Conti-Schicht / 35-Stundenwoche an fünf Werktagen

Mit energischer Gelassenheit sind gestern die Belegschaften der Stahlwerke in ihre erste Tarifstreikaktion seit 50 Jahren getreten. Bis vorgestern noch herrschte auf der Seite der Stahlkapitalisten hektisches Geplärre und wüste Drohungen. Etlichen Journalisten und Fernsehreportern sind die Finger schon ganz abgelutscht vom vielen Saugen. Gestern in den Fernsehnachrichten waren sie erst mal ruhiger. Die Kapitalisten und ihre bezahlten Analytiker spüren dumpf und bedrückend, was die Stahlarbeiter und alle Proletarier wissen: Mögen sie doch krähen und schmieren, sollen sie doch aussperren, davon wird kein Gramm Stahl fertig.

Sollen doch die metallverarbeitenden und Baukapitalisten ihren Stahl im Ausland kaufen; das wird die Proletarier dort zum Kampf ermutigen und die westdeutschen Stahlkapitalisten wird es Marktanteile kosten und das wissen sie auch und das wird ihnen zuerst zu denken geben und dann werden sie zahlen müssen.

Warum haben die Stahlkapitalisten für die Arbeiter die Nacht zum Tage gemacht und dann auch noch die Conti-Schicht eingeführt? Warum benutzen sie jede Gelegenheit, um kurzarbeiten zu lassen und in der Kurzarbeit dann ein höheres Tempo herauszuholen? Warum haben sie die brutalen Lohnsenkungen in den letzten Jahren noch draufgegeben? Das war alles wegen des Profits. Da war keine Einsicht und kein Verständnis. Da ist bloß Gier nach wachsenden Weltmarktanteilen, Gier nach Profiten. Ob es die Arbeiter, Gesundheit, Lebensdauer und Lebensfreude kostet, ist egal, solange es den Kapitalisten was bringt. Wird gestreikt, so dreht sich das Blatt. Dann toben die Kapitalisten und der Schmarotzeranhang, der von zugesteckten Profiten lebt, tobt mit.

Die Conti-Schicht und die Schichten. Der brutale Wechsel von Kurzarbeit und Überzeiten. Die Entlassungen und gleichzeitige Steigerung der Tonnenleistung. Die Lohnsenkungen und

sowieso verdient. Das sind die Sachen, um die es geht. 5%, als Festgeld für die gesamten Belegschaften der Stahlwerke per Mann gleich ausgezahlt, würden an die 120 DM ausmachen. Eine politische Bewegung für das Verbot der Schichtarbeit, besonders der Conti-Schichten könnte sich durchsetzen.

Stahlarbeiterlohnvergleich für die BRD, Frankreich, Großbritannien, Italien, USA

Relatives Plus gegenüber Italien bei Hähnchen
Relatives Plus gegenüber Italien bei Milch
Relatives Plus gegenüber Frankreich bei Hähnchen
Relatives Plus gegenüber Frankreich bei Milch
Relatives Plus gegenüber Frankreich bei Tomaten
Relatives Plus gegenüber England bei Tomaten
Relatives Minus gegenüber Italien bei Tomaten
Relatives Minus gegenüber England bei Hähnchen
Relatives Minus gegenüber England bei Milch
Relatives Minus gegenüber den USA bei Tomaten
Relatives Minus gegenüber den USA bei Hähnchen
Relatives Minus gegenüber den USA bei Milch

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Eilnachricht — 29.11.1978

Beendigt die dauernden Lohnsenkungen!

5% gleich 120,- DM für jeden / Nieder mit der Arbeit bei Nacht und in Schichten / Verbot der Conti-Schicht / 35-Stundenwoche an fünf Werktagen

Mit energischer Gelassenheit sind gestern die Belegschaften der Stahlwerke in ihre erste Tarifstreikaktion seit 50 Jahren getreten. Bis vorgestern noch herrschte auf der Seite der Stahlkapitalisten hektisches Geplärre und wüste Drohungen. Etlichen Journalisten und Fernsehreportern sind die Finger schon ganz abgelutscht vom vielen Saugen. Gestern in den Fernsehnachrichten waren sie erst mal ruhiger. Die Kapitalisten und ihre bezahlten Analytiker spüren dumpf und bedrückend, was die Stahlarbeiter und alle Proletarier wissen: Mögen sie doch krähen und schmieren, sollen sie doch aussperren, davon wird kein Gramm Stahl fertig.

Sollen doch die metallverarbeitenden und Baukapitalisten ihren Stahl im Ausland kaufen; das wird die Proletarier dort zum Kampf ermutigen und die westdeutschen Stahlkapitalisten wird es Marktanteile kosten und das wissen sie auch und das wird ihnen zuerst zu denken geben und dann werden sie zahlen müssen.

Warum haben die Stahlkapitalisten für die Arbeiter die Nacht zum Tage gemacht und dann auch noch die Conti-Schicht eingeführt? Warum benutzen sie jede Gelegenheit, um kurzarbeiten zu lassen und in der Kurzarbeit dann ein höheres Tempo herauszuholen? Warum haben sie die brutalen Lohnsenkungen in den letzten Jahren noch draufgegeben? Das war alles wegen des Profits. Da war keine Einsicht und kein Verständnis. Da ist bloß Gier nach wachsenden Weltmarktanteilen, Gier nach Profiten. Ob es die Arbeiter, Gesundheit, Lebensdauer und Lebensfreude kostet, ist egal, solange es den Kapitalisten was bringt. Wird gestreikt, so dreht sich das Blatt. Dann toben die Kapitalisten und der Schmarotzeranhang, der von zugesteckten Profiten lebt, tobt mit.

Die Conti-Schicht und die Schichten. Der brutale Wechsel von Kurzarbeit und Überzeiten. Die Entlassungen und gleichzeitige Steigerung der Tonnenleistung. Die Lohnsenkungen und zwar um so brutaler, je weniger einer

sowieso verdient. Das sind die Sachen, um die es geht. 5%, als Festgeld für die gesamten Belegschaften der Stahlwerke per Mann gleich ausgezahlt, würden an die 120 DM ausmachen. Eine politische Bewegung für das Verbot der Schichtarbeit, besonders der Conti-Schichten könnte sich durchsetzen.

Stahlarbeiterlohnvergleich für die BRD, Frankreich, Großbritannien, Italien, USA

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Eilnachricht 1.12.78

Beendigt die dauernden Lohnsenkungen! Schlagt die Kapitalisten! Wehrt euch gegen die gnadenlosen Profitschinder!

Die Betriebsführer der Stahlmonopole sind auf den Gedanken verfallen, die IG-Metall arm streiken zu wollen. Sie sperren jetzt aus. Sie rechnen, daß die Streikkassen sich dann erschöpfen werden. Sie rechnen, daß die IG-Metall dann nachgeben muß. Sie rechnen, daß sie sodann mit der Arbeiterbewegung in Westdeutschland und Westberlin Fangball spielen können. Haben sie die IG-Metall erst einmal gedemütigt, so rechnen sie, so werden die anderen Gewerkschaften erst recht kuschen. Kuschen die Gewerkschaften, so blüht der Profit, und wenn auch sonst nichts blüht.

10000 Stahlarbeiter aus dem Ruhrgebiet trafen sich gestern zur Kampfkundgebung in Bochum. Hier ein Bericht:

,,Arbeiter von Krupp Bochum, Stahlwerke Bochum, von Thyssen Feinguß sowie aus bestreikten Werken in Dortmund haben an der Kundgebung teilgenommen. Ebenso Opelarbeiter mit einem Transparent gegen die Sonderschichten, eine Delegation der ÖTV-Jugendgruppe der Jugendbildungsstätte Hattingen sowie der IG Druck und Papier. An der Kundgebung nahmen weiter teil eine italienische Gewerkschaftsdelegation und der stellvertretende Generalsekretär der internationalen Metallarbeitergewerkschaft. Transparente gegen die Schließung der Gesenkschmiede von Krupp in Bochum, gegen Personalabbau, gegen die Provokationen der Stahlkapitalisten und für die 35-Stundenwoche wurden mitgetragen.

In ihren Reden betonten Janssen (IGM-Vorstand, Tarifträger) und Bleicher (IGM-Vorstand für NRW) immer wieder – unterbrochen von Sprechchören ,Wir sind bereit' – die Solidarität der ganzen Arbeiterbewegung mit dem Kampf der Stahlarbeiter.''

Bei der IG-Metall stapeln sich die Solidaritätsadressen. Was sind diese Solidaritätsadressen? Ausdruck des Verbundenheitsgefühls, irgendwie? Nicht so, sondern: Sie sind Zahlungsanweisungen auf die Kasse der westdeutschen Arbeiterbewegung; sie sind weiter die Ankündigung, daß auch Verstärkung für den offenen Kampf da ist, wenn es sein muß. – Die Stahlkonzerne handeln als Strategen der Finanzbourgeoisie nach der Devise ,,probieren geht über studieren''. Sie wollen prüfen, was die IGM aushalten kann. – Die Arbeiterbewegung hat jahrelang die Taktik der dauernden Lohnsenkung erlitten und hat studiert. Niemand denkt, daß es leicht ist, sich gegen die Kapitalisten durchzusetzen. Sie sind ja schließlich die herrschende Klasse und haben alles in der Hand. Aber produzieren, produzieren tun sie *nichts*. Das wird diesen Parasiten bald aufstoßen.



140000 Arbeiter, darunter 78500 Stahlwerker haben 1969 selbständige Streikaktionen für mehr Lohn durchgeführt. Vielfach wurden Festgeldforderungen in Betriebsversammlungen aufgestellt: Hoesch 30 Pf./Stunde, Krupp Widia auch, dazu u.a. die Angleichung von Lohnunterschieden. Mannesmann, Maxhütte Bayern, Rheinstahlhüttenwerk Schalkerverein 50 Pf., Klöckner 70 Pf. Festgeldforderungen haben bei den Stahlarbeitern Tradition. Einige konnten 1969 durchgesetzt werden, z.B. bei Hoesch. Das sitzt den Kapitalisten in den Knochen.

Kommunistische Volkszeitung

Einheitliche Interessen schaffen Solidarität!

Öffentlicher Dienst. Westberlin. ÖTV-Vertrauensleute des Bezirksamts Neukölln: ,,Euer Streik ist die richtige Maßnahme auf die unnachgiebige Haltung der Unternehmerseite, die noch immer 3% statt 5% anbietet und mit der Verlängerung des Urlaubs von der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung ablenken will! ...''

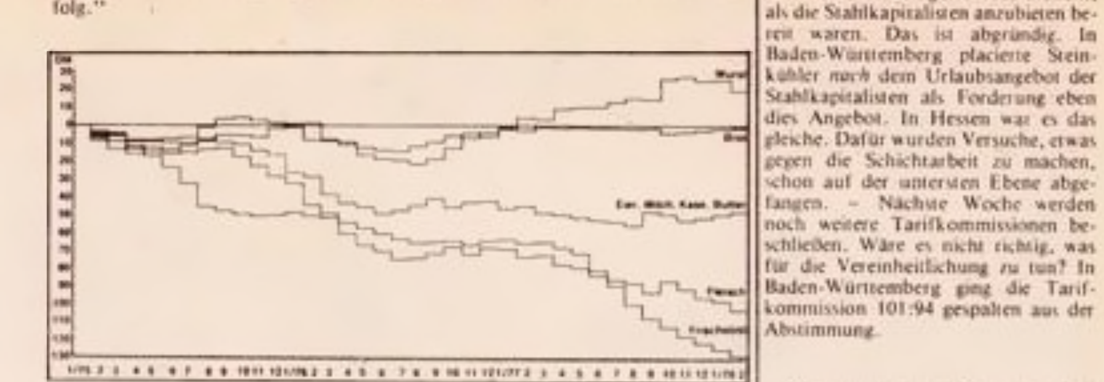
Schüler. Kassel. Einstimmiger Beschluß der SV-Versammlung und der Klasse MA 54 (Buchbinder) der Walter-Hecker-Berufsschule: ,,Wie wir erfahren haben, hat der Arbeitgeberverband der Eisen- und Stahlindustrie ein Angebot von 3% und Verlängerung des Urlaubs vorgelegt. Das ist zuwenig! Demgegenüber unterstützen wir Euren Kampf für die Durchsetzung Eurer Forderungen!''

Studenten. Dortmund. Einstimmiger Beschluß der Studentenvollversammlung Pädagogische Hochschule Ruhr mit 350 Teilnehmern: ,,An die Betriebsräte und Vertrauensleute der Hoesch-AG ... Wir beglückwünschen Euch zu Eurer erfolgreichen Urabstimmung ... Für den Fall eines Streiks wünschen wir Euch einen vollen Erfolg ...''

Metallarbeiter. München. Mitgliederversammlung der IGM Siemens Hofmannstr.: ,,... Wir begrüßen Eure Entscheidung, Eure berechtigten und notwendigen Forderungen nach Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 35 Stunden bei vollem Lohnausgleich gegen die unbeugsame Haltung der Unternehmer mit den Mitteln des Arbeitskampfs durchzusetzen ...''

Soldaten. Walldürn. Brief von Soldaten aus der 3/362 an die Gewerkschaften. ,,Zur Zeit werden die Lohnkämpfe vorbereitet, in der Stahlindustrie gegen ein 2,1%-Angebot bereits geführt. Als Soldaten sind wir zwar momentan davon ausgeschlossen, haben aber dennoch das größte Interesse daran, weil wir auch in Uniform Arbeiter und Lohnabhängige bleiben und es somit in den jetzigen Lohnkämpfen auch um den Wert unserer Arbeitskraft geht.''

Lehrer. Westberlin. Personalversammlung der Gesamtheit der Westberliner Studienreferendare, und MV Neukölln der GEW Berlin: ,,Wir möchten Euch mitteilen, daß wir Eure Forderungen ... für voll berechtigt halten ... Der staatliche Dienstherr versucht seit Jahren, ... die Rationalisierung im öffentlichen Dienst voranzutreiben. Wir sind uns bewußt, daß Euer Kampf auch für die Durchsetzung unserer Forderung ... große Bedeutung hat und wünschen Euch vollen Erfolg.''



Lohnkonto eines Arbeiters bei Krupp Bochum. Bis Mai 76 in LG 6, danach in 7. Kauft der Arbeiter vom Nettolohn stets dieselbe Menge Nahrungsmittel wie Jan. 75, so hat er je nach Verhältnis von Nettolohn und Preisen über die Jahre Ersparnis oder Schulden. Ersparnisse oben, Schulden unten.

Wenigstens Mindestforderungen!

Während die IG Metall, Abteilung Stahl, im Streik steht, und alle Gründe da wären, klug zu handeln, lassen die führenden Sozialdemokraten in diesen Tagen zu, daß sich bei den Forderungen an die metallverarbeitenden Kapitalisten ein Chaos entwickelt, das so nicht bleiben kann. Nur allein bei Lohn und Urlaub: Im Nordverbund fordert die IG Metall 6%, mindestens 86 DM. Das gilt für Kiel, Hamburg, Bremen und Umgebung. In Hessen, Rheinland-Pfalz und fürs Saarland fordert die IG Metall 6%, mindestens 100 DM. Für Baden-Württemberg, wo Franz Steinkühler wirkt, fordert die IG Metall 6,5% und die Streichung der Lohngruppen 1 und 2, eine dort so oft erhobene und fallengelassene Forderung, daß die Kapitalisten gelacht haben sollen, als sie davon hörten.

Bezüglich der Urlaubsforderung wurde im Nordverbund eine Forderung aufgestellt, die niedriger liegt als die 30 Tage, die die Stahlkapitalisten bereits angeboten haben (allerdings einige Tage *bevor* diese angeboten wurden). Jetzt müßte die IG Metall erklären, warum man zum Beispiel als Werftarbeiter weniger Urlaub braucht, als die Stahlkapitalisten anzubieten bereit waren. Das ist abgründig. In Baden-Württemberg placierte Steinkühler *nach* dem Urlaubsangebot der Stahlkapitalisten als Forderung eben dies Angebot. In Hessen war es das gleiche. Dafür wurden Versuche, etwas gegen die Schichtarbeit zu machen, schon auf der untersten Ebene abgefangen. – Nächste Woche werden noch weitere Tarifkommissionen beschließen. Wäre es nicht richtig, was für die Vereinheitlichung zu tun? In Baden-Württemberg ging die Tarifkommission 101:94 gespalten aus der Abstimmung.

Dieser unwürdige Zustand muß bereinigt werden. Und zwar *bald*, sonst zahlen die Arbeiter für die blöden Spielchen verschiedener Bestandteile des IGM-Vorstandes gegeneinander.

KBW Kommunistischer Bund Westdeutschland

Kommunistische Volkszeitung

Einheitliche Interessen schaffen Solidarität!

Öffentlicher Dienst. Westberlin. ÖTV-Vertrauensleute des Bezirksamts Neukölln: ,,Euer Streik ist die richtige Maßnahme auf die unnachgiebige Haltung der Unternehmerseite, die noch immer 3% statt 5% anbietet und mit der Verlängerung des Urlaubs von der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung ablenken will! ...''

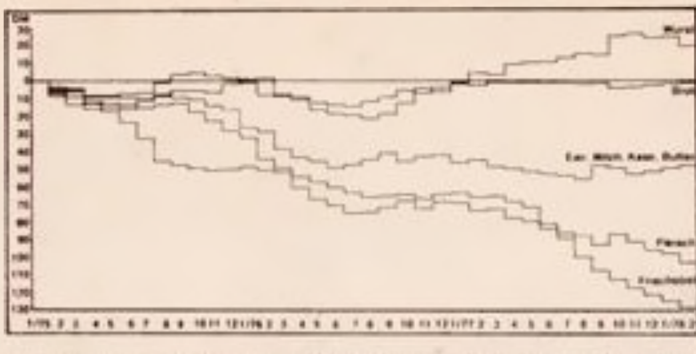
Schüler. Kassel. Einstimmiger Beschluß der SV-Versammlung und der Klasse MA 54 (Buchbinder) der Walter-Hecker-Berufsschule: ,,Wie wir erfahren haben, hat der Arbeitgeberverband der Eisen- und Stahlindustrie ein Angebot von 3% und Verlängerung des Urlaubs vorgelegt. Das ist zuwenig! Demgegenüber unterstützen wir Euren Kampf für die Durchsetzung Eurer Forderungen!''

Studenten. Dortmund. Einstimmiger Beschluß der Studentenvollversammlung Pädagogische Hochschule Ruhr mit 350 Teilnehmern: ,,An die Betriebsräte und Vertrauensleute der Hoesch-AG ... Wir beglückwünschen Euch zu Eurer erfolgreichen Urabstimmung ... Für den Fall eines Streiks wünschen wir Euch einen vollen Erfolg ...''

Metallarbeiter. München. Mitgliederversammlung der IGM Siemens Hofmannstr.: ,,... Wir begrüßen Eure Entscheidung, Eure berechtigten und notwendigen Forderungen nach Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 35 Stunden bei vollem Lohnausgleich gegen die unbeugsame Haltung der Unternehmer mit den Mitteln des Arbeitskampfs durchzusetzen ...''

Soldaten. Walldürn. Brief von Soldaten aus der 3/362 an die Gewerkschaften. ,,Zur Zeit werden die Lohnkämpfe vorbereitet, in der Stahlindustrie gegen ein 2,1%-Angebot bereits geführt. Als Soldaten sind wir zwar momentan davon ausgeschlossen, haben aber dennoch das größte Interesse daran, weil wir auch in Uniform Arbeiter und Lohnabhängige bleiben und es somit in den jetzigen Lohnkämpfen auch um den Wert unserer Arbeitskraft geht.''

Lehrer. Westberlin. Personalversammlung der Gesamtheit der Westberliner Studienreferendare, und MV Neukölln der GEW Berlin: ,,Wir möchten Euch mitteilen, daß wir Eure Forderungen ... für voll berechtigt halten ... Der staatliche Dienstherr versucht seit Jahren, ... die Rationalisierung im öffentlichen Dienst voranzutreiben. Wir sind uns bewußt, daß Euer Kampf auch für die Durchsetzung unserer Forderung ... große Bedeutung hat und wünschen Euch vollen Erfolg.''



Lohnkonto eines Arbeiters bei Krupp Bochum. Bis Mai 76 in LG 6, danach in 7. Kauft der Arbeiter vom Nettolohn stets dieselbe Menge Nahrungsmittel wie Jan. 75, so hat er je nach Verhältnis von Nettolohn und Preisen über die Jahre Ersparnis oder Schulden. Ersparnisse oben, Schulden unten.

Wenigstens Mindestforderungen!

Während die IG Metall, Abteilung Stahl, im Streik steht, und alle Gründe da wären, klug zu handeln, lassen die führenden Sozialdemokraten in diesen Tagen zu, daß sich bei den Forderungen an die metallverarbeitenden Kapitalisten ein Chaos entwickelt, das so nicht bleiben kann. Nur allein bei Lohn und Urlaub: Im Nordverbund fordert die IG Metall 6%, mindestens 86 DM. Das gilt für Kiel, Hamburg, Bremen und Umgebung. In Hessen, Rheinland-Pfalz und fürs Saarland fordert die IG Metall 6%, mindestens 100 DM. Für Baden-Württemberg, wo Franz Steinkühler wirkt, fordert die IG Metall 6,5% und die Streichung der Lohngruppen 1 und 2, eine dort so oft erhobene und fallengelassene Forderung, daß die Kapitalisten gelacht haben sollen, als sie davon hörten.

Bezüglich der Urlaubsforderung wurde im Nordverbund eine Forderung aufgestellt, die niedriger liegt als die 30 Tage, die die Stahlkapitalisten bereits angeboten haben (allerdings einige Tage bevor diese angeboten wurden). Jetzt müßte die IG Metall erklären, warum man zum Beispiel als Werftarbeiter weniger Urlaub braucht, als die Stahlkapitalisten anzubieten bereit waren. Das ist abgründig. In Baden-Württemberg placierte Steinkühler nach dem Urlaubsangebot der Stahlkapitalisten als Forderung eben dies Angebot. In Hessen war es das gleiche. Dafür wurden Versuche, etwas gegen die Schichtarbeit zu machen, schon auf der untersten Ebene abgefangen. – Nächste Woche werden noch weitere Tarifkommissionen beschließen. Wäre es nicht richtig, was für die Vereinheitlichung zu tun? In Baden-Württemberg ging die Tarifkommission 101:94 gespalten aus der Abstimmung.

Dieser unwürdige Zustand muß bereinigt werden. Und zwar bald, sonst zahlen die Arbeiter für die blöden Spielchen verschiedener Bestandteile des IGM-Vorstandes gegeneinander.

KBW Kommunistischer Bund Westdeutschland

Kommunistische Volkszeitung

Kapitalistischer Presseschlamm:

Angemessen für die Arbeiter: Zuerst mal ein *Nullangebot*. Und warum sollen die Arbeiter gar nichts kriegen? Weil: ,,die deutschen Stahlfirmen im Schnitt nur noch zu 65% ausgelastet'' sind. Tag und Nacht, Sonn- und Feiertags müssen die Stahlarbeiter für die Kapitalisten ran. Von 7 × 24 Stunden sind 65% fast 110 Stunden, verteilt auf fünf Werktage wären's fast 22 Stunden den Tag ...! Gegenüber einem 8-Stunden-Normalarbeitstag zur Normalzeit haben die Banditen an die 173% *Überauslastung* durchgesetzt!

Besorgt um Arbeiter: ,,Es sind die überzogenen Arbeitszeitverkürzungen und Lohnforderungen, welche die Arbeitsplätze gefährden.'' Und warum eigentlich? Weil die ,,Gewinnlage'' so schlecht wird, wenn der Lohn nicht ins Uferlose gesenkt und die Arbeitszeit nicht ins Unmenschliche überdehnt werden darf. ,,Es ist so, als jage man einen Menschen, der gerade eine schwere Lungenentzündung hinter sich hat, dürftig bekleidet in einen Schneesturm hinaus.'' So *menschlich* sehen die Frankfurter-Allgemeinen-Lügenhammel den Profit frieren.

Wie sehen sie die Arbeiter: ,, ... dem müssen die streikenden Stahlarbeiter wie die Lemminge vorkommen, die blind ins Verderben rennen.'' Weigern sich die Proletarier, das stets geduldige Lastvieh der bürgerlichen Gesellschaft darzustellen, so bezeichnet die feine Bande sie mit Tieren aus der Familie der Mäuse und Ratten.

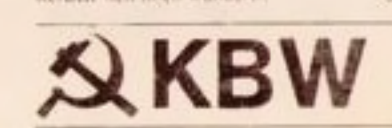
Gefährdet ist: Die ,,Konkurrenzfähigkeit''. ,, ... kann der Fortschritt zu ,humaneren' (kürzeren) Wochenarbeitszeiten nur im zeitlichen Gleichklang mit den großen Konkurrenzländern kommen.'' – Sonst hat das immer ,,englische'' oder ,,italienische'' *Krankheit* geheißen. Im *Gleichklang* mit den großen Konkurrenzländern? Können sie *haben*, sollen sie kriegen. Jahrelang läutet in der internationalen Arbeiterbewegung schon die Sturmglocke zum Kampf gegen die Ausbeuterordnung. Wie die Lemminge? Die werden sich noch wundern!







Kundgebung in Osnabrück am 25.11. Die Drucker der Tageszeitungen ,,Weser Kurier'' und ,,Bremer Nachrichten'' haben aus den Ausgaben vom 29.12. eine halbseitige Hetzanzeige der Stahlkapitalisten rausgeschmissen. Streikposten vor Stahlbetrieben in Nordrhein-Westfalen.



KBW Kommunistischer Bund Westdeutschland



Streikposten der Erzgrubenarbeiter der Hibbing Taconita-Mine in Minnesota, USA, bei ihrem monatelangen Streik Mitte 1977 für Lohnerhöhungen (siehe KVZ Nr. 47/77).



Ende Juli 1978 streikten 19000 Stahlarbeiter in der Provinz Ontario, Kanada und setzten 40% mehr Lohn über drei Jahre und einen Inflationsausgleich durch.



Demonstration der streikenden belgischen Stahlarbeiter der Betriebe Charleroi im Mai 1978, die gegen die Stillegung vieler Werke und Entlassungen von 8000 bis 10000 Arbeitern kämpften (siehe KVZ Nr. 20/78).



Ende Juli 1978 streikten 19000 Stahlarbeiter in der Provinz Ontario, Kanada und setzten 40% mehr Lohn über drei Jahre und einen Inflationsausgleich durch.



Demonstration der streikenden belgischen Stahlarbeiter der Betriebe Charleroi im Mai 1978, die gegen die Stillegung vieler Werke und Entlassungen von 8000 bis 10000 Arbeitern kämpften (siehe KVZ Nr. 20/78).



Streikposten vor dem Werk Neapel des italienischen Stahlmonopols Italsider im Kampf gegen Kurzarbeit, 1977.

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!
Kommunistische Volkszeitung 49
KVZ-Spezialnachrichtendienste: Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft / Chemische Industrie / Stahl / Bau

Streikbeginn bei der Hoesch-Westfalenhütte Dortmund

Dortmund. Der Streik hat mit der Frühschicht um 6.00 Uhr begonnen. 10000 Arbeiter stehen im Streik. 1800 machen Notdienst. Ab 5.00 Uhr standen Streikposten. 20 Arbeiter pro Tor mindestens. Die IGM-Führung hat den Streik so organisiert, daß die Arbeiter sich in 36 Streiklokalen (entsprechend den Tagungslokalen der IGM-Stadtteilgruppen) täglich melden, um Streikgeld zu erhalten und den Versicherungsschutz zu gewährleisten.

Kundgebung gegen Aussperrung Hagen.

Hagen. Am 1.12.78 zu Beginn der Frühschicht versammelten sich 600-700 Arbeiter des Werkes Südwestfalen in Hagen-Wehringshausen vor dem Werkstor zu einer Kundgebung gegen die Aussperrung durch die Stahlkapitalisten. Viel Beifall gab es für Solidaritätserklärungen von Varta/Hagen, dem Betriebsrat der AWO und von der Andreas Brauerei. Die Jugendgruppe des DGB trug das Solidaritätslied vor.

Beim Werk Hagen-Vorhalle versammelten sich ca. 400 zu einer Kundgebung. Die Stimmung ist kampfentschlossen und die Arbeiter haben sich auf eine Dauer des Kampfes bis ins neue Jahr hinein eingestellt. Die IG Metall hat in Hagen und Hohenlimburg 8 Streiklokale eingerichtet für die Arbeiter von Krupp, Südwestfalen und Klöckner.

Warnstreik bei Hoesch Werk Phoenix am 2. Streiktag

Dortmund. Am Dienstag abend sind auf dem Werk Phoenix der Hoesch-Hüttenwerke in Dortmund 100 Arbeiter für zwei Stunden in den Streik getreten. Am Mittwoch morgen haben über 300 gestreikt und verlangt, daß der Vorstand zur geplanten Aussperrung Stellung nimmt. Der Vorstandsvorsitzende der Hüttenwerke, Kettler, und der Arbeitsdirektor Heese mußten vor den versammelten Arbeitern erscheinen und wurden wegen der Aussperrungsmaßnahmen angegriffen. Nach zweieinhalb Stunden wurde der Streik beendet. Der Werksvorstand mußte die volle Bezahlung der Streikstunden zugestehen. Am Mittwoch ist den Arbeitern von Phoenix und der Westfalenhütte in einem Brief und Aushang mitgeteilt worden, daß sie ab Freitag morgen ausgesperrt sind. Die IG Metall will zu dem Zeitpunkt die Streikposten vor der Westfalenhütte abziehen und durch Beobachter ersetzen.

Gegen die Absicht der Hoesch-Kapitalisten, selbst die Ausweise für die Notbelegschaft herzustellen und auszugeben, hat die IG Metall durchge- [illegible]

neue Jahr hinein eingestellt. Die IG Metall hat in Hagen und Hohenlimburg 8 Streiklokale eingerichtet für die Arbeiter von Krupp, Südwestfalen und Klöckner.

Warnstreik bei Hoesch Werk Phoenix am 2. Streiktag

Dortmund. Am Dienstag abend sind auf dem Werk Phoenix der Hoesch-Hüttenwerke in Dortmund 100 Arbeiter für zwei Stunden in den Streik getreten. Am Mittwoch morgen haben über 300 gestreikt und verlangt, daß der Vorstand zur geplanten Aussperrung Stellung nimmt. Der Vorstandsvorsitzende der Hüttenwerke, Kettler, und der Arbeitsdirektor Heese mußten vor den versammelten Arbeitern erscheinen und wurden wegen der Aussperrungsmaßnahmen angegriffen. Nach zweieinhalb Stunden wurde der Streik beendet. Der Werksvorstand mußte die volle Bezahlung der Streikstunden zugestehen. Am Mittwoch ist den Arbeitern von Phoenix und der Westfalenhütte in einem Brief und Aushang mitgeteilt worden, daß sie ab Freitag morgen ausgesperrt sind. Die IG Metall will zu dem Zeitpunkt die Streikposten vor der Westfalenhütte abziehen und durch Beobachter ersetzen.

Gegen die Absicht der Hoesch-Kapitalisten, selbst die Ausweise für die Notbelegschaft herzustellen und auszugeben, hat die IG Metall durchge-setzt, daß gültige Ausweise nur von ihr erstellt werden.

Sonderschicht verweigert

Duisburg. Im Kaltwalzwerk der Thyssen AG Hamborn wird immer noch gearbeitet, mit der Begründung, daß das Material sonst rostet. Die Zustimmung dazu hat ein christlicher Betriebsrat gegeben. Jetzt will die Betriebsleitung auch noch am Samstag eine Sonderschicht fahren. Dagegen haben die Arbeiter rebelliert und jemand von der IGM Streikleitung angefordert. Daraufhin wurde die Sonderschicht abgesetzt.

Brief von Krone-Arbeiterinnen an die streikenden Stahlarbeiter

Westberlin. „Wir Arbeiterinnen der Firma Krone in Westberlin begrüßen euren Streik und unterstützen euren Kampf für die Durchsetzung eurer Forderungen. Wir, die im Akkord arbeiten müssen, der erst heute vom Kapitalisten willkürlich höher gesetzt wurde, finden eure Forderungen nach 5% mehr Lohn und der Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 35 Stunden bei vollem Lohnausgleich berechtigt und notwendig. Gut wäre, wenn eine Lohnerhöhung mindestens 120 DM für jeden ausmachen würde. Wir wünschen euch viel Erfolg bei der Durchsetzung eurer Forderungen." Fünf Arbeiterinnen der Firma Krone.

Opel-Rüsselsheim: Erste Solidaritätsadressen an die Stahlarbeiter

Rüsselsheim. Am Mittwoch verabschiedete die Betriebsversammlung im K40 (Lackiererei und Bänder) mit über 50 Vertrauensleuten und 2 Betriebsräten eine Solidaritätsadresse. In einer Solidaritätsadresse eines anderen Bereichs wird zum Totalstreik gegen die Aussperrung ab Freitag gefordert: ‚Wer aussperrt, bläst die Öfen aus.' In der Fertigmontage übersetzen die Kollegen z.Z. eine Solidaritätsadresse in türkisch, spanisch und italienisch, um sie dann abzuschicken. Auf der Vertrauensleutevollversammlung am Freitag wird vom Lehrlingsvertrauenskörper Antrag auf Verabschiedung einer Grußadresse gestellt, falls dies nicht seitens der VK-Leitung geschieht.

Solidaritätsadresse an die streikenden Stahlarbeiter

Köln/Rhein-Sieg. Köln. „Euer Streik ist die richtige Maßnahme auf die unnachgiebige Haltung der Unternehmerseite, die noch immer 3% statt 5% anbietet und mit der Verlängerung des Urlaubs von der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung ablenken will. Wir Beschäftigte im öffentlichen Dienst müssen jetzt unsere Forderungen für den Tarifkampf debattieren und meinen, daß 120-130 DM richtig wären. Diese 120-130 DM sind geeignet, einen breiten Zusammenschluß sowohl unter den Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes als auch mit denen der Industrie herzustellen. Richtig finden wir auch, daß Ihr die Forderung nach der 35-Stundenwoche bei vollem Lohn-

Rüsselsheim. Am Mittwoch verabschiedete die Betriebsversammlung im K40 (Lackiererei und Bänder) mit über 50 Vertrauensleuten und 2 Betriebsräten eine Solidaritätsadresse. In einer Solidaritätsadresse eines anderen Bereichs wird zum Totalstreik gegen die Aussperrung ab Freitag gefordert: ‚Wer aussperrt, bläst die Öfen aus.' In der Fertigmontage übersetzen die Kollegen z.Z. eine Solidaritätsadresse in türkisch, spanisch und italienisch, um sie dann abzuschicken. Auf der Vertrauensleutevollversammlung am Freitag wird vom Lehrlingsvertrauenskörper Antrag auf Verabschiedung einer Grußadresse gestellt, falls dies nicht seitens der VK-Leitung geschieht.

Solidaritätsadresse an die streikenden Stahlarbeiter

Köln/Rhein-Sieg. Köln. „Euer Streik ist die richtige Maßnahme auf die unnachgiebige Haltung der Unternehmerseite, die noch immer 3% statt 5% anbietet und mit der Verlängerung des Urlaubs von der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung ablenken will. Wir Beschäftigte im öffentlichen Dienst müssen jetzt unsere Forderungen für den Tarifkampf debattieren und meinen, daß 120-130 DM richtig wären. Diese 120-130 DM sind geeignet, einen breiten Zusammenschluß sowohl unter den Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes als auch mit denen der Industrie herzustellen. Richtig finden wir auch, daß Ihr die Forderung nach der 35-Stundenwoche bei vollem Lohn-

ausgleich aufgestellt habt. Haben die Unternehmer doch in den letzten Jahren die Intensität der Arbeit und ihre Ausdehnung durch die Contischicht gesteigert."

(Einstimmig verabschiedet von 18 ÖTV-Mitgliedern, Städtisches Krankenhaus Köln-Holweide)

VW-Arbeiter schreiben Solidaritätsbrief

Südostniedersachsen. Salzgitter. 28.11.78. Acht Arbeiter einer Abteilung des VW-Werkes Salzgitter haben folgende Resolution unterschrieben: „An die Metall-Redaktion, an die Große Tarifkommission der IG Metall für die Stahlindustrie in NRW und Klöckner Hütte Bremen, an die Vertrauensleute und Betriebsräte bei P&S. Kolleginnen und Kollegen, wir beglückwünschen Euch zu Eurem ausgezeichneten Urabstimmungsergebnis von 87% für Streik. Wir unterstützen Eure gerechten Forderungen nach 5% mehr Lohn und nach der 35-Stunden-Woche. Die Arbeitszeitverkürzung darf nicht auf Kosten der Lohnerhöhung gehen. Der niedrige Lohn ist ja gerade, der zu Überstunden und Conti-Schicht zwingt. Setzt ihr die 5% in voller Höhe durch und die Auszahlung dieser 5% auf die Gesamtlohnsumme in gleichen Beträgen von 120 DM für jeden, so könnt Ihr dabei der Unterstützung aller Arbeiter sicher sein, die ebenfalls mit den dauernden Lohnsenkungen der letzten Jahre Schluß machen wollen."

Lehrer unterstützen den Streik der Stahlarbeiter

Südostniedersachsen. Wolfsburg. Die GEW-Jahreshauptversammlung Wolfsburg verabschiedete am 29.11.78 eine Grußadresse an die Stahlarbeiter und solidarisierte sich mit den Forderungen nach der 35-Stunden-Woche und mit dem Kampf um höheren Lohn. Zur Unterstützung des Streiks wurden 228 DM gesammelt. Außerdem wurde beschlossen, gegen die Hetzkampagne der Presse gegen den Streik einen Artikel der GEW für die Wolfsburger Zeitungen zu schreiben.

Solidaritätserklärung mit dem Stahlarbeiterkampf

München/Oberbayern. München. Die Jugendgruppe der IG-Drupa hat folgende Resolution verabschiedet: „Liebe Stahlkollegen! Die Jugendgruppe der IG-Drupa München gratuliert Euch zu Eurem hervorragenden Urabstimmungsergebnis. Der Kampf um die 35-Stundenwoche steht auch bei uns direkt an. Wir erwarten von euch, daß die Forderung von Euch voll durchgesetzt wird, das wird dann auch für unseren Kampf nützlich sein. Dabei spielt die Frage des Lohnes eine wichtige Rolle. Angesichts des Intensivierung der Arbeit und den Rationalsierungsabsichten der Kapitalisten ist ein Streik für die Durchsetzung der Forderungen die richtige Antwort. Ihr habt unsere volle Unterstützung."

Lehrer unterstützen den Streik der Stahlarbeiter

Südostniedersachsen. Wolfsburg. Die GEW-Jahreshauptversammlung Wolfsburg verabschiedete am 29.11.78 eine Grußadresse an die Stahlarbeiter und solidarisierte sich mit den Forderungen nach der 35-Stunden-Woche und mit dem Kampf um höheren Lohn. Zur Unterstützung des Streiks wurden 228 DM gesammelt. Außerdem wurde beschlossen, gegen die Hetzkampagne der Presse gegen den Streik einen Artikel der GEW für die Wolfsburger Zeitungen zu schreiben.

Solidaritätserklärung mit dem Stahlarbeiterkampf

München/Oberbayern. München. Die Jugendgruppe der IG-Drupa hat folgende Resolution verabschiedet: „Liebe Stahlkollegen! Die Jugendgruppe der IG-Drupa München gratuliert Euch zu Eurem hervorragenden Urabstimmungsergebnis. Der Kampf um die 35-Stundenwoche steht auch bei uns direkt an. Wir erwarten von euch, daß die Forderung von Euch voll durchgesetzt wird, das wird dann auch für unseren Kampf nützlich sein. Dabei spielt die Frage des Lohnes eine wichtige Rolle. Angesichts des Intensivierung der Arbeit und den Rationalsierungsabsichten der Kapitalisten ist ein Streik für die Durchsetzung der Forderungen die richtige Antwort. Ihr habt unsere volle Unterstützung."

Da es ganz unmöglich ist, und zwar nicht nur wegen des enormen Gesamtvolumens, sondern auch wegen der Spezialität des Interesses für bestimmte Nachrichten, den für die kämpfende Arbeiterbewegung und die Volksmassen erforderlichen Nachrichtenfluß gänzlich über das Zentralorgan abzuwickeln, haben wir die KVZ-Spezialnachrichtendienste geschaffen, deren Unterteilung im Impressum auf der Seite 02 dieser Ausgabe nachgesehen werden kann. – Auszüge aus diesen Spezialnachrichtendiensten erscheinen stets in den Zellenzeitungen; die Spezialnachrichtendienste sind in vieler Hinsicht noch unfertig. Wer trotzdem den einen oder anderen beziehen will, soll sich an die Geschäftsstellen bzw. die ihm bekannten Mitglieder der Organisation wenden.

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!
Kommunistische Volkszeitung 49
KVZ-Spezialnachrichtendienste: Registerdienst

28. November 1978

F, TF1, 20.00h / **Streik in der westdeutschen Stahlindustrie**

30000 von 200000 Arbeitern der westdeutschen Stahlindustrie haben heute morgen in Nordrhein-Westfalen plötzlich den Streik aufgenommen und vor acht Betrieben Streikposten aufgestellt. Das ist etwas ungewöhnlich in Deutschland, es gab dort in der Stahlindustrie seit 50 Jahren keine Streiks. Die Unternehmer haben sofort reagiert und die Aussperrung in zehn weiteren Betrieben verfügt, also die Schließung. Der Konflikt kündigt sich also sehr schlecht an, und läuft Gefahr, vor allem die Automobilindustrie in Mitleidenschaft zu ziehen. Die deutschen Arbeiter verlangen nur eine ganz geringe Lohnerhöhung von 5%, aber vor allem die 35-Stunden-Woche. Dieser Streik, dem in diesem Jahr schon die der Hafenarbeiter, der Drucker und Metaller vorausgegangen sind, ist jedoch ein Leuchtfeuer im deutschen sozialen Klima. (Bernard Wolcker), bitte:

Ja, das ist das Ende einer Epoche in der Bundesrepublik Deutschland, einer Epoche, in der die Gewerkschaften vernünftig waren und sich Jahr um Jahr mit den Unternehmern geeinigt haben, die Forderungen nach einer Lohnerhöhung zu begrenzen, als Gegenleistung für einen Beschäftigungsplan und ein regelmäßiges Wachstum des Lebensniveaus. Seit vier Stunden sind die Streikposten vor den großen der deutschen Stahlindustrie aufgezogen: Bei Krupp, Mannesmann, Thyssen und Hoesch. 40000 Stahlarbeiter im ganzen sind im Ausstand. Dieser Streik ist übrigens nicht gewöhnlich, denn die Lohnforderungen spielen nur eine ganz zweitrangige Rolle als Auslöser. Die allmächtige Einheitsgewerkschaft IG Metall verlangt in der Tat nicht mehr und nicht weniger als die Einführung der 35-Stunden-Woche. Für die Unternehmer ist das eine selbstmörderische Forderung, vor allem in einem Sektor wie dem Stahl, der in diesem Augenblick in großen Schwierigkeiten steckt. Die Unternehmer haben also unverzüglich reagiert und die zeitweilige Entlassung aus technischen Gründen für 30000 andere Arbeiter ab Freitag beschlossen. Diese Konfrontation zwischen Unternehmern und Gewerkschaften wird sich sicher weiter verschärfen, und es ist möglich, daß die ganze deutsche Stahlindustrie bald stillgelegt werden muß. Die soziale Situation hat sich seit der Energiekrise sehr verschlechtert. Bei einer Million Arbeitslosen haben die Unternehmer nicht gezögert, ihre Fabriken zu schließen, wenn ihnen die Forderungen der Gewerkschaften übertrieben vorkamen. Der Streik ist übrigens der vierte in diesem Jahr, nach den Hafenarbeitern, in der Druckindustrie und in der Metallindustrie, der zwei Wochen gedauert hatte.

*

* *GB, BBC 1, 21.00h* / **Stahlarbeiterstreik in Westdeutschland**

Die westdeutschen Stahlarbeiter haben ihren ersten offiziellen Streik seit 50 Jahren begonnen. Und ihre Aktionen könnten, wenn sie länger andauern, die Autoproduktion im Land bedrohen. Über 37000 Arbeiter in 8 Stahlwerken an der Ruhr, dem industriellen Herzland Deutschlands, blieben der Arbeit fern. Die Streikenden wollen eine 5%-Lohnerhöhung und die schrittweise Einführung der 35-Stunden-Wo-che. Die Arbeitgeber, die eine Erhöhung von 3% und sechs Wochen Jahresurlaub angeboten haben, haben gedroht, ab Freitag 29000 Arbeiter in 8 weiteren Werken auszusperren.

30. November 1978

I, RAI 1, 20.00h / **Stahlarbeiterstreik in Westdeutschland**

Am dritten Tag des von der IG Metall ausgerufenen Streiks in acht großen Stahlwerken des Ruhrgebietes, mit dem sie die 35-Stunden-Woche durchsetzen will, ist noch keine Lösung des Konflikts absehbar, des schärfsten, mit dem die Werktätigen und die Industriellen in diesem Bereich seit 50 Jahren aufeinanderstoßen. Am Streik sind bisjetzt 37000 Stahlarbeiter beteiligt, aber die Industriellen haben ab morgen für sechs weitere Fabriken eine Aussperrung angekündigt, die 30000 Arbeitern die Arbeit wegnehmen wird.

*

1. Dezember 1978

F, TF1, 20.00h / **Aussperrung in der westdeutschen Stahlindustrie**

Aussperrung seit heute morgen für mehr als 28000 Arbeiter in der westdeutschen Stahlindustrie in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen. Die Unternehmer haben diese unpopuläre Maßnahme verfügt, um auf den Schwerpunktstreik von 37000 Stahlarbeitern in mehreren Fabriken im Ruhrgebiet seit letzten Dienstag zu antworten. Die Streikenden fordern die stufenweise Einführung der 35-Stunden-Woche und 5% Lohnerhöhung. Es handelt sich um den ersten Konflikt in der deutschen Stahlindustrie seit 50 Jahren.

A, ORF, 19.30h /**Streik der Stahlarbeiter in der BRD**

In der Bundesrepublik Deutschland hat sich der Arbeitskampf in der Stahlindustrie verschärft. Die Arbeitgeber haben heute 80000 Arbeiter und Angestellte in mehreren Stahlbetrieben ausgesperrt. Seit vergangenem Dienstag hatten 37000 Arbeiter in acht Werken gestreikt, um Lohnerhöhungen und Arbeitszeit-verkürzung zu erreichen.
Protest heute in Dortmund wie in anderen Stahlorten Westdeutschlands. Aussperrung als Arbeitgeberantwort auf Gewerkschaftsstreiks ist in der Bundesrepublik fallweise eingetreten und seitdem heftig umstritten. Die Arbeitgeber sprechen von einem legitimen Mittel zur Verkürzung von Arbeitskämpfen, die Gewerkschaften bezeichnen es als schändlich, wenn Dienstnehmer so ausgesperrt werden. Sie dürfen ihre Betriebe nicht mehr betreten, das Arbeitsverhältnis ruht, sie bekommen keinen Lohn, kein Gehalt und keinen Sozialversicherungsschutz mehr. Auch heute am vierten Tag des ersten deutschen Stahlstreiks seit 40 Jahren geht es um die ursprünglichen Forderungen und Angebote. Die Gewerkschaften wollen 5% mehr Lohn und einen sogenannten 'Einstieg' in die 35-Stunden-Woche als Arbeitszeitverkürzung, die Arbeitgeber bieten 3% mehr Lohn und 6 Wochen Urlaub.

Trotz Streik und Aussperrung bieten sie heute neue Verhandlungen an, jedoch gereizte Stimmung der Stahlkocher:

'Ja, ich finde, das ist eine Schweinerei, *allein schon deswegen, weil wir als einziges unsere Arbeitskraft anbieten können, und die Arbeitgeber versuchen natürlich durch die Aussperrung, die Gewerkschaft kampfunfähig zu machen, d.h. daß die Kassen leer werden, vielleicht könnten wir so gesehen überhaupt keine Forderungen mehr stellen.' 'Wenn Aussperrung Recht sein soll, dann hat dieser Staat seine Rechtsgültigkeit verloren!?'*
Es geht also auch um Prinzipien. Streikrecht, Aussperrungsrecht, Tarifautonomie, Mitbestimmung, Produktivität und Stahlkrise. Die Streikverluste der Stahlbetriebe: umgerechnet eine halbe Mrd Schilling in der Woche. Die Kosten der Gewerkschaft für Streikgelder und Hilfen an Ausgesperrte in der Größenordnung von 100 Mio. Schilling wöchentlich.
(IG Metall) *'Aussperrung ist schändlich, weil mit ihr Menschen als Mittel zum Zweck herabgewürdigt werden. Wer aussperrt, wirft Menschen auf die Straße und bringt sie um ihre Existenzgrundlage. Die Aussperrung ist schändlich, weil mit ihr das Streikrecht der Gewerkschaften zerstört werden soll.*
(Arbeitgeberverband) *In der von uns bejahten Tarifautonomie stehen sich starke Organisationen auf Arbeitgeber-und auf Arbeitnehmerseite gegenüber. Sie müssen gleichberechtigt und gleich stark bleiben, auch in der Phase der Tarifauseinandersetzung. Und dazu gehört die gleiche Chance im Arbeitskampf. Gleiche Chance im Arbeitskampf bedeutet: Waffe der Arbeitnehmer -Streik, Waffe der Arbeitgeber – die Aussperrung.'*

Obwohl es ungewöhnlich erscheint, daß eine kommunistische Zeitung in dieser Breite und unkommentiert Gerede aus dem Fernsehen veröffentlicht, haben wir das doch für richtig gehalten. – Da die Interessenpunkte der Bourgeois der verschiedenen Länder verschieden und konkurrierend sind, kommt aus den verschieden eingefärbten Schwindeleien doch Interessantes heraus. – Wir erfassen im KVZ-Spezialnachrichten-Registerdienst jeweils Äußerungen sowohl der führenden Politiker der jeweiligen Länder wie auch Äußerungen über Westdeutschland. Der Registerdienst befindet sich noch im Ausbau. Er kommt wöchentlich heraus. Wer sich dafür interessiert, kann diesen Dienst zum Preis von vorderhand 0,60 DM bei den Geschäftsstellen beziehen.

Neues und Altes von Klose

r.kug. Hans-Ulrich Kloses Verdienste für die Kapitalistenklasse liegen in scheinbar skandalumwitterten Vorstößen nach „links".

„Wie immer man diesen Staat in seinen Funktionen qualifiziert: Wir intervenieren vielfach zugunsten der Wirtschaft, was im Ergebnis heißt, daß wir uns ziemlich handfest als Reparaturbetrieb des Kapitalismus betätigen." (Konkret 12/78) Als Mottenkistenkrämer hat man den Guten dafür beschimpft. „Innovationswillige Unternehmer würden entmutigt", hieß es in der „Welt". „Ich investiere doch unentwegt, um Unternehmen zu erhalten... und weil ich investiere, will ich auch lenken", drückt er den Willen der Bourgeoisie nach dirigistischen Eingriffsmöglichkeiten zur Absicherung der imperialistischen Expansion auf seine Weise aus. „Klose sehnt sich offensichtlich nach einer neuen Aufgabe", orakelt die „Süddeutsche Zeitung". Was heißt hier sehnen? Er *hat* sie bereits. „Große Teile der Jugend verlieren das Vertrauen in unseren Staat", stellt er zu einer Umfrage der Zeitschrift „Bravo" fest, nach der 65,4% von 508 befragten Schülern nichts gegen kommunistische Lehrer haben. „Nicht kleckern, sondern klotzen", so trat der ehemalige Staatsanwalt und Leutnant der Reserve Klose 1974 sein Bürgermeisteramt an. Jetzt klotzt er wieder, „um Vertrauen herzustellen", diesmal auf dem linken Flügel.

Westberliner Stadtreinigung plündert ohne Gesetzesgrundlage

r.isw. Die Westberliner Stadtreinigung hat zum 1. Oktober 1978 neue Gebühren erhoben. Es wurden drei Reinigungsklassen eingerichtet, je nach Häufigkeit der notwendigen Straßenreinigung. Diese Neueinteilung hat zur Folge, daß von 92698 Grundstückseigentümern, die jetzt die neue Rechnung erhalten haben, 7818 höhere Gebühren zahlen müssen. Teilweise ergeben sich Preissteigerungen bis zu 500%. Kein Wunder, daß sich die betroffenen Anlieger gegen die neue Regelung wehren. Bisher sind schon 1600 Einsprüche gegen die ergangenen Bescheide erhoben worden. Ein Teil der Hausbesitzer hat sich einfach geweigert, die erhöhten Gebühren zu zahlen. Als die Straßenreinigung auf Zahlung klagte, hat sich in einem jetzt ergangenen Urteil des Amtsgerichts Neukölln herausgestellt, daß die Berliner Stadtreinigung kein Recht hat, überhaupt diese Gebühren zu kassieren. Es gibt weder Verträge zwischen den Hausbesitzern und der Stadtreinigung, noch wurde die Pflicht zur Zahlung der Gebühren durch ein Gesetz festgelegt. Diesen gesetzlosen Zustand soll ein neues Straßenreinigungsgesetz beenden, das bereits beim Abgeordnetenhaus liegt. Der Senat bemüht sich, die Plünderung der Anlieger gesetzlich zu regeln, bevor sich noch mehr Hausbesitzer zur Zahlungsverweigerung entschließen und ihm noch mehr Schwierigkeiten entstehen.

Weihnachtsgeschenke von Innenminister Hirsch

Angriffe auf die Massen – Hundertschaft Polizei zur Massenausplünderung

r.acm. Innenminister Hirsch (FDP) vom Land Nordrhein-Westfalen hat im September dieses Jahres ein Rundschreiben an alle Polizeidienststellen verbreitet, in dem er auffordert, „die Zweiräder (Fahrräder, Mofas, Mopeds und Kräder) stärker in die Überwachungsmaßnahmen einzubeziehen." Was das heißt, hat der Staatsapparat in Münster vorexerziert.

Binnen von Wochen ging die Polizei daran die Zweiräder in der Stadt zu überprüfen. Einsatzwagen wurden losgelassen. „Von den von der Polizei angeschriebenen 34 Behörden nahmen 24 die Gelegenheit wahr, die fahrbaren Untersätze ihrer Mitarbeiter kostenlos ... untersuchen zu lassen." Die ganze Übung wurde adressiert mit „Unfallverhütung". Innerhalb weniger Tage läßt die Bourgeoisie jedoch raus, was Trumpf ist. Am 3.11. wird die „Organisierung des Weihnachtsverkehrs" propagiert. Dabei geht es nicht um Organisierung sondern um Zwangsmaßnahmen. „Der Kraftfahrer, der verkehrsbehindernd parkt, muß damit rechnen, daß er sein Fahrzeug an der Polizeidirektion abholen muß". Das haben sie von Februar bis Oktober bei 84 Fahrzeugen in der Innenstadt geübt. Ist das eingeleitet, geht man zum nächsten über. 22.11.: „Bald deutliches Verwarnungsgeld für Helmmuffel?" schreiben die „Westfälischen Nachrichten". Die Polizei greint im Artikel. Da das ganze bisher nur als Ordnungswidrigkeit laufe und man nicht zu Bußgeld greifen könne, sei hier *noch* nicht viel zu holen. Das *muß* aber sein. Nachdem also im September die Kontrolle und Bespitzelung durchgezogen wird, *muß* jetzt zugeschlagen werden: „Polizei kündigt repressive Maßnahmen an". „Da hilft dann nur noch Aufschreiben" – gemeint sind die Mofa- und Radfahrer. In Münster sind das große Massen, bei knapp 40000 Studenten alleine. Alle Register der staatlichen Unterdrückung und Plünderung sollen gezogen werden:

„Es reicht ... nicht aus, daß sich lediglich der normale Streifendienst verschärft dieser Verkehrsteilnehmer-Gruppe widmet. Vielmehr soll in den kommenden Wochen die für derartige Sonderaufgaben prädestinierte Einsatzhundertschaft gezielt den Zweiradverkehr überwachen."

Innenminister Hirsch gab das Kommando. Der Ausführungsplan in Münster ist organisiert. Im Regierungspräsidium sitzt Erwin Schleberger als Regierungspräsident. Jurist, Spezialist für Ordnungs- und Polizeirecht. Lehrbeauftragter an der Uni Bochum vor seinem Amtsantritt als Regierungs präsident und Nachfolger von Möcklinghoff, jetzt in Niedersachsen der Innenminister. In dem Buch „Das Ordnungs- und Polizeirecht des Landes Nordrhein-Westfalen" schreibt Schleberger im Vorwort zur zweiten Auflage: „Dabei ist ein besonderes Augenmerk darauf gerichtet worden, aktuelle Fälle des Ordnungsrechts, insbesondere des Polizeirechts aufzunehmen. So sind Probleme des Versammlungswesens, des Abschleppens von Wagen... neu behandelt oder wesentlich erweitert worden." Das Vorwort war von 1970, der folgende Teil ist aus dem von 1974: „So werden z.B. die... Sondernutzung und Grundrechte... neu behandelt." Das war notwendig wegen der Entwicklung des Klassenkampfes in Westdeutschland. Als praktische Fälle für die Ausbildung der jungen Juristen an den Universitäten ist dann aufgelistet: Abräumen von Ständen, Verhinderung von Flugblattverteilung usw., und wie man gezielt die Ausplünderung der Massen über die Strafen und Gebühren vornehmen kann.

Der ‚liberale' Hirsch hat weiteres organisiert. Der Musterentwurf Polizeigesetz wird im Landtag diskutiert. Hirsch verbreitet, der ‚Todesschuß' sei nicht akzeptierbar, jedoch sei man bei der Entwicklung „polizeitypischer Waffen", wobei sich das Stauchgeschoß nicht bewährt habe. Dafür aber die „chemische Keule."

Die Einrichtung von Jugendkommissariaten bei allen Polizeipräsidenten ist verfügt worden, entsprechende Einsatztruppen werden aufgebaut. Über die Polizeiführungsakademie Münster-Hiltrup läßt er „hervorragende Abhandlungen über Themen aus dem Bereich der inneren Sicherheit" lancieren, die die Wissenschaftler der Bourgeoisie abfassen sollen. Neue „Spezialkommandos" sind aufgebaut worden, „in enger Zusammenarbeit mit Bundesgrenzschutz und Bundeskriminalamt... einzigartig in der Bundesrepublik."

Die Bourgeoisie richtet den Unterdrückungsapparat weiter gegen die Massen aus. Dabei wird die Polizei immer mehr eingesetzt zur Auffüllung der Finanzsäcke der Bourgeoisie.

Hirsch ist zur Zeit angeschlagen. Die Kumpanen im Landtag haben ihn jetzt auf seiner großartigen Enthüllung – „Sicherheitsunterlagen Kalkar" ausglitschen lassen. Die Sachen waren nun wirklich nicht mehr ‚geheim'. Eine Verunsicherung der Bevölkerung sei das, schreit die Oppositition, und über Rücktritt wird viel geredet und geschrieben. Mag kommen, was will in diesem Zusammenhang, mag ein Innenminister wieder gehen; die Zerschlagung der Staatsmaschinerie ist da eine ganz andere Sache und *notwendig.*

KBW Diskussionsveranstaltung
zu den Landtagswahlen Schleswig-Holstein

„Gewerkschaftseinheit auf dem Boden des Klassenkampfes"

– Aufgaben der Revolutionäre in der gegenwärtigen Lohnbewegung im Kampf für Arbeiterrechte und im Kampf für Demokratie –

Zur Diskussion sprechen:
Brigitte Balzer, Martin Fochler, Claus-Udo Monica, Karl Qualmann, Dirk Steenken

Kiel, Sonnabend, den 9.Dezember 1978, 16.00 Uhr,
Conti-Hansa-Hotel, Am Schloßgarten 9

Vorwärts im Kampf für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes
Vorwärts im Kampf für den Sieg des Sozialismus



Kundgebung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland und des Soldaten- und Reservistenkomitees zur Unterstützung des gerechten Krieges des Volkes von Zimbabwe in Westberlin. Auf der Kundgebung wurden Geldbeträge für eine Druckausrüstung der ZANU und Unterschriften für die Kandidatur des KBW zu den Abgeordnetenhauswahlen zusammengetragen.

Die Durchsetzung des Krankenhausplans Schleswig-Holstein wird bekämpft

r.kaq. 1973 hat die schleswig-holsteinische Landesregierung durch Erlaß des Sozialministeriums ihren Krankenhausbedarfsplan veröffentlicht. Die Si-

Fertigstellung des Neubaus des Städtischen Krankenhauses Lübeck geschlossen werden. Die Fertigstellung war bereits für 1980 geplant, ist aber

ste Erfolge im Kampf für die Erhaltung des Krankenhauses erreicht worden. 5000 Unterschriften wurden gesammelt, das hatte den Kreistag des

sich einig, daß sie alle die „Kosten dämpfung" vertreten und daß diese Forderung ja nicht „für ewig sei." Neu war auch die Begründung für den An-

Westberliner Stadtreinigung plündert ohne Gesetzesgrundlage

r.isw. Die Westberliner Stadtreinigung hat zum 1. Oktober 1978 neue Gebühren erhoben. Es wurden drei Reinigungsklassen eingerichtet, je nach Häufigkeit der notwendigen Straßenreinigung. Diese Neueinteilung hat zur Folge, daß von 92698 Grundstückseigentümern, die jetzt die neue Rechnung erhalten haben, 7818 höhere Gebühren zahlen müssen. Teilweise ergeben sich Preissteigerungen bis zu 500%. Kein Wunder, daß sich die betroffenen Anlieger gegen die neue Regelung wehren. Bisher sind schon 1600 Einsprüche gegen die ergangenen Bescheide erhoben worden. Ein Teil der Hausbesitzer hat sich einfach geweigert, die erhöhten Gebühren zu zahlen. Als die Straßenreinigung auf Zahlung klagte, hat sich in einem jetzt ergangenen Urteil des Amtsgerichts Neukölln herausgestellt, daß die Berliner Stadtreinigung kein Recht hat, überhaupt diese Gebühren zu kassieren. Es gibt weder Verträge zwischen den Hausbesitzern und der Stadtreinigung, noch wurde die Pflicht zur Zahlung der Gebühren durch ein Gesetz festgelegt. Diesen gesetzlosen Zustand soll ein neues Straßenreinigungsgesetz beenden, das bereits beim Abgeordnetenhaus liegt. Der Senat bemüht sich, die Plünderung der Anlieger gesetzlich zu regeln, bevor sich noch mehr Hausbesitzer zur Zahlungsverweigerung entschließen und ihm noch mehr Schwierigkeiten entstehen.

sten über. 22.11.: „Bald deutliches Verwarnungsgeld für Helmmuffel?" schreiben die „Westfälischen Nachrichten". Die Polizei greint im Artikel. Da das ganze bisher nur als Ordnungswidrigkeit laufe und man nicht zu Bußgeld greifen könne, sei hier noch nicht viel zu holen. Das muß aber sein. Nachdem also im September die Kontrolle und Bespitzelung durchgezogen wird, muß jetzt zugeschlagen werden: „Polizei kündigt repressive Maßnahmen an". „Da hilft dann nur noch Aufschreiben" – gemeint sind die Mofa- und Radfahrer. In Münster sind das große Massen, bei knapp 40000 Studenten alleine. Alle Register der staatlichen Unterdrückung und Plünderung sollen gezogen werden:

„Es reicht ... nicht aus, daß sich lediglich der normale Streifendienst verschärft dieser Verkehrsteilnehmer-Gruppe widmet. Vielmehr soll in den kommenden Wochen die für derartige Sonderaufgaben prädestinierte Einsatzhundertschaft gezielt den Zweiradverkehr überwachen."

die Ausplünderung der Massen über die Strafen und Gebühren vornehmen kann.

Der ‚liberale' Hirsch hat weiteres organisiert. Der Musterentwurf Polizeigesetz wird im Landtag diskutiert. Hirsch verbreitet, der ‚Todesschuß' sei nicht akzeptierbar, jedoch sei man bei der Entwicklung „polizeitypischer Waffen", wobei sich das Stauchgeschoß nicht bewährt habe. Dafür aber die „chemische Keule."

Die Einrichtung von Jugendkommissariaten bei allen Polizeipräsidenten ist verfügt worden, entsprechende Einsatztruppen werden aufgebaut. Über die Polizeiführungsakademie Münster-Hiltrup läßt er „hervorragende Abhandlungen über Themen aus dem Bereich der inneren Sicherheit" lancieren, die die Wissenschaftler der Bourgeoisie abfassen sollen. Neue „Spezialkommandos" sind aufgebaut worden, „in enger Zusammenarbeit mit Bundesgrenzschutz und Bundeskriminalamt... einzigartig in der Bundesrepublik."



Kundgebung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland und des Soldaten- und Reservistenkomitees zur Unterstützung des gerechten Krieges des Volkes von Zimbabwe in Westberlin. Auf der Kundgebung wurden Geldbeträge für eine Druckausrüstung der ZANU und Unterschriften für die Kandidatur des KBW zu den Abgeordnetenhauswahlen zusammengetragen.

Die Durchsetzung des Krankenhausplans Schleswig-Holstein wird bekämpft

r.kaq. 1973 hat die schleswig-holsteinische Landesregierung durch Erlaß des Sozialministeriums ihren Krankenhausbedarfsplan veröffentlicht. Die Sicherung der bedarfsgerechten Versorgung und die wirtschaftliche Sicherstellung der Krankenhäuser hieß es, wäre das Ziel dieser Krankenhausplanung. Die Zentralisierung der Krankenhäuser und die Schließung kleinerer Belegkrankenhäuser sind die Maßnahmen der Landesregierung um „eine verbesserte Wirtschaftlichkeit, insbesondere auch durch Rationalisierung" zu erreichen. Kürzung der öffentlichen Zuwendungen an Krankenhäuser und die Festlegung, daß nur die im Krankenhausbedarfsplan aufgenommenen gefördert werden, waren weitere Maßnahmen, mit denen die Ausgaben für die Wiederherstellung der Gesundheit der Arbeiterklasse reduziert werden sollen, um die Versicherungen für die Plünderung der Bourgeoisie zu öffnen.

Im Raum Lübeck geht der Kampf seit Monaten um die Verhinderung des Krankenhausbedarfsplans. Eine 1973 vorgesehene Bettenerhöhung auf 2200 gegenüber jetzt 1830 ist bereits durch Veröffentlichung des Regionalplans auf 2050 geschrumpft. Mit der Aufstockung der Medizinischen Hochschule von jetzt 1020 auf dann 1400 Betten und dem Neubau des Städtischen Krankenhauses mit dann 350 Betten sowie eines Regelkrankenhauses von 300 Betten durch die Zusammenlegung von zwei vorhandenen Krankenhäusern soll so gleichzeitig die Schließung der für die Bourgeoisie unwirtschaftlichen kleinen Krankenhäuser vonstatten gehen. Das auf einer Halbinsel vor Travemünde liegende Priwallkrankenhaus mit 131 Betten, sowie das Agnes Karll-Krankenhaus in Bad Schwartau mit 98 Betten sollen mit der Fertigstellung des Neubaus des Städtischen Krankenhauses Lübeck geschlossen werden. Die Fertigstellung war bereits für 1980 geplant, ist aber jetzt für 1985 zu erwarten.

Gelungen ist es der Bourgeoisie in den letzten Jahren, die Verweildauer in den Lübecker Krankenhäusern drastisch zu senken von 1950 25,6 Tage auf 1960 18,9, 1970 16,0, 1977 13,3. Einen erheblichen Beitrag hat die Medizinische Hochschule dazu geleistet. Ein Krankenhaustransport aus den Stadtrandgebieten nach Lübeck würde über 30 Minuten dauern und wäre unzumutbar für die vielen Unfälle in den Industriebetrieben – Metallhütte Lübeck, Flender Werft, Fährhafen Travemünde. Der Chefarzt des Krankenhauses Priwall, Dr. Dau, stellte den Transport eines Herzinfarktkranken nach Lübeck einem „Todesurteil gleich".

Der Gesundheitssenator Möbusz erteilte ihm daraufhin „Auskunftsverbot" und drohte mit einem Disziplinarverfahren: „... die Erteilung von Auskünften an die Presse (ist) kraft Gesetzes dem Behördenvorstand oder dem von ihm bestimmten Beamten vorbehalten".

Die Drohung nützte dem Lübecker Senat nichts, der Gemeinnützige Verein zu Travemünde beantragte durch eine Erklärung den Erhalt des Krankenhauses auf dem Priwall bei der Landesregierung. 14 Vereine in Travemünde unterstützen diese Erklärung. Das zwang selbst die „Lübecker Nachrichten", zu schreiben: „fast der ganze Ort ist für den Erhalt des Krankenhauses".

In der Stadt Bad Schwartau (20000 Einwohner) waren bis dahin bereits erste Erfolge im Kampf für die Erhaltung des Krankenhauses erreicht worden. 5000 Unterschriften wurden gesammelt, das hatte den Kreistag des Kreises Ostholstein so unter Druck gebracht, daß er einstimmig den Erhalt des Krankenhauses forderte.

Die Parteien in Lübeck – unter Druck geraten – haben jetzt auf der letzten Bürgerschaft einen gemeinsamen Antrag einstimmig verabschiedet, in dem der Erhalt des Priwallkrankenhauses über den vorgesehenen Zeit raum hinaus vom Sozialministerium gefordert wird. Die Fraktionen waren sich einig, daß sie alle die „Kosten dämpfung" vertreten und daß diese Forderung ja nicht „für ewig sei." Neu war auch die Begründung für den Antrag. SPD und CDU hatten ein Loch in der Planung gefunden. „Beim Zeitpunkt der Fertigstellung des Städtischen Krankenhauses sei der geplante Umbau der Medizinischen Hochschule noch nicht so weit fortgeschritten, so daß ein Bettenfehlbetrag entstünde".

Das ist ein neues abgefeimtes Manöver, mit dem die bürgerlichen Parteien das Ehrenbergprogramm durchsetzen wollen. Wie soll ihnen das glücken?

Kursauflösung wegen Klausurverweigerung

r.gör. Am Bildungszentrum für informationsverarbeitende Berufe (BIB) in Paderborn werden im Auftrage und mit Geldern der Arbeitslosenversicherung arbeitslose Lohnabhängige mit Hochschulausbildung „weitergebildet", um sie als billige Programmierer oder Organisatoren mit EDV-Kenntnissen verfügbar zu machen. Insbesondere mit Klausuren und mit dem Notensystem soll die dafür nötige Disziplinierung der Arbeitslosen und ihre effektive Selektion geschehen. Die Teilnehmer der bisherigen Kurse konnten sich gegenüber diesen Absichten erfolgreich zur Wehr setzen. Sie haben keine Klausuren geschrieben und die Ausstellung einheitlicher, unbenoteter Abschlußzeugnisse erreicht. Mit der Begründung, es könne keine Leistungsbeurteilung stattfinden, wurde nun in der vergangenen Woche der gegenwärtig stattfindende Kurs DVWISO3 aufgelöst, wurden (mit einer (Ausnahme) alle Teilnehmer von der Schule verwiesen und ihnen das Unterhaltsgeld vom Arbeitsamt gestrichen. Gleichzeitig wurden den Teilnehmern des im Januar beginnenden nächsten Kurses vom BIB Privatverträge zur Unterschrift vorgelegt, worin sie ihre Bereitschaft zu Klausuren erklären und das Kündigungsrecht des Instituts „bei Störungen" anerkennen sollen. Die rausgeworfenen Kursteilnehmer haben den Arbeitsamtdirektor zur Rede gestellt. Bis zum Ausgang einer einstweiligen Verfügung gegen das BIB soll in dessen Räumen selbständig der Unterricht fortgesetzt werden.

Arzneimittelrazzien in den Krankenhäusern

r.mis. Zum Abschluß des Ende Oktober in Düsseldorf stattgefundenen Apothekertages gab Bundesgesundheitsministerin Antje Huber den Weg an, den Ärzte und Apotheker in enger Zusammenarbeit gehen sollen: „Es ist falsch zu glauben, daß es für jedes Leiden ein Arzneimittel gebe. Wir müssen vielmehr versuchen, die Arzneimittel, wo immer es möglich ist, überflüssig zu machen." Bei der vergleichenden Untersuchung der Arzneimittellisten der städtischen Krankenhäuser Braunschweigs ergab sich die Streichung folgender Medikamente: 1. Die Tetracycline Vibramycin und Vibravenös. Beide werden bei Lungenentzündungen, Entzündungen des Magen-Darm-Traktes und bei Gallenblasenentzündungen eingesetzt. Es sind die sichersten Präparate zur Behandlung älterer Patienten und auch bei Einschränkung der Nierenfunktion einsetzbar. 2. Anabactyl (Carbenicillin). Dieses Medikament kann ohne Nebenwirkungen in Kombination mit anderen Antibiotika gegen sogenannte „Problemkeime" eingesetzt werden. 3. Cephalotin. Es ist das beste Mittel, das es gegen Infektionen bei der häufig vorkommenden Penicillin-Allergie gibt. 4. Humanalbumin taucht in dem normalen Infusionsplan nicht mehr auf. Es enthält natürliche Bestandteile des menschlichen Serums und ist ausgezeichnet zum Ersatz von Eiweißverlusten bei Schwerkranken. Stattdessen soll Dextran gegeben werden, das oft Nebenwirkungen wie Unverträglichkeitsreaktionen, Störung der Blutgerinnung und Nierenschäden hat. 5. Vitaminzusätze zu den Infusionen. Gerade Vitamin C ist zur Vorbeugung gegen Infektionen und für die Heilung von Operationswunden wichtig.

Die Kirche hat mobilisiert

b.hel. Am 3. Dezember 1978, dem 1. Advent, waren Wahlen zu den Kirchenvorständen in der Nordelbischen Kirche. Der Kirchenvorstand ist das Instrument, mit dem die Kirchenführung in den Gemeinden ihre Politik durchsetzt. Stolz vermeldet der ,,Evangelische Pressedienst'', daß für die 6475 Kirchenvorstandssitze 11194 Kandidaten zur Verfügung stehen. War es bei den zurückliegenden Wahlen, z.B. 1971 für die Kirche nur mit Ach und Krach möglich, ausreichend Kandidaten zu finden, so ist das diesmal nicht ohne Grund anders. ,,Die Kirche darf nicht untergehen'', die ,,missionarische Dimension'' ist es, was viele veranlaßt, sich dieses Mal aufstellen zu lassen, sagte der Pressesprecher der Nordelbischen Kirche der KVZ gegenüber. Die zahlreichen Kirchenaustritte in den letzten Jahren haben der Kirche ideologisch schwer zu schaffen gemacht. Die Bourgeoisie ist gezwungen, angesichts der sich immer schärfer entwickelnden Klassenkämpfe, ihre reaktionären Elemente zu mobilisieren, um auch mit Hilfe der Religion die Kämpfe der Volksmassen angreifen zu können. Deshalb stellen Bourgeoisvertreter einen Großteil der Kandidaten, deshalb kandidiert z.B. der Hamburger CDU-Vorsitzende Echternach in Hamburg-Nienstedten und deshalb sind, wie der Pressesprecher bedauert, die Arbeiter unterrepräsentiert. Hans Otto Wölber, einer der drei nordelbischen Bischöfe, hat am 25.5.78 unter der Überschrift ,,Warum Sie zur Kirchenwahl gehen sollten'' in der ,,Bild''-Zeitung geschrieben, wie der Angriff der Bourgeoisie auf die Volksmassen mit Hilfe der Religion angelegt sein soll: ,,Unsere Zukunft wird keineswegs von materiellen Erfolgen und technischem Fortschritt allein bestimmt, wir brauchen auch das Brot für die Seele und mehr Liebe unter den Menschen, dafür ist die Kirche da.'' Liebe deinen Kapitalisten wie dich selbst, da hat deine Seele wenigstens etwas zu verdauen, wo doch das Brot von Aldi schon so schlecht ist. Wer dennoch kämpft, stellt sich ohnehin außerhalb jeder Ordnung und menschlichen Vernunft. Denn die Kirche ,,orientiert an Grundwerten, denen wir eigentlich alle zustimmen können. Gegen die Zehn Gebote und gegen das Vaterunser – gegen Jesus überhaupt, gibt es keine Argumente.'' Mit den Zehn Geboten spricht der Kirchenfürst der Arbeiterklasse das Recht und die Kraft ab, für eine Ordnung ohne Ausbeutung und Unterdrückung zu kämpfen. Mit dem Vaterunser soll die Arbeiterklasse, die allen gesellschaftlichen Reichtum schafft, ums tägliche Brot bitten, und mit Jesus soll sich die Arbeiterklasse dessen Leidensweg zum Programm erheben, und, anstatt die Kapitalisten zum Teufel zu jagen, mit Jesus sprechen: Mein Reich ist nicht von dieser Welt. Man kann getrost sagen, der Bischof irrt. Die Arbeiterklasse wird auch bei künftigen Wahlen in der Kirche ,,unterrepräsentiert'' bleiben. Dennoch bleibt das lähmende

25.5.78 unter der Überschrift ,,Warum Sie zur Kirchenwahl gehen sollten'' in der ,,Bild''-Zeitung geschrieben, wie der Angriff der Bourgeoisie auf die Volksmassen mit Hilfe der Religion angelegt sein soll: ,,Unsere Zukunft wird keineswegs von materiellen Erfolgen und technischem Fortschritt allein bestimmt, wir brauchen auch das Brot für die Seele und mehr Liebe unter den Menschen, dafür ist die Kirche da.'' Liebe deinen Kapitalisten wie dich selbst, da hat deine Seele wenigstens etwas zu verdauen, wo doch das Brot von Aldi schon so schlecht ist. Wer dennoch kämpft, stellt sich ohnehin außerhalb jeder Ordnung und menschlichen Vernunft. Denn die Kirche ,,orientiert an Grundwerten, denen wir eigentlich alle zustimmen können. Gegen die Zehn Gebote und gegen das Vaterunser – gegen Jesus überhaupt, gibt es keine Argumente.'' Mit den Zehn Geboten spricht der Kirchenfürst der Arbeiterklasse das Recht und die Kraft ab, für eine Ordnung ohne Ausbeutung und Unterdrückung zu kämpfen. Mit dem Vaterunser soll die Arbeiterklasse, die allen gesellschaftlichen Reichtum schafft, ums tägliche Brot bitten, und mit Jesus soll sich die Arbeiterklasse dessen Leidensweg zum Programm erheben, und, anstatt die Kapitalisten zum Teufel zu jagen, mit Jesus sprechen: Mein Reich ist nicht von dieser Welt. Man kann getrost sagen, der Bischof irrt. Die Arbeiterklasse wird auch bei künftigen Wahlen in der Kirche ,,unterrepräsentiert'' bleiben. Dennoch bleibt das lähmende

Gift der Religion nicht ohne Wirkung, wenn die Revolutionäre nicht bewußt den Kampf gegen das christlich-reaktionäre Gedankengut führen. Die Kirchenführung rechnet mit einer Wahlbeteiligung von etwas über 10%. Der ideologische Einfluß ist aber bedeutend größer, wenn man bedenkt, daß z.B. fast alle Jugendlichen, solange sie schulpflichtig sind, sei es im Religionsunterricht oder in der kirchlichen Jugendarbeit, der religiösen Indoktrination ausgesetzt sind.

Kayenburgs Ideen bei Alsen-Breitenburg

,,Eine Massierung des Urlaubs ist zu vermeiden''

b.uwb. Lägerdorf. Als Direktionsassistent bei der Zementfabrik Alsen-Breitenburg fungiert Martin Kayenburg. Kein Kollege weiß über ihn Gutes zu berichten. Als er bei Alsen anfing, bekamen die Kollegen grundsätzlich ab Spätschicht 10% Zulage. Diejenigen, die nur im Zweischichtbetrieb arbeiteten, bekamen sie fortan gestrichen, da im Manteltarif drinsteht, daß dies im Dreischichtbetrieb gezahlt werden müsse. Das hatte Kayenburg ausgeheckt. In diese Richtung betätigt sich der dynamische Typ nur. Für alle Regelungen wird er zu Rate gezogen.

Als ein Kollege seinen Resturlaub für 78 im Dezember nehmen wollte, bekommt er im Jahr 78 als Ergebnis einer innerbetrieblichen Abmachung noch drei Tage Winterurlaub zusätzlich. Als er dies so anmeldete, wurde ihm mitgeteilt, daß das nicht geht. Der Winterurlaub würde ihm nicht zustehen. Der Hinweis, der Betriebsrat hätte es so gesagt, führte zum Anruf beim Kayenburg, der dann hin und her überlegen mußte, tags darauf wurde der Urlaub genehmigt.

Genauso ist es mit dem Weihnachtsgeld von zehn Kollegen gelaufen, die erst im April/Mai eingestellt wurden. Sie bekamen statt dem Anteil am Weihnachtsgeld, was ca. 900 DM netto gewesen wäre, 200 DM. Der Gang zum Betriebsrat brachte keinen Fortschritt, denn es handelte sich um eine tarifliche Abmachung, wo die Geschäftsleitung nebst Kayenburg zudem noch gegen sind. Würde es nach ihrer Mütze gehen, so müßte man mindestens drei oder vier Jahre im Betrieb sein, um Anspruch auf irgendwelches Weihnachtsgeld zu haben. Gegen ordentliche tarifliche Regelung sind sie grundsätzlich, genau wie sie gegen eine Arbeitszeitregelung sind, die die dauernden ,,betriebsbedingten Sonderschichten'' abschafft.

Jetzt hat Kayenburg wiederum etwas für den Urlaub im Jahre 79 ausgebrütet. Unter Bezug auf den Manteltarif meint er herausgefunden zu haben, daß die Aussage im Manteltarif, ,,Das Urlaubsjahr ist das Kalenderjahr'', bedeutet, ,,daß die Urlaubnahme ab 1. Januar erforderlich und in den einzelnen Abteilungen so über das Jahr zu verteilen ist, daß Überstunden vermieden und der gleichmäßige Ausfall von Mitarbeitern durch die Einsatzabteilung ersetzt werden kann. Eine Massierung des Urlaubs in den Ferienzeiten ist zu vermeiden.'' Soweit Kayenburg. Das klingt zunächst gut, keine Überstunden und so weiter. Das Problem ist nur, daß die Einsatzabteilung nur auf dem Papier existent ist, denn sie ist auf dem Betrieb verteilt ständig auf festen Posten im Einsatz. Also tritt der Überstundeneffekt nicht nur in den Ferien auf, sondern schon dann, wenn in einer Abteilung ein, zwei Mann krank sind, und ein dritter in Urlaub geht.

In der Schlämmerei 1 und 4 sowie die Kreideaufbereitung haben immer solche Probleme. Sind drei nicht da, muß an irgendeiner Stelle zwölf Stunden gearbeitet werden. Dadurch kommen die Kollegen ohne weiteres im Monat auf durchschnittlich fünfzig Überstunden. Also geht es bei Kayenburgs Anliegen um etwas anderes. Die Überstunden sollen nicht massiert auftreten, damit über ein dauerndes Geschleppe die Geschichte nicht zu offensichtlich wird. Dann würde brennend deutlich, daß mehr Leute gebraucht werden. Das Problem Kayenburgs bei dem Trick ist nur folgendes: die Kollegen lassen sich nicht ihren Urlaub im Wohnwagen in Büsum für Januar oder Februar diktieren, weil der Herr es so möchte. Darum wird der Kampf geführt, daß man dann Urlaub macht, wann man es plant. Darüber beraten sich die Kollegen jetzt auch schon, wann sie nächstes Jahr Urlaub machen wollen. Aber nicht so wie Kayenburg es will. Darum wird es deshalb noch Krach geben.

Auf der nächsten Betriebsversammlung wird es dann zur Sprache kommen, wo er es sonst schon immer nebenbei erwähnt hatte, daß bei den Urlaubsplänen darauf in der Zukunft geachtet werden müsse, daß keine Massierungen auftreten. Das Jahr 1978 wäre denkbar schlecht gewesen. Kein Wunder. Im Laufe des Jahres wurden ca. fünfzig Leute eingestellt, von denen aber vierzig wegen mangelnder Arbeitsleistung oder Zuspätkommen wieder rausgesetzt wurden.

Der Betriebsrat tritt dafür ein, daß gut und gerne noch dreißig weitere Kollegen eingestellt werden müssen. Das könnte man dann auch als Einsatzabteilung ansehen. Gegenwärtig wird nur das eine Loch mit dem anderen gestopft.

Die Wut auf die Schikaniererei durch die Ideen Kayenburgs ist groß. Die Aufgabe besteht darin, sie als Angriff zu ordnen . Diese Ordnung besteht in zwei Fragen, erstens im Lohn, der dazu zwingt, Überstunden zu machen oder sich im Akkord zu verdingen und zweitens im Verbot eben der Überstunden und Schichtarbeit. Dies muß auf der nächsten Betriebsversammlung an der Frage der Sonderregelung bei Alsen-Breitenburg für Überstunden sowie dem Urlaubsdiktat durch Kayenburg geschehen.



Unterstützung des gerechten Krieges des Volkes von Zimbabwe bis zum endgültigen Sieg. Mit diesem Programm nutzten der KBW Holstein und der Spielmannszug des Soldaten- und Reservistenkomitees Holstein den ersten verkaufsoffenen Adventssamstag zur Vorbereitung der SRK-Musiktage in Westberlin vom 26. bis 29.12. Mit der Sammlung für eine Druckerei für die ZANU und der Propaganda für den gerechten Krieg des Volkes von Zimbabwe wurde der Weihnachtsduselei der Bourgeoisie entgegengetreten. Es wurden 37,05 DM gesammelt. Die Kundgebungen wurden durchgeführt in Lübeck (Bild), Neumünster, Kiel und Rendsburg. Bei dieser Gelegenheit wurde ein Kleinlastwagen voll Kleider für die ZANU auf den Weg zur Verschiffung gebracht. Diese Kundgebungen und Aktionen werden an den nächsten Samstagen auch in anderen Städten Schleswig-Holsteins durchgeführt werden, sie werden verbunden mit der Unterschriftensammlung für die Kandidatur des KBW zu den kommenden Landtagswahlen.

erst im April/Mai eingestellt wurden. Sie bekamen statt dem Anteil am Weihnachtsgeld, was ca. 900 DM netto gewesen wäre, 200 DM. Der Gang zum Betriebsrat brachte keinen Fortschritt, denn es handelte sich um eine tarifliche Abmachung, wo die Geschäftsleitung nebst Kayenburg zudem noch gegen sind. Würde es nach ihrer Mütze gehen, so müßte man mindestens drei oder vier Jahre im Betrieb sein, um Anspruch auf irgendwelches Weihnachtsgeld zu haben. Gegen ordentliche tarifliche Regelung sind sie grundsätzlich, genau wie sie gegen eine Arbeitszeitregelung sind, die die dauernden ,,betriebsbedingten Sonderschichten'' abschafft.

Jetzt hat Kayenburg wiederum etwas für den Urlaub im Jahre 79 ausgebrütet. Unter Bezug auf den Manteltarif meint er herausgefunden zu haben, daß die Aussage im Manteltarif, ,,Das Urlaubsjahr ist das Kalenderjahr'', bedeutet, ,,daß die Urlaubnahme ab 1. Januar erforderlich und in den einzelnen Abteilungen so über das Jahr zu verteilen ist, daß Überstunden vermieden und der gleichmäßige Ausfall von Mitarbeitern durch die Einsatzabteilung ersetzt werden kann. Eine Massierung des Urlaubs in den Ferienzeiten ist zu vermeiden.'' Soweit Kayenburg. Das klingt zunächst gut, keine Überstunden und so weiter. Das Problem ist

es will. Darum wird es deshalb noch Krach geben.

sowie dem Urlaubsdiktat durch Kayenburg geschehen.



Unterstützung des gerechten Krieges des Volkes von Zimbabwe bis zum endgültigen Sieg. Mit diesem Programm nutzten der KBW Holstein und der Spielmannszug des Soldaten- und Reservistenkomitees Holstein den ersten verkaufsoffenen Adventssamstag zur Vorbereitung der SRK-Musiktage in Westberlin vom 26. bis 29.12. Mit der Sammlung für eine Druckerei für die ZANU und der Propaganda für den gerechten Krieg des Volkes von Zimbabwe wurde der Weihnachtsduselei der Bourgeoisie entgegengetreten. Es wurden 37,05 DM gesammelt. Die Kundgebungen wurden durchgeführt in Lübeck (Bild), Neumünster, Kiel und Rendsburg. Bei dieser Gelegenheit wurde ein Kleinlastwagen voll Kleider für die ZANU auf den Weg zur Verschiffung gebracht. Diese Kundgebungen und Aktionen werden an den nächsten Samstagen auch in anderen Städten Schleswig-Holsteins durchgeführt werden, sie werden verbunden mit der Unterschriftensammlung für die Kandidatur des KBW zu den kommenden Landtagswahlen.

Mehr Teilzeitarbeit in der Küche wird das Arbeitstempo erhöhen

Das Alten- und Pflegeheim des Kreises Plön in Preetz teilt sich auf in 3 Pflegestationen mit je 25 Betten, dem Altenheim und dem Neubau mit 75 Betten, von denen aber nur 54 belegt sind. Die gesamte Beköstigung und der Abwasch aller Teller, Tassen und Bestecke von den Abteilungen wird zentral von 8 Frauen in der Küche des Altersheimes bewältigt. Damit ist der größte Teil des Arbeitstages der Küchenfrauen ausgefüllt.

Die zweite Haupttätigkeit besteht im Kartoffelschälen für den nächsten Tag, jeweils viermal 15 Pfund. Am Freitag für Samstag und Sonntag zusammen, am Montag gibt es keine Salzkartoffeln, sonst müßte am Sonntag auch noch geschält werden. Zwar gibt es Kartoffelschälmaschinen und eine Geschirrspülmaschine, die Arbeit muß aber jeweils nur von einer Frau geleistet werden. Gleich morgens um 7 Uhr beginnt eine Frau mit dem Kartoffelschälen und dem anschließenden Keller sauber machen. Eine andere deckt im Speisesaal des Altersheimes die Tische. Die Tabletts für alle Stationen werden fertig gemacht und von den Schwestern abgeholt.

Zum Mittag, Kaffee und Abendbrot wiederholt sich dieser Arbeitsprozeß: beginnend mit Tischdecken im Speisesaal des Altersheimes, Tabletts fertig machen für die Stationen im Pflegeheim und Neubau. Nach dem Essen immer der große Abwasch. Mittags kommt noch das Saubermachen der Wärmewagen per Hand hinzu und der Abwasch der Kochtöpfe und Schüsseln. Zwischen den Mahlzeiten wird die Küche gesäubert, literweise Kaffee und Tee gekocht, Gemüsedosen geöffnet und beim Kochen geholfen. Die entscheidende Kocharbeit wird von der Köchin und der Wirtschafterin geleistet. Nachmittags heißt es dann, Brote und Aufschnitt schneiden und Milchsuppe machen.

Mit dem Abwasch des Abendbrotgeschirrs und Saubermachen der Küche endet ein neunstündiger Arbeitstag: von 7 bis 17 Uhr oder von 10 bis 19 Uhr mit müden Beinen und müdem Rücken. Auf 14 Tage gerechnet gilt zwar die 40-Stunden-Woche, wegen der eingeschobenen Nachmittage und freien Wochenenden alle zwei Wochen.

Die Vernutzung der Arbeitskraft geschieht aber konzentriert an einem 9-Stunden-Tag, das gleicht ein freier Nachmittag so schnell nicht aus.

Insgesamt sind acht Frauen in der Küche beschäftigt, davon 4 Arbeiterinnen, die die beschriebene Tätigkeit machen, davon 2 Halbtagskräfte. Urlaub, Schwangerschaft und Krankheit hauen natürlich voll rein, zumal eine 20-Stunden-Stelle unbesetzt ist. Dann müssen Überstunden gemacht werden, wenn nur 2 bis 3 Frauen in der Schicht sind. Überstunden werden abgebummelt, was zwangsläufig zu einer weiteren Arbeitshetze der restlichen Kolleginnen führt.

Seit der Existenz der Altenheimküche, die vor einem Jahr mit Fertigstellung des Neubaues eingerichtet wurde, wird für die 45 Personen der Lebenshilfe in Preetz Mittagessen mitgekocht.

Die jetzt bewilligte zusätzliche Halbtagsstelle für 1979 ist zwar eine Verbesserung, aber doch nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Durch die Umwandlung von 4 Ganztagsstellen in 4 Halbtagsstellen wird sich insgesamt das Arbeitstempo erhöhen und die Gefahr ergeben, daß zwischen den Halbtags-und Ganztagskräften eine tiefe Spaltung entsteht. Die Grundlage wäre Streit und gegenseitige Antreiberei, weil einfach die Teilzeitarbeiterinnen das Tempo bestimmen werden.

Diese Spaltung kann am besten durch eine gewerkschaftliche Organisierung überwunden werden. Sie bietet die besten Bedingungen, den gemeinsamen Kampf gegen Rationalisierungsmaßnahmen und Verdichtung des Arbeitstages zu führen.

Termine und Veranstaltungen

Montag, den 4.12. bis Freitag, den 8.12.

Revolutionen sind der Motor der Geschichte
Preetz: Gaststätte ,,Schellhorner Berg'', Schellhorn bei Preetz, Plöner Landstraße, 20 Uhr

Klassenkämpfe in Schleswig-Holstein
Segeberg: Gaststätte ,,Zum Schultheiß'', Hamburger Straße 41, 20 Uhr

Reihe zur Kritik am Reformismus
Neumünster: Mo. bis Do: Gaststätte ,,Zum Mühlenhof'', Schützenstraße 34, Fr.: Gaststätte ,,Winterhuder Eck, Rendsburger Straße/Ecke Victoriastraße, 20 Uhr

Schulung: Karl Marx/ Friedrich Engels Manifest der Kommunistischen Partei
Ahrensburg: Fritz-Reuter-Schule, Stormarnstraße, 20 Uhr
Mölln: Gaststätte ,,Eulenspiegelklause'', Am Markt8, 20 Uhr
Rendsburg: Mo., Di., Do.: Gaststätte ,,Am Rotenhof'', Rotenhöfer Weg 75, Mi., Fr.: Gaststätte ,,Kleine Kneipe'', Fockbeker Chaussee 108, täglich 20 Uhr

Mittwoch, den 6.12.

Prozeß gegen F.Kontny wegen Verstoß gegen das Versammlungsgesetz. *Im Januar hatte die Stadt Lübeck den Auftritt des Spielmannszuges des Soldaten- und Reservistenkomitees auf der Breiten Straße verbieten lassen, das Verbot aber nicht durchsetzen können. Jetzt will sie die Niederlage in mehreren Prozessen ausbügeln lassen.*
Lübeck, 12 Uhr, Amtsgericht, Zi. 252

Verfahren wegen Teilnahme an einer verbotenen Demonstration und Kundgebung gegen den Bau des KKW-Brokdorf
Itzehoe, 8.30 Uhr, Amtsgericht, Bergstr. 5, Zi 15, gegen Gerd Nickel
Itzehoe, 14.30 Uhr, Amtsgericht, Bergstr. 5, Zi 15, gegen Peter Schyga

Donnerstag, den 7.12.

Verfahren wegen Teilnahme an einer verbotenen Demonstration und Kundgebung gegen den Bau des KKW-Brokdorf gegen Ulrich Hölken und Oltmann Schröder
Itzehoe, 8.30 Uhr, Amtsgericht, Bergstr. 5, Zi 24

Fortsetzung des Wehrkraftzersetzungsprozesses gegen C.U. Monica
Flensburg, 9.15 Uhr, Landgericht, Zi. 35

Öffentliche Mitgliederversammlung des Soldaten- und Reservistenkomitees Holstein: *1918: Die ungarische Räterepublik – Echo auf die Oktoberrevolu-*

Mittwoch, den 6.12.

Prozeß gegen F.Kontny wegen Verstoß gegen das Versammlungsgesetz. *Im Januar hatte die Stadt Lübeck den Auftritt des Spielmannszuges des Soldaten- und Reservistenkomitees auf der Breiten Straße verbieten lassen, das Verbot aber nicht durchsetzen können. Jetzt will sie die Niederlage in mehreren Prozessen ausbügeln lassen.*
Lübeck, 12 Uhr, Amtsgericht, Zi. 252

Verfahren wegen Teilnahme an einer verbotenen Demonstration und Kundgebung gegen den Bau des KKW-Brokdorf
Itzehoe, 8.30 Uhr, Amtsgericht, Bergstr. 5, Zi 15, gegen Gerd Nickel
Itzehoe, 14.30 Uhr, Amtsgericht, Bergstr. 5, Zi 15, gegen Peter Schyga

Donnerstag, den 7.12.

Verfahren wegen Teilnahme an einer verbotenen Demonstration und Kundgebung gegen den Bau des KKW-Brokdorf gegen Ulrich Hölken und Oltmann Schröder
Itzehoe, 8.30 Uhr, Amtsgericht, Bergstr. 5, Zi 24

Fortsetzung des Wehrkraftzersetzungsprozesses gegen C.U. Monica
Flensburg, 9.15 Uhr, Landgericht, Zi. 35

Öffentliche Mitgliederversammlung des Soldaten- und Reservistenkomitees Holstein: *1918: Die ungarische Räterepublik – Echo auf die Oktoberrevolu-*
tion
Kiel, 20 Uhr, DAB-Krug, Kleiner Kuhberg

KBW Diskussionsveranstaltung zu den Landtagswahlen Schleswig-Holstein

,,Gewerkschaftseinheit auf dem Boden des Klassenkampfes''
– Aufgaben der Revolutionäre in der gegenwärtigen Lohnbewegung, im Kampf für Arbeiterrechte und im Kampf für Demokratie –
Zur Diskussion sprechen: *Brigitte Balzer, Martin Fochler, Claus-Udo Monica, Karl Qualmann, Dirk Steenken*
Kiel, Sonnabend, den 9. Dezember 1978, 16.00 Uhr, Conti-Hansa-Hotel, Am Schloßgarten 9

Donnerstag, den 14.12.

Berufungsverhandlung gegen M.Gosch und G.Zachau. *In der ersten Verhandlung wurden Freiheitsstrafen von 2 und 3 Monaten wegen Teilnahme an einer Demonstration und Kundgebung auf dem Heimgelände des Landesjugendheimes Selent gegen die Entlassung der Lehrerin M.Gosch verhängt.*
Kiel, 12.30, Landgericht, Schützenwall, Zi. 208

Öffentliche Mitgliederversammlung des Komitees gegen den §218/Holstein *Kirchen und freie Wohlfahrtsverbände – zusätzliche Mittel des Plünderungs- und Unterdrückungsprogramms der Bourgeoisie.*
Kiel, 20 Uhr, Humboldtschule, Knooper Weg

Regionalredaktion Hannover: Hindenburgstr. 15, 3000 Hannover, Telefon: 0511/814045

Regionalredaktion Köln: Neusser Straße 27-29, 5000 Köln 1, Telefon: 0221/720876/77

Regionalredaktion München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Telefon 089/531348

Geschäftsstelle Hamburg: Chemnitzstraße 78, 2000 Hamburg 50, Telefon 040/382168

Geschäfsstelle Bremen: Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Telefon 0421/-6160455

Geschäfsstelle Westberlin: Oranienstraße 159, 1000 Westberlin 61, Telefon 030/-6145099

Geschäfsstelle Frankfurt: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Telefon 0611/730231

Geschäfsstelle Saarbrücken: Beethovenstraße 24, 6600 Saarbrücken

Geschäfsstelle Mannheim: J7, 14, 6800 Mannheim, Telefon 0621/16279

Geschäfsstelle Stuttgart: Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Telefon 0711/611805

Geschäftsstelle München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Telefon 089/531348

Prozesse zur Durchsetzung des Versammlungsverbots in Brokdorf

b. Itzehoe. Über 400 Teilnehmer waren am 15.10.78 dem Aufruf verschiedener Bürgerinitiativen und des KBW gefolgt und führten eine Propagandaaktion in Wilster und Umgebung gegen den Bau des Kernkraftwerks Brokdorf durch. Der Landrat des Kreises Steinburg hatte diese Aktion verboten mit der Begründung, daß dadurch die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs sowie Leib und Leben gefährdet würden. In der Praxis konnte dieses, seit Oktober 1976 bestehende Demonstrationsverbot im Umkreis von 10 km um das Gelände des KKW Brokdorf, nicht durchgesetzt werden. In den Polizeiberichten dazu heißt es: ,,Nach der Lagebeurteilung konnte mit Sicherheit angenommen werden, daß die Demonstration straff durchgeführt werden würde... Die K-Gruppen haben erkannt, daß die Kraftfahrzeuge im geschlossenen Verband ihre stärkste Waffe ist. Mit leichtem Verkehrsperrgerät oder... kann ein derartiger Konvoi nicht aufgehalten werden.''

Die Polizeitruppen waren reichlich zersetzt an diesem Tage. Die Auflösung der Versammlung konnte der Staatsapparat an diesem Tage nicht durchsetzen. Fazit des Polizeioffiziers: ,,Den Kräften des Abschnitts Strafverfolgung ist auch bei diesem Einsatz der Durchbruch zum Erfolg nicht gelungen. Ich bin der Meinung, daß des öfteren Zugriffsmöglichkeiten bestanden.'' Zum Einsatz kamen im wesentlichen die Polizeifotografen an diesem Tag. Zig Filme wurden verknipst, fast ein halbes Jahr an der Auswertung gesessen. Daraufhin wurden von der Staatsanwaltschaft 22 Menschen, von denen sie annahm, daß diese anhand anderen Materials namentlich feststellbar seien, ein Anhörungsbogen und später ein Bußgeldbescheid über 300 DM wegen Teilnahme an einer verbotenen Versammlung geschickt. Jetzt liegen diese Verfahren bei Richter Brinker am Amtsgericht Itzehoe, der über die Einsprüche gegen den Bußgeldbescheid verhandeln muß. In jedem Verfahren hat er fünf Polizeibeamte als Zeugen geladen. Drei sollen berichten, daß die Demonstration in Wilster auf dem Markplatz trotz Verbot stattgefunden und daß die Polizei auf das Verbot hingewiesen hat. Zwei Beamte sollen bezeugen, daß sie die Fotografen waren und an diesem Tag das in der Akte befindliche Foto gemacht haben. Dann guckt sich Brinker das Foto an, guckt, ob der, den er vor sich sitzen hat, ungefähr so aussieht wie die Person, die die Polizeibeamten auf dem Foto gekennzeichnet haben und verurteilt dann, wenn er meint, es sei die gleiche Person.

Wie es zur Identifizierung der Betroffenen gekommen ist, welche geheimen Materialien der Polizei dazu verwandt wurden, dies will Richter Brinker nicht aufklären. ,,Ich gehe davon aus, daß es sich bei dem Material, das sich nicht bei der Akte befindet, um vertrauliches Material der Ermittlungsbehörden handelt,'' begründete er am 29.11. Beschlüsse, mit denen er Anträge der Verteidigung auf Einsicht in die vollständigen Ermittlungsakten abschmierte. Mußte er im ersten Verfahren am 29.11. nach einem Vergleich zwischen dem Foto und dem Betroffenen feststellen, daß die Möglichkeit nicht auszuschließen war, daß der Betroffene falsch identifiziert worden war, so wollte er im nächsten Verfahren auf die Frage der Unvollständigkeit der Akten gar nicht erst eingehen, sondern erst einmal das Foto angucken, um zu wissen, reicht es für eine Verurteilung oder nicht. Dies hat ihm einen Befangenheitsantrag eingebracht; der Amtsgerichtpräsident ließ Richter Brinker nicht im Stich und meinte, dieses Vorgehen sei nicht zu beanstanden.

Dann hat Brinker verurteilt wegen Teilnahme an einer verbotenen Demonstration. 250 DM sollen dafür in die Staatskasse fließen. Bis Weihnachten will er alle Verfahren hinter sich gebracht haben; nächste Woche stehen 6 Verhandlungen an, jeweils drei am 6. und 7.12. Notwendig ist es, durch Beschlüsse gegen diese Verfahren, Kundgebungen vorm und im Gericht das ,,Strickmuster'' von Richter Brinker durcheinanderzubringen und ihn daran zu hindern, durch Angucken von Fotos die gewünschten Verurteilungen durchzuziehen.

Arbeiter,,wohlfahrt'' – Instrument sozialdemokratischer Klassenversöhnung

b.chc. Im Dezember 1919 wurde unter Zustimmung des SPD-Parteiausschusses der Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt gegründet. Mit einem Programm der ,,Fürsorge'' und ,,Jugendhilfe'' unternahm die SPD über die Arbeiter,,wohlfahrt'' den Versuch, den Klassenkampf der Arbeiter abzustumpfen und in die Bahnen des sozialen Rechtsstaates zu lenken. Angesetzt wurde dabei im Programm der AWO bei der Jugend.

Das Scheitern der deutschen Revolution 1918 über die Bewilligung der Kriegskredite durch die SPD und dem damit verbundenen Verrat an dem revolutionären Programm der Arbeiterklasse mußte durch die Zerschlagung der proletarischen Jugendverbände fortgesetzt werden.

Gute Vorarbeit hatte die SPD bereits geleistet über den Jugendpflegeerlaß von 1911, in dem es u.a. heißt: ,,Aufgabe der Jugendpflege ist die Mitarbeit an der Herausbildung einer frohen, körperlich tüchtigen, von Gemeinsinn und Gottesfurcht, Heimat- und Vaterlandsliebe erfüllten Jugend''. Dieser Erlaß, mit 1 Millionen Mark subventioniert, hatte die Aufgabe, staatstragenden Jugendverbände zu fördern und die revolutionären proletarischen Jugendorganisationen in die Kanäle bürgerlicher Institutionen zu lenken und durch verfeinerte Methoden der bürgerlichen Indoktrination vom Klassenkampf abzuhalten.

Und so heißt es noch heute im Programm der AWO: ,,Das gesellschaftspolitische Ziel der AWO ist der soziale Rechtsstaat, in dem sich jeder Mensch in Verantwortung für sich und für das Gemeinwesen behaupten und frei entfalten kann''. Brüstet die AWO sich heute in ihren Hochglanzpropagandabroschüren, dem Elend der Jugend- und Kinderarbeit durch die Einrichtung von Kinderschutzkommissionen begegnet zu sein, ,,um die Kinder wenigstens vorübergehend aus ihrem niederdrückenden Milieu zu lösen'', so heißt das nichts anderes, als den Nachwuchs der Arbeiterklasse in Jugendheimen, Jugendaufbauwerken und ähnlichen Zwangsanstalten zu kasernieren, um dann jederzeit die entsprechende Anzahl billiger Arbeitskraft für die Profitproduktion des Kapitals zur Verfügung zu halten. Durch das Jugendwohlfahrtsgesetz von 1922 und die Fürsorgepflichtverordnung von 1924 wurde dies dann noch verschärft. Nicht die Forderung nach Abschaffung der Kinder- und Jugendarbeit als Forderung der Arbeiterklasse wird von der SPD unterstützt, sondern mit angeblicher Hilfe über ,,Wohltaten'' solcher Institutionen will die SPD den Klassenkampf an den verschiedenen Fronten abstumpfen.

Bei der Forderung nach der Streichung des Klassenparagrafen 218, einer Jahrzehntealten Forderung der Arbeiterklasse spielt die AWO heute direkt den Hilfspolizisten des bürgerlichen Staatsapparates. Dem Kampf der Arbeiter und Volksmassen für einen Volksentscheid gegen den §218 begegnet die AWO in ihrem Programm mit Forderungen, die zur direkten Durchsetzung des neuen reaktionären Strafparagrafen 218 abzielen. Gefordert wird unter anderem die Einrichtung von Spezialkliniken für Schwangerschaftsabbrüche. Angegliedert werden sollen diesen Spezialabteilungen §218-Beratungsstellen. Weiterhin hat die AWO als ,,Wohltat'' für die Arbeiterklasse ein flächendeckendes Netz von Beratungsstellen in ihrem Programm vorgesehen. Mindestens eine Beratungsstelle pro Landkreis und kreisfreier Stadt sollen es sein.

Kompletter kann die Bespitzelung im Auftrage der Bourgeoisie nicht betrieben werden. Gelockt werden sollen die Arbeiter und Volksmassen in diese Spitzeleinrichtungen des bürgerlichen Staatsapparates durch ein umfassendes Familienprogramm. Billigen Urlaub in AWO-Heimen, Kuren der Mütter in AWO-Heimen, sowie durch diverse andere Angebote soll der Kampf der Arbeiter um einen ausreichenden Lohn abgestumpft werden. Im Vorwort zu dem fachpolitischen Programm der AWO heißt es: ,,...nach den gesellschaftspolitischen Zielsetzungen der Arbeiterwohlfahrt soll mehr Freizeit, Gerechtigkeit und Solidarität für alle erreicht werden''. Die Arbeiterklasse führt den Kampf zur Durchsetzung ihrer Forderungen nach Verbot der Nacht-, Schicht- und Akkordarbeit, nach dem 7-Stundentag bei vollem Lohnausgleich sowie den Lohnkampf in der diesjährigen Lohnrunde mit dem Ziel, die Bedingungen der gesamten Klasse zur Führung des Klassenkampfes zu verbessern.

Das Komitee gegen den §218 führt am 14.12.78 in der Humboldtschule in Kiel seine Mitgliederversammlung unter dem Thema durch: Kirchen und Wohlfahrtsverbände – zusätzliche Mittel des Plünderungs- und Unterdrückungsprogramms der Bourgeoisie. Auf dieser Mitgliederversammlung werden wir anhand von Untersuchungen über die ,,Wohltaten'' der kirchlichen und überregionalen Hilfsorganisationen nachweisen, daß sie einzig den Zweck verfolgen, der Bourgeoisie bei der Durchsetzung ihres Programms der Lohnsenkungen bei gleichzeitigem Ausbau der staatlichen Unterdrückung die notwendige Hilfe zukommen zu lassen.

Familienpolizei im Stadtteil

b.nav. Am 19.5.1976 beschloß die Bundesregierung das ,,Aktionsprogramm zur Reform des Öffentlichen Dienstes'', ein Programm zur Reorganisation des staatlichen Unterdrückungsapparates mit dem Beamtenrecht als Kern. Die Mittel dazu sind der Radikalenerlaß und das Beurteilungswesen, die Änderung der Laufbahnverordnung mit den verstärkten Möglichkeiten zur Abgruppierung und das 7. Besoldungserhöhungsgesetz.

Bei der Stadt Kiel sollte der erste Schritt dazu die Einführung von Regelbeurteilungen für alle Beschäftigten darstellen, die erfolgreich zurückgeschlagen werden konnten und aus den Personalakten wieder verschwinden mußten.

Der zweite Schritt war die Beauftragung des Wirtschaftsberatungs-(Wibera)-Instituts Anfang des Jahres für das Sozial- und das Jugendamt und das Amt für Familienhilfe. Das Gutachten wurde am 28.9.78 erstmalig für die Abteilungsleiter veröffentlicht:

,,...die Diskussionen zu den Entwürfen für ein neues Jugendhilfegesetz führen eindeutig zu dem Ergebnis, daß die Aufgaben der Jugendhilfe künftig intensiver und qualifizierter erfüllt werden müssen.''

Der Allgemeine Sozialdienst, bestehend aus Familien- und Erziehungsberatung, soll diese Probleme für die Bourgeoisie lösen, indem die Arbeit dezentral ,,...in Sozialzentren in eine bürgernahe Koordinations- und Kooperationsschiene mit der wirtschaftlichen Sozial- und Jugendhilfe, sowie der Jugendgerichtshilfe, Erziehungsberatung und den übrigen Einrichtungen und Diensten im Stadtteil verwandelt werden soll. Mittel zur Kooperation sind die Bezirksanalyse, bezirksbezogene Sozial- und Jugendhilfeplanungen, Gemeinwesenarbeit und koordinierte Einzelfallhilfe.'' Die bezirksmäßige Erfassung mit Verstärkung in den Stadtteilen Gaarden und Mettenhof soll der besseren Kontrolle der rebellischsten Jugendlichen und deren Familien dienen. Das Gutachten kritisiert die hohe Heimunterbringungszahl von Jugendlichen durch die Stadt; die Kosten betragen pro Kind monatlich 3000 DM. Empfohlen wird, daß ,,bürgernahe soziale Hilfe'' nur dort angewandt werden kann, ,,wo die Probleme entstehen, nämlich in der Familie selbst''. Dazu soll die Elternarbeit, d.h. die ,,...Unterstützung und Stärkung der Erziehungsfähigkeit der Eltern im Vordergrund stehen''.

Die Praxis im Jugendamt zeigt heute schon, daß der Einsatz von Sozialarbeitern noch lange keine Gewähr für wirksame Kontrolle bietet, sondern dazu eine verstärkte Dienstaufsicht und eine systematischere Schulung der Mitarbeiter notwendig ist. Der ,,unterschiedlichen beruflichen Haltung'' von Sozialarbeitern und -pädagogen soll nach dem Gutachten dadurch vorgebeugt werden, ,,...daß adäquate Methoden bekanntgemacht, trainiert und systematisch eingesetzt werden. Fachlichkeit bedeutet das professionelle Arbeiten von Fachkräften. Es ist z.T. nur richtig, wenn man sich von einem höheren Zeitaufwand für den einzelnen Klienten eine wirksamere Hilfe verspricht. Mindestens ebenso wichtig sind die abgesicherte Auswahl und der planmäßige Einsatz spezifischer Methoden.''

Wo früher Aktenvermerke gemacht und ,,...sich von der jeweiligen Situation treibengelassen wurde, sieht das Jugendhilfegesetz jetzt die Durchführung einer Untersuchung und die Aufstellung eines schriftlich fixierten Gesamtplanes vor.'' Enthalten sollen die ,,Hilfspläne'' die Schachzüge und die Androhung von Strafen gegenüber den Familien.

In vier Jahren 21 Planstellen weniger

,,Wirtschaftlichkeitsprüfung'' am Krankenhaus Pinneberg / Personalversammlung am 6.12.

b.san. Mit dem Krankenhauszielplan für Schleswig-Holstein, der 1980 durchgesetzt sein soll, will Stoltenberg mit seinem Kompagnon Claussen das Kostendämpfungsprogramm der Bourgeoisie durchsetzen. Für den Kreis Pinneberg ist geplant, die umliegenden Krankenhäuser zu schließen und das dortige Kreiskrankenhaus in ein Regelkrankenhaus zu verwandeln, ohne mehr Personal einzustellen bei Erhöhung der Bettenzahl um fünf. Dies wird die Durchlaufzahlen der Patienten erheblich erhöhen, und die Verweildauer wird rapide verkürzt. Um die Kostendämpfung auch vollendet hinzukriegen, schnüffeln Rationalisierungskommissionen im Pinneberger Krankenhaus herum. Dagegen hat es von den Kollegen einen ziemlichen Widerstand gegeben, weil sie kein Interesse daran haben, diese Intensivierung des Arbeitstages hinzunehmen und die Verschlechterung der Patientenversorgung zu betreiben. Resolutionen der Personalversammlungen des Pinneberger Krankenhauses aus den letzten beiden Jahren hatten eindeutig mehr Planstellen gefordert, die jetzige Situation wurde angegriffen, da ,,eine ausreichende Versorgung der Patienten oftmals nicht mehr gewährleistet ist''. Es wurden Forderungen gegen die Ausdehnung des Arbeitstages durch geteilten Dienst und Überstunden aufgestellt.

Während dieser Auseinandersetzungen ist es dem Kreis gelungen, den Arzt M. Lohnstein, der auf der Seite der Kollegen steht und sich auch für ihre Forderungen gegen Überstunden und geteilten Dienst eingesetzt hat, Anfang Dezember letzten Jahres zu entlassen. Mit dem Strafantrag wegen Verunglimpfung will der Kreis jetzt eine zusätzliche Disziplinierung durchsetzen. Am 28.11., dem Verhandlungstag am Amtsgericht Elmshorn, wurde der Herr Schob, leitender Kreisverwaltungsdirektor und Verfasser des Strafantrages, als Zeuge vernommen. Zur medizinischen Versorgung befragt, verkündet dieser nun, daß diese ,,sehr gut'' sei. Daraufhin wird ihm die Entwicklung der Planstellen im Pinneberger Krankenhaus vorgehalten:

Stellenplanübersicht des Kreiskrankenhauses Pinneberg

	1973	1974*	1975	1976	1977**	1978***
Chefärzte und Verwaltungsleiter	5	5	5	5	5	5
Vorgesetztes Pflegepersonal (KR VIII – X)	1	2	2	2	2	2
zusammen	6	7	7	7	7	7
Oberärzte (BAT I – Ib)	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0
Ärzte (BAT Ib – II) (1976 zwei davon gesperrt)	24,0	27,0	27,0	27,5	27,5	28,0
(BAT IVa/IVb)	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0
Medizinisch-Technische Angestellte (BAT Vb)	10,0	15,0	15,0	17,0	19,0	19,0
(BAT Vc/VIb)	22,0	18,0	18,0	19,0	19,0	19,0
(BAT VII/VIII)	10,0	11,0	11,0	9,5	11,5	11,5
(BAT VIII/VII)	7,0	7,5	7,5	8,5	7,5	7,5
Pflegepersonal (KR I – VI) (1976 zwei davon gesperrt)	169,5	180,5	180,5	171,0	173,0	173,5
(Sondertarif)	9,0	9,0	9,0	9,0	7,0	6,0
Technischer Dienst, Reinigung (Lohnempfänger)	101,0	100,0	100,0	84,0	84,0	84,0
zusammen	360,5	376,0	376,0	349,5	352,5	355,5

* Einführung der 40-Stunden-Woche
** Neue Urlaubsregelung: 1 bis 2 Tage mehr
*** Neue Urlaubsregelung: 2 Tage mehr

Dazu Herr Schob ganz frech, das sei keine Verschlechterung, die Zahlen entsprächen den geltenden Bestimmungen. Zu den Forderungen der Personalversammlung befragt, meinte er, diese seien jhm bekannt, er müsse sie aber ablehnen. Alles, was der Kostendämpfung dient, befürwortet dieser feine Herr: Für das Kreiskrankenhaus Pinneberg ist auch eine neue Wirtschaftlichkeitsprüfung angekündigt. Außerdem sind die Ausgaben für den medizinischen Bedarf die höchsten in Schleswig-Holstein. 1976 wurden pro Berechnungstag 22,52 DM und 1977 28,93 DM ausgegeben. Diese Steigerung von 28% wird dem Herrn Schob und der Krankenhausleitung noch zu schaffen machen, zeigt sie doch deutlich, daß in puncto Kostendämpfung noch einiges nachzuholen ist. Aber ihr Programm scheitert am Widerstand der Ärzte und des Pflegepersonals, die nicht bereit sind, den Patienten notwendige und gute Medikamente vorzuenthalten. Es gibt auch immer gleich Beschwerden, wenn billiges Pflaster verwendet werden soll, das die Haut nur unnötig reizt.

Die Personalversammlung am 6. Dezember im Pinneberger Krankenhaus kann genutzt werden, die Wirtschaftsprüfungskommission abzulehnen. Die Belegschaft kennt die Aufgaben der Wirtschaftsprüfung aus den Erfahrungen der letzten Jahre. Sie kann an jedem Kostenpunkt, seien es Sachkosten, seien es Personalkosten, *ihre* Rechnung aufmachen. Es ist noch einiges aus den Vorjahren zu begleichen. Auch bezüglich der Pflegesätze kann das Personal eine Rechnung aufstellen. Steigerung der Pflegesätze von 120,30 DM 1974 auf 155,55 DM 1977. Bezüglich dieser Preistabelle für die Wiederherstellung der Arbeitskraft durch Krankenhauspflege muß man den Kapitalisten die Rechnung vorlegen. Sie sollen sie bestreiten: Bestreitung der Versicherungskosten ausschließlich durch die Kapitalisten.

Der Plan, Lohnstein im Schnellverfahren zu verurteilen, ist bereits gescheitert. Bis zum neuen Verhandlungstermin ist es gut, die Zeit zu nutzen, um durch öffentliche Erklärungen die Absichten des Kreises noch weiter bekannt zu machen. Weg mit der Kostendämpfung im Gesundheitswesen, Sofortige Einstellung des Prozesses gegen M. Lohnstein.

Durchbruch zum Erfolg nicht gelungen. Ich bin der Meinung, daß des öfteren Zugriffsmöglichkeiten bestanden.'' Zum Einsatz kamen im wesentlichen die Polizeifotografen an diesem Tag. Zig Filme wurden verknipst, fast ein halbes Jahr an der Auswertung gesessen. Daraufhin wurden von der Staatsanwaltschaft 22 Menschen, von denen sie annahm, daß diese anhand anderen Materials namentlich feststellbar seien, ein Anhörungsbogen und später ein Bußgeldbescheid über 300 DM wegen Teilnahme an einer verbotenen Versammlung geschickt. Jetzt liegen diese Verfahren bei Richter Brinker am Amtsgericht Itzehoe, der über die Einsprüche gegen den Bußgeldbescheid verhandeln muß. In jedem Verfahren hat er fünf Polizeibeamte als Zeugen geladen. Drei sollen berichten, daß die Demonstration in Wilster auf dem Markplatz trotz Verbot stattgefunden und daß die Polizei auf das Verbot hingewiesen hat. Zwei Beamte sollen bezeugen, daß sie die Fotografen waren und an diesem Tag das in der Akte befindliche Foto gemacht haben. Dann guckt sich Brinker das Foto an, guckt, ob der, den er vor sich sitzen hat, ungefähr so aussieht wie die Person, die die Polizeibeamten auf dem Foto gekennzeichnet haben und verurteilt dann, wenn er meint, es sei die gleiche Person.

genden Jugendverbände zu fördern und die revolutionären proletarischen Jugendorganisationen in die Kanäle bürgerlicher Institutionen zu lenken und durch verfeinerte Methoden der bürgerlichen Indoktrination vom Klassenkampf abzuhalten.

Und so heißt es noch heute im Programm der AWO: ,,Das gesellschaftspolitische Ziel der AWO ist der soziale Rechtsstaat, in dem sich jeder Mensch in Verantwortung für sich und für das Gemeinwesen behaupten und frei entfalten kann''. Brüstet die AWO sich heute in ihren Hochglanzpropagandabroschüren, dem Elend der Jugend- und Kinderarbeit durch die Einrichtung von Kinderschutzkommissionen begegnet zu sein, ,,um die Kinder wenigstens vorübergehend aus ihrem niederdrückenden Milieu zu lösen'', so heißt das nichts anderes, als den Nachwuchs der Arbeiterklasse in Jugendheimen, Jugendaufbauwerken und ähnlichen Zwangsanstalten zu kasernieren, um dann jederzeit die entsprechende Anzahl billiger Arbeitskraft für die Profitproduktion des Kapitals zur Verfügung zu halten. Durch das Jugendwohlfahrtsgesetz von 1922 und die Fürsorgepflichtverordnung von 1924

Kompletter kann die Bespitzelung im Auftrage der Bourgeoisie nicht betrieben werden. Gelockt werden sollen die Arbeiter und Volksmassen in diese Spitzeleinrichtungen des bürgerlichen Staatsapparates durch ein umfassendes Familienprogramm. Billigen Urlaub in AWO-Heimen, Kuren der Mütter in AWO-Heimen, sowie durch diverse andere Angebote soll der Kampf der Arbeiter um einen ausreichenden Lohn abgestumpft werden. Im Vorwort zu dem fachpolitischen Programm der AWO heißt es: ,,...nach den gesellschaftspolitischen Zielsetzungen der Arbeiterwohlfahrt soll mehr Freizeit, Gerechtigkeit und Solidarität für alle erreicht werden''. Die Arbeiterklasse führt den Kampf zur Durchsetzung ihrer Forderungen nach Verbot der Nacht-, Schicht- und Akkordarbeit, nach dem 7-Stundentag bei vollem Lohnausgleich sowie den Lohnkampf in der diesjährigen Lohnrunde mit dem Ziel, die Bedingungen der gesamten Klasse zur Führung des Klassenkampfes zu verbessern.

Das Komitee gegen den §218 führt am 14.12.78 in der Humboldtschule in

mußten.

Der zweite Schritt war die Beauftragung des Wirtschaftsberatungs-(Wibera)-Instituts Anfang des Jahres für das Sozial- und das Jugendamt und das Amt für Familienhilfe. Das Gutachten wurde am 28.9.78 erstmalig für die Abteilungsleiter veröffentlicht:

,,...die Diskussionen zu den Entwürfen für ein neues Jugendhilfegesetz führen eindeutig zu dem Ergebnis, daß die Aufgaben der Jugendhilfe künftig intensiver und qualifizierter erfüllt werden müssen.''

Der Allgemeine Sozialdienst, bestehend aus Familien- und Erziehungsberatung, soll diese Probleme für die Bourgeoisie lösen, indem die Arbeit dezentral ,,...in Sozialzentren in eine bürgernahe Koordinations- und Kooperationsschiene mit der wirtschaftlichen Sozial- und Jugendhilfe, sowie der Jugendgerichtshilfe, Erziehungsberatung und den übrigen Einrichtungen und Diensten im Stadtteil verwandelt werden soll. Mittel zur Kooperation sind die Bezirksanalyse, bezirksbezogene Sozial- und Jugendhilfeplanungen, Gemeinwesenarbeit und koordinierte

schon, daß der Einsatz von Sozialarbeitern noch lange keine Gewähr für wirksame Kontrolle bietet, sondern dazu eine verstärkte Dienstaufsicht und eine systematischere Schulung der Mitarbeiter notwendig ist. Der ,,unterschiedlichen beruflichen Haltung'' von Sozialarbeitern und -pädagogen soll nach dem Gutachten dadurch vorgebeugt werden, ,,...daß adäquate Methoden bekanntgemacht, trainiert und systematisch eingesetzt werden. Fachlichkeit bedeutet das professionelle Arbeiten von Fachkräften. Es ist z.T. nur richtig, wenn man sich von einem höheren Zeitaufwand für den einzelnen Klienten eine wirksamere Hilfe verspricht. Mindestens ebenso wichtig sind die abgesicherte Auswahl und der planmäßige Einsatz spezifischer Methoden.''

Wo früher Aktenvermerke gemacht und ,,...sich von der jeweiligen Situation treibengelassen wurde, sieht das Jugendhilfegesetz jetzt die Durchführung einer Untersuchung und die Aufstellung eines schriftlich fixierten Gesamtplanes vor.'' Enthalten sollen die ,,Hilfspläne'' die Schachzüge und die Androhung von Strafen gegenüber den Familien.

In vier Jahren 21 Planstellen weniger

,,Wirtschaftlichkeitsprüfung'' am Krankenhaus Pinneberg / Personalversammlung am 6.12.

Ausbau der Panzer- und Autobahnen

Durch die Kämpfe der Volksmassen liegt etliches ,,auf Eis''

b.mag. ,,Die Randlage zu den Produktions- und Konsumtionsschwerpunkten der BRD und Westeuropa erhebt die Verringerung der ökonomischen Transportentfernung zu einer wichtigen Zielsetzung'' und ''Die Funktion des Landes als Transitland für den Skandinavienverkehr und für den Ost-West-Verkehr bringt besondere Aufgabenstellungen mit sich'', heißt es in dem verkehrspolitischen Programm der Landesregierung vom Dezember 1977. Den Warenumschlag durch Verringerung der Streckenentfernung zu erhöhen und so die Transportkosten für die Kapitalisten zu senken, um ihre Profite zu erhöhen, das ist das eine Ziel dieses Landesverkehrsprogramms. Der wesentliche Schwerpunkt liegt von daher auch auf dem ,,Ausbau der großen Nord-Süd-Achsen BAB Hamburg – Itzehoe – Flensburg, BAB Hamburg – Neumünster – Flensburg, BAB Hamburg – Lübeck – Oldenburg – Puttgarden, sowie Bau der BAB Hamburg – Berlin und auf der Beseitigung von Engpässen und dem Bau von Ortsumgehungen.''(Seite 25) Für den weiteren Ausbau (Dringlichkeitsstufe Ia, siehe Karte) sind allein 1,77 Mrd. DM (Preisstand 1975) im Bedarfsplan der Bundesregierung vorgesehen.

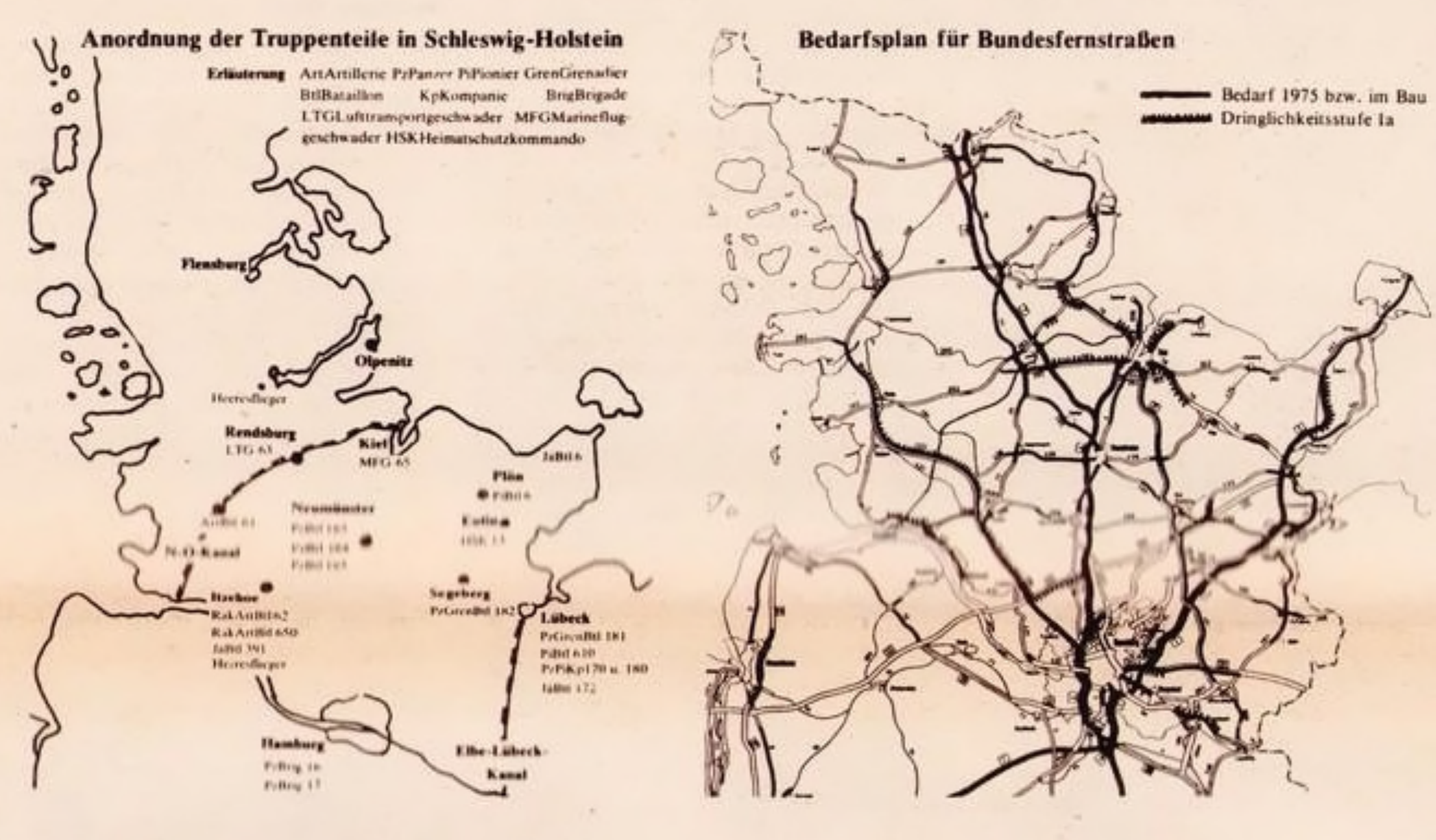
Erhebliche Schwierigkeiten hat die Landesregierung allerdings, dieses Geld überhaupt auszugeben. CDU-MdL Latendorf in den Kieler Nachrichten vom 9.3.77: ,,Durch Einsprüche liegen zur Zeit in Schleswig-Holstein Straßenbauprojekte in einem Umfang von 204,5 Mio. DM ,auf Eis'.'' 1978 sieht die Lage für die Landesregierung nicht besser aus. Durch Zusammenschlüsse, Unterschriftensammlungen, massenhafte Einsprüche ist es gelungen, in vielen Teilen des Landes, insbesondere bei kleineren Autobahnprojekten (der Dringlichkeitsstufe Ia) bereits seit Jahren den Bau zu verhindern. Hierzu gehören, wie die Landesregierung in der Kleinen Anfrage der SPD vom 8.10.78 mitteilte, insbesondere die B5 Umgehung Brunsbüttel (3 Jahre ,,verzögert''), die B202 Kiel-Rendsburg, die B502 Kiel-Brodersdorf (,,Verzögerung von 4 Jahren'') und die A23 Elmshorn-Itzhoe im Bereich Sparrieshoop und die B5 im Bereich Halstenbek. Als Gründe gibt sie an: ,,Einwendungen'' von Gemeinden und ,,Überarbeitung der Planung, um verstärkten Umweltschutzanforderungen gerecht zu werden''. Das ist ,,nett'' ausgedrückt. Über den Ausbau der B202 läßt Westphal sich am wenigsten aus. 1974 konnte sich die Landesregierung noch dick als Umweltschützer auspielen, indem sie sich ebenfalls wie die Bürgerinitiativen gegen die von der Bundesregierung geplante Südtrasse der B76 aussprach, denn ,,dadurch wird der Eingriff in den Naturpark Westensee vermieden'' (Kieler Nachrichten vom 20. September 1974) und stattdessen die Nordtrasse empfahl. In Felde wurden damals allein 250 Unterschriften gesammelt gegen den Bau. In der Resolution hieß es u.a.: ,,Die Autobahn würde nach Angaben der Felder durch ein reines Wohngebiet führen, in dem der Lärmpegel einer Autobahn unzulässig sei'' (Kieler Nachrichten vom 25.1.1976). Nachdem dann die Bundesregierung den ursprünglichen Plan aufgab und 1977 den Bau der Nordtrasse beschloß, steht die Landesregierung selbst unter Beschuß.

Über eine Bürgerversammlung in Achterwehr berichtet die KN vom 25.11.1978: ,,Massive Kritik wurde an der Praxis geübt, nur den derzeitigen Wohn- und Sachwert zu entschädigen. Damit könnten sich die Betroffenen in den meisten Fällen kein annähernd gleichwertiges Eigentum schaffen – im Raum Achterwehr müssen der gesamte Gebäudekomplex eines landwirtschaftlichen Betriebes und zwei Wohnhäuser dem Straßenbau weichen''.

,,Voll ausgeschöpft'' wird das, was ,,gesetzlich möglich'' ist, versichert Regierungsbaudirektor Engelmann. Was gesetzlich möglich ist, haben insbesondere die 20 Bauern in der Wilstermarsch erfahren, die gegen den Ausbau der B5 bei Brunsbüttel geklagt haben, Ihre Begründung, daß ihre Höfe mehrfach zerschnitten bzw. völlig eliminiert und dadurch ihre Existenz vernichtet würde, wies das Gericht mit der Begründung ab, daß nur so ,,das Industriegebiet Brunsbüttel erschlossen werden könnte'' (Kieler Nachrichten vom 4. August 78).

Der Ausbau des Verkehrsnetzes hat für die Bourgeoisie eine wirtschaftliche Bedeutung und eine militärische, wie der Vergleich der Karten anschaulich zeigt. Der Ausbau der Autobahnen ist jeweils zwischen Orten dringlich (Stufe Ia), wo die Truppenverbände stationiert sind und sorgt so für ein schnelles Verschieben von Truppen und Material von den einzelnen Kasernen ab, sowie nach Anlandung, wie es die Ledernacken bereits demonstriert haben. Nicht nur schnell, auch reibungslos muß das ganze über die Bühne gehen, möglichst ,,unbeobachtet'', weshalb auch die Ortsumgehungen so eine große Rolle spielen. Über die militärstrategischen Pläne des Autobahnbaues läßt sich die Bourgeoisie allerdings nicht aus.

Das war unter Hitler nicht anders. Nachdem Hitler am 1. Mai 1933 den Autobahnbau als Maßnahme zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit verkündete, war per Verordnung noch bis 1938 verboten, den Autobahnbau in der Öffentlichkeit mit militärischen Überlegungen in Zusammenhang zu bringen.



Resolution zur Unterstützung des Stahlarbeiterstreiks

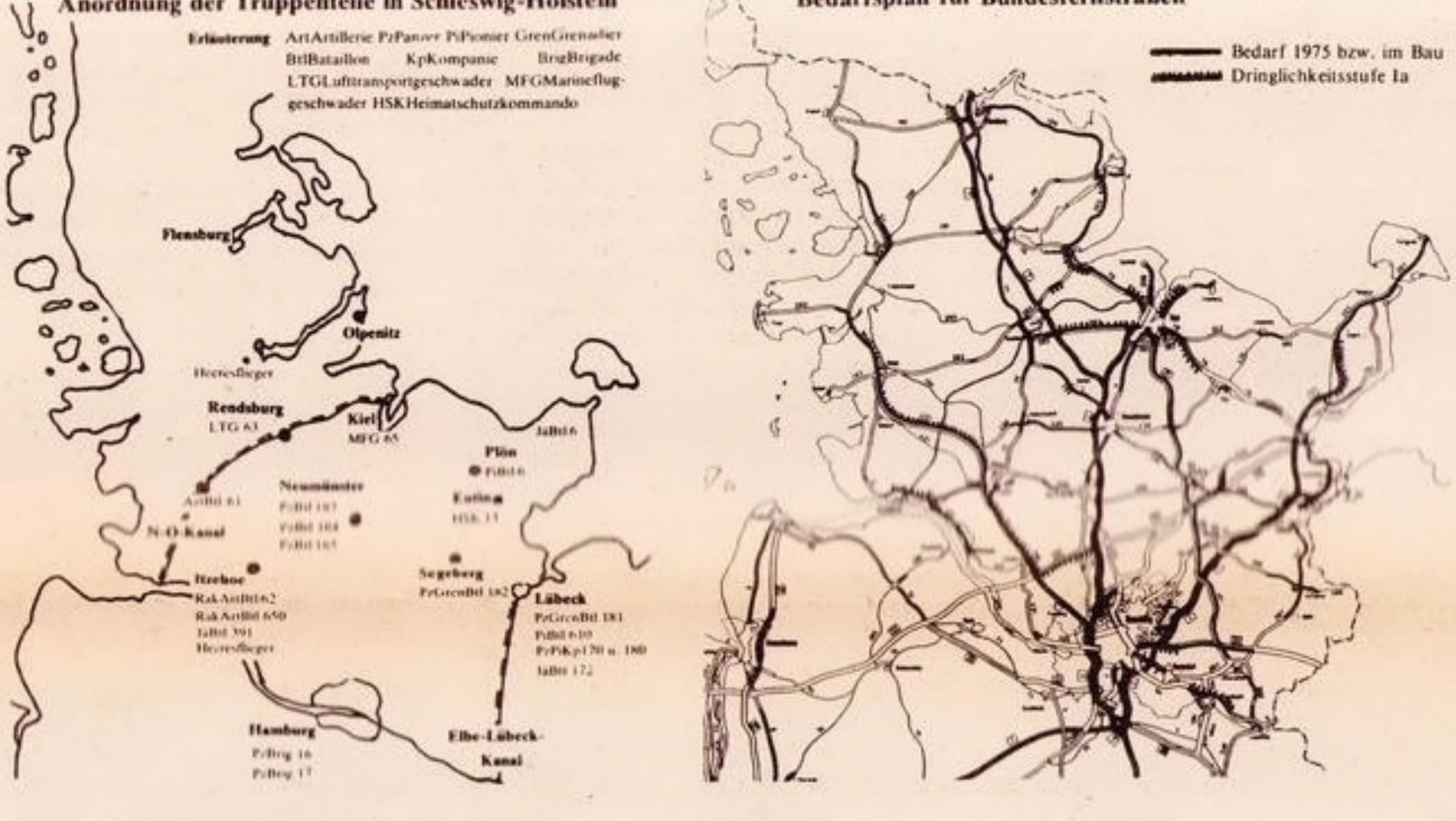
b.Kiel. An die Streikleitung der IGM Nordrhein-Westfalen, Bremen, Osnabrück. ,,37000 Stahlarbeiter in Nordrhein-Westfalen, Osnabrück und Bremen befinden sich seit heute im Streik, um eine Lohnerhöhung von 5% und die Beschränkung der Arbeitszeit auf 35 Stunden in der Woche durchzusetzen. Die Stahlkapitalisten haben daraufhin mit Aussperrung reagiert, ,,um den Streik zu verkürzen'', wie sie verlauten ließen. Unbedingt wollen sie den Streik verhindern, zuletzt mit dem unverschämten Angebot von 3% und 6 Wochen Urlaub. Konkurrenzvorteile auf dem Weltmarkt sind ihr Ziel, und das können sie nur erreichen mit verschärfter Ausbeutung, Nacht-, Schicht- und Akkordarbeit, mörderischer Contischichten und kapitalistischer Rationalisierung bei gleichzeitiger Senkung des Lohnes. Ist ihnen das in den letzten Jahren in gewissem Umfang gelungen durch Ausdehnung der Arbeitszeit und Lohnraubabschlüsse, so kann ihnen jetzt ein konsequent geführter Streik zur Durchsetzung der Forderungen einen Strich durch die Rechnung machen. Auf der anderen Seite ist die Durchsetzung der Forderungen notwendig, um den Lohnstandard wenigstens halten zu können und der schrankenlosen Auspressung von Mehrarbeit durch politische Forderungen wie der 35-Stunden-Woche, Verbot der Nacht-, Schicht- und Akkordarbeit Grenzen zu setzen. Das wird auch gute Auswirkungen haben auf die kommenden Tarifrunden. Wir, die Bürgerinitiative Kiel ,,Kein Kernkraftwerk an der Eckernförder Bucht und anderswo'' unterstützen Euren Streik uneingeschränkt und wünschen Euch viel Erfolg.'' Der Vorstand, 28.11.1978

Beschlüsse gegen LHG und BAföG-Angebot

b.Kiel. Auf der Vollversammlung der Studenten der Universität wurde bei etwa 800 Studenten mit übergroßer Mehrheit eine Resolution verabschiedet, in der gegenüber dem Landeshochschulgesetz, das vom 12. bis 14. Dezember novelliert werden soll, folgende Forderungen erhoben werden. ,,Gesetzliche Verankerung der Verfaßten Studentenschaft mit politischem Mandat, Satzungs- und Finanzhoheit! Keine Regelstudienzeit und Zwangsexmatrikulation! Kein Ordnungsrecht!'' Weiter heißt es darin: ,,Wir sind gegen ein LHG, das z.B. das Ordnungsrecht nicht enthält, trotzdem aber die Regelstudienzeit und die Kastrierung der Verfaßten Studentenschaft. Das heißt: Wir wollen, daß dieses LHG vom Tisch kommt und daß unsere Forderungen gesetzlich verankert werden.'' Die Vollversammlung hat sich der Aktionswoche der VDS angeschlossen und ruft zu einer landesweiten Demon-

Kronzeuge zurückgezogen
Die Staatsanwaltschaft manövriert im SRK-Prozeß
Im Prozeß gegen C.U. Monica hat die Staatsanwaltschaft am vergangenen Dienstag einen Coup gelandet. Sie hat ihren Kronzeugen, die Kampfsau Schmidt, aus dem Gefecht gezogen. ,,Nachdem der Prozeß nun schon so
es schon sein, daß die Kampfsau Schmidt doch noch im Prozeß auftreten muß, und sei es als Zeuge der Verteidigung. Die Staatsanwaltschaft und die Kammer wollen jetzt rasch zu einem Ende kommen. Den nächsten
Die westdeutschen Imperialisten bereiten die Expansion vor
Auszüge aus der Beweisführung der Rechtsanwälte zu den Aussagen der Volksmiliz
In der Broschüre ,,Seemacht heute'' erklärt der Vizeadmiral Luther:
,,Die NATO hat diese Gefahren erkannt. Sie versucht zur Zeit die erforderlichen

Erhebliche Schwierigkeiten hat die Landesregierung allerdings, dieses Geld überhaupt auszugeben. CDU-MdL Latendorf in den Kieler Nachrichten vom 9.3.77: ,,Durch Einsprüche liegen zur Zeit in Schleswig-Holstein Straßenbauprojekte in einem Umfang von 204,5 Mio. DM ,auf Eis'.'' 1978 sieht die Lage für die Landesregierung nicht besser aus. Durch Zusammenschlüsse, Unterschriftensammlungen, massenhafte Einsprüche ist es gelungen, in vielen Teilen des Landes, insbesondere bei kleineren Autobahnprojekten (der Dringlichkeitsstufe Ia) bereits seit Jahren den Bau zu verhindern. Hierzu gehören, wie die Landesregierung in der Kleinen Anfrage der SPD vom 8.10.78 mitteilte, insbesondere die B5 Umgehung Brunsbüttel (3 Jahre ,,verzögert''), die B202 Kiel-Rendsburg, die B502 Kiel-Brodersdorf (,,Verzögerung von 4 Jah-



auch gute Auswirkungen haben auf die kommenden Tarifrunden. Wir, die Bürgerinitiative Kiel ,,Kein Kernkraftwerk an der Eckernförder Bucht und anderswo'' unterstützen Euren Streik uneingeschränkt und wünschen Euch viel Erfolg.'' Der Vorstand, 28.11.1978
Beschlüsse gegen LHG und BAföG-Angebot
b.Kiel. Auf der Vollversammlung der Studenten der Universität wurde bei etwa 800 Studenten mit übergroßer Mehrheit eine Resolution verabschiedet, in der gegenüber dem Landeshochschulgesetz, das vom 12. bis 14. Dezember novelliert werden soll, folgende Forderungen erhoben werden. ,,Gesetzliche Verankerung der Verfaßten Studentenschaft mit politischem Mandat, Satzungs- und Finanzhoheit! Keine Regelstudienzeit und Zwangsexmatrikulation! Kein Ordnungsrecht!'' Weiter heißt es darin: ,,Wir sind gegen ein LHG, das z.B. das Ordnungsrecht nicht enthält, trotzdem aber die Regelstudienzeit und die Kastrierung der Verfaßten Studentenschaft. Das heißt: Wir wollen, daß dieses LHG vom Tisch kommt und daß unsere Forderungen gesetzlich verankert werden.'' Die Vollversammlung hat sich der Aktionswoche der VDS angeschlossen und ruft zu einer landesweiten Demon-stration gegen das LHG am 12. Dezember, dem Beginn der Landtagsberatungen auf. Gegenüber den BAföG-Beschlüssen der Bundesregierung wird festgehalten: ,,Berücksichtigt man die Steigerung der Lebenshaltungskosten und die für Juli 1979 vorgesehene Mehrwertsteuererhöhung, so wird die Absicht der Regierung deutlich: Senkung der Reproduktionsbasis der Studenten mindestens auf das Niveau von 1978, für einige noch darunter.... Wir lehnen die BAföG-Beschlüsse von Herrn Schmude ab. Sie sind ein Hohn und verschlechtern die Lage der Studenten. Wir müssen sofort in eine Diskussion eintreten, um zu einer Forderung in Mark und Pfennig zu kommen. Wir halten fest an den Forderungen: Ausreichendes Ausbildungsentgelt vom Staat! Abschaffung des Formblatt 9, des Anti-Streik-Paragrafen und der Darlehensregelung! Die Vollversammlung fordert den AStA, die Fachschaften und Fachvertretungen auf, auf der Grundlage von Erhebungen einen BAföG-Bericht zu erstellen, um damit die Taktik der Regierung zu durchkreuzen, im Unklaren zu lassen, auf welchen Boden ihre ,Erhöhungen' fallen.'' Auf Antrag der Fachschaft Agrar wurde der AStA beauftragt, sich in der VDS für eine bundesweite Demonstration im Januar gegen das BAföG-Angebot der Regierung und die Hochschulgesetze der Länder auszusprechen. – In Resolutionen sprach sich die Vollversammlung für die Einstellung des Kaltefleiterprozesses aus und unterstützte den Befreiungskampf des iranischen Volkes und den Streik der Stahlarbeiter.

Kronzeuge zurückgezogen
Die Staatsanwaltschaft manövriert im SRK-Prozeß

Im Prozeß gegen C.U. Monica hat die Staatsanwaltschaft am vergangenen Dienstag einen Coup gelandet. Sie hat ihren Kronzeugen, die Kampfsau Schmidt, aus dem Gefecht gezogen. ,,Nachdem der Prozeß nun schon so lange gedauert hat, sollten wir ihn doch straffen und auf das wesentlche beschränken.''

So die Begründung der Staatsanwaltschaft. Das Manöver ist doppeldeutig: Einmal ist es Zeichen der Schwäche, die sie bewogen hat, einen so exponierten Vertreter der Kasernenschinderei und der Kriegsvorbereitung der westdeutschen Kapitalistenklasse aus dem Gefecht zu ziehen und den Vorwurf der Beleidigung fallen zu lassen. Andererseits soll damit das Urteil beschleunigt werden. Immerhin, ,,Imperialistenknecht'' darf man die Kampfsau Schmidt jetzt nennen. Sowieso ist die Vernehmung der Zeugen nicht gerade rühmlich für die Staatsschutzkammer ausgegangen. Keiner der unteren Dienstgrade konnte sich bislang an irgendeinen Vorgang erinnern. Wie sollte er auch. Nur ein gelackter, sozialdemokratischer Offizier wußte seine Rolle zu spielen und ist also auch der einzige Belastungszeuge im ganzen Verfahren.

Überhaupt war der letzte Verhandlungstag nicht rühmlich für Sauer und Konsorten. Zu dem mit seinem Namen veröffentlichten Plakat mußte er sich dienstlich äußern auf Antrag der Verteidigung. ,,Unverschämte Unterstellung'' fauchte es aus der ganzen Ecke der Staatsanwaltschaft, und von Richter Sauer gab es zu hören, daß er bereits ein amtliches Dementi an seinen Vorgesetzten und Justizminister losgelassen habe einschließlich Strafanzeige.

Am 7.12. soll jetzt der Prozeß fortgesetzt werden mit Beweisanträgen und Zeugen der Verteidigung. Dabei kann es schon sein, daß die Kampfsau Schmidt doch noch im Prozeß auftreten muß, und sei es als Zeuge der Verteidigung. Die Staatsanwaltschaft und die Kammer wollen jetzt rasch zu einem Ende kommen. Den nächsten SRK-Prozeß gegen 4 Verteiler der Volksmiliz haben sie schon wieder absetzen müssen. Es wäre ein großer Irrtum, würde man glauben, daß die bisherigen Schläge, die sie einstecken mußten, sie irgendwie ungefährlicher gemacht hätten. Im Gegenteil, sie wollen um sich schlagen. So haben sie gegen R. Lötzer, den presserechtlich Verantwortlichen des Soldaten- und Reservistenkomitees Holstein, bereits ein erneutes Strafverfahren wegen Wehrkraftzersetzung eingeleitet. Die Niederschlagung der Prozesse gegen die Soldaten- und Reservistenkomitees bleibt Aufgabe der Arbeiterklasse und aller Revolutionäre. Die bürgerlichen Parteien werden das im Landtagswahlkampf merken.



Die westdeutschen Imperialisten bereiten die Expansion vor

Auszüge aus der Beweisführung der Rechtsanwälte zu den Aussagen der Volksmiliz

In der Broschüre ,,Seemacht heute'' erklärt der Vizeadmiral Luther:

,,Die NATO hat diese Gefahren erkannt. Sie versucht zur Zeit die erforderlichen Gegengewichte zu schaffen. Dabei beschränkt sich ihr Blick nicht mehr auf das eigentliche NATO-Gebiet im Atlantik nördlich des Wendekreises des Krebses. Vielmehr werden alle Schiffahrtswege, die für die Partnerstaaten von Bedeutung und verwundbar sind, z.B. die Ölroute aus dem Persischen Golf, in die Überlegungen einbezogen.'' (Seite 29)

Deutlicher noch äußert sich der Generalmajor a.D. Pilster in der ,,Wehrkunde'' 3/76:

,,Man braucht nur daran zu denken, daß in den letzten Jahrzehnten viele für die Industriestaaten lebenswichtigen Rohstoffe in den Besitz von Staaten gekommen sind, die den westlich orientierten Ländern nicht gerade wohlgesonnen sind oder sie gar im Rahmen ihrer Möglichkeiten bekämpfen... Daraus resümiert, daß der freie Westen dem Gang der Ereignisse im südlichen Afrika nicht distanziert gegenüberstehen kann. Es hat den Anschein, als ob sich dieser Gedanke durchzusetzen beginnt.''

Bereits im Jahre zuvor hat diese Bereitschaft der Journalist Wolfgang Höpker in seinem Buch ,,Wetterzone der Weltpolitik...'' festgestellt:

,,... wächst in der NATO-Führung das Bewußtsein darüber, daß der gesamte Seeweg zwischen Europa und Asien um das Kap herum im Visier des Bündnisses liegen muß. Dies wiederum heißt, daß auch im Blick auf den Südatlantik und den Indischen Ozean die Grenzen des Bereichs, in dem die NATO Verantwortung hat, nicht mehr die gleichen bleiben können (...) wie 1949.'' (Seite 175)

Der gleiche Autor schreibt in seinem Beitrag ,,Weltpolitik um Südafrika'' in der Augustausgabe 1978:

,,Das als ,Kap-Studie' Ende 1975 erstellte Gutachten wurde der Öffentlichkeit vorenthalten; es zirkuliert nur intern.'' (Seite 57)

In allen diesen Stellungnahmen wird mehr oder minder offen die Bereitschaft zu einem militärischen Eingreifen im Südlichen Afrika gefordert, wenn ,,Wirtschaftliche Interessen der Bundesrepublik'' auf dem Spiel stehen. In der ,,Wehrwissenschaftlichen Rundschau'' Nr. 5/76 wird dann auch schon untersucht, wie die geographischen Verhältnisse in den Ländern des südlichen Afrika sind und welche Form der Kriegsführung diese Verhältnisse erlauben.

Die Bundeswehrführung selbst gab den Auftrag an das Amt für Studien und Übungen der Bundeswehr, eine Studie über die Bedeutung der ungehinderten Nutzung des Südatlantik, der Kap-Route und des Indischen Ozean für die Volkswirtschaft der Bundesrepublik zu erstellen. In der sog. ,,Kap-Studie'' wird neben der volkswirtschaftlichen Bedeutung auch gleichzeitig eine militärische Studie ,,am Rande'' mitgeliefert...

(Auszug aus der Broschüre ,,Sofortige Einstellung der Strafprozesse gegen die Mitglieder des Soldaten- und Reservistenkomitees'' von den SRK's Holstein und Flensburg / Westküste)

Hesse, Camus, Améry – Ziehväter des reaktionären Sektierertums

Selbstentleibung und Sektenbildung als Wege in die „Freiheit"

z.chc. Frau Carter sei auch getäuscht worden von dem Sektenführer Jim Jones, sagt die Bourgeoispresse. Als sie ihm nämlich mit „Lieber Jim" herzlich für die Unterstützung des imperialistischen Menschenrechtsprogramms in Carters Wahlkampf gedankt hat. Nach verschiedenen Finanztransaktionen hatte sich Jones dann in Kalifornien aus dem Staub gemacht, um in Guayana ein Arbeitslager für seine Sekte einzurichten. Das hat ihm beträchtlichen Profit abgeworfen, wie die Bourgeoispresse anerkennend feststellt.

Nach der Selbstentleibung von mehreren hundert Sektenmitgliedern auf Jones' Anweisung und nachdem kurz zuvor noch ein US-parlamentarischer Untersuchungsausschuß in Guayana gelandet, Nachforschungen angestellt und nach Beschießung durch Jones' Leute nicht mehr vollzählig zurückgekehrt war, hat Carter jetzt Truppeneinheiten geschickt. Die sollen die Reste des Arbeitslagers aufräumen, nachdem der imperialistische Durchdringungsversuch in Lateinamerika von Carters „liebem Jim" schief gegangen ist. Wenigstens für imperialistische Interventionsvorbereitungen und für Präsenz der US-Truppen in Lateinamerika will die US-Regierung jetzt das Ganze nutzen.

Im westdeutschen Bundestag wurde sogleich der Antrag auf Verfassung eines Sektenberichts der Bundesregierung gestellt. Worum es dabei genauer geht, hat der Verfassungsschutz auf einer Pressekonferenz in Kiel klargestellt. Er hat einen „Herrn Madsen, der vom KBW kam" (Kieler Nachrichten) vorgestellt. Der Herr Madsen hat dann erzählt, Landwirtschaft gäbe es jetzt beim KBW auch, womit er die Verankerung des Programms der Arbeiterklasse unter den Bauern meinte, und Bewußtseinsveränderung fände beim KBW auch statt. Das hätte ihn, Madsen, auch dazu gebracht, in seiner psychischen Not Schutz beim Staatsschutz zu suchen – und zu finden.

Das nun freilich ist ein Wunschtraum der Bourgeoisie, seitdem sie gegenüber dem Feudalismus die politische Macht errungen hat: Die Ziele und das Programm der Arbeiterklasse und der Kommunisten – Beseitigung der Lohnsklaverei, Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse – zu absonderlichen Interessen zu erklären. Absonderlich gegenüber den Interessen der Ausbeuterklasse, die sie für die allgemeinen Interessen der „Gesellschaft" auszugeben sucht: Sicherung der Ausbeuterherrschaft, Sicherung des Privateigentums an den Produktionsmitteln.

Im westdeutschen Bundestag wurde sogleich der Antrag auf Verfassung eines Sektenberichts der Bundesregierung gestellt. Worum es dabei genauer geht, hat der Verfassungsschutz auf einer Pressekonferenz in Kiel klargestellt. Er hat einen „Herrn Madsen, der vom KBW kam" (Kieler Nachrichten) vorgestellt. Der Herr Madsen hat dann erzählt, Landwirtschaft gäbe es jetzt beim KBW auch, womit er die Verankerung des Programms der Arbeiterklasse unter den Bauern meinte, und Bewußtseinsveränderung fände beim KBW auch statt. Das hätte ihn, Madsen, auch dazu gebracht, in seiner psychischen Not Schutz beim Staatsschutz zu suchen – und zu finden.

Das nun freilich ist ein Wunschtraum der Bourgeoisie, seitdem sie gegenüber dem Feudalismus die politische Macht errungen hat: Die Ziele und das Programm der Arbeiterklasse und der Kommunisten – Beseitigung der Lohnsklaverei, Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse – zu absonderlichen Interessen zu erklären. Absonderlich gegenüber den Interessen der Ausbeuterklasse, die sie für die allgemeinen Interessen der „Gesellschaft" auszugeben sucht: Sicherung der Ausbeuterherrschaft, Sicherung des Privateigentums an den Produktionsmitteln.

Nachdem die imperialistische Bourgeoisie in den letzten 10-15 Jahren die verschiedensten Propagandisten und Organisatoren des reaktionären Sektierertums, des Obskurantismus und Dunkelmännertums gehätschelt und gefördert hat, treten jetzt Vertreter der Bourgeoisie auf mit dem Ruf nach mehr staatlicher Kontrolle derselben. Sie hoffen, daß dabei auf jeden Fall propagandistisch etwas für die Unterdrückung der Arbeiterklasse und für das Verbot der Revolutionäre herausspringen könnte. Leary, der „Haschprofessor" aus den USA, der Hermann Hesse als „unbezahlbares Handbuch der Bewußtseinserweiterung" und des „Ausflippens" empfahl, oder dem vom CIA zunächst zur Stützung der Park-Chung-Hee-Clique in Südkorea aufgebaute Sektenführer der „Vereinigung des Weltchristentums" Mun – Monopolist für den Vertrieb von Ginseng Wurzeln und im Westdeutschen Fernsehen als Leiter von Kinderchören vorgestellt – sie und andere hat die Bourgeoisie in den letzten Jahren gepäppelt. Insbesondere die Verhinderung der Teilnahme der Jugend, vor allem der der Mittelklassen, am Kampf der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie war und ist das Ziel.

Jetzt soll der imperialistische Staatsapparat vor dem „Bösen im Menschen" vor der wachsenden Zahl der Menschen, „die sich ausgestoßen und geächtet fühlen und sich Führer schaffen" (Spiegel Nr. 48/78) schützen oder vor „satanischen Führern". Das Ganze ist so reaktionär wie durchsichtig.

Denn die tatsächlichen Propagandisten und Ziehväter des reaktionären Sektierertums und der Selbstentleibung als „Weg in die Freiheit", haben ihren wohlerworbenen Platz als Philosophen, Literaten und „zeitkritische Denker" in den Reihen der Bourgeoispropagandisten, als honorige Vertreter der verschiedenen Spielarten des „Existenzialismus", allen voran die Herren Hesse, Camus, Sartre und als jüngst selbstverblichener Jean Améry. Als Existenzialisten, als Theoretiker vom bürgerlichen Individuum, das am Privateigentum hängt, aber die Rente aus der Aneignung unbezahlter Mehrarbeit nicht ziehen kann, weil das eigene Kapitälchen noch zu klein ist; das die Arbeit verabscheut und sich vor der Wirklichkeit des Klassenkampfes – der Existenz in die es „geworfen ist" – ekelt. Der Ausweg ist dann: entweder der Selbstentleibung als einzig freie Handlung, die Existenz zu beenden oder „Solidarität derer, die erkannt haben" und eine besondere Existenz der Wissenden, Auserwählten oder was sonst auch immer führen sollen; auf jeden Fall unter den Fittichen der Bourgeoisie.

Die verschiedenen Organisatoren dieses reaktionären Sektierertums machen tatsächlich nur, profitlich und in Konkurrenz zu den Kirchen, nochmals Kasse, nachdem die Literaten ihre Tantiemen schon weghaben.

Ungemein eifrig sind die Bourgeois dabei, die Spuren zu verwischen, aber den Gestank des Idealismus kriegen sie nicht weg, er läßt sich verfolgen. Haben sie nicht gerade erst den jüngst entleibten Propagandisten der Selbstentleibung gefeiert, Jean Améry, die Verkörperung des Weltgewissens aus Brüssel? Die „Zeit" schrieb, er habe mit seinem Buch „Über das Altern" „ein Thema wieder greifbar, akzeptabel, denkwürdig gemacht für seine Zeitgenossen", und sein Buch „Hand an sich legen. Diskurs über den Freitod", er-

Existenzialisten, als Theoretiker vom bürgerlichen Individuum, das am Privateigentum hängt, aber die Rente aus der Aneignung unbezahlter Mehrarbeit nicht ziehen kann, weil das eigene Kapitälchen noch zu klein ist; das die Arbeit verabscheut und sich vor der Wirklichkeit des Klassenkampfes – der Existenz in die es „geworfen ist" – ekelt. Der Ausweg ist dann: entweder der Selbstentleibung als einzig freie Handlung, die Existenz zu beenden oder „Solidarität derer, die erkannt haben" und eine besondere Existenz der Wissenden, Auserwählten oder was sonst auch immer führen sollen; auf jeden Fall unter den Fittichen der Bourgeoisie.

Die verschiedenen Organisatoren dieses reaktionären Sektierertums machen tatsächlich nur, profitlich und in Konkurrenz zu den Kirchen, nochmals Kasse, nachdem die Literaten ihre Tantiemen schon weghaben.

Ungemein eifrig sind die Bourgeois dabei, die Spuren zu verwischen, aber den Gestank des Idealismus kriegen sie nicht weg, er läßt sich verfolgen. Haben sie nicht gerade erst den jüngst entleibten Propagandisten der Selbstentleibung gefeiert, Jean Améry, die Verkörperung des Weltgewissens aus Brüssel? Die „Zeit" schrieb, er habe mit seinem Buch „Über das Altern" „ein Thema wieder greifbar, akzeptabel, denkwürdig gemacht für seine Zeitgenossen", und sein Buch „Hand an sich legen. Diskurs über den Freitod", er-

schienen 1976, schließt an dieses Buch an. Er preist darin den Freitod als den „einzigen Weg ins Freie, der uns offensteht". Für wen kann sich die Lage so darstellen? Für das bürgerliche Individuum, das kein Privateigentum hat und nicht an der Ausbeutung teilhaben kann. Für dieses, das sich von Arbeit reinhalten will, bleibt außer der Freiheit des Todes nicht viel Freiheit übrig, außer den Tantiemen und Spesengeldern, die die Bourgeoisie für Ideologentätigkeit springen läßt. Jim Jones wählte eine andere Variante der bürgerlichen Existenz: er propagierte den Zusammenschluß der Mühseligen und Beladenen, enteignete sie und beutete sie aus.

Der Schriftsteller Hermann Hesse veröffentliche 1927 den Roman „Steppenwolf". Der Titel bezieht sich darauf, daß die Literatenexistenz Harry Haller neben der Menschenseele eine Wolfsseele zu haben meint, eine unzivilisierte. „Er hat sich nie für Geld und Wohlleben, nie an Frauen oder an Mächtige verkauft und hat hundertmal das, was in aller Welt Augen sein Vorteil und Glück war, weggeworfen und ausgeschlagen, um dafür seine Freiheit zu bewahren". Im ganzen Buch erfährt man nicht, woher er sein Geld bekommt, aber er hat genug, um seiner Mätresse ein Zimmer zu mieten. Er haßt das Radio und das Auto. Er ist gegen den Krieg und erklärt, „jedes Volk und sogar jeder einzelne Mensch müsse ... bei sich selber nachforschen, wie weit es selbst durch Fehler, Versäumnisse und üble Gewohnheiten mit am Kriege und an allem andern Weltelend schuldig sei". Er will sich umbringen, kommt dann aber davon ab und widmet sich der Hurerei, dem Wein und Opium mit dem Vorsatz, den „Galgenhumor des Lebens" zu entwickeln. Die Herrschaft der Bourgeoisie für unabänderlich zu erklären und eine Randexistenz in den Poren der bürgerlichen Gesellschaft zu fristen ist die Propagandalinie von Hesse. Jeweils nach verlorenen Kriegen ist er der Bourgeoisie nützlich, nach dem 2. Weltkrieg erhielt er den Nobelpreis, nach dem Vietnamkrieg hatte er in den USA eine Renaissance, die auch auf Westdeutschland zurückschwappte.

In Westdeutschland propagierte die Bourgeoisie nach dem 2. imperialistischen Weltkrieg die französische Spielart der Existentialphilosophie, vor allem Sartre und Camus. Integre Leute, in der Résistance-Bewegung gewesen, Antifaschisten, kritische Denker, begabte Literaten. Noch heute wird die Jugend an den Oberschulen im Französisch-Unterricht mit „L'Etranger" geplagt, „Der Fremde", ein Werk, in dem Camus seine Kolonialvergangenheit in Algerien aufarbeitet und rechtfertigt. Kurz darauf schrieb er 1942 „Der Mythos des Sisyphos". Sisyphos ist eine Figur der griechischen Sage, ein sehr verschlagener Sterblicher, der den Göttern mehrere Niederlagen beibrachte, bis sie ihn schließlich in die Unterwelt verschleppten und dazu verurteilten, einen schweren Marmorblock immer wieder den Berg hinauf zu rollen.

Für Camus symbolisiert Sisyphos die menschliche Arbeit, die er als „absurd" betrachtet. Er nennt Sisyphos „ohnmächtiger und rebellischer Prolet der Götter". Als immergleich und unveränderlich propagiert Camus die Qual der Ausbeutung und fordert die Arbeiter auf, sich bewußt zu werden und ihr Schicksal zu verachten: „Es gibt kein Schicksal, das durch Verachtung nicht überwunden werden kann". Innerlich also muß die Über-

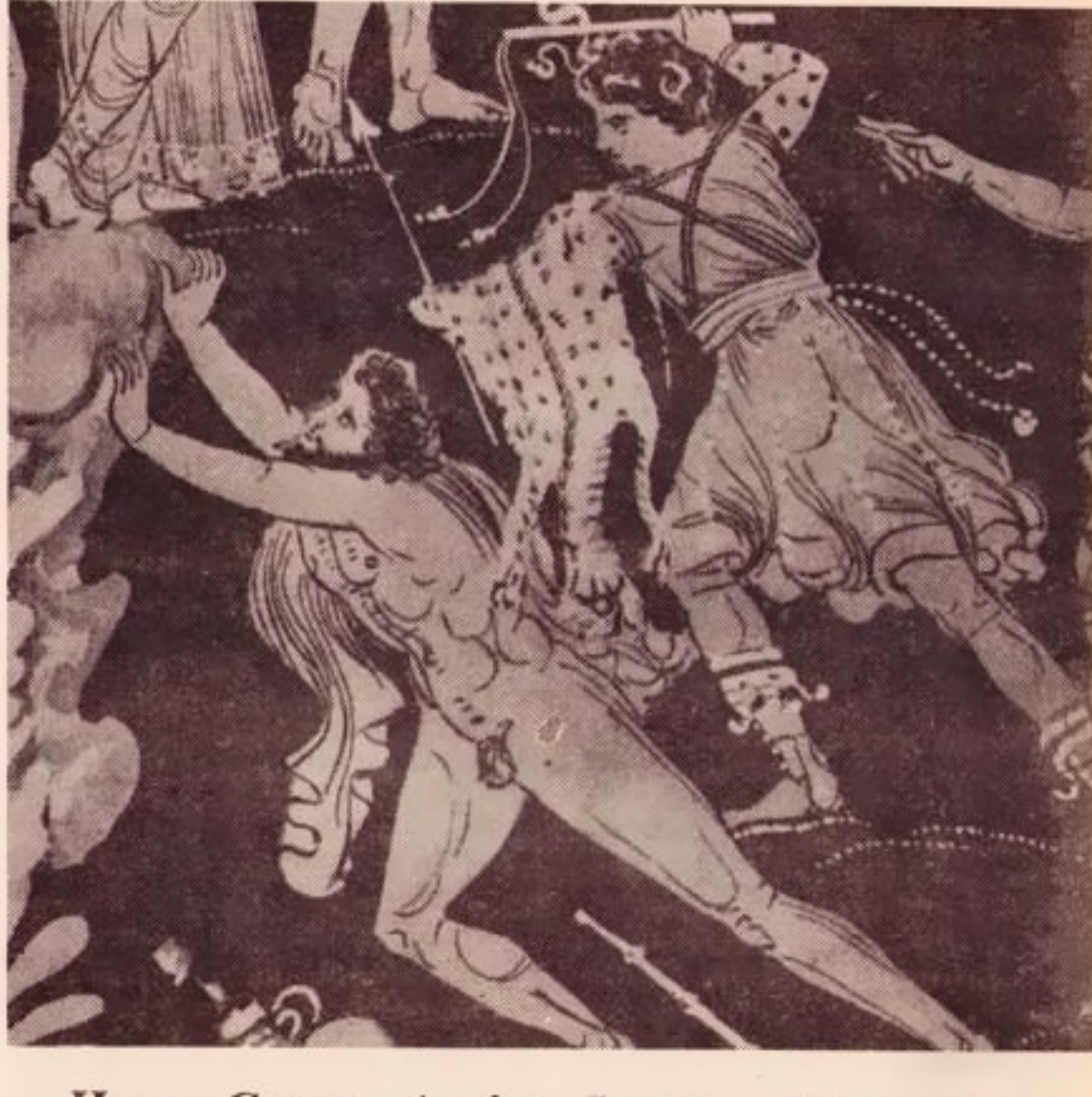
Weltkrieg erhielt er den Nobelpreis, nach dem Vietnamkrieg hatte er in den USA eine Renaissance, die auch auf Westdeutschland zurückschwappte.

In Westdeutschland propagierte die Bourgeoisie nach dem 2. imperialistischen Weltkrieg die französische Spielart der Existentialphilosophie, vor allem Sartre und Camus. Integre Leute, in der Résistance-Bewegung gewesen, Antifaschisten, kritische Denker, begabte Literaten. Noch heute wird die Jugend an den Oberschulen im Französisch-Unterricht mit „L'Etranger" geplagt, „Der Fremde", ein Werk, in dem Camus seine Kolonialvergangenheit in Algerien aufarbeitet und rechtfertigt. Kurz darauf schrieb er 1942 „Der Mythos des Sisyphos". Sisyphos ist eine Figur der griechischen Sage, ein sehr verschlagener Sterblicher, der den Göttern mehrere Niederlagen beibrachte, bis sie ihn schließlich in die Unterwelt verschleppten und dazu verurteilten, einen schweren Marmorblock immer wieder den Berg hinauf zu rollen.

Für Camus symbolisiert Sisyphos die menschliche Arbeit, die er als „absurd" betrachtet. Er nennt Sisyphos „ohnmächtiger und rebellischer Prolet der Götter". Als immergleich und unveränderlich propagiert Camus die Qual der Ausbeutung und fordert die Arbeiter auf, sich bewußt zu werden und ihr Schicksal zu verachten: „Es gibt kein Schicksal, das durch Verachtung nicht überwunden werden kann". Innerlich also muß die Über-

windung stattfinden!

„Der Überdruß ist das Ende eines mechanischen Lebens, gleichzeitig aber auch der Anfang einer Bewußtseinsregung. Er weckt das Bewußtsein und bereitet den nächsten Schritt vor. Der nächste Schritt ist die unbewußte Umkehr in die Kette oder das endgültige Erwachen. Schließlich führt dieses Erwachen mit der Zeit folgerichtig zu der Lösung: Selbstmord oder Wiederherstellung". Diese zwei Wege propagiert Camus, entweder bewußte Unterwerfung unter die Herrschaft der Bourgeoisie, oder den Strick für einen selbst – auf jeden Fall keinen für die Bourgeoisie.



Hesse, Camus, Améry, Jones – Lebensdaten

Hermann Hesse

z.hev. Geboren 1877 in Calw, Vater deutsch-baltischer Missionsprediger, Mutter in Indien geborene Missionarstochter, nach Abitur Buchhändlerlehre und Tätigkeit als Antiquar in Basel (1899). 1904 sein erstes Buch, von nun an ein Leben in Müßiggang, bis er 85-jährig verschied. 1923 Schweizer Staatsbürgerschaft, später inmitten bourgeoiser Villen hoch über dem Luganer See in Montagnola wohnend. 1937 Gottfried-Keller-Preis, 1946 Frankfurter Goethe-Preis, Nobelpreis (schon nach dem 1. imperialistischen Weltkrieg hatte ihn ein Schweizer, ein „Neutraler", bekommen), Ehrendoktor der Universität Bern, 1954 Orden Pour le Mérite, 1957 Friedenspreis des deutschen Buchhandels. Kostprobe:

Wenn alle Nachbarn schlafen gangen
Und alle Fenster dunkel sind,



z.hev. Geboren 1877 in Calw, Vater deutsch-baltischer Missionsprediger, Mutter in Indien geborene Missionarstochter, nach Abitur Buchhändlerlehre und Tätigkeit als Antiquar in Basel (1899). 1904 sein erstes Buch, von nun an ein Leben in Müßiggang, bis er 85-jährig verschied. 1923 Schweizer Staatsbürgerschaft, später inmitten bourgeoiser Villen hoch über dem Luganer See in Montagnola wohnend. 1937 Gottfried-Keller-Preis, 1946 Frankfurter Goethe-Preis, Nobelpreis (schon nach dem 1. imperialistischen Weltkrieg hatte ihn ein Schweizer, ein „Neutraler", bekommen), Ehrendoktor der Universität Bern, 1954 Orden Pour le Mérite, 1957 Friedenspreis des deutschen Buchhandels. Kostprobe:

Wenn alle Nachbarn schlafen gangen
Und alle Fenster dunkel sind,



Bin ich noch wach mit heißen Wangen,
Das heimatlose Königskind.

Dann schmück' ich mich mit Purpurträumen,
Mit Gürtel, Krone und Geschmeid,
Dann rauscht mit goldverbrämten Säumen
Um meine Knie das Königskleid.

Und meine Seele reckt sich mächtig
In Lust und Sehnsucht, stark und bleich,
Und schafft sich stumm und mitternächtig
Ein mondbeglänztes Heimwehreich.

Albert Camus

Geboren 1913 in Algerien, Vater dort französischer Landarbeiter, Mutter Magd spanischer Herkunft. Wächst in einem Viertel in Algier auf, aus dem später die „Pieds Noirs", die Schwarzfüße, französische Reaktionäre, ihre Terroranschläge gegen die arabische Bevölkerung durchführen. „Wegen Talent" zum Abitur befördert, wegen Tuberkulose vom Staatsexamen in Philosophie ausgeschlossen. Reporter und Journalist. 1956, zwei Jahre nach Beginn des algerischen Befreiungskampfes, „Aufruf für den Burgfrieden in Algerien". „Die Algerienfranzosen sind ebenfalls im vollen Sinne des Wortes Eingeborene". „Die unendliche Kraft der Gerechtigkeit und sie allein muß uns helfen, Algerien und seine Bewohner zurückzugewinnen." 1956 Aufruf an europäische Intellektuelle, wegen der ungarischen Konterrevolution „an die UNO zu gelangen". Für beides 1957 Nobelpreis. 1960 Tod durch Autounfall.

Jean Améry

Eigentlich Hans Mayer, geboren 1912 in Wien, 1938 vor den Nazis nach Belgien emigriert, 1943 Häftling in Buchenwald, Auschwitz und Bergen-Belsen. Ist Jude und schreibt über Israel: „Ich weiß so gut wie irgendwer und jedermann, daß Israel objektiv die unerfreuliche Rolle der Besatzungsmacht trägt... Dennoch ist das Bestehen dieses Staatswesens mir wichtiger als das irgendeines anderen." Selbstentleibung 1978.

Geboren 1913 in Algerien, Vater dort französischer Landarbeiter, Mutter Magd spanischer Herkunft. Wächst in einem Viertel in Algier auf, aus dem später die „Pieds Noirs", die Schwarzfüße, französische Reaktionäre, ihre Terroranschläge gegen die arabische Bevölkerung durchführen. „Wegen Talent" zum Abitur befördert, wegen Tuberkulose vom Staatsexamen in Philosophie ausgeschlossen. Reporter und Journalist. 1956, zwei Jahre nach Beginn des algerischen Befreiungskampfes, „Aufruf für den Burgfrieden in Algerien". „Die Algerienfranzosen sind ebenfalls im vollen Sinne des Wortes Eingeborene". „Die unendliche Kraft der Gerechtigkeit und sie allein muß uns helfen, Algerien und seine Bewohner zurückzugewinnen." 1956 Aufruf an europäische Intellektuelle, wegen der ungarischen Konterrevolution „an die UNO zu gelangen". Für beides 1957 Nobelpreis. 1960 Tod durch Autounfall.

Jean Améry

Eigentlich Hans Mayer, geboren 1912 in Wien, 1938 vor den Nazis nach Belgien emigriert, 1943 Häftling in Buchenwald, Auschwitz und Bergen-Belsen. Ist Jude und schreibt über Israel: „Ich weiß so gut wie irgendwer und jedermann, daß Israel objektiv die unerfreuliche Rolle der Besatzungsmacht trägt... Dennoch ist das Bestehen dieses Staatswesens mir wichtiger als das irgendeines anderen." Selbstentleibung 1978.

Jim Jones

Geboren 1932. Mutter Cherokee-Indianerin, Vater Bahnangestellter und Mitglied des Ku-Klux-Clan. Zum Prediger der „Jünger Christi" ausgebildet. 1958 Sekte „Tempel des Volkes" gegründet. Von Moscone, Bürgermeister von San Francisco, zum Direktor der Wohnungsverwaltung gemacht, weil Jones die Sekte Moscone wählen ließ. Dankschreiben von Vizepräsident Mondale, Rosalynn Carter, Gesundheitsminister Califano, Gouverneur von Kalifornien Edmund Brown und seinem Stellvertreter Mervyn Dymally: „Er ist ein guter Mann, der gute Arbeit leistet". Selbstentleibung 1978.

Kommunistische Volkszeitung